

THEORIE UND METHODEN DER GESCHICHTSWISSENSCHAFT

Verwandtschaften

Fertig, Christine/Lanzinger, Margareth (Hrsg.): Beziehungen – Vernetzungen – Konflikte. Perspektiven Historischer Verwandtschaftsforschung, 286 S., Böhlau, Köln u. a. 2016.

2010 und 2011 fanden in Halle und Münster zwei Konferenzen über Dimensionen von in der Vergangenheit praktizierten Formen von Verwandtschaft, verwandtschaftlichen und alternativen Netzwerken statt. Ihnen ist der vorliegende Band im Wesentlichen entwachsen. Die elf Beiträge sowie der Einleitungstext wurden von acht deutschen und vier österreichischen Historikerinnen und Historikern verfasst, beziehen sich auf den deutschen Sprachraum zwischen Straßburg (erster Beitrag) und Graz (letzter Beitrag) sowie auf den langen Zeitraum vom 14. bis zum 20. Jahrhundert. „Ziel“ – so die beiden Herausgeberinnen in der Einleitung – „war es, Verwandtschaft in einer milieu- und epocheübergreifenden Perspektive zu adressieren und neue Richtungen aufzuzeigen“ (S. 7). Die meisten der Beiträge stellen daher schnappschussartige Mikrostudien dar und weisen eine zeitlich wie örtlich begrenzte Aussagekraft auf. Lediglich der Beitrag der Mitherausgeberin Margareth Lanzinger weicht von diesem Schema ab. Er handelt über die Dispenspraxis von Verwandtenheiraten im aristokratischen Milieu Ende des 18. Jahrhunderts und hat so etwas wie ein kulturvergleichendes Potenzial in sich.

Der Reigen der packend gestaltenden Mikrostudien setzt mit einer Studie über ein verbrecherisches, auf Verwandtschaftsbeziehungen beruhendes Syndikat in den höchsten Verwaltungskreisen der Stadt Straßburg am Ende des 14. Jahrhunderts ein. Die Autorin, Sabine von Heusinger, präsentiert dabei auch die Vorzüge der von ihr angewandten Netzwerkforschung historischer Ereignisse. Der folgende Beitrag, von Charlotte Zweynert verfasst, beschäftigt sich mit dem Testament des im Jahr 1444 zweitgeborenen Sohn des Markgrafen von Mantua, Ludovico Gonzaga, Kardinal Francesco Gonzaga aus dessen Todesjahr 1483. Dieses Testament dient der Autorin als probates Hilfsmittel zur Erschließung und Bewertung der verwandtschaftlichen Beziehungen des Kardinals, der in seinen Verfügungen

auch einen Sohn testamentarisch mit zu bedenken hatte.

Im folgenden Beitrag nimmt Andreas Hansert das Patriziat der Reichsstadt Frankfurt am Main an der Schwelle vom Mittelalter zur Frühen Neuzeit in den Fokus. Auf der Grundlage ausführlicher genealogischer Vorerhebungen gelingt es dem Autor zu zeigen, wie sich das Patriziat, insbesondere durch zunehmende Restriktionen bei der Gattenwahl, als exklusiver Geburtsstand zu formieren begann. Sébastien Schicks Beitrag handelt bereits im 18. Jahrhundert – und zwar im Beziehungsgeflecht der englisch-hannoverischen Personalunion, in dem die beiden Brüder Gerlach Adolph und Philipp Adolph Münchhausen als hohe Staatsdiener – der eine in London, der andere in Hannover – für den König und Kurfürsten eine zentrale Vertrauensachse darstellten.

Der Beitrag Sandro Guzzi-Heebs bleibt im 18. Jahrhundert und analysiert verwandtschaftliche Netzwerke in Walliser Gemeinden und vermisst die konkrete soziale Wirkung von Verwandtschaftssolidaritäten über politisch, sozial und sexuell ‚abweichende‘ Netzwerke und die konkrete soziale Nutzung verschiedener Kategorien von Verwandten. Jürgen Schlumbohms Beitrag fokussiert auf die Stadt Göttingen und ihre unmittelbare Umgebung, auf ihre ledigen Mütter sowie auf die Akten ihres Entbindungshospitals im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert. Er kommt zu dem Schluss, dass in der Praxis in einer überwiegenden Zahl der Fälle die Obsorge der Kinder der Mutter beziehungsweise ihrer Verwandtschaftsgruppe zufiel.

Christine Fertig, die zweite Mitherausgeberin, untersucht anhand zweier westfälischer Kirchspiele das Ineinandergreifen von Verwandtschaft und Patenschaft im selben Zeitraum. Sie beobachtet in beiden Fällen, wenngleich in unterschiedlichen Ausformungen, dass die strategische Auswahl der Paten nicht auf die Erweiterung des Solidaritätsnetzwerks, sondern auf die Intensivierung des verwandtschaftlichen Netzwerks abzielte. Elisabeth Timm wendet sich einem völlig anderen Aspekt von Verwandtschaft zu, nämlich der populären Genealogie seit dem 19. Jahrhundert. Sie fragt sich, weshalb und zu welchem Zweck Verwandte aus Genealogien entfernt und Nichtverwandte in solche künstlich eingefügt werden. Sie kommt zu dem Schluss, dass heutzutage ein neuer genealogischer Universalismus herrsche, in dem jede und jeder mit allen anderen Menschen potenziell gleich gültig verbunden sei.

Die abschließenden Beiträge befassen sich mit Frauen und ihren sozialen Netzwerken. Brigitte Rath und Barbara Heller-Schuh stellen die Frauen- und Friedensaktivistin der österreichischen Zwischenkriegszeit Olga Misař (1876–1950) in das Zentrum ihrer Betrachtungen. Als Grundlage dient unter anderem eine Netzwerkanalyse der Vereine und ausgewählter Mitglieder in ihrem Umfeld. Ute Sonnleitner schließlich wendet sich der Biografie der Grazer Antifaschistin, Psychoanalytikerin und Ethnopschoanalytikerin Goldy Parin-Matthèy (1911–1997) zu. Sie untersucht ihren engeren Freundeskreis („Brüdergemeinde“) in der Zwischenkriegszeit und schließt, dass für die Konstituierung dieser Gruppe sowohl gemeinsame Überzeugungen als auch verwandtschaftliche Beziehungen eine wichtige Rolle spielten.

Für alle der in diesem Band versammelten Beiträge gilt, dass sie qualitative Forschungsmethoden bevorzugen, wenngleich quantifizierende Ansätze nicht ausgeschlossen werden. Sie zeigen sehr plastisch die Vorteile und Grenzen qualitativer Verwandtschaftsforschung auf. Einer der Vorteile liegt eindeutig darin, dass diese es ermöglicht, Verwandtschaftsstrategien im Unterschied zu -strukturen in den Vordergrund treten zu lassen, oder anders formuliert: Akteursbezogene Forschungsstrategien können einen immensen Reichtum an verwandtschaftsbezogenen Entscheidungen freilegen, die in einem historisch-demografischen Ansatz verloren gehen. Auf der anderen Seite sind Mikrostudien wenig hilfreich, wenn es um die Erforschung welt- oder europaweiter Verbreitung von Verwandtschaftsformierungsmustern geht. Die Schlussfolgerung, die auch der vorliegende Band suggeriert, wird daher nur lauten können, dass wir für die Weiterentwicklung der Verwandtschaftsforschung beides benötigen: die Strukturen wie auch die Akteurinnen und Akteure.

Graz

Karl Kaser

Grenzen als Phantome?

Hirschhausen, Béatrice von u. a.: Phantomgrenzen. Räume und Akteure in der Zeit neu denken, 224 S., Wallstein, Göttingen 2015.

Beschrieb die US-Historikerin Susan Sinke 2013 in einem BLOG-Eintrag während ihres Fulbright-Aufenthalts in Salzburg eine

Phantomgrenze? Sinke verglich Kindheitserinnerungen an strenge Kontrollen bei grenzüberschreitenden Wochenendausflügen von Michigan nach Kanada, aber auch frühere Reiseerlebnisse an der österreichisch-deutschen Grenze mit etwas, das sie nun tief beeindruckte: der neuen Unsichtbarkeit der Grenzen im Schengen-Raum. „From Salzburg you can easily see Germany, even walk across the largely invisible border. The shift towards greater freedom of movement here contrasts the increasing limitations on that freedom surrounding the United States“ (<https://takeonthepast.wordpress.com/2013/06/13/bordering-change/>; Zugriff: 02.08.2016). Zwei Jahre später – im Jahr des Erscheinens des vorliegenden Sammelbandes – zeigt sich, wie wenig Zeit den nationalstaatlichen Grenzen Europas gegönnt war, um zu Phantomgrenzen zu mutieren, und wie schnell und radikal obsolet geglaubte Grenzen ihre Sichtbarkeit wiedererlangen können.

Die Kategorien „Grenze“ und „Region“ beziehungsweise Regionalität in ihrer historischen Dynamik stehen im Fokus des hier zu besprechenden Bandes. Beide Kategorien ähneln einander in ihrer Neigung zu semantischer Diffusion und ihrem prekären begriffs- und wissenschaftsgeschichtlichen Erbe. Beispiele wären viele zu nennen; die „tidal-Europe“-Diskussion oder die raumessenzialistischen Untoten „Kulturraum“ und „natürliche Grenze“ sollen hier Pars pro Toto stehen. In Rückkoppelung mit der jüngeren Sozial- und Kulturgeografie, wie sie etwa Benno Werlen oder Anssi Paasi vertreten, ist die Geschichtswissenschaft dabei, sich perspektivisch neu aufzustellen. Winfried Speitkamp hat jüngst folgende Kriterien einer zeitgemäßen historischen Regionalwissenschaft formuliert: Sie sei pragmatisch interdisziplinär ausgerichtet, sie arbeite bestenfalls transdisziplinär und – jenseits des bloßen Vergleichs – transnational, sie frage nicht primär nach Strukturen und Statik, sondern nach Prozessen und Dynamik. Das Anliegen Béatrice von Hirschhausens und ihrer Co-Autor_innen fügt sich gut in dieses Arbeitsprogramm.

Ausgehend von der Beobachtung, dass regionale Differenzen oft deckungsgleich mit längst abgeschafften Grenzverläufen sind – oder zu sein scheinen, wollen die Autorinnen und Autoren Grenzen als potenzielle „Phantome“ hinterfragen und versuchen zu erklären, warum trotz nationalstaatlicher Raumpolitik und personeller und örtlicher Vernetzung alte Grenzverläufe prägend bleiben, welche Elemente obsoleter

Grenzen und Gebietskörperschaften in welcher Form überdauern, und welche Akteure wie an der (Re-)Produktion und Aktualisierung von Regionalität mitwirken. Den Begriff der „Phantomgrenze“ verstehen die Autoren als Arbeitsbegriff und heuristische Metapher. Sie definieren Phantomgrenzen als „frühere, zumeist politische Grenzen oder territoriale Gliederungen, die, nachdem sie institutionell abgeschafft wurden, den Raum weiterhin strukturieren“ (S. 18). Es geht dabei – so der Anspruch – um die Reflexion regionaler Unterschiede jenseits der „klassischen Narrative der Regionalgeschichte“ (S. 19). Dabei wollen sich von Hirschhausen und ihre Co-Autoren nicht dahingehend missverstanden wissen, „imperiale Nostalgien durch Wissenschaft zu rationalisieren oder gar irredentistische Ziele zu rechtfertigen“ (ebd.). Auch könne es nicht darum gehen, „soziale oder historische Kausalitäten zu (re)konstruieren, um bestimmten *mental maps* eine physische oder soziale ‚Realtität‘ zu schaffen“ (ebd., Hervorhebung im Original). Das Potenzial des „Phantomgrenzen“-Konzepts sehen die Autorinnen und Autoren in der Überwindung der Akteursblindheit deterministischer und strukturalistischer Ansätze einerseits und der dekonstruktivistischen „Selbstblockade“ (S. 21) in den Kultur- und Sozialwissenschaften andererseits.

Der Band versteht sich als Debattenbeitrag und Skizze eines Arbeitsprogramms, weniger als Anthologie von Fallstudien. Die Beiträge bieten eine dichte, theoretisch informierte Erörterung, die zwar exemplarisch an Fallstudien aus der Forschung der Beitragenden anknüpft, diese aber nicht in den Mittelpunkt rückt. Wichtiger ist die theoretische Positionierung des Phantomgrenzen-Konzepts zu verschiedenen Diskussionssträngen in Geografie, Geschichts- und Politikwissenschaft. Dass Ostmittel- und Südosteuropa den geografischen Fokus des Bandes bildet, ist der Spezialisierung der Autoren geschuldet, erweist sich aber angesichts der Vielfalt der Grenzverschiebungen, die diese Großregion zwischen den Pariser Vorortverträgen und den 1990er Jahren erlebt hat, als plausibel und lohnend. Dies gilt für den von Béatrice von Hirschhausen als empirischen Ausgangspunkt gewählten, regional asymmetrischen Ausbau der Wasserversorgungsinfrastruktur in altreichischen und ehemals habsburgischen Gebieten des ländlichen Rumänien genauso wie für die von Thomas Serrier diskutierte Reziprozität von territorialer Dynamik und (trans-)nationaler Erinnerungskultur in nach-multikulturellen Räumen Ostmitteleuropas

oder die Mobilisierung „restaurativer Nostalgien“ (S. 147) im Kroatien der Tuđman-Ära (Beitrag Hannes Grandits). Ohnehin haben breit rezipierte Debatten um historische Regionalität, wie die um das Konzept der Geschichtsregion oder die Kontroverse zwischen Holm Sundhaussen und Maria Todorova um Südosteuropa als mesoregionale Konzeption (diskutiert im Beitrag von Dietmar Müller) ihre Heimat in der Osteuropahistoriografie. Auch die konzeptionellen Schnittmengen der Osteuropaforschung mit Ansätzen der *postcolonial studies* werden im Band ausgelotet und im Ergebnis betont (Beitrag Claudia Kraft).

Der Band bietet, was er verspricht: einen ideenreichen Diskussionsanstoß für die kultur- und sozialwissenschaftliche Erforschung historischer Regionalität. Mit ihrem Anspruch, die Schwächen strukturalistischer und dekonstruktivistischer Ansätze gleichermaßen zu transzendieren, stehen die Autorinnen und Autoren im Zeichen poststrukturalistischer Debatten nicht alleine da. Was dem Band fehlt, ist ein resümierender, gerne auch kritisch kommentierender Beitrag, der als Stimme von außen zur Tragfähigkeit und Reichweite des Konzepts Stellung nimmt.

Salzburg

Martin Knoll

Historische Teleologien und moderne Welt

Trüper, Henning/Chakrabarty, Dipesh/Subrahmanyam, Sanjay (Hrsg.): *Historical Teleologies in the Modern World*, 384 S., Bloomsbury, London/New York 2015.

Teleologische Denk- und Erzählstrukturen gehören zu jenen „intellektuellen Kategorien, die wir in unseren Zerebralwerkstätten schmieden“, von denen Lucien Febvre einmal geschrieben hat, dass sie „ein weit zäheres Leben“ führen würden als die oft beklagten „Maschinen aus Stahl“, die uns scheinbar „verknechten“ (Febvre „Das Gewissen des Historikers“, 1990, S. 211). Teleologische Deutungsmuster lassen sich in diesem Sinne als gleichzeitig ermächtigende und sich unser bemächtigende kulturelle Sinnstiftungsverfahren verstehen. Sie sind mögliche intellektuelle Bewältigungsstrategien, um mit der Kontingenz von Geschichte umzugehen und die Unsicherheiten und Unwägbarkeiten der Zukunft in stabile und zielgerichtet abgesteckte

Erwartungshorizonte zu transformieren – meist um dann doch wieder die Erfahrung zu machen, dass es anders zu kommen pflegt als erwartet, was aber den Gewissheiten über den Richtungssinn und den Fortschritt des historischen Prozesses oft dennoch keinen Abbruch tut. Die Beiträge des hier anzuzeigenden Bandes machen sich auf die Spur nach dieser Zählebigkeit und nach den mannigfachen, kulturell variablen Varianten teleologischen Denkens in der Moderne. Das Nachdenken über die diversen historischen Ausprägungen teleologischer Zukunftsaneignung, so die Herausgeber in ihrer theoretisch anspruchsvollen Einleitung, führe notgedrungen zu einer Selbstreflexion der Geschichtsschreibung über zwei ihrer zentralen Grundkategorien: Zeitlichkeit und Historizität.

Der Band versammelt insgesamt 16 Beiträge auf eng bedruckten Seiten, was es dem Rezensenten unmöglich macht, auf alle der meist sehr lesenswerten Aufsätze im Detail einzugehen. Im Folgenden soll deshalb der Gesamteindruck des Bandes im Vordergrund stehen. Die Beiträge sind durch die Herausgeber in sechs thematische Abschnitte unterteilt worden, die die inhaltliche Vielfalt der Einzelaufsätze sinnvoll zu bündeln vermögen und dem Band zugleich Kohärenz und einen chronologischen, vom späten 18. zum frühen 20. Jahrhundert reichenden Subtext verleihen: Teleologische Diskurse wanderten, folgt man dieser Periodisierungsthese, von Philosophie und Wissenschaft langsam und in Überschneidungen in politische Projekte, individuelle Aneignungen und empirische Realisierungsversuche. Die sechs Teile reichen denn auch von zwei genealogischen Rekonstruktionen historischer Teleologie (dazu zählt die Einleitung der Herausgeber sowie der Beitrag von Sanjay Subrahmanyam zum Messianismus als globaler Verflechtungsgeschichte), über teleologisches Denken in der deutschen Aufklärung, in der französischen und englischen Natur- und Erdgeschichte und in der deutschen philosophischen Anthropologie (Philip Ajouri, Marianne Sommer, Angus Nicholls), hin zur europäischen und indischen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts (Henning Trüper, Siddarth Satpathy, Dipesh Chakrabarty), zu teleologischen Sinnstiftungen in revolutionären Umbruchsituationen oder im Zuge ihrer rechtlichen Einhegung (Francisco A. Ortega, Martti Koskeniemi, Etienne Balibar) und zum Verhältnis von Eschatologie und individuellen Identitätskonstruktionen (Carola Dietze, Gabriel Piterberg, Faisal Devji). Der Band mündet schließlich in zwei Beiträgen,

die sich mit dem Erbe und der anhaltenden Wirkmacht der teleologischen Entwürfe des langen 19. Jahrhunderts im politischen Denken, in der Gesellschaftstheorie sowie in den Geschichtswissenschaften der europäischen Moderne beschäftigen (Peter Wagner, Bo Stråth). Man fragt sich freilich, ob dieser Strukturierung nicht selbst ein untergründig teleologisches Narrativ zugrunde liegt, wonach auf das Denkbare zielgerichtet und zweckbestimmt auch das Machbare folgt und die von den Herausgebern des Bandes zurecht erwähnten „difficulties of making teleology disappear“ (S. 18) auch dem eigenen Buchprojekt auflauern. Aber wenn teleologische Denkmuster auch kaum aus der Welt zu schaffen sind – wenn das denn überhaupt zu wünschen wäre –, so ist es doch ein großes Verdienst dieses Buches, ihre Historizität und Pluralität sichtbar zu machen und in die geschichtswissenschaftliche Reflexion einzuholen.

Mit zu dieser historiographischen Horizonterweiterung tragen insbesondere die geographische Weitsicht und der methodische Pluralismus des Bandes bei. So rekonstruieren die Beiträge Stränge teleologischen Denkens in Latein- und Nordamerika, in Indien und der muslimischen Welt sowie in Europa, oft vergleichend oder transferhistorisch perspektiviert. Dies schärft den Blick dafür, dass sich teleologische Denkmuster auch als wechselseitig wirkende „concepts nomades“ zwischen unterschiedlichen Entstehungs-, Vermittlungs- und Rezeptionskontexten verstehen lassen. Auch die methodische Vielfalt des Bandes wirkt inspirierend. Die tendenziell dominierenden begriffs- und ideenhistorischen Ansätze werden mit wissens- und kulturhistorischen sowie ikonographischen Perspektiven ergänzt und erweitern so in bereichernder Weise das Repertoire möglicher Kontextualisierungsstrategien in der Rekonstruktion teleologischer Deutungsmuster und Repräsentationen. Noch entscheidender zum reichen Lektüreertrag trägt aber die durch das Thema des Bandes quasi aufgenötigte Selbstreflexion über die verwendeten Zeitkonzepte und analytischen Begriffe bei. Gerade weil die Entwicklung des modernen Geschichtsdenkens seit dem späten 18. Jahrhundert unentwirrbar mit dem Aufstieg und der multipolaren Verbreitung teleologischer Erzählmuster verknüpft ist, lässt sich die sachgeschichtliche Thematisierung dieser Denkstrukturen vom Nachdenken über die eigene historiografische Praxis nicht ablösen. Das omnipräsente Lauern teleologischer Kategorien in unseren eigenen „Zerebralwerkstätten“, um

Febvres Metapher noch einmal aufzunehmen, nötigt zu einem differenzierten und selbstreflexiven Gebrauch jener analytischen Begriffe, mit welchen die Temporalstrukturen der Geschichte jenseits ihrer teleologischen Überformungen freigelegt werden können.

Fribourg/Bern

Juri Auderset

Subjektivierungspraktiken

Eitler, Pascal/Elberfeld, Jens (Hrsg.): *Zeitgeschichte des Selbst. Therapeutisierung – Politisierung – Emotionalisierung*, 392 S., transcript, Bielefeld 2015.

Die Analyse von „Subjektivierungsweisen“, die Genealogie also von Gestaltungen und Techniken, die der Hervorbringung je historisch spezifischer Formen des Selbst zugrunde liegen, hat in den letzten Jahren im Anschluss an die Arbeiten von Michel Foucault auch im deutschen Sprachraum einen Aufschwung genommen. Zu Recht weisen die beiden Herausgeber im Vorwort zu ihrem Sammelband darauf hin, dass dieses Forschungsfeld bislang aber eher von der Philosophie und den Sozial- als von den Geschichtswissenschaften geprägt worden ist (S. 9). Einen Grund für die Randständigkeit der historischen Forschung sehen Pascal Eitler und Jens Elberfeld vor allem auch darin, dass diese vom „Abstraktionsgrad“ anderer sozialwissenschaftlicher Disziplinen oft „überfordert“ werde. Was – kritisch gewendet – auch so zu lesen ist, dass profunde historische Forschung in Zukunft dazu beitragen könnte, den bloß „programmatischen Ankündigungen“ und – was immer das sein mag – „steilen Thesen“ der bisherigen Forschung den Garaus zu machen: durch die Einforderung beziehungsweise gegebenenfalls Beibringung empirisch gesicherter Belege und – in theoretischer Hinsicht – eben durch Re-Kontextualisierung der Forschung in Bezug auf die Wissensbestände der Gesellschaftsgeschichte (S. 9f.).

Gemeinsames Thema der vorliegenden Einzeltexte ist der Bezug auf die Veränderung von Selbstverhältnissen und Subjektivierungspraktiken im Zuge und im Gefolge der 68er Jahre – Veränderungen, die man entlang von Begriffen wie Politisierung, Therapeutisierung, Somatisierung, Emotionalisierung et cetera zu erfassen sucht. Man ahnt die Schwierigkeit, die einem solchen

Unterfangen entgegensteht: Dass sich nämlich im Rückblick auf die letzten fünfzig Jahre deutscher Zeitgeschichte auch aus der Perspektive der Genealogie von Selbstbezügen nicht wirklich neue Narrative ergeben. Zum Beispiel in Bezug auf die Therapeutisierung der Gesellschaft (vgl. den Beitrag von Elberfeld, S. 49–83): Während es in den 1960er und 1970er Jahre um die „Befreiung des Subjekts“ aus seiner Verstrickung in überkommenen Wert- und Normvorstellungen ging, so trat in den 1980er Jahren unter der neuen Leitidee des „Coaching“ ein Wandel in Richtung auf eine ökonomisch-effiziente Gestaltung *aller* persönlichen Lebensbereiche ein, das heißt gerade auch jener, die außerhalb des beruflichen Umfelds liegen. Auflehnung kippt um in ihr Gegenteil: in Techniken der Selbstgestaltung, die den Einzelnen passend machen für die Erfordernisse neoliberalen Wirtschaftens. Das Nämliche mit dem Alterssex (vgl. den Beitrag von Annika Wellmann, S. 327–342): Aus dem Recht auf Sexualität im Alter wird nur allzu rasch die Verpflichtung, sich flexibel, offen, zuversichtlich, zufrieden, kurzum: sich fit zu halten. Wer krank wird, ist eben selber schuld: Er hat nicht gelebt, wie ein gesunder Mensch leben sollte. So ist jeder von vornherein schon verurteilt: verurteilt sich immerfort zu bewegen – und das ein ganzes Leben lang. Die Mehrzahl der Beiträge ließe sich so oder so ähnlich referieren: Man weiß eigentlich schon von Beginn weg, wohin der Text einen führen wird.

Zwei Texte sind es vor allem, die den Rezensenten – er selbst ist Psychologe, also kein Fach-Historiker – dann doch in den Bann ziehen. Zunächst der programmatische Text zu Beginn des Buches von Andreas Reckwitz: In aller nur wünschenswerter Klarheit spannt der Autor – auch er kein Historiker, sondern ein gelernter Soziologe – im Anschluss an den Poststrukturalismus den begrifflichen Rahmen für konkrete, das heißt materiale empirische Untersuchungen im Kontext einer historischen beziehungsweise sozialwissenschaftlichen Subjektanalyse auf. Wichtig ist zunächst der Hinweis, dass letztlich *alle* sozialen Praktiken unter dem Aspekt zu betrachten sind, welche Subjektformen sich in ihnen bilden. In methodischer Hinsicht folgt daraus freilich, dass damit vor allem nichtdiskursive Praktiken in den Fokus der Forschung rücken. Hier ist einzuhaaken: Der Sammelband zeigt, wie schwierig es für Geschichtsforscher ist, einen materialen Zugang zu solchen nichtdiskursiven Praktiken zu finden. Zum Beispiel Tobias Dietrichs Text über das Laufen: Aus den transatlantischen Selbstverständigungstexten

der Jogging-Pioniere spirituelle Ideenbruchstücke herauszupräparieren, um dann mit vordergründigem Witz eine Umkehr zu versuchen: Nämlich die viel beschworene Somatisierung der Religion im Zuge des New Age mit der Formel der „Spiritualisierung des Somas“ (S. 149) zu ergänzen – all das mag irgendwie historisch relevant sein, zur psychologischen Erklärung des Massenphänomens Laufen, zur Erklärung des Umstands, dass zeitgenössische Freizeitsportler über den Sport sowohl ihre Leistung als auch ihre körperliche Fitness mit Akkuratess und entsprechender Hard- und Softwareunterstützung – freiwillig, ohne äußeren Zwang – unter striktester Kontrolle halten, trägt solcher Art Forschung wenig bei (und damit auch wenig zur Erklärung, dass der ob dieses seltsamen Zwangs zu freiwilligem Quälen verwunderte Autor dieser Zeilen längst selbst schon sich diesem kollektivem Wahn unterworfen hat).

Zurück zu Reckwitz' Text: Das empirische Feld, das er der Analyse von Subjektivierungsformen eröffnet, liest sich wie eine Einführung in die Methoden der neueren Kulturpsychologie. Vor allem die Ausführungen zum „Nexus zwischen Subjekt- und Objektkulturen“ (S. 38ff.), dabei insbesondere die Betonung der Rolle von technischen Medien, und dann – auch das von großer Bedeutung – die Berücksichtigung des Raumes, die Berücksichtigung von Architektur und Raumensembles; schließlich die Ausbildung eines „emotionalen Habitus“, wobei gerade hier die psychologische Forschung in der Begriffsbildung doch offenbar schon ein gutes Stück weiter zu sein scheint als die soziologische (vgl. z. B. Valsiner „An Invitation to Cultural Psychology“, 2014). Das sei hier mit Hinblick auf Reckwitz ausdrücklich formuliert: Dass er das Individuelle nur als das Idiosynkratische zu verstehen mag, für das „sich in der Moderne“ nicht primär die Wissenschaft, sondern „die persönlichen Beziehungen und die Kunst“ interessieren würden (S. 45) – diese Gedankentrübung hätte sich der sonst so klar denkende Autor ersparen können, wenn er die ständig anwachsende Zahl an qualitativ hochwertigen Publikationen zur Kulturpsychologie wenigstens nur am Rande zur Kenntnis genommen hätte.

Der zweite Text, der den psychologisch interessierten Leser zu fesseln vermag, ist Massimo Perinellis großartiger Aufsatz darüber, dass und wie im Gefolge der Anwerbung von Gastarbeitern in den 1970er Jahren „selbstorganisierte, ökonomische, kulturelle und soziale Gegenorte unterhalb des ersten Arbeitsmarktes“ (S. 211) entstehen, an denen Lebensweisen sich

ausbilden, die schließlich die Lebensformen der Mehrheitsgesellschaft (zunächst natürlich der gegenkulturellen Teile dieser Mehrheitsgesellschaft) zu affizieren beginnen. Wodurch dieser Text besticht, ist, dass er uns eine gut vertraute Geschichte – Perinelli nennt sie das „liberale Einwanderungsnarrativ“, diese anklagende Geschichte des „einschließenden Ausschlusses“ (S. 200) des Fremden durch die Mehrheitsgesellschaft – anders erzählt, uns die Augen öffnet für eine völlig neue Betrachtungsweise: für die progressive Dekonstruktion bürgerlicher Subjektivierungsverhältnisse in der abwehrenden Begegnung mit dem Fremden. Wodurch dieser Text allerdings nicht zu bestechen vermag, ist durch die Beibringung einer „belastbaren“ Datenbasis: „steile Thesen“ also – und keine empirischen Belege!

Ist das also der Fluch, dem eine Zeitgeschichte des Selbst nicht und nicht zu entgehen vermag: Dass es ihr aufgrund historischer und empirischer Redlichkeit an Mut fehlt, mit den überkommenen großen Erzählungen, in diesem Fall mit den Mythen der 68er-Generation, zu brechen? Wir wollen es nicht hoffen – auch wenn in einigen Beiträgen diese mitunter krampfhaft In-Beziehung-Setzung des bereits gut und nur allzu gut Gewussten zu philosophischer oder sozialwissenschaftlicher Begriffsbildung geradezu störend wirkt.

Wien

Gerhard Benetka

Die Redseligkeit der Texte und das Schweigen der Bilder

Westerkamp, Dirk: Ikonische Prägnanz, 187 S., Fink, München/Paderborn 2015.

Was die bildenden Künste von anderen Kunstformen wie Literatur oder Musik unterscheidet, gehört zu den zentralen Themen der Ästhetik als Kunsttheorie. Mit seinen Grenzziehungsarbeiten in „Laokoon oder über die Grenzen der Malerey und Poesie“ hat G. E. Lessing bereits 1766 das Feld vorgezeichnet, auf dem sich diese Debatte bis heute im Prinzip immer noch bewegt. Seine Trennung der Kunst in die zeit- und zeichenbasierten Künste Literatur und Musik sowie die körper- und präsenzbasieren bildenden Künste Malerei und Skulptur wird im Laufe der Ästhetikgeschichte mehrfach medientheoretisch oder semiotisch reformuliert.

In seinem Aufsatzband „Ikonische Prägnanz“ versucht Dirk Westerkamp Lessings Konzeption der medialen Angemessenheit der bildlichen Darstellung in eine „philosophische Ikonologie“ (S. 34) weiter zu entwickeln. Er treibt dafür über die sechs Aufsätze des Bandes beträchtlichen begrifflichen Aufwand – welchen Mehrwert sein Versuch einer philosophischen Ikonologie für Ästhetik, Kunstphilosophie oder Kunstwissenschaft haben könnte, bleibt der Rezensentin unklar.

Westerkamp scheint an einer Art Typologie des gelungenen Bildes beziehungsweise der gelungenen Bildfindung interessiert zu sein. Als gelungen gilt Westerkamp ein Bild dann, wenn es das Wesenhafte der bildenden Kunst – Präsenz, Gleichzeitigkeit, Momenthaftigkeit/Kairos – formal und inhaltlich adäquat umsetzt und damit die eigene Bildhaftigkeit auch thematisch zum Ausdruck bringt. Dass in dieser Konzeption des gelungenen Bildes eigentlich weniger ästhetische, ästhesiologische oder kunstphilosophische Problemstellungen bearbeitet werden als eine Theologie des Bildes, zeigt sich an den Bildbeispielen, die Westerkamp für seine philosophische Ikonologie einspannt: Es sind, mit wenigen Ausnahmen, Bilder mit religiösen Inhalt – vom spätantiken Sarkophag mit der Darstellung der Passionsgeschichte über Ikonen von Feofan Grek und Raffaels Madonnen bis hin zum berühmt-berüchtigten Schwarzen Quadrat Kasimir Malewitschs. Im Prinzip zeigen alle diese Werke etwas, was sich – nach Westerkamps Lessinglektüre – nicht zeigen lässt: Sie verbildlichen christliche Glaubensinhalte bis hin zum größten aller Glaubensgeheimnisse, der Inkarnation und der Transfiguration Christi. Die angemessenste künstlerische Strategie, um dieses Paradox bildnerisch aufzulösen, ist in Westerkamps Ikonologie der bildnerische Verweis auf die Undarstellbarkeit des Darzustellenden, oder wie es auf dem Rückumschlag des Bandes formuliert wird: „Ikonische Prägnanz gründet sich in der Ökonomie des Entzugs. Ihre Kunst offenbart sich in dem, was sie nicht zeigt“. Was auf diesem Abstraktionsniveau formuliert zumindest eine gewisse sprachliche Evidenz hat, zeigt sich in den Niederungen der konkreten Bildbeschreibung weitgehend beliebig. In die „Ökonomie des Entzuges“ gehört eine simple Zeigegeste wie in Jacques-Louis Davids „Tod des Sokrates“, der Westerkamp seine Interpretation des Bildes als Davids hoch-komplexe Interpretation der letzten Rede Sokrates in Platons „Phaidon“ aufbürdet (vgl. S. 66–70), ebenso wie beispielsweise die

Goldgründe und Mandorlen der Ikonenmalerei sowie die melancholisch geneigte Häupter und das überirdisch schimmernde Inkarnat, das Raffael seinen Madonnen verliehen hat. Im Prinzip sieht Westerkamp mehr in seine Bilder hinein, als das er in ihnen spezifische Bildstrategien erkennt.

Im Aufsatz „Das tragische Bild. Patristische Anfänge und ikonische Prägnanz des Schmerzenskindes“ spricht er auf Seite 110 den Kern seiner sich der Empirie der Kunstgeschichte nur punktuell nähernden Methode klar aus: „Geht man nicht kunstgeschichtlich von existierenden Darstellungen aus, sondern *konstruiert* philosophisch das gesuchte Bild aus den Begriffen der aristotelischen und der patristischen Bestimmung des Tragischen, so bietet sich an, die ikonische Prägnanz in der folgenden Konstellation von Motiven zu suchen“ (Hervorhebung im Original) – und natürlich findet Westerkamp dann auch das konstruierte Bild in der Realität. Es ist ein Elfenbeindptychon, das als Einband des St. Lupicin-Evangeliars aus der Mitte des 6. Jahrhunderts dient (vgl. S. 116). Interessanterweise zieht Westerkamp bei diesem Kunstwerk seine materiale Spezifität – als Relief ist es geschnitzt und nicht gemalt – in seine Argumentation mit ein, schreibt dieser aber wiederum eine symbolische Ebene zu, die mangels weiterer historischer Belege rein spekulativ bleiben muss.

Für Westerkamp ist das St. Lupicin-Evangeliar die geschichtliche Vollendung der Verwandlung des antiken Tragik-Begriffs in das christliche Heilsgeschehen in der Passion Christi, wie sie durch die Patristik erreicht wurde. Was als hohe ästhetische Wertschätzung gemeint ist, enthüllt eine weitere Problematik der philosophischen Ikonologie Westerkamps: Im Prinzip negiert sie Eigendynamik und Eigensinn der Kunst. Ikonographische und stilistische Entwicklungen tauchen bei ihm, wenn überhaupt, als Reaktion auf Veränderungen in der den Bildern offensichtlich immer als temporär und kausal vorausgehend zu denkenden Theorie-Geschichte auf, Materialität, künstlerische Praxis und sich verändernde Rezeptionsbedingungen spielen dagegen keinerlei wesentliche Rolle. Für eine Kunsthistorikerin ist diese Zurückstufung der einzelnen Kunstwerke auf eine illustrative Funktion für philosophische Konzepte umso befremdlicher, da die eigene Disziplin wissenschaftstheoretisch und methodisch hochreflektierte Zugänge zum Verhältnis von Kunst- und Ideengeschichte entwickelt hat, die über das konzeptionelle Niveau von Westerkamps philosophischer Ikonologie weit hinausgehen,

– aktuell unter den Schlagwörtern *iconic turn* und *visual culture* oder in den Arbeiten Georges Didi-Hubermans prominent diskutiert.

Stuttgart

Christina Dongowski

Die Wirkmacht der Metaphern und Dinge

Boschung, Dietrich/Kreuz, Patric-Alexander/Kienlin, Tobias (Hrsg.): Biography of Objects. Aspekte eines kulturhistorischen Konzepts, 192 S., Fink, München/Paderborn 2015.

In den Notizen zum Schlangenritual-Vortrag in Kreuzlingen schrieb Aby Warburg: „[Warum gibt es] alle diese Fragen und Rätsel der Einfühlung der unbelebten Natur gegenüber? Weil es für den Menschen tatsächlich einen Zustand gibt, der ihn mit etwas vereinigen kann – eben durch Hantierung oder Tragen – das ihm zugehört, aber durch das sein Blut nicht kreist“ (Warburg WIA III. 93. 4, vgl. „Werke in einem Band“ 2010, S. 581). Knapp einhundert Jahre später hat das Fragen und Rätseln über diesen Zusammenhang immer noch kein Ende gefunden, im Gegenteil. Das hier besprochene Buch nähert sich dem Problemkomplex aus ethnologischer, archäologischer, soziologischer, ur- und frühgeschichtlicher, literatur- und kunstgeschichtlicher Richtung mit Blick auf die Metapher der Objektbiographie.

Hans Peter Hahn plädiert dafür, sich mit ihr kritisch und sorgfältig auseinanderzusetzen um eine „Austreibung des Geistes“ (S. 12f.) aus dem Forschungsfeld der materiellen Kultur zu vermeiden. Wichtig sei dabei, jene Eigenschaften materieller Objekte zu identifizieren, die vom heuristischen Regime der Biographiemetapher verschleiert werden würden. Matthias Jung nimmt den Terminus „Objektbiographie“ zum Ausgangspunkt einer allgemeineren Kritik an anthropomorphisierenden Ausdrucksweisen. Was „objektiv missverständlich“ sei, so Jung, „wird sich auch früher oder später in einem Missverständnis manifestieren“ (S. 39). Die Metapher der Objektbiografie sei eine „Einladung zum Fabulieren“, mittels dessen es möglich sei, „Lücken und Leerstellen narrativ zu kompensieren, das heißt die vorgegebene Struktur auch dann mit Inhalten zu füllen, wenn für sie keine Evidenzen vorliegen“ (S. 43). Hahn schlägt eine „Objektive Hermeneutik“ materieller Kultur vor, die die

„Anschlussmöglichkeiten“ (S. 48) an eine Handlung als Feld der möglichen Fortschreitungen von einem gegebenen Punkt aus identifiziert und dann die Instanz beobachtet, „die in einer gegebenen Situation aus den objektiven Möglichkeiten eine auswählt und in Handeln umsetzt“ (S. 49). Tobias Kienlin und Patric-Alexander Kreuz verfolgen exemplarisch ein Bronzegefäß von der Insel Euböia aus dem zehnten Jahrhundert vor Christus durch den Wandel sozial und material determinierter Sinnstiftungen. Sie schlagen einen gemäßigten objektbiographischen Ansatz vor, der die Objekte nicht als Handlungsinstanzen begreift. Kerstin P. Hofmann diskutiert die Funktion von Handlungsträgern archäologischer Erzählungen und wägt Nutzen und Nachteil der Objektbiographiemetapher sowie die mögliche Entwicklung von *history* zu *istories* ab. Anders als Hahn und Jung versteht sie den Begriff der Biographie nicht im biologischen, sondern im literarischen Sinn und leitet entsprechend den Begriff des Akteurs aus dem Feld der Narration her (S. 94). Jody Joy gibt einen Überblick über den Stand der Diskussion in der englischsprachigen Literatur, diskutiert die Itinerarmetapher sowie den Begriff der relationalen Biographie und bringt den Ausdruck „thing“ ins Spiel, um den Komplex aus Artefakt und zugeschriebenen Eigenschaften zu fassen. Sie schlägt vor, Objekte als „things in process“ aufzufassen, wodurch es möglich werde, „to see how objects and people can be mutually constitutive“ (S. 138). Susanne Wittekind verfolgt das Willibrord-Reliquiar im Kirchenschatz von St. Martin in Emmerich vom 11. Jahrhundert an durch die Rollenwechsel, die Religionskriege und die kunsthistorische Entdeckung bis in die Gegenwart hinein. Im Kontext der vorliegenden Beiträge liefert ihr Text das beste Exemplum einer Objektbiographie. Michael Niehaus schließlich diskutiert, wie Objekte als Protagonisten in fiktionalen literarischen Texten verwendet wurden und werden. Er macht deutlich, dass die literarische Form geeignet ist, die Metapher der Objektbiographie kontrastreich auszuleuchten.

Beim Lesen der ersten vier Aufsätze des Buches fällt die Eindringlichkeit der Warnung vor der Macht der Biographiemetapher auf. So schreibt Jung von ihrer „Sogkraft“ (S. 47) und impliziert damit eine invertierte Anthropomorphisierung: Die Sogmetapher erhebt hier nicht tote Materie in den Rang menschlicher Handlungsinstanzen, sondern erniedrigt diese umgekehrt zur Passivität nichtorganischer Materie. Mit der

Analogie zu einem mechanisch-physikalischen Sachverhalt wird angedeutet, dass manche Menschen nicht über die kritischen Fähigkeiten verfügen, um sich der Anziehungskraft der Objektbiographiemetapher zu entziehen. Wenn aber Metaphern über eine solche Kraft verfügen, wieso dann nicht auch Objekte? Hofmann formuliert, Metaphern könnten sich verselbständigen (S. 103), und lässt damit für diese gelten, was sie für Objekte nicht gelten lässt. So haben zwar Worte, nicht aber die Dinge die Macht, Menschen in die Vorstellung zu treiben oder zu ziehen, Dinge hätten Macht und Einfluss auf sie. Solchen Stellen charakterisieren die Negation der Wirkungsmacht der Dinge mehr oder weniger deutlich als eine normative Forderung, als eine konzeptuell initiierte Austreibung eines als Produkt menschlicher Schwäche verstandenen Phänomens. Weil nirgends im Buch die offenbar als faktisch verstandene Wirkmacht der Metapher von der als fiktiv dargestellten Wirkmacht der Objekte abgegrenzt wird, bleibt die vielleicht wichtigste Frage des Buches unbeantwortet.

Die Beiträge im Buch wurden so angeordnet, dass die stärker begrifflich-konzeptuell ausgerichteten Beiträge am Anfang stehen, in der Mitte zunehmend fallstudienartige Beiträge folgen und Niehaus' Beitrag mit einer literarischen Selbstreflexion das Ende bildet. So ergibt sich eine Annäherungsbewegung an die Objektbiographie, in der sie zunächst abstrakt und stark vereinfacht diskutiert, dann sowohl diskutiert als auch exemplarisch durchgeführt und schließlich in literarischen Anwendungen beobachtet wird. Während sich so allmählich das Bild differenziert, nimmt auch die Gelassenheit im Umgang mit der Metapher der Objektbiographie zu. Niehaus schließt seinen Text und das Buch mit der Diskussion von Tim Krohns „Aus dem Leben einer Matratze bester Machart“ (2014). Ein Blutfleck spielt dabei die zentrale Rolle, weil die Matratze am Ende der Reise nur seinetwegen von ihrem ursprünglichen Besitzer wiedererkannt wird. „Was die Identität der Matratze verbürgt, ist – nahezu allegorisch – nicht ihr eigenes Blut, sondern das menschliche Blut, das sie befleckt hat“ (S. 187). Krohns fiktiver Text ist frei von der Angst vor Kategorienfehlern und kann sich daher bei wachen Sinnen jenem hochkomplexen Zustand nähern, der den Menschen „mit etwas vereinigen kann – eben durch Hantierung oder Tragen – das ihm zugehört, aber durch das sein Blut nicht kreist“ (Warburg WIA III. 93. 4, vgl. „Werke in einem Band“ 2010, S. 581). Versuche zur begrifflichen

Eliminierung dieses Phänomens sind hingegen weitaus weniger hilfreich für seine differenzierende, Ross und Reiter benennende Erforschung und Entzauberung.

Florenz

Reinhard Wendler

Medien im Konflikt

Becker, Jörg: Medien im Krieg – Krieg in den Medien, 404 S., Springer VS, Wiesbaden 2016.

Jörg Becker vertritt in seinem Buch „Medien im Krieg – Krieg in den Medien“ die bekannte zentrale These, Medien und Krieg seien auf vielfältige Art miteinander verwoben. Dies führt er anhand zahlreicher Aspekte aus. So betont er, dass Medien Vorurteile, die in den von ihnen bedienten Gesellschaftskreisen existieren, aufgreifen und somit verstetigen oder gar verstärken könnten. Im Falle deutscher Medien führt er unter anderem die Serbien- (S. 65–68) oder die China-Berichterstattung (S. 109f.) an. Auch beleuchtet er die zunehmende Präsenz privatwirtschaftlicher PR-Agenturen innerhalb der internationalen Medienlandschaft und deren Verflechtung mit Regierungskreisen einerseits, Medienunternehmen andererseits (z. B. S. 68–74, 120–124, 129). Schließlich kommt er auf Aktivitäten verschiedener Nichtregierungsorganisationen zu sprechen, die er in mehreren Fällen als Agenten von Staaten oder PR-Firmen identifiziert (z. B. S. 118f., 209–224, 282f.) und deren Einflussnahme auf die massenmediale Berichterstattung er als wesentlich versteht, da ihre Aktivitäten einen Nährboden bildeten, auf dem die ‚von oben‘ verbreiteten Erzählungen gedeihen könnten (S. 117f.). Stets betont er, dass derlei von der ‚eigentlichen Aufgabe‘ der Medien ablenke – namentlich der Durchsetzung von Frieden und Völkerverständigung (S. 9f.).

Bei all dem greift der Autor auf seine langjährige Erfahrung als Friedensforscher zurück und präsentiert anhand einer großen Bandbreite von Beispielen die von ihm angesprochenen Aspekte der Beziehungen zwischen Medien und Kriegen – oder, genauer gesagt, Konflikten aller Art – und deren Kehrseite, also die Bedeutung von Konflikten für Medien. Die Beispiele erstrecken sich über das 20. und 21. Jahrhundert und den gesamten Globus, wobei der Fokus zumeist auf der

westlichen Welt und insbesondere Deutschland und den USA ruht. Das fehlende Register fällt bei dieser Vielfalt schmerzlich auf.

Das von Becker verfolgte Ziel, im friedenspolitischen Sinne über die wechselseitigen Beziehungen von Militär, Regierungen (samt Geheimdiensten) und Medien(-unternehmen) aufzuklären, ist zweifelsohne zu begrüßen. Die von ihm zusammengestellten Informationen, beispielsweise über die globalen Aktivitäten von PR-Unternehmen im Auftrag unterschiedlicher staatlicher Akteure (z. B. S. 18–24 oder 113–116) können sicherlich hilfreiche Ausgangspunkte für weitere Fragestellungen und Forschungsansätze darstellen.

Deshalb ist es umso bedauerlicher, dass es dem Autor nicht immer gelingt, die von ihm angeführten Beispielfälle in ein schlüssiges argumentatives Ganzes zu überführen. Wenn er beispielsweise in einem Abschnitt des Buches Kapitel zu Kriegsbildern aus dem Ersten Weltkrieg, zum Umgang mit Folter in österreichischen Tageszeitungen im frühen 21. Jahrhundert und zu Wechselwirkungen zwischen Massenmedien, Terrorismus und Informationskontrolle zusammenführt, um zu demonstrieren, dass „Medien [...] zu einer kriegerischen Entgrenzungsmaschine, die nicht länger Trennlinien zwischen Gut und Böse, Frieden und Krieg kennt“, „verkamen und verkommen“ (S. 140), dann wirkt diese Zusammenstellung ein wenig willkürlich und angesichts der weitreichenden Thesen nicht wirklich belastbar.

Hinzu kommt, dass der Autor stellenweise mit eher vagen Andeutungen arbeitet. Dies zeigt sich etwa in dem bereits erwähnten Kapitel über die Olympischen Spiele in China und das Tibetbild der Massenmedien. Hier meint Becker: „In kaum einem anderen Fall von Pressemanipulation wie bei der des Tibetbilds lässt sich so gut dokumentieren, dass die CIA eine bestimmte Darstellung in den westlichen Massenmedien erfolgreich geprägt hat“ (S. 110). Es folgen zwar Literaturhinweise als Belege für illegale Aktivitäten der CIA in Tibet während des Kalten Krieges und das weltweite Engagement für Demokratie einer seit 1983 vom US-Kongress geförderten Stiftung, kritisch erläutert werden diese jedoch nicht. Der Autor folgert schlicht, durch solches *agenda setting* und *framing* sei es 2008 schwierig für die Medien gewesen, positiv über die Olympischen Spiele in Peking zu berichten (S. 110f.). Es fehlen Ausführungen dazu, welche Maßnahmen konkret ergriffen

wurden, ob Tibet als ‚Operationsgebiet‘ für die genannten Organisationen ein Sonderfall war oder ob Akteure mit konkurrierenden Absichten aktiv waren und abweichende Interpretationen existierten. Letztlich bleibt der diffuse Eindruck einer weltweit manipulativ Fäden ziehenden US-Elite (S. 277).

Auch suggeriert Becker verschiedentlich, dass die von ihm untersuchten Zustände ‚früher‘ besser gewesen seien, wenn er beispielsweise unter Verweis auf die französische postmoderne Philosophie anführt, mediale Kriegskommunikation sei vor den 1990er Jahren von Zensur geprägt gewesen, während seitdem eine freiwillige Kooperation dominiere (S. 178–181) – ein schlichter Irrtum angesichts der weitgehenden Kooperation zwischen Medien, Militär und Regierungen schon vor dem Ersten Weltkrieg.

Schlussendlich wirkt die von Becker suggerierte starke Medienwirkungstheorie problematisch. Zwar spricht er immer wieder von *agenda setting* und *framing* und verweist auf unterschiedliche Trends der Medienwirkungsforschung (S. 297–304), dennoch entsteht durch seine Argumentation der Eindruck, dass letztlich Massenmedien Denken und Handeln ‚der Öffentlichkeit‘ lenken, während sie selbst an den Fäden von PR-Agenturen, dem Militär oder Regierungen hängen. So meint er mit Blick auf kriegskritische Äußerungen in den deutschen Medien im Kontext des Golfkrieges 2003, hier hätte die Ablehnung einer deutschen Beteiligung durch den Bundeskanzler oder, in seinen Worten, „der von oben verordnete Regierungspazifismus erfolgreich als *agenda setting* gewirkt“ (S. 106). Offen bleibt, wer die Beeinflusser beeinflusst – oder sind diese immun gegen Einflussnahme? Es entsteht der Eindruck, dass der Autor hier dem Propagandasyndrom unterliegt: Propaganda, die gemacht wird, wirkt auch, denn sonst würde sie nicht gemacht.

Braunschweig

Christian Götter

Diskrepanzen in den Erinnerungen

Schoor, Kerstin/Schüler-Springorum, Stefanie (Hrsg.): Gedächtnis und Gewalt. Nationale und transnationale Erinnerungsräume im östlichen Europa, 287 S., Wallstein, Göttingen 2016.

„History ist written by the victors“, dieses Zitat von Winston S. Churchill haben die beiden Herausgeberinnen Kerstin Schoor und Stefanie Schüler-Springorum ihrem Tagungsband „Gedächtnis und Gewalt. Nationale und transnationale Erinnerungsräume im östlichen Europa“ vorangestellt, der auf eine Tagung in Frankfurt an der Oder im Juni 2013 zurückgeht. Denn der Fokus der Tagung und der hier zu besprechenden Publikation mit insgesamt 16 Beiträgen liegt auf den veränderten Blickrichtungen auf historische Ereignisse nach gesellschaftlichen Umbrüchen. Da es gerade der östliche Teil Europas ist, der in den letzten Jahrzehnten nicht nur gesellschaftliche Transformationen, sondern auch kriegerische Auseinandersetzungen erlebt hat, liegt es nahe, sich gerade auf diese Region zu beziehen.

An dieser Stelle auch gleich eine erste kritische Anmerkungen: Während der Kriege in Jugoslawien in den 1990er Jahren waren es gerade die gegensätzlichen Interpretationen des Zweiten Weltkrieges, die von den Kriegsparteien für die eigenen Interessen und Ziele funktionalisiert wurden. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Phänomen hat zahlreiche spannende Arbeiten zutage gefördert. Doch sucht man einen Beitrag zu dieser Region in dem vorliegenden Tagungsband leider vergeblich.

Nach dieser kritischen Anmerkung möchte ich den einführenden Beitrag von Birgit Schwellung mit dem Titel „Identität – Differenz – Ähnlichkeit. Überlegungen zu Konzepten der Vermessung des europäischen Erinnerungsraums“ besonders positiv hervorheben. Sie plädiert dafür, in Europa sowie innerhalb der Staaten der Europäischen Union auch nach Ähnlichkeiten in den kollektiven Erinnerungen zu suchen und den Fokus nicht vorrangig auf die Unterschiede zu legen. Als Beispiel führt sie die Überlegungen des Germanisten Anil Bhatti an. Er ist der Meinung, für die Analyse der postkolonialen Gesellschaft Indiens eigne sich „das Bild des Palimpsests, mit welchem sich Kulturen als historisches Resultat von vielen Schichtungen begreifen lassen. Eine Urschicht existiert hier nicht und Mehrschichtigkeit wird nicht als Defizit begriffen, sondern im Gegenteil als Fülle und Reichtum interpretiert“ (S. 27). Eine solche Sichtweise auf die europäische Geschichte und die Erinnerungen daran könnte durchaus fruchtbar sein.

Eingestimmt von diesen überzeugenden theoretischen Überlegungen, war die Rezensentin beim Lesen der folgenden Beiträge zunächst irritiert, da sich keiner auf diese Ausführungen

bezog. Auch in diesem Tagungsband – wie in vielen anderen – lässt sich die Schwierigkeit erkennen, einen gemeinsamen roten Faden zu entwickeln; womit jedoch der Erkenntnisgewinn der Artikel keinesfalls geschmälert werden soll.

So schildert Grzegorz Rossoliński-Liebe in seinem Beitrag „Die antijüdische Massengewalt ukrainischer Nationalisten in der antikommunistischen, deutschen, jüdischen, polnischen, ukrainischen und sowjetischen Historiografie“, wie unterschiedlich in den jeweiligen nationalen Geschichtswissenschaften auf dasselbe Ereignis geblickt wird. Delphine Bechtel legt in ihrem Beitrag „Gedenken und Gewalt im heutigen L'viv. Selektive Erinnerung, Revisionismus, Alltagsfaschismus“ dar, wie die vielen Nationalitäten, die in dieser Stadt lebten, aus dem öffentlichen Gedächtnis ausgeblendet werden und versucht wird, eine ausschließlich ukrainische Vergangenheit zu konstruieren. Sogar der Zweite Weltkrieg mit den einschneidenden Ereignissen wie den Besatzungsregimen und dem Holocaust werden dabei neu interpretiert. Frauke Wetzels Aufsatz mit dem Titel „Kein Raum für Menschen zweier Kulturen. Das Beispiel Ústí nad Labem nach 1945“ rekonstruiert, wie jüdisch-deutsche und deutsche Einflüsse und ehemalige Nachbarn aus der Erinnerung verdrängt wurden. Zwei Beiträge, der von Marek Kucia „Die Symbolhaftigkeit von Auschwitz in der polnischen Erinnerungskultur von 1945 bis heute“ sowie der von Walter Schmitz „Theresienstadt/Terezín. Die Barockstadt als Erinnerungsort des Holocaust“, befassen sich mit zwei markanten Orten und deren Position im öffentlichen Gedächtnis der jeweiligen Staaten.

Fünf Beiträge, der von Cristian Dietrich „Die Erfahrung in Stalingrad und das friedliche Kriegsende. Das Narrativ von der Lehre aus der Vergangenheit in Rudolf Petershagens autobiografischem Roman *Gewissen in Aufruhr*“, Irmela von der Lühes Aufsatz mit dem Titel „Die Gewalt der Zerstörung und die Poesie der Erinnerung. Józef Wittlins *Mein Lemberg (1946)*“, und der von Andree Michaels „Aus dem Holocaust eine europäische Kultur. Verfolgung, Exil und Katharsis bei Imre Kertész“ sowie der Aufsatz „Eine ‚sadistisch-pornografische Vision‘ oder eine ‚bittere Komödie über Trauma‘? Zum Roman *Noc Żydów* von Igor Ostachowicz“, verfasst von Jerzy Kałużny, nähern sich dem Tagungsthema aus literaturwissenschaftlicher Sicht. Der Beitrag von Svetlana Burmistr „Der ‚Große Vaterländische Krieg‘ fernab vom Heldenmythos. Der Krieg hat kein weibliches Gesicht von Swetlana

Alexijewitsch als Gegenposition zur sowjetischen Erinnerungspolitik“ zeigt einmal mehr, wie groß die Diskrepanz zwischen persönlichen und öffentlichen Erinnerungen sein kann.

Den Abschluss bildet ein Beitrag von Wolf Kaiser zu „Kooperation und Dissens. Gedenkstätten in Europa“. In diesem rekonstruiert er zum einen den unterschiedlichen gesellschaftlichen und auch staatlichen Stellenwert von Gedenkstätten im östlichen wie auch im westlichen Teil Europas sowie die gegensätzlichen Präsentationsformen in den Ausstellungen zum Zweiten Weltkrieg in den jeweiligen Museen und Gedenkstätten.

Wie unterschiedlich der Blick auf die Ereignisse im und nach dem Zweiten Weltkrieg ist, zeigen auch die stark von gegenseitigem Unverständnis geprägten Debatten rund um den europäischen Gedenktag an die Opfer aller totalitärer und autoritärer Regime am 23. August. Alles in allem liegt ein interessanter Tagungsband vor, der der interessierten Leserschaft wärmstens zur Lektüre empfohlen werden kann.

Berlin

Silvija Kavčič

Zur Bedeutung von Geschichtsregionen

Troebst, Stefan: Erinnerungskultur – Kulturgeschichte – Geschichtsregion. Ostmitteleuropa in Europa, 440 S., Steiner, Stuttgart 2013.

Der vorliegende Band, in dem der Leipziger (Süd-) Osteuropahistoriker Stefan Troebst einige seiner Aufsätze der Jahre 2006 bis 2012 veröffentlicht hat, beinhaltet drei Blöcke zu den titelgebenden Themen: „Erinnerungskultur – Kulturgeschichte – Geschichtsregionen“. Diese Themen scheinen auf den ersten Blick als eine beliebige Zusammenschau von Zugriffen, die in der Geschichtsschreibung (vor allem zum östlichen Europa) in den letzten zehn Jahren Konjunktur hatten.

Zur Erinnerungskultur hat Troebst 13 Texte versammelt, die sich mit der Erinnerung an Ereignisse, Orte oder vor allem Daten beschäftigen, wie etwa den „Sehnsuchtsort Saloniki“, das Jahr 1945, Flucht und Vertreibung, oder die vermeintliche Rettung der Juden in Bulgarien vor dem Holocaust. Viele dieser Texte sind von hoher geschichtspolitischer Brisanz und alleine deshalb lesenswert. Sie sind zum Teil Beiträge zu Debatten, zum Teil Dokumentationen derselben mit vereinzelt sehr ausführlichen Quellenziten. Wie

sehr diese Texte in ihrer jeweiligen Schreibgenwart verhaftet sind und Teil der vor wenigen Jahren aktuellen Diskurse waren, wird bereits wenige Jahre nach ihrem ersten Erscheinen sehr deutlich.

Vor allem lohnt dazu ein Blick in die beiden Beiträge zum 23. August 1939 als „europäischer *lieu de mémoire*“ beziehungsweise als „euroatlantischer Gedenktag“ (S. 77–110). Troebst beleuchtet hier die Erinnerung an den sogenannten ‚Hitler-Stalin-Pakt‘, der am 23. August 1939 unterzeichnet wurde, und dessen direkte Folge der deutsche Überfall auf Polen am 1. September 1939 und mithin der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges war. Wie unterschiedlich die Erinnerung an diesen völkerrechtswidrigen Vertrag ist, zeigen allein die Begriffe mit denen seiner gedacht wird: Je nach europäischer Region kann er sowohl deutsch-sowjetischer Nichtangriffsvertrag, ‚Molotow-Ribbentrop-Abkommen‘ als auch ‚Sowjet-Nazi-Pakt‘ heißen. Während die Erinnerung an den 23. August 1939 etwa in den baltischen Republiken oder in Polen paradigmatisch für die Katastrophen des 20. Jahrhunderts und die Unterjochung durch zwei Diktaturen (NS-Deutschland und stalinistische Sowjetunion) steht, wird sie in anderen europäischen Ländern durch die je eigenen Erinnerungen an Krieg und Gewaltherrschaft überlagert. Stefan Troebst bringt Ordnung in diese komplexe und vielstimmige Erinnerungslandschaft, indem er eine Einteilung Europas in vier Regionen vornimmt. Diese Struktur übernimmt er weitgehend von dem polnischen Historiker Oskar Halecki und seinem ungarischen Kollegen Jenő Szűcs. Es ist eines der zentralen Konzepte von Troebst, die sich unabhängig der Themenblöcke durch viele der Texte hindurchziehen und eine Art Leitgedanken dieses Bandes ausmachen.

Troebst untersucht nun weiter für die jeweiligen Geschichtsregionen, wie die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg die jeweilige Lesart des 23. August 1939 bedingt. In der östlichsten europäischen Region, in der heutigen Russischen Föderation, gilt der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt als rein diplomatiegeschichtliches Ereignis. Die Schrecken des Weltkrieges beginnen aus dieser Perspektive erst mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. In West- und in Mitteleuropa wurde die Erinnerung an den 23. August als Konkurrenz zum Holocaustgedenken begriffen und deshalb kritisiert. In diesem Datum, das 2009 schließlich nach langen Diskussionen, die Troebst relativ ausführlich dokumentiert, zum

„Europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus“ erklärt wurde, kulminiert also die konkurrierende Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Europa. Darüber ergeben sich auch Anknüpfungspunkte zum Thema „Diktaturvergleich“, das Troebst ebenfalls ausführt. Hier eröffnet die Regionalisierung der Erinnerung ganz neue Einblicke.

Gleichzeitig zeigt sich aber auch an der vorsichtig optimistischen Einschätzung einer scheinbar auf europäische Verständigung ausgerichteten russländischen Geschichtspolitik seit 2009 die Verhaftung der Texte in ihrer Schreibgegenwart, dem Jahr 2011. Troebst beobachtete im Jahre 2011 die Destalinisierung der Geschichtspolitik genauso wie eine Verbesserung des russisch-polnischen und des russisch-deutschen Verhältnisses als Voraussetzungen für eine gemeinsame europäische Erinnerungspolitik. Diesen Optimismus würde Troebst seit den kriegerischen Ereignissen in der Ukraine sicher nicht mehr in seine Texte einfließen lassen; er zeigt aber, wie stark Geschichtspolitik und gegenwärtige Politik einander bedingen.

Der zweite Block zur „Kulturgeschichte“ vereinigt zehn Texte. Im engeren Sinne mit Hochkultur beschäftigen sich etwa der Text zum Krakauer Schlachten- und Historienmaler Wojciech Kossack, für den das Pferd, so Troebst, zum „Karrierekatalysator“ wurde, oder der geistesgeschichtlich orientierte Aufsatz zu Walter Markov und seinen Beiträgen zur sogenannten ‚Balkandiplomatie‘.

Einen breiteren Kulturbegriff legt der Autor zugrunde, wenn er etwa die Bedeutung der terroristischen Organisation IMRO (Innere Makedonische Revolutionäre Organisation) für den deutschen Revisionismus der Zwischenkriegszeit nachzeichnet. Dieser Aufsatz illustriert auf überzeugende Weise die kommunikative Wirkung terroristischer Gewalt und ihre Diskursmacht in transnationaler Perspektive.

Der Block „Geschichtsregion“ besteht nur aus zwei Texten. Der erste beschäftigt sich generell mit „geschichtsregionalen Konzeptionen in den Kulturwissenschaften“, der zweite thematisiert anhand der Schlagwörter „Le Monde méditerranéen“, „Südosteuropa“ oder der „Black Sea World“ einige Geschichtsregionen im Süden Europas. Auf den ersten Blick wirken also die Geschichtsregionen etwas unterrepräsentiert in diesem 437 Seiten starken Sammelband, aber Überlegungen zur Bedeutung von Geschichtsregionen oder auch regionalistische Strukturprinzipien

finden sich in so vielen Beiträgen des Bandes, dass sich die Überlegung aufdrängt, ob sich nicht dieser regionalgeschichtliche Ansatz viel eher als Dach des gesamten Projektes aufgedrängt hätte. Damit hätte die Unwucht der drei ungleichen und disparaten Teile vermieden werden können. Der Untertitel „Ostmitteleuropa in Europa“ regt eine solche regionalistische Deutung bereits an.

Grundsätzlich lässt sich natürlich fragen, ob eine solche Versammlung zum Teil so unterschiedlicher Texte eines Autors, die fast alle schon einmal an anderer Stelle erschienen sind, sinnvoll ist. Die übergroße Mehrheit der Texte ist durchaus prominent erschienen und deshalb für Studierende und Kolleg_innen grundsätzlich zugänglich. Andererseits lässt sich einwenden, dass ein solcher Band, der die Texte bündelt, erst die inneren Zusammenhänge, die durchaus gegeben sind, offenlegt und die gemeinsame Rezeption verbessert. Diese inneren Zusammenhänge liegen in der Natur der Sache, weil der Autor sich diesen unterschiedlichen Themen jeweils auf seine Art und mit seinen Zugriffen nähert – deshalb wäre eine solche Zusammenschau scheinbar entlegener Texte vielen Autoren und ihren Lesern eigentlich zu wünschen.

Zugleich ermöglicht es die (wenn auch noch geringe) zeitliche Distanz zum ursprünglichen Erscheinungstermin, die Vergänglichkeit der Entstehungskontexte in den Blick zu nehmen. So verdeutlicht dieser Sammelband auch, wie aus Geschichtsschreibung Historiographiegeschichte wird.

Köln

Anke Hilbrenner

Dekonstruktion ohne Erzählungen

Heyde, Jürgen u. a. (Hrsg.): Dekonstruieren und doch erzählen. Polnische und andere Geschichten, 359 S., Wallstein, Göttingen 2015.

Neugierig nimmt man den Band zur Hand: Geschichtswissenschaft und Geschichtsschreibung in oder nach der Postmoderne ist angekündigt; „Dekonstruieren und doch erzählen“, das klingt nach unaufgeregtem Ausprobieren von neuen Zugängen, und das umso mehr, als der Untertitel „Geschichten“ verspricht. Dass der geographische Schwerpunkt vieler Beiträge in Polen, jedenfalls in Osteuropa, liegt, bezeichnen die fünf Herausgeberinnen und Herausgeber um die

Hallenser Osteuropa-Historikerin und Direktorin des Aleksander-Brückner-Zentrums für Polenstudien Yvonne Kleinmann als sekundär. Die Autoren des Bandes dokumentieren ein wissenschaftliches Netzwerk mit Verbindungen aus ihrer Leipziger Zeit, wo sie bis 2013 eine Emmy Noether-Gruppe leitete, dazu die Beziehungen, die sie seither in Halle geknüpft hat.

Entsprechend der Zusammenstellung der Autoren, die eher persönliche Verbindungen spiegelt als eine systematische Auswahl, kommt auch der Band inhaltlich ohne explizites Programm aus; also ohne Einleitung, die ein theoretisches Konzept präsentieren oder den Beiträgen eine Marschrichtung vorgeben würde. Ein Prolog formuliert lediglich knapp das Vorhaben, auch nach der Dekonstruktion von Meistererzählungen „Ereignisse, Strukturen, Wahrnehmungen, Deutungen und Handlungen“ in „nachvollziehbare Zusammenhänge“ zu stellen (S. 11). Gegliedert werden die 43 Beiträge in fünf als Aufforderung formulierte Kapitel: „Erzählungen überdenken“, „Erinnerungen historisieren“, „Wahrnehmungen kontextualisieren“, „Räume und Zeiten vermessen“, „Wissenschaft reflektieren“.

Diese Kapiteleinteilung bindet einen Strauß aus sehr unterschiedlichen Beiträgen zusammen. Jill Gossmann eröffnet den Band mit einer Dekonstruktion der Stalingrad-Mythen und stellt Überlegungen an, wie eine zeitgemäße Darstellung dieser Schlacht aussehen könnte – auf Menschen und soziale Gruppen bezogen, von ihren Körpern, ihren Erlebnissen und Erfahrungen ausgehend multiperspektivisch die „Veränderung von Wahrnehmungs- und Verhaltensmustern“ untersuchen, etwa das Zusammenbrechen bestehender Strukturen und sozialer Regeln.

Während Gossmann solcherart schreibend die Möglichkeiten für ein Forschungsprojekt auslotet, das den theoretischen Prämissen der Postmoderne entspricht, formuliert Manfred Hettling kritische Einwände gegen eine „einseitige Subjektzentrierung“, der er vorwirft, Politik und Gesellschaft, Strukturen und Prozesse in den Hintergrund treten zu lassen. Durch diese Abkehr von den Kernthemen der Sozialgeschichte gehe die „reflektive Distanz“ verloren, gewinne das journalistisch-Anekdotische die Oberhand gegenüber analytischer Tiefe.

Heinz Reif vermisst das Grenzgebiet zwischen fiktionaler Literatur und empirisch legitimer Geschichtswissenschaft anhand von zwei Romanen, „Hammerstein oder der Eigensinn“ von Hans Magnus Enzensberger und „Flut und

Boden“ von Per Leo. Beide reichern eine gründliche Faktenrecherche mit fiktionalen Elementen zum Roman an, und wiederum beide wurden von Historikern für dieses Vorgehen scharf kritisiert. Reif nimmt die Literatur gegen ihre Kritiker aus der Geschichtswissenschaft in Schutz und bezeichnet die Kritik als Rückzugsgefechte einer Disziplin, deren Deutungshoheit schwinde.

Einen dekonstruierenden Blick auf die Meistererzählung vom „Prozess der europäischen Integration“ unternimmt René Leboutte. Der Inhaber des Jean Monnet Lehrstuhls für europäische Geschichte an der Universität Luxemburg konstatiert, dass die Geschichte Europas und des europäischen Einigungsprozesses von „einer nahezu an Naivität grenzenden teleologischen Betrachtung“ (S. 232) dominiert werde. Er beobachtet eine Glaubwürdigkeitskrise der europäischen Einigung, die er auf die Zeit 2008 bis 2014 datiert. Das Brexit-Referendum Großbritanniens vom Sommer 2016 verleiht seinem Beitrag zusätzlich Aktualität. Florentiner Graffiti nimmt er als Indiz für eine wachsende Skepsis der Bevölkerung am politischen Einigungsprozess, dem sich die Geschichtswissenschaft bisher nicht ausreichend widme. Eine Erzählung nach der Dekonstruktion ist das allerdings noch nicht.

Auch Miroslav Hoch präsentiert keine Erzählung in seinem Plädoyer für ein europäisches Geschichtsbuch. Parallel zu weiterhin existierenden Nationalgeschichten solle ein solches europäisches Geschichtsbuch der Konstruktion einer europäischen Identität verpflichtet sein, lautet seine Empfehlung. Hierfür müsste der Kontinent als Raum gemeinsamer historischer Prozesse ins Zentrum rücken. Mit seinem Plädoyer für eine integrierte europäische Geschichte rennt er allerdings Türen ein, die inzwischen weit offen stehen.

Cornelius Torp kreist mit seinem Beitrag zur umkämpften Erinnerung an das Massaker von Sand Creek 1864, das US-Truppen an zwei Indianerstämmen verübten, räumlich auf der Außenbahn dieses um Osteuropa zentrierten Bandes. Konzeptionell passt sein Ansatz gut in den Band, wenn er Gedenken und Erinnerung als politisch umkämpft schildert, und an diesen Auseinandersetzungen um Deutungshoheit Verwerfungen der amerikanischen Geschichte aufzeigt.

Diese Beispiele zeigen die Unterschiedlichkeit der Beiträge: Überlegungen zu möglichen Forschungsthemen und -fragen stehen neben Lektürekomentaren; manche Beiträge geben Einblick in die Forschungsgebiete der Autoren, ohne erkennbaren Bezug zum inhaltlichen

Anliegen des Bandes. Diese Diversität ist bei der Fülle der Autoren wohl unvermeidlich. Insgesamt bietet der Band einen bunten Strauß von Konzepten und Vorhaben, Ideen und Überlegungen.

Frankfurt a. M.

Barbara Wolbring

Selbst- oder Fremdverortung des Menschen im Dickicht der Diskurse über Geschlecht?

Meyer, Sabine: „Wie Lili zu einem richtigen Mädchen wurde“. Lili Elbe. Zur Konstruktion von Geschlecht und Identität zwischen Medicalisierung, Regulierung und Subjektivierung, 359 S., transcript, Bielefeld 2015.

Die dänische Malerin Lili Elvenes (1882–1931), eher bekannt unter dem Namen ihres literarischen Ichs Lili Elbe, geboren als Einar Wegener, war einer der ersten Menschen, die sogenannte geschlechtsangleichende Operationen an sich vornehmen ließen. Deswegen erfuhr Lili Elbe mehrfach breite mediale Aufmerksamkeit: Anfang der 1930er Jahre, als die Operationen in Berlin und Dresden vorgenommen wurden, in den 1950er Jahren im Kontext von geschlechtsangleichenden Operationen an einer US-Amerikanerin in Dänemark und jüngst durch den Spielfilm „The Danish Girl“ von 2015 (USA/GB).

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts (mit Vorläufern Anfang der 1990er Jahre) wurde Lili Elbe im Zuge wissenschaftlicher Veröffentlichungen zu einer Ikone der Transsexuellen-Bewegung und in jüngster Zeit auch der Intersexuellen-Bewegung in verschiedenen westlichen Ländern. Dabei gibt es auch einen Streit, wer sie in seine Ahnenreihe einordnen darf – wie sehr anschaulich sowohl der deutsche als auch der englische Wikipedia-Eintrag einschließlich deren Geschichte zeigen: Während der englische Artikel Lili Elbe eine „transgender woman“ nennt, wird sie im deutschen Artikel seit September 2015 als „intersexueller Mensch“ bezeichnet. Diese doppelte Einordnung ist der besonderen Quellenlage um Lili Elvenes Leben geschuldet: Lili Elvenes starb kurz nach der letzten Operation und hat sich zu vielen sich spätestens heute stellenden Fragen nicht öffentlich oder nicht eindeutig geäußert, sicherlich nicht zuletzt aus strategischen Gründen. Ferner gibt es zwar eine als Autobiographie rezipierte posthume Buchveröffentlichung, die

aber an vielen Stellen vom Leben Lili Elvenes abweicht, deutliche Spuren anderer Autor_innen trägt und deren dänische, deutsche und englische Version sich deutlich voneinander unterscheiden. Auch die verschiedenen medizinischen Gutachten und andere Einlassungen von Ärzten, die Elvenes untersuchten, sind unzuverlässige Quellen, da die Aussagen der Texte offensichtlich ihren jeweiligen Absichten angepasst wurden, etwa eine Operation zu begründen oder eine staatliche Kommission von der Weiblichkeit der Beschriebenen zu überzeugen und nicht zuletzt die eigene wissenschaftliche Reputation zu wahren. Schließlich stehen auch die Äußerungen aus Elvenes persönlichem Umfeld überwiegend im Spannungsfeld von Loyalität gegenüber der Verwandten oder Freundin und gesellschaftspolitischen Erwägungen.

Sabine Meyer hat in ihrer transdisziplinären Studie einen Großteil dieser Quellen ausgewertet, die Forschungsliteratur vorgestellt sowie zum Teil kritisch hinterfragt und so viel Licht in das Dunkel gebracht, wie ihr möglich war. Der mehrfachen Quellenproblematik trägt Meyer auch dadurch Rechnung, dass sie ihrer Veröffentlichung mit „Wie Lili zu einem richtigen Mädchen wurde“ den Titel gibt, den Lili Elvenes gern ihrer eigenen Biographie gegeben hätte, die 1931 in Dänemark aber unter dem Titel „Fra Mand til Kvinde“ (Vom Mann zur Frau) erschien.

Auf eine Intersexualität der literarischen Figur Lili Elbes lassen die Selbstbeschreibung Lili Elbes in „Fra Mand til Kvinde“, zwei Wesen lebten in einem Körper, sowie die Bezugnahme auf Hermphroditos und Platons Kugelmenschen aus der griechischen Mythologie ebenso schließen wie ein Brief vom Juli 1931, in dem es heißt, sie habe zeitweilig menstruiert, ohne zu wissen, woher das Blut komme. Ferner wird in der vermeintlichen Autobiographie dargelegt, bei einer der Operationen 1931 habe der Arzt, wie von ihm vermutet, beim Öffnen ihrer Bauchdecke verkümmerte Ovarien gefunden. Sabine Meyer Ausführungen zeigen, dass eine geschlechtsangleichende Operation bei einem intersexuellen Menschen eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz gehabt habe als der Geschlechtswechsel beziehungsweise die Genitalumwandlung eines transsexuellen Menschen. Ungeachtet dessen wird Lili Elbe von den 1930er Jahren bis heute eher als transsexuell wahrgenommen, was nicht zuletzt auch durch die Titel ihrer Lebensgeschichte „Fra mand til kvinde“ (DK 1931), „Ein Mensch wechselt sein Geschlecht“ (D 1932) und „Man into Woman“ (GB & USA 1933) zu begründen ist.

Sabine Meyer befasst sich intensiv mit der vielschichtigen Editions-geschichte und dem Verhältnis von tatsächlicher Lebensgeschichte und veröffentlichter Biographie, ohne hier aber angesichts der Quellenlage insgesamt zu klaren zusammenfassenden Aussagen kommen zu können. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Einordnung in zeitgenössische medizinische Diskurse. Kurz wird auch auf die rechtliche Situation eingegangen. Die Autorin beschreibt den enggesteckten Rahmen, in dem sich sowohl Lili Elvenes als Betroffene als auch die Mediziner bewegen konnten: das Konzept der Zweigeschlechtlichkeit, moralische Bewertungen, fehlende Rechtsgrundlagen und den wachsenden Einfluss der Eugenik sowie die engen inhaltlichen und personalen Bezüge von Befürwortern der Möglichkeit des Geschlechtswechsels, Sexualreformbewegung und Eugenik beziehungsweise „Rassenhygiene“. Zentral für Meyer ist die Frage nach Elvenes' *agency* im Sinne von Handlungsfähigkeit respektive Handlungsmächtigkeit: Lili Elvenes' *agency* gehe „weder mit einer absoluten Ent- noch einer uneingeschränkten Ermächtigung einher. Trotz der Rahmenbedingungen, in welche sie sich zu fügen hat, erkämpft sich Elvenes Räume der Artikulation und Identitätsentfaltung. Auch wenn sie diesen nicht dominiert, wird sie Teil des Diskurses um ihre Subjektivität“ (S. 221). Für Meyer ist trotz aller Autor_innen-Problematik insbesondere die Figur der Lili Elbe ein Ausdruck der *agency* Lili Elvenes': „In Fra Mand til Kvinde avanciert Lili Elbe sogar zum fordernden Subjekt, das sich mitunter dem hierarchischen Gefüge zwischen der individuellen und der institutionellen Ebene widersetzt. So begehrt sie gegen Ungerechtigkeiten des Rechtssystems auf und erbittet beim Arzt einen zusätzlichen operativen Eingriff“ (ebd.).

Obwohl Meyer sehr darum bemüht ist, zwischen der realen Person Lili Elvenes und der fiktiven Lili Elbe zu differenzieren, fällt es manchmal schwer, diese beiden auseinanderzuhalten. Insgesamt wirkt die Studie über weite Strecken so, als wende sie sich an Leser_innen, die bereits intensiv mit Lili Elbe vertraut sind. Eine stärkere Leser_innenführung, etwa durch eine klassische Inhaltsangabe der untersuchten Hauptquelle, wäre für den rezensierenden Historiker und Literaturwissenschaftler ebenso wünschenswert gewesen wie der Mut, häufiger allgemeine zusammenfassende Aussagen zu treffen.

Hamburg

Stefan Micheler

Globalgeschichte der Zeitmessung

Ogle, Vanessa: *The Global Transformation of Time, 1870–1950*, 288 S., Harvard UP, Cambridge, MA/London 2015.

Es gehört zu den Binsenweisheiten der historischen Forschung, dass Eisenbahnen, Telegraphen und Dampfschiffe die Welt im 19. Jahrhunderts enger zusammenrücken ließen. Die seit den 1870er Jahren vorangetriebene, internationale Reform der Zeitmessung erscheint auf den ersten Blick als eine zwangsläufige Folge dieser Veränderungen. Vanessa Ogles nun vorliegende Geschichte dieses Phänomens widerspricht einer solchen Auffassung jedoch. Ihre zentrale These lautet, dass die Standardisierung der Zeit ein außerordentlich langsamer und begrenzter Prozess war, der keine globale Homogenisierung zur Folge hatte, sondern zahlreiche neuartige, lokale und nationale Differenzierungen nach sich zog.

Diese Auffassung entfaltet Ogle in sieben Kapiteln. Anstelle der gut erforschten Technik- und Wissenschaftsgeschichte der Zeitmessung nimmt sie dabei primär die „social, political and cultural side to time reform“ (S. 15) in den Blick. Jedes Kapitel umfasst einen bestimmten Aspekt des vielschichtigen Themas und betrachtet jeweils unterschiedliche, über den ganzen Globus verstreute Schauplätze. Kapitel 1 behandelt die Zeitstandardisierung in Deutschland und Frankreich zwischen 1880 und dem Ersten Weltkrieg. Es argumentiert, dass diese primär einen Aspekt des *nation-building* und nicht des Internationalismus dargestellt habe. Im zweiten Kapitel untersucht Ogle die britische Debatte über die Einführung der Sommerzeit. An diesem Beispiel illustriert sie – in bewusster Abkehr von den einflussreichen Thesen E. P. Thompsons – die überaus zählebige, bis weit in das 20. Jahrhundert hineinreichende Koexistenz von „traditionellen“ und „modernen“ Zeitvorstellungen. Kapitel 3 betrachtet die globale Ausdehnung des in den 1880er Jahren begründeten, Greenwich-basierten Systems der Zeitzonen und betont dessen geringe Verbreitung in kolonialen und nicht-westlichen Staaten. In Kapitel 4 widmet sich Ogle am Beispiel Britisch-Indiens einer Fallstudie zu dieser Frage und arbeitet die enge Verknüpfung der einschlägigen Debatten mit der Formierung nationaler Identitäten heraus. Kapitel 5 weitet die Perspektive auf nicht-westliche, nicht-koloniale Gesellschaften aus und zeichnet die Überlegungen von arabischen Intellektuellen

zur adäquaten Nutzung von Zeit nach. Kapitel 6 bleibt in derselben Region, behandelt aber statt der Uhrzeit die Kalenderzeit, das heißt vor allem die Auswirkungen neuer technischer Möglichkeiten auf die Bestimmung religiöser Daten wie beispielsweise des Fastenbrechens am Ende des Ramadan. Schließlich analysiert das siebte Kapitel die in den 1920er und 1930er Jahren diskutierte Frage einer globalen Kalenderreform. Es identifiziert amerikanische Unternehmer als deren Hauptbefürworter und macht religiöse Interessen dafür verantwortlich, dass die Debatte letztlich ergebnislos verlief.

Die Vielzahl der behandelten Themen und Schauplätze mag zunächst verwirrend sein. Tatsächlich haftet ihrer Auswahl eine gewisse Beliebbarkeit an. Systematisch begründet wird sie nicht, ebenso wie die unterschiedlichen Dimensionen des Zeitphänomens eher postuliert als theoretisch reflektiert werden. Aber dieser etwas impressionistische Charakter des Buches korrespondiert mit der übergreifenden Argumentation. Ogles Beispiele zielen eben darauf ab, das Miteinander und Nebeneinander von Standardisierungsbestrebungen und lokalen Aneignungen und Widerständen zu zeigen, und zwar über das ganze Spektrum des Zeitbegriffes und über erhebliche Teile des Globus.

Dieses Anliegen einzulösen, gelingt der Autorin mit Bravour. Die Gesamtargumentation ist schlüssig und beinhaltet wichtige Korrekturen des Forschungsstandes. Das gilt besonders für den Befund, Industriekapitalismus und Zeitstandardisierung seien keineswegs aufeinander angewiesen. Zudem ist die Bandbreite der herangezogenen Beispiele sehr beeindruckend. Soweit der Rezensent das beurteilen kann, sind die Ausführungen zur arabisch-islamischen Welt dabei ebenso wohlfundiert wie diejenigen zu den europäischen, amerikanischen oder (mit geringfügigen Abstrichen) britisch-indischen Debatten. Das ist eine beachtliche Leistung.

Freilich ist das Buch nicht über alle Kritik erhaben. An manchen Punkten wären tiefergehende Recherchen und genauere Kontextualisierungen möglich gewesen. Das gilt unter anderem, aber nicht nur im Hinblick auf die in Kapitel 3 genannten Beispiele für die Verbreitung der Zonenzeit. Zudem überschätzt Ogle die Einzigartigkeit der Debatten über die Zeitmessung. Die Gesamtthese des Buches ließe sich problemlos auch auf andere Standardisierungsprozesse anwenden, etwa auf die Internationalisierung des metrischen Systems. Und schließlich

kommen die homogenisierenden Aspekte der Zeitstandardisierung gegenüber den lokalen und nationalen Eigenlogiken insgesamt etwas zu kurz. Warum sich zum Beispiel die Weltzeit Mitte des 20. Jahrhunderts doch noch durchsetzte, interessiert Ogle nicht so recht. Die Frage wird deshalb nur sehr knapp diskutiert (S. 96). Das könnte man anders machen.

Vor dem Hintergrund der erbrachten Leistung sind diese Kritikpunkte allerdings Petitesen. Ogles Buch ist insgesamt außerordentlich gelungen. Es hat einen genuin globalen Horizont, es bietet eine bemerkenswerte, neue Perspektive auf die Geschichte der Zeitmessung, und es ist obendrein sehr gut lesbar. Was will man mehr?

Bielefeld

Peter Kramper

EPOCHENÜBERGREIFENDE STUDIEN

Gender and the Disciplinisation of History

Schnicke, Falko: Die männliche Disziplin. Zur Vergeschlechtlichung der deutschen Geschichtswissenschaft 1780–1900, 636 pp., Wallstein, Göttingen 2015.

Provocative, meticulously researched, and compellingly argued, this work employs the category of gender as a heuristic device (p. 48) to understand the professionalisation and institutionalisation of the writing of history in Germany from the late eighteenth to the twentieth century. Admitting that his thesis is not completely original, having been a theme in feminist scholarship at least since the 1970s, the author notes, however, that few empirical studies have sought to develop the insights from this perspective that would demonstrate the method and extent of the masculinisation (*Ver-männlichung*) of the field (p. 16), a concept he notes that should be rendered in the plural as it often intersects with the dynamics of “class, religion, ‘race’, sexuality and body” (p. 20). Why race remains in quotation marks in this formulation, is a question that could be posed, since the argument here implies that the power relations defining these issues are produced within the same disciplinary *Habitus* (pp. 35–39) in which a distinctly gendered approach to understanding the past was conceptualised and enacted.

Focusing on “knowledge, praxis, structures, and individuals” (p. 21), the study identifies four levels on which to examine the gendering of historical scholarship: the “anthropology of the historian”, the conception of historical research, historical methods, and institutional practices of the discipline (pp. 31f.). The anthropological level determined “who had culture and therefore history” (p. 63) and foundationally anchored the process in which the other levels interacted and co-determined the discipline, which defined itself against unscholarly and anti-scholarly femininity (*unwissenschaftliche* and *anti-wissenschaftliche Weiblichkeit*) (p. 110). Attempting to emulate the paradigm of the natural sciences, the professional historian was ideally to embody the “scientific persona” (pp. 65–71) as well as a well-rounded man (“*der ganze Mann*”) who exemplified the traits of rationality and emotionality in a harmonious union” (p. 115). In addition to employing textual archival sources, Schnicke utilizes images to illustrate the anthropology of the historian, to wit: portraits of the historians Leopold von Ranke, Theodor Mommsen and Johann Gustav Droysen, all of which, despite differing emphases, communicated the body politics (*Körperpolitiken*) of the discipline and how the male historian – depicted in private and public scenes – could be identified as a symbol of the bourgeois nation.

The intimate relationship of scholarliness (*Wissenschaftlichkeit*), masculinity, and the body that was reflected in the portraits implied a corporeal dimension to the writing of history. Using another visual representation, the frontispiece in historical texts, Schnicke insightfully describes the way in which the metaphor of work enabled an identification of *Geschichtswissenschaft* with masculinised labour. Droysen’s abstract and ostensibly general formulation of historical scholarship as human’s “self-creation of being” (p. 272), Ranke’s more concrete analogy of archival research as coal-mining, and the alternative view of research as pleasurable labour, but one that must sometimes be protected from the pressures of time and family (p. 309), were all understandings that presupposed the male body as the agent through which historical knowledge would be produced.

This presupposition emerged in the third of level of analysis, that of historical methods. In a stimulating analysis, Schnicke demonstrates how the use of sources was conveyed in highly gendered and sexualised terms. The most arresting examples come from Ranke’s letters in which the

beautiful princess and virgin (*Jungfer*) metaphors for the archive are utilised, a theme that the author brilliantly traces back to the Grimm fairy tale tradition. One can therefore see that the untouched princess waiting to be redeemed by her saviour through marriage (*Erlösungsmärchen*) found herself in a similar position as the untouched virgin documents in the archives waiting to be redeemed by the male historian (p. 403). This understanding when seen in the context of Heinrich von Sybel’s insistence that a masculine maturity (*Männlich[e] Reife*) was required to undertake historical research (pp. 349–361), and with Droysen’s description of historical scholarship as an “act of conception” (p. 422) as well his critique of Ranke’s method as eunuchoid (*eunuchisch*) (p. 428), illustrates clearly that whilst considered objective and neutral, historiographical methods implicitly and explicitly thematised gender and sexuality (p. 348).

The last level concerns the gendering of the historical discipline, enacted at the institutional level of the university. Some historians gave serious theoretical consideration to the rule-governed exclusion of women from university matriculation. From 1847–1885 in six lectures before the general public, Sybel argued that the intended role of the university was precisely to create a masculine identity, one that correlated with a political role in the wider society (pp. 459–460). And when women began finally to trickle into the university, Heinrich von Treitschke decried the invasion of women (“*Invasion der Weiber*”, p. 470). And yet, the historical seminars they attended served both to include them but also spatially to marginalise them.

This study constitutes an important intervention in the historiography on the rise of the research university and the disciplinisation of history, doing so, by offering a much-needed original and sustained intersectional analysis. Perhaps, one could argue that too much focus remains on well-known scholars, but their seminal roles may justify such emphasis. Schnicke’s argument also adds a gendered dimension to our understanding of this moment of “great transformation” (Karl Polanyi) that has been identified with the industrial revolution, the rise of bourgeois nationalism, and a shift in orders of knowledge (Michel Foucault). This book could have been edited more closely to avoid repetition, but such is minor, given the tremendous insights that reading it yields.

Middletown, CT

Demetrius L. Eudell

Völkische Geschichtsideologie

Köck, Julian: „Die Geschichte hat immer Recht“. Die Völkische Bewegung im Spiegel ihrer Geschichtsbilder, 505 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2015.

In seiner 2014 von der Universität Bern angenommenen Dissertation fragt Julian Köck nach den Grundlagen völkischer Ideologie. Er kommt in seiner in vier Hauptkapitel gegliederten Studie zu dem Ergebnis, verschiedene oder sogar konträre, auf rassentheoretischen, antisemitischen und religiös-weltanschaulichen Vorstellungen beruhende Geschichtsbilder seien zu einer in der Mitte der Gesellschaft wirkmächtigen „Geschichtsideologie“ verdichtet worden.

Köck sieht sich den wegweisenden Studien seines Berliner Mitbetreuers Uwe Puschner und dessen „Plädoyer für einen ‚engen‘ Begriff“ (S. 11) des Völkischen verpflichtet. Vor diesem Hintergrund sucht Köck bei seiner Quellenauswahl Protagonisten in den Vordergrund zu stellen, denen „innerhalb der Bewegung eine Führerschaft bzw. eine große Bedeutung zugemessen wurde“ (S. 16). Ziel ist es, den „Kanon der völkischen Geschichtsideologie“ zu fassen, um an ihm die „völkischen Geschichtsbilder und Ideologeme [zu] untersuchen“ (S. 22).

Im ersten Hauptkapitel kennzeichnet der Autor zunächst den ausufernden Bezug auf die „Rasse“ in den Geschichtsdarstellungen der Völkischen. Diese „integrierende Vokabel der völkischen Rhetorik“ fungierte in der heterogenen völkischen Bewegung gleichsam als integrierendes „Erkennungssignal“ (S. 108).

Im zweiten und umfangreichsten Hauptkapitel stellt Köck fest, dass die völkischen Entwürfe zur Geschichte in überwiegendem Maße nicht von einer nationalen Perspektive geprägt waren, sondern unter Betonung der Rasse übergreifende weltgeschichtliche Entwicklungen in den Blick nahmen. Aus der Überfülle potenzieller Textquellen widmet Köck den völkischen Autoren Theodor Fritsch, Heinrich Wolf, Ludwig Schemann, Max Wundt und Willibald Hentschel ausführliche Analysen. Diese Auswahl ist keineswegs zwingend, doch kann Köck sie mit Verweis auf ihre Bekanntheit und Wirksamkeit in der völkischen Bewegung begründen. In ihren Weltgeschichtskonzepten erkennt Köck eine klassische Dramaturgie, die im Grunde das Geschichtsdenken des 19. Jahrhunderts fortschreibt: eine deutliche Hervorhebung der Antike, eine Wertung

der weltgeschichtlichen Rolle des Judentums, die in diesem Fall und insbesondere bei Fritsch stark antisemitisch akzentuiert ist, und schließlich das Wirken der Deutschen als einem vom Weltgeist auserwählten Volk (S. 283f.). Auf ein „germanisches Altertum“ sei, wie auch in den klassischen Weltgeschichtskonzepten, nur randständig eingegangen worden, was zunächst etwas verwundert, da der vorwiegend rassistisch definierte Germanenbegriff der Völkischen das klassische Geschichtsdenken doch auf den Kopf zu stellen trachtete. Auf die von völkischen Autoren extensiv diskutierten Urheimatfragen und rassengeschichtlich begründeten Wanderungstheorien geht Köck erstaunlicherweise nur beiläufig, und zwar erst im dritten Hauptkapitel ein, das durchaus prominente Themen und Methoden völkischer Geschichtsschreibung nur cursorisch abhandelt: Naturwissenschaftliche Ansätze in der völkischen Geschichtsschreibung, völkische Positionen zur Milieu-Theorie, völkische Entwürfe zur deutschen Geschichte, völkische Periodika sowie ariosophische Darstellungen stehen hier etwas zusammenhanglos nebeneinander. Köck begründet diese augenscheinliche Heterogenität der völkischen Ansätze zur Geschichtsschreibung mit der Heterogenität der völkischen Bewegung (S. 347).

Im vierten und letzten Kapitel wird das Verhältnis der überwiegend dem Intellektuellenmilieu zuzurechnenden Völkischen zur universitären Geschichtswissenschaft beleuchtet, was Köck zutreffend als gespannt charakterisiert. Sahen sich die Völkischen selbst als Avantgarde, so blieb ihr Niederschlag etwa in prominenten Fachzeitschriften marginal und ihre Etablierung und Wirksamkeit in gelehrten Institutionen überschaubar. Köck verweist hiermit unausgesprochen auf den virulenten Gelehrtenhimmel der Völkischen, der ein typisches Kennzeichen der völkischen Laieforschung war und ist, und zur Milieubildung beitrug.

Köck pflegt einen dichten analytischen und gut lesbaren Schreibstil, dessen Folgerichtigkeit man sich während der Lektüre kaum entziehen kann. Mehrere Zusammenfassungen nach einzelnen Hauptkapiteln und am Schluss halten den Leser an, dem von ihm eingeschlagenen Argumentationspfad zu folgen.

Es gelingt Köck, das Geschichtsdenken prominenter völkischer Autoren darzustellen, zu analysieren und vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Debatten zu kontextualisieren. In ihnen spiegeln sich die konträren oder

ergänzenden Ansätze einer Fülle weiterer Vertreter des völkischen Spektrums, so dass Köck den völkischen Geschichtsdiskurs in einer großen Breite abdeckt.

Das über 80 Seiten umfassende Quellen- und Literaturverzeichnis spricht für ein überaus intensives Quellenstudium. Um seine gewinnbringende Studie als Nachschlagewerk nutzen zu können, wäre allerdings ein Personenregister sehr nützlich gewesen. Dass Julian Köck mit seiner Studie die „bisherige Forschungsmeinung korrigiert“, wie der Klappentext verspricht, ist vielleicht etwas hoch gegriffen. Er bietet mit seinem instruktiven Ansatz einen weiteren und sicher nicht den letzten Zugang zu einem in den vergangenen Jahren verstärkt untersuchten Großthema.

Nürnberg

Ingo Wiwjorra

Frühe Beschreibungsversuche der Judenfeindschaft

Hahn, Hans-Joachim/Kistenmacher, Olaf (Hrsg.): Beschreibungsversuche der Judenfeindschaft. Zur Geschichte der Antisemitismusforschung vor 1944, 486 S., De Gruyter Oldenbourg, Berlin u. a. 2014.

Die Erfahrungen der antisemitischen Raserei des nationalsozialistischen Deutschlands lösten sowohl unter jüdischen als auch nicht-jüdischen Intellektuellen eine verstärkte Suche nach den Ursachen und Funktionsweisen des modernen Antisemitismus aus. Mit „Dialektik der Aufklärung“ von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, „Überlegungen zur Judenfrage“ von Jean-Paul Sartre sowie „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ von Hannah Arendt entstanden in den Jahren nach der Shoah bedeutende Arbeiten, die auch heute noch eine große Wirkmacht auf die Antisemitismusforschung ausüben (Salzborn 2010). Mehr oder weniger in Vergessenheit sind hingegen die Erklärungsversuche geraten, die sich bereits vor 1944 der Untersuchung der Judenfeindschaft gewidmet haben. An diesem Punkt setzt der von Hans-Joachim Hahn und Olaf Kistenmacher herausgegebene Sammelband „Beschreibungsversuche der Judenfeindschaft. Zur Geschichte der Antisemitismusforschung vor 1944“ an. In ihm beleuchten Wissenschaftler_innen, die aus unterschiedlichen geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen

kommen und weitgehend dem Villigster Forschungsforum angehören, in 17 interessanten und lesenswerten Beiträgen historische Erklärungsversuche der Judenfeindschaft. Dabei führt das Unterfangen, eine „Wissensgenealogie“ (S. 2) der Antisemitismusforschung zu liefern, die Beiträge_innen bis ins 18. Jahrhundert zurück, wobei der Schwerpunkt des Sammelbandes jedoch deutlich auf dem 19. und insbesondere dem frühen 20. Jahrhundert liegt. Zusätzlich zu dieser zeitlichen Spannweite ist „Beschreibungsversuche der Judenfeindschaft“ auch durch eine immense Heterogenität der vorgestellten Erklärungsansätze charakterisiert. So reicht die Bandbreite der vorgestellten Erklärungsansätze von nicht-jüdischen Aufklärern über liberale Juden sowie Anhänger der jüdischen Neo-Orthodoxie bis zu jüdischen Anhänger_innen linksradikaler Utopien wie dem Anarchismus oder dem Kommunismus. Um einen Einblick in diese Vielfalt an Analysen der Judenfeindschaft vor 1944 zu gewähren, werde ich im Folgenden drei Beiträge kursorisch vorstellen.

In „Die Entstehung der Antisemitismustheorie aus der Debatte über die Judenemanzipation“ untersucht der Soziologe Jan Weyand die zeitgenössischen Debatten um die bürgerliche Emanzipation von Juden/Jüdinnen als Entstehungshintergrund für erste Auseinandersetzungen und Erklärungsversuche der Judenfeindschaft. Dabei fokussiert Weyand auf die erstmals 1781 publizierte Schrift „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden“ von Christian Konrad Wilhelm von Dohm, die er als „Ausgangspunkt einer fast 100-jährigen Kontroverse um die rechtliche Gleichstellung der Juden auf dem Gebiet des späteren Deutschen Reiches“ (S. 50) versteht und die er im Kontext der gesellschaftlichen Neuverhandlung des Verhältnisses zwischen bürgerlichem Individuum und Staat verortet. Um Juden/Jüdinnen in loyale Staatsbürger umzuformen – Dohm zufolge führte ihre religiös motivierte Unterdrückung tatsächlich dazu, dass Juden/Jüdinnen unmoralischer und verdorbener als andere Gruppen gewesen seien –, plädierte Dohm für die Verleihung der vollen Staatsbürgerrechte. Vor dem Hintergrund, dass Dohm die rechtliche Diskriminierung von Juden/Jüdinnen als Resultat von Judenfeindschaft beschrieb, sieht Weyand in ihm einen der ersten, der die Ursachen für Antisemitismus nicht etwa im Verhalten von Juden/Jüdinnen suchte, sondern stattdessen auf Seite der Judenfeinde verortete.

Als „ersten Historiker des modernen Antisemitismus und dessen Genese aus dem

Antijudaismus“ identifiziert Sebastian Voigt in seinem Beitrag den 1865 in Nimes geborenen Bernard Lazare. Lazare erlebte in jungen Jahren nicht nur die sich in Frankreich im Zuge der 1870/1871 erlittenen militärischen Niederlage verschärfende Judenfeindschaft, sondern war auch Zeitzeuge des Aufstieges des Rassenantisemitismus. In Reaktion auf Edouard Drumonts antisemitische Hetzschrift „La France Juive“ begann er sich ab den 1890er Jahren mit der Geschichte des Antisemitismus auseinanderzusetzen und legte 1894 das Buch „L'antisémitisme, son histoire et ses causes“ vor. In diesem beschrieb er eine Transformation der Judenfeindschaft: Soziale und ökonomische Ursachen hätten die religiösen Motive als Triebkräfte abgelöst. Darüber hinaus identifizierte Lazare mit der im modernen Antisemitismus vorgenommenen Konstruktion von Juden/Jüdinnen als „Rasse“ eine zweite wichtige Differenz zum Antijudaismus.

Der Kritik am linken Antisemitismus widmet sich der Beitrag „Kritik aus eigenen Reihen“ von Olaf Kistenmacher, der mit der Monographie „Arbeit und ‚jüdisches Kapital‘“ bereits eine spannende Untersuchung des Antisemitismus in der KPD der Weimarer Republik vorgelegt hat. Trotz des Selbstverständnisses der kommunistischen wie auch anarchistischen Bewegung als Kräfte, die für die Gleichheit der Menschen eintreten, waren antisemitische Sichtweisen in linken beziehungsweise linksradikalen Bewegungen präsent. So nutzte etwa die KPD antisemitische Elemente, um Anhänger_innen im völkischen Milieu zu gewinnen, während in der Sowjetunion unter Stalin Antisemitismus dazu diente, politische Widersacher_innen zu diskreditieren. Dieser Antisemitismus stieß wiederum auf scharfe Kritik von linken Theoretiker_innen und Aktivist_innen wie Alexandra und Franz Pfemfert, Alexander Berkman, Emma Goldman und Leo Trotzki. Diese Kritik am Antisemitismus war dabei häufig in eine breitere Kritik der Entwicklung der kommunistischen beziehungsweise anarchistischen Bewegung eingebettet: Sei es, dass Antisemitismus als Konsequenz des Nationalismus der Arbeiterbewegung attackiert wurde (Franz Pfemfert) oder aber als Ausdruck des antisozialistischen Charakters des Stalinismus (Leo Trotzki).

„Beschreibungsversuche der Judenfeindschaft“ stellt, indem es bisher weitgehend unberücksichtigt gebliebene historische Analysen und Auseinandersetzungen mit Judenfeindschaft ins Blickfeld der heutigen Antisemitismusforschung rückt, eine wichtige Erweiterung

der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Judenhass dar. Ein Kritikpunkt bildet die starke Konzentration des Sammelbandes auf Europa (lediglich der Beitrag von Elisabeth Gallas widmet sich einem außereuropäischen Kontext). So hätte, um nur zwei Beispiele zu nennen, die Thematisierung von Mark Twains Essay „Concerning the Jews“ oder Zebulon Baird Vances „The Scattered Nation“ eine sinnvolle Erweiterung des Untersuchungsgegenstandes bedeutet. Trotz dieses kleinen Monitums ist „Beschreibungsversuche der Judenfeindschaft“ ein absolut lesenswerter Sammelband, der sich eines bisher in der Antisemitismusforschung weitgehend unberücksichtigt gebliebenen Themas annimmt und dem eine große Leserschaft zu wünschen ist.

Köln

Kristoff Kerl

Politische Repräsentation in der Moderne

Witthaus, Jan-Henrik/Eser, Patrick (Hrsg.): Machthaber der Moderne. Zur Repräsentation politischer Herrschaft und Körperlichkeit, 344 S., transcript, Bielefeld 2015.

Die klassische Frage, wie Macht und Herrschaft in der modernen Gesellschaft ausgeübt und legitimiert werden, ist nach wie vor von großer Aktualität. Der vorliegende Sammelband, der aus einer Ringvorlesung an der Universität Kassel hervorgegangen ist, befasst sich mit den Formen der Repräsentation politischer Herrschaft und Körperlichkeit seit dem 18. Jahrhundert aus der Perspektive unterschiedlicher Disziplinen. Auch wenn die Herausgeber, Jan-Hendrik Witthaus und Patrick Eser, in ihrer Einleitung keineswegs den Anspruch erheben, eine „geschlossene Geschichte politischer Inszenierung im Zeitalter der Moderne“ vorzulegen, bietet der Band mit seinen zwölf Beiträgen gleichwohl relevante „Elemente zur Betrachtung moderner Herrschaftstechnologien an der Schnittstelle von alter und neuer Repräsentation“ und damit einen inspirierenden Überblick über die aktuellen und vielfältigen Zugänge in den Literatur-, Medien- und Politikwissenschaften sowie in der Historiographie (S. 16). Dabei wird besonderes Augenmerk auf Diktaturen und ‚Postdemokratien‘ mit ihrer „Dauermediatisierung der politischen Arenen“ (S. 12) gelegt, denn hier sei die „Aufrichtung eines politischen

Theaters zu erwarten, dem Drama und Pathos, zuweilen Herrlichkeit und Horror, aber auch Alltäglichkeit und Volksnähe“ (S. 10) nicht fern liege. Mit den Methoden der Kultur- und Sozialwissenschaft gelte es, eine „Grammatik politischer Gestik“ (S. 11) zu ermitteln, mit der tiefere Einsichten in politische Prozesse und ihre Grundlagen gewonnen werden könnten.

Der Band ist in drei Kapitel eingeteilt, die dem Leser eine systematische Annäherung an das Thema ermöglichen. In einem ersten Abschnitt widmen sich drei Autoren einer Auswahl von Begriffen, Modellen und Theorien politischer Repräsentation, welche die Spannweite möglicher Ansätze im Feld der Kultur- und Sozialwissenschaften demonstriert. Friedrich Balke befasst sich mit den Modellen der Souveränität im Werk von Ernst H. Kantorowicz, Peter Risthaus mit dem Bilderatlas Aby Warburgs und der Unterzeichnung der Lateranverträge von 1929, Karin Priester erörtert schließlich in einem anregenden Aufsatz die Frage, wie sich der „Volksbegriff“ entwickelte und welche Rolle er für die politische Repräsentation spielt.

In einem zweiten Kapitel, das sich mit der Wandel der Repräsentationen im späten 18. und im 19. Jahrhundert befasst, geht Beate Möller auf die Inthronisationsfeierlichkeiten des spanischen Königs Karls IV. im Jahr 1789 ein, die sich unter dem Eindruck zunehmender Volksbeteiligung im Zeitalter der Französischen Revolution und gewandelter Medien durch neuartige Formen der Inszenierung auszeichneten. Die bildliche Darstellung der „Revolutionskörper“ von Ludwig XVI., Jean Paul Marat und Maximilien de Robespierre erschließt ein instruktiver Beitrag von Manfred Schneider. Darüber hinaus thematisiert Birgit Aschmann mit Hilfe des Weber'schen Charisma-Begriffes die Krise der spanischen Monarchie am Beispiel von Isabella II., indem sie überzeugend nachweist, dass im Kontext der politischen Legitimation der Monarchie gerade der politischen Inszenierung mittels bildlicher Darstellungen (auch der Körperlichkeit der Königin) eine besondere Bedeutung zukam.

Das letzte Kapitel des Bandes behandelt das 20. Jahrhundert und befasst sich näher mit Diktatoren, Caudillos und Medienmogulen. Dabei erweist sich einmal mehr, dass der in der Gesamtschau interdisziplinäre Zugriff des Bandes und nicht zuletzt die Behandlung auch außereuropäischer Beispiele neue Perspektiven auf die Frage der politischen Repräsentation eröffnen. Während der Historiker Walther L. Bernecker die politische

Inszenierung der Diktatur im Spanien Francos souverän nachzeichnet, geht Marco Kunz aus literaturwissenschaftlicher Sicht auf die 1992 erschienene Pseudo-Autobiographie General Francos aus der Feder von Manuel Vázquez Montalbáns ein, der mit seinem Werk die Persönlichkeit und Herrschaft des Diktators aus der Sicht eines Linksin-tellektuellen interpretierte. Von großem Interesse ist auch die Analyse des Mythos von Eva Perón, deren zentrale Rolle für die Legitimierung und politische Repräsentation des Peronismus in Argentinien von Ursula Prutsch dargestellt wird. Ebenfalls überaus anregend ist der Aufsatz von Patrick Eser, der sich mit der politischen Repräsentation und dem Wandel der Inszenierungsstrategien des Präsidenten von Haiti, François Duvalier, beschäftigt. Während schließlich Jan-Hendrik Witthaus einen „Diktatorenroman“ von Mario Vargas Llosas analysiert, der die „Unnahbarkeit eines Mythos“ überwinde, indem er gewissermaßen einen „Diktator zum Anfassen“ präsentiere (S. 316), geht Philip Manow aus politologischer Sicht auf die Personalisierung der Politik im Italien Berlusconi ein, der sich immer wieder neu medial inszenierte, um seinen Machtanspruch zu untermauern.

Insgesamt eröffnet der Band den Blick auf zahlreiche Facetten der Repräsentation politischer Herrschaft vom 18. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts. Dabei erweist es sich als großer Vorzug, dass sich der Band auf die ‚romanische‘ Welt in Europa, Lateinamerika und der Karibik konzentriert, denn dies zeigt deutlich, dass eine moderne Geschichte politischer Repräsentation nur international vergleichend vorgehen kann.

Jena

Thomas Kroll

Imperiale Herrschaft im Zeichen von Kooperation und Partnerschaft

Barth, Volker/Cvetkovski, Roland (Hrsg.): Imperial Co-Operation and Transfer, 1870–1930. Empires and Encounters, 256 S., Bloomsbury, London/New York 2015.

In seinem empirisch reichen Beitrag über die britisch-französische Zusammenarbeit bei der Überwachung von anti-kolonialen Bewegungen im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts bringt Daniel Brückenhaus die Idee des vorliegenden Sammelbandes besonders gut auf den Punkt: Auf die trans-imperiale Kooperation zwischen

den seinerzeit stärksten europäischen Kolonialmächten war selbst das ansonsten nahezu konkurrenzlose Britische Empire angewiesen, wenn es Informationen über die sich in Frankreich aufhaltenden Anti-Kolonialisten und Gegner der britischen Expansion benötigte. Mithin grenzten die Imperien sich zwar selbstverständlich voneinander ab, waren in Rivalitäten und Konflikten bis hin zu Imperialkriegen in einem dichten Beziehungsgeflecht miteinander verwoben. Aber die Potenziale eines gegenseitigen Austausches, angefangen mit ersten Begegnungen etwa von Soldaten, Missionaren, Administratoren und Wissenschaftlern in der kolonialen „Peripherie“, waren damit nicht verwirkt. Im Gegenteil, wie dieser bemerkenswerte Band anschaulich und überzeugend illustriert, setzten diese sich jederzeit fort und waren Partnerschaften nicht nur denkbar und machbar, sondern zuweilen unverzichtbar.

Während der Band nach einer substanziellen und perspektivenreichen Einleitung durch seine Herausgeber in neun Aufsätzen Blicke auf das koloniale Afrika und Asien, überdies auf Kanada und das russische Turkestan werfen lässt, berücksichtigt er – hier im Sinne der *new imperial history* – durchaus die Rückwirkungen auf Europa, beispielsweise also im genannten Konfliktfall zwischen den französischen Behörden und der Polizei einerseits, die eine Kooperation mit den Briten begrüßten, und französischen anti-kolonialen, linksliberalen Intellektuellen andererseits, die völlig zu Recht antizipierten, dass sich koloniale, restriktive Herrschaftsmethoden allzu leicht auf das metropolitane „Zentrum“ übertragen lassen würden. Das Reizvolle an diesem Ansatz liegt auf der Hand. Indem Brückenhaus die koloniale und die europäische Geschichte expliziter aufeinander bezieht, arbeitet er auch die methodischen Vorteile heraus, die sich aus dieser Perspektive ergeben. Hier ließen sich Vergleiche mit einem gegenwärtigen Projekt von Seema Sohi (Boulder, USA, nicht in diesem Band vertreten) ziehen, das die Kooperation zwischen britischen, kanadischen und US-amerikanischen Behörden beleuchtet. Inter-imperiale Sicherheitsmaßnahmen vor dem Hintergrund der Befürchtung, eine indische anti-koloniale Bewegung würde sich auf Nordamerika ausweiten, spiegelten sich beispielsweise in verstärkten Grenzkontrollen wider. War der amerikanische Diskurs von einer geradezu rassistisch motivierten Überzeugung gegen die Immigration bestimmt, so fürchtete das britische Colonial Office ein internationales Netzwerk seiner Feinde. Wenn sie sich zu transnationalen und

transkontinentalen Kooperationen zusammenschließen konnten, sollte diese Transferleistung nicht weniger für die Imperien möglich sein, ob im britisch-französischen oder im britisch-amerikanischen Kontext.

Derartige Überlegungen knüpfen unmittelbar an Forschungstendenzen an, die Antoinette Burton („The Trouble with Empire“, 2015) unlängst damit auf den Punkt gebracht hat, dass ihr zufolge die vielen Ambivalenzen imperialer Herrschaft, ihre unermessliche Stärke und ihre dauerhafte Fragilität, nicht in einem inner-imperialen, sondern vorzugsweise in einem die Imperien vergleichenden Ansatz erfasst werden müssen. Weder ist die Geschichte der Expansion in dem Dreischritt „rise-fall-decline“, noch mit der Nabelschau auf vermeintliche metropolitane „Zentren“ und koloniale „Peripherien“ innerhalb eines begrenzten imperialen Zusammenhangs zu verstehen. Das Plädoyer, auch diesem vorzüglichen Sammelband ablesbar, lautet demgegenüber, die Imperien in ihren direkten Bezügen zueinander, gegenseitigen Wahrnehmungen voneinander bis hin zu tatsächlichen Überschneidungen untereinander zu setzen und im Blick auf Transfer und Verflechtung stets ihre Heterogenität, nicht die Singularität der Machtbezüge hervorzuheben. Das ist kein geringer Anspruch, dem die Voraussetzung zugrunde liegt, dass Imperien in dem behandelten Zeitraum 1870–1930 in globaler Hinsicht die vorherrschende Form von Machtausübung darstellten.

Aber so dominant und autoritär ihre Strukturen aufgestellt waren, die damit die Verantwortung für konstante Gewalt, politische Ungleichheit, Armut, Vertreibung, Krieg und vieles mehr trugen, so durchlässig waren diese auch. Bei weitem waren Grenzen von Imperien nicht unveränderlich, und insbesondere die Erfahrung an *frontiers* und in *borderlands* reflektierte einen nahezu dauerhaften, auch von inter-imperialen Begegnungen angeregten Aushandlungsprozess. Hat man sich etwa in der anglo-amerikanischen Forschung längst von dem *einen* Interpretationsmuster verabschiedet, mit dem die Expansion, ihre Antriebskräfte und ihre Ziele zu erklären seien, wird man ebenso hinter der Vielzahl kolonialer „Projekte“ die Verschiedenartigkeit ihrer Akteure erkennen. Ihr Wissen, so argumentieren einige Autoren des Bandes beispielsweise in den Feldern von Recht und Militär, war darauf angelegt, inter-imperial angeeignet und angewendet zu werden, wenn es auch dazu dienen sollte, Stabilität und Sicherheit zu garantieren. Denn dies

war sicherlich nicht zuletzt eine Sache imperialer Eliten, mithin einer Minderheit, in der Verwaltung, Wissenschaft, Militär, Handel und Religion, die es sich angelegen machte, diese sich bietenden imperialen Dynamiken vor der Folie globaler Verbindungen aufzufangen. Wenn es gelingt, dieses Phänomen anhand von *Problemen* wie zum Beispiel Konzentrationslagern (Jonas Kreienbaum) zu analysieren, lässt sich die Erkenntnis bekräftigen, dass Imperien grundsätzlich darauf ausgerichtet waren, Sicherheitsmechanismen selbst unter dem Vorzeichen unermesslicher Gewalt für ihr Fortbestehen eingebaut zu bekommen – also auch mithilfe ihrer Konkurrenten.

Marburg

Benedikt Stuchtey

Aus Friedensschluss folgt Krieg?

Stråth, Bo: *Europe's Utopias of Peace*. 1815, 1919, 1951, 552 S., Bloomsbury, London/ New York 2016.

„Der Krieg hatte sich verausgabt. Man bastelte, Anlaß zu ferneren Kriegen gebend, Friedensverträge“. Diese doch ein wenig pessimistische oder sarkastische Einsicht stammt aus Günter Grass' „Die Blechtrommel“ (1959) und steht als Motto dieser umfassenden Diskursgeschichte von Bo Stråth voraus. Doch der Academy of Finland Distinguished Professor in Nordic, European and World History an der Universität Helsinki, der auch in der Landschaft deutscher und europäischer Beiräte und Gremien hoch angesehen ist, will diese Aussage im Wesentlichen stark relativieren. Er stellt drei große vertragliche Friedensordnungen nach langen und umfassenden Kriegen in den Mittelpunkt und geht deren langsamen Verfall über mehrere Jahrzehnte nach; dass diese sogleich Anlass zu neuen Kriegen gaben, mutmaßt der Verfasser nicht. Das nennt er Utopien und meint damit die Regelungen um den Wiener Kongress 1814/15, den Versailler Vertrag 1919 (der aber doch nur den Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich, sicher nicht die Vereinbarungen der anderen „Vortverträge“ umfasste) sowie – überraschend und problematisch! – den ja nur westeuropäischen Vertrag zur Europäischen Gemeinschaft von Kohle und Stahl aus dem Jahr 1951. Sie waren für ihn Utopien, weil sie Zukunftserwartungen enthielten, die auf eine dauerhafte

Vermeidung von Krieg abzielten, was so nicht stattfinden konnte.

Die wichtigsten Gewährspersonen für Stråth sind Reinhart Koselleck, sein Völkerrechtskollege aus Helsinki, Martti Koskenniemi, sowie Carl Schmitt und Karl Polanyi, denen noch im Nachklapp Jürgen Osterhammel hinzugefügt wird, dessen Nennung ebenso folgenlos bleibt wie der Anspruch eines „provincializing Europe“, den bekanntlich Dipesh Chakrabarty erhoben hat. Globalität findet wie herkömmlich eher am Rande statt. Erklärlich ist das damit, dass Stråth an einem mehrjährigen Forschungsprojekt des European Research Council teilnahm, der über 100 Workshops abhielt und zu dessen Leitern er selbst und unter anderem auch Koskenniemi und Chakrabarty gehörten. Wir können also den Ertrag eines umfassenden interdisziplinären Unterfangens erwarten. Doch dieser trotz aller Forschungen der letzten Jahrzehnte bis auf knappe Randbemerkungen durchgehaltene Europazentrismus ist verwunderlich. Ebenso bemerkenswert ist es, dass der langandauernde Ost-West-Konflikt, vulgo: Kalter Krieg, ebenso wenig stattfindet, als ob Europa nur das sich nach dem Zweiten Weltkrieg immer weiter und gegebenenfalls auch tiefer integrierende Westeuropa gewesen sei. Das hat der Rezensent sonst noch in keiner europäischen Geschichte der letzten 200 Jahre so konsequent behauptet gesehen.

Koskenniemi liefert anders als Günter Grass die argumentative Steilvorlage für die narrative Zentrierung auf Friedensordnungen: Völkerrecht ziele einerseits auf Dauerhaftigkeit, eben die „Utopia“, oszilliere andererseits aber auch zur Apologie hin: zur nachträglichen Legitimation von politischen Entscheidungen. Insofern seien Friedensverträge, die auf Dauerhaftigkeit zielten, bereits in sich utopisch, denn sie würden auf eine „de-politicization of interstate relations“ (S. 10) abzielen. Das ist gewiss eine bemerkenswert kritische Umkehrung der alten Formel „Frieden durch Recht“; man muss dabei ja nicht unbedingt an Carl Schmitt denken.

Das Argument geht im Großen so: Nach den napoleonischen Kriegen beruhte die Wiener Ordnung auf Stabilität durch europäisches Recht, aber auch auf der *balance of power* von Monarchien, die sich gegen die neuen nationalen, sozialen und revolutionären Prinzipien verbündeten. Hinzu kam für ihn eine „backdrop utopia“ der Erwartung immer währenden wirtschaftlichen Wachstums durch globalen Handel und Industrie, die er für die folgenden Jahrzehnte kenntnisreich

verfolgt. Dieses Versprechen der dauerhaften „welfare“ erodierte mit zunehmender Industrialisierung, sozialer Frage und anderen Gründen von innen her, während der „warfare“ die Ordnung von außen bedrohte: Nach dem Krimkrieg waren es vor allem die deutschen und italienischen Einigungskriege, welche die alte Ordnung hinfällig werden ließen, unter Cavour und Bismarck noch gezähmt, dann aber im imperialistischen Zeitalter immer heftiger auseinanderdriftend. Versailles war in manchem das Gegenteil von Wien 100 Jahre zuvor: das Versprechen von Demokratie und Selbstbestimmung gemäß Wilson'schen Ideen also.

Sträth selbst ist ein ausgezeichnete Ideenhistoriker, ja in manchem ein politischer Philosoph, der in seinem weitgespannten Buch seinen Vorgängern an Denkern und Philosophen eine beträchtliche historische *agency* zuerkennt – in der Sicht des Rezensenten zu viel. Diese bedeutendsten Protagonisten, deren Konzepte gleichsam die Blaupausen für die Friedensordnungen darstellen, sind Friedrich Gentz für die nachnapoleonische Zeit, Wilson nach dem Ersten Weltkrieg, dem Keynes wirtschaftliche Ideen gleichsam parallel standen, auf den Edward Hallett Carr folgte. Nach 1945 war es sodann Jean Monnet, der „neue Gentz“, der zunächst gegen de Gaulle stand. Sodann ist es nach Keynes Friedrich von Hayek, dessen Entwurf mit der Finanzkrise nach 2008 seine Gültigkeit verlor.

Wenn dem so ist, dann sind es nicht mehr die gleichsam in Stein (oder Völkerrecht) gemeißelten Friedenverträge, sondern politische Denkschulen – Sträth spricht häufig von *imagery*, Bildern oder Symbolen –, welche die Epochen prägten. Demgemäß wären es dann diese Rezeptionen von Utopien, die wirkten, nicht diese selbst.

Sträths Stärke liegt in der Entfaltung dieser vielfachen „Utopien“, die zumal für den 19. Jahrhundert, aber auch für das folgende Jahrhundert bis in die Gegenwart hinein, mit einem Feuerwerk von wohl hunderten Kurzvorstellungen anderer Denker gespickt sind, die um Anerkennung und Durchsetzung konkurrierten. Sie werden unter anderem erschlossen durch 17 Seiten Register. Das sind etwa Giuseppe Mazzini, Karl Marx, die Kathedersozialisten, auch Bismarck, das Aufkommen „der Völkerrechtler“, die sich international organisierten, hier wieder eine Vielzahl wie etwa Gustave Moynier, Rolin-Jaacquemyns, Johann-Caspar Bluntschli, Friedrich Martens et cetera. Nach dem Ersten Weltkrieg werden als Gegenprotagonisten zu Wilson unter anderem

Lenin, Ernst Jünger und Max Weber bemüht. Das reicht in der kritischen Gegenwartsdiagnose bis zu Thomas Piketty, Peter Mair oder Colin Crouch. Von derartigen Utopien unterscheidet Sträth gelegentlich Mythen, also wohl doch eher falsche Formen von Bewusstsein. Bei Analyse der Wiener Ordnung von 1815 erlaubt er sich den Spaß, die gleichzeitig geschriebenen Dissertationen von Henri Kissinger und Reinhart Koselleck, beide im Jahr der Fertigstellung 1954 31 Jahre alt, als „Cold War Views“ in einem Exkurs erhellend einzubringen.

Sträth ist der festen Überzeugung, dass jede Version des wirtschaftlichen Liberalismus eine politische Philosophie benötige (S. 439) und somit geht es ihm auch und gerade angesichts einer historischen Beschleunigung der letzten Jahre immer wieder um angemessene Politökonomie.

Wenn dies aber alles so ist, dann ist Sträth meilenweit entfernt von seinem Leitfaden der dann doch nicht so stabilen Friedensordnungen nach Kriegen, die auf lange Sicht eben doch wieder in Krieg endeten. „In the two-hundred years search for a politically stable economy in Europe, the social issue emerging in the 1830s, in the 1870s shifting to the class issue was the key problem of the political debate“ (S. 401). Oder anders: Das letzte Kapitel ist überschrieben: „[T]he bicentenary European struggle with nationalism and democracy, and the search for a global political economy“ (S. 421). Und gerade hier wird Sträth für die Gegenwart höchst skeptisch. Er befürchtet, dass die Modelle Putin, Orban und Erdogan sich durchsetzen könnten, macht dafür aber unter anderem nachdrücklich Merkel und Schäuble mit ihren Reaktionen auf die Finanzkrise seit 2008 bis in die Gegenwart verantwortlich.

Wenn die Rezension bis hierher das Schwergewicht auf die methodischen Vorgehensweisen gelegt hat, könnte man eine kenntnisreiche Ideengeschichte vermuten. Das gibt Sträth in seiner ungemein breiten Kenntnis so ziemlich aller relevanten Debatten zwar auch. Aber über weite Strecken liefert er darüber hinaus eine ganz konventionelle Narration politischer Abläufe, Biographien seiner Protagonisten bis hin zu nebensächlichen Details der Rolle von Gattinnen und Töchtern auf einem Kongress. In dieser Sicht wäre ein weit knapperer Essay mit den Grundaussagen des Buches besser gewesen als diese dann doch gelegentlich ausufernde oder stark verkürzende Gesamtdarstellung.

Komplexe politische, ökonomische oder kulturelle Entwicklungen über Jahrzehnte werden

mit leichter Hand gekonnt zusammengefasst und unterbrechen den politökonomischen Diskurs um Wohlfahrt und Krieg. Wir lernen von Stråth, dass ein simples, hier für drei Epochen vorgeführtes Fortschrittsnarrativ von Krieg, Nachkriegsutopie von dauerhaftem Frieden und dann doch wieder einem Krieg nicht tragbar ist (S. 1). Aber wer hat dies denn heutzutage noch? Man könnte ja auch mit Immanuel Kant sagen, dass der Frieden immer wieder gestiftet werden musste und muss – nur über die Art und Weise des Stiftens gingen die Meinungen auseinander. Stråth legt ein brillantes Buch vor, das in tausend Facetten leuchtet. Es ist gut, die verschlungenen, sehr vielfältigen Wege aus den großen Kriegen vorgeführt zu bekommen, weniger die Wege, die in die Kriege hineinführten. Die Kriege selbst sind weitgehend ausgeklammert und erscheinen so als eine gleichsam außerhistorische Kategorie, obwohl gerade die Art der Kriege zentral für die nachfolgenden Friedensutopien waren. Diesen Leser lässt diese Geschichtsschreibung aus dem Geist politökonomischer Bildproduktion ein wenig ratlos zurück.

Köln

Jost Dülffer

Einheit oder Reform in der deutschen Orthographie

Strunk, Hiltraud: Einheitliche und einfache deutsche Orthografie. Die Geschichte einer (über)nationalen Idee 1870 bis 1970, 322 S., Olms, Hildesheim u. a. 2016.

Die Vereinheitlichungs- und Reformbestrebungen in der deutschen Orthographie waren und sind vielfältig. Hiltraud Strunk, die sich bisher mit der Entwicklung im 20. Jahrhundert auseinandergesetzt hat, versucht dem Leser einen Weg durch die komplizierte Entwicklung zu bieten.

Im 19. Jahrhundert war die Orthographie in einigen Bereichen noch nicht festgeschrieben, da das phonetische Prinzip – schreibe wie du sprichst – zugunsten des Lesers unter anderem durch die Dehnungszeichen e (nach i) und h durchbrochen war; einige verschwanden allmählich, so das h hinter einem t am Anfang (Thal) und am Ende der Wörter (Wirth). Gegen diesen weitgehend von Adelung festgeschriebenen Usus wandten sich Reformbestrebungen, deren bedeutendste eine stärker auf dem phonetischen Prinzip

beruhende war. Eine weitere, die historische Orthographie, die sich an den Forschungen Jacob Grimms zur Entwicklung der deutschen Sprache orientierte, spielte um 1870 keine Rolle mehr.

Nach gescheiterten Vereinheitlichungsversuchen einzelner Bundesstaaten wurde mit der Reichseinigung das Problem wieder dringender: Für Januar 1876 lud der preußische Kultusminister Falk zur sogenannten I. Orthographischen Konferenz ein, zu der der bekannteste Fachmann, Rudolf von Raumer, Vorlagen geliefert hatte. In der Mehrheit, unter anderem Konrad Duden, der sich mehr oder weniger selber empfohlen hatte, nahmen Anhänger des phonetischen Prinzips teil. Nach Auffassung Strunks scheiterte die Konferenz an der Polemik, die ausgehend von dem Teilnehmer Wilhelm Scherer nach außen getragen wurde und Falk dazu nötigte, auf die Übernahme der Ergebnisse zu verzichten. Tatsächlich dürften aber die übertriebenen und nicht akzeptierbaren Reformbeschlüsse die Ursache gewesen sein. Dies zeigt die Einführung der verschiedenen Schulorthographien in den Jahren 1879/80 in Bayern, Preußen und anderen Bundesstaaten, die sich alle nach dem Usus richteten und nur kleinere Reformen berücksichtigten, was den Reichskanzler, der als Gegner von Veränderungen in der Rechtschreibung galt, nicht daran hinderte, sie für die ihm unterstehenden Behörden zu verbieten. Daher gab der preußische Kultusminister seine Weisungen an die Schulen in der alten Rechtschreibung heraus, während die Lehrer die Schulorthographie lehrten. Ein weiterer Hinweis gegen die These Strunks ist die Einladung zur II. Orthographischen Konferenz von 1901: Außer drei Fachleuten waren nur Ministerialbeamte anwesend. Dadurch konnte eine Orthographie erreicht werden, die bis 1996 Bestand hatte, auf dem Usus basierte und nur wenige kleinere Verbesserungen enthielt.

Im Verlauf des gesamten 20. Jahrhunderts gab es immer wieder Bestrebungen, eine Reform nach dem phonetischen Prinzip durchzuführen. Aber alle verfehlten ihr Ziel, zum Teil wegen der zu weit gehenden Forderung, zum Teil weil ihnen die notwendige politische Unterstützung fehlte. Lediglich zwei hätten eine gewisse Chance auf Verwirklichung gehabt: Die der Reichsschulkonferenz von 1920 und die des Kultusministers Rust in der NS-Zeit. Beide scheiterten aber letztlich am Desinteresse und letztere zusätzlich an den Kompetenzstreitigkeiten der zuständigen Stellen. Nach 1945 kam als weiteres Problem die Teilung Deutschlands hinzu.

Nach Auffassung der Autorin scheiterten die Stuttgarter Empfehlungen (1954) an einem Journalisten, der frühzeitig und polemisch die Beratungsergebnisse dem Publikum vorstellte und an einer Fernsehdiskussion, wobei sie offensichtlich die Verbreitung von Fernsehgeräten vor 1958 überschätzt. Die Wiesbadener Empfehlungen (1958) führten zu keinem Erfolg, weil in der zuständigen Kultusministerkonferenz sich einzelne Bundesländer gegen die Annahme wehrten. Fraglich bleibt ihre Ansicht, die Ergebnisse von 1996 seien für die Reformer ein Happy End gewesen, da dort keine ihrer zentralen Forderungen (gemäßigte Kleinschreibung, Beseitigung der Dehnungszeichen) verwirklicht worden war, sondern bestenfalls zweitrangige.

Strunk beschreibt die Entwicklung über vier politische Regime; für die Kaiserzeit bedient sie sich alter Mythen und ist bei der Beschreibung einzelner Vorgänge sehr phantasie reich. So unterstellt sie Falk, er sei überrascht gewesen, als so viele Bundesstaaten einen eigenen Delegierten zu der I. Konferenz geschickt hatten. Allerdings kann sie dies anhand ihres Quellenmaterials nicht belegen. Vielmehr wäre das Gegenteil überraschend gewesen, da gerade die größeren darauf achteten, nicht von Preußen dominiert zu werden.

Aus der älteren Forschung übernimmt sie die Behauptung, Otto von Bismarck habe mit der Einladung Scherers (Straßburg) versucht, die I. Orthographische Konferenz mit einem Bremser zu belasten. Aber woher hätte dieser wissen sollen, welche Haltung der Einzuladende zur Orthographiefrage einnahm? Auch die Autorin kennt dessen Standpunkt nicht. Denn sonst hätte sie mehr Verständnis für ihn gezeigt. Zwar hat sich dieser polemisch über die Konferenzergebnisse geäußert (orthographische Guillotine zur Beseitigung der Dehnungszeichen), aber sie beurteilt ihn ebenso, da sie die Enttäuschung des gemäßigten Reformers Scherer über die radikalphonetischen Forderungen nicht wahrnimmt. Für Strunk haben an der I. Orthographischen Konferenz neun Experten aus Preußen teilgenommen. Tatsächlich waren es nur sieben (von vierzehn).

Für die Autorin waren die Befürworter einer Orthographiereform Liberale und die Gegner Konservative, wobei es bei Rust Schwierigkeiten gibt. Ein Blick in die Reichstagsdebatte über die Einführung der Schulorthographie 1880 hätten ihr die unterschiedlichen Haltungen zeigen können: Beim Zentrum und den konservativen Parteien gab es sowohl Befürworter als auch Gegner.

Neben inhaltliche treten handwerkliche Fehler: Die Autorin verwendet zwei Anmerkungs-systeme, Endnoten und im Text in Klammern gesetzte Literaturhinweise, bei der Bibliographie ist die alphabetische Reihenfolge durcheinandergeraten. Ihre These im Untertitel, die Reform sei eine (über-)national Idee gewesen, vermag sie nicht zu beweisen. Denn eine vereinfachte Rechtschreibung strebte nur die Minderheit der Experten an.

Kerpen-Buir

Franz-Josef Kos

„Lederhosen und Hummer“

Rosenbaum, Adam T.: Bavarian Tourism and the Modern World, 1800–1950, 290 S., Cambridge UP, Cambridge 2016.

Dieses Begriffspaar steht paradigmatisch für die von Adam T. Rosenbaum in seiner Dissertation, für die er 2012 den vom DHI Washington verliehenen Fritz-Stern-Preis bekommen hat, vertretene These. Rosenbaum zufolge lasse sich über diesen gesamten Zeitraum hinweg bei Akteuren der Tourismusbranche eine Strategie beobachten, die auf die Schaffung einer „grounded modernity“ abzielte. Durch die Darstellung einzelner Tourismusdestinationen in touristischen Medien als traditionsverbunden und zugleich als mit den Annehmlichkeiten der Moderne ausgestattet, hätten die für die Förderung des Tourismus Verantwortlichen darauf abgezielt, den Touristen mit der Moderne auszusöhnen. Lederhosen standen also einerseits für etwas, das dem aus der Stadt flüchtenden Touristen eine Auszeit von der Moderne und eine Rückkehr zur Tradition versprach, während der in mondänen Kurbädern angebotene Hummer als exquisite Speise dem Touristen andererseits suggerierte, von allen Errungenschaften der Moderne während seiner Reise profitieren zu können.

Rosenbaum geht es darum, zu zeigen, dass der Tourismus als Phänomen der Moderne dieser inhärent war und keinesfalls rein als eskapistische Strategie zur Flucht aus der Moderne interpretiert werden kann. Seine Analysen stützen sich auf Material, das vor allem lokale Vereine und Vereinigungen zur Förderung des Tourismus produzierten. Es handelt sich somit um eine Arbeit über die Bilder und Darstellungen, die Tourismusdestinationen von sich entwarfen und von Touristen rezipiert werden sollten.

In vier jeweils ungefähr gleich langen Fallstudien exemplifiziert Rosenbaum seine These der „geerdeten Moderne“. Dabei beginnt er seine Reise durch die Geschichte des Tourismus in Bayern in der Fränkischen Schweiz. Die im Verlauf des 19. Jahrhunderts zunehmende Urbanisierung in Deutschland habe dafür gesorgt, dass diese Landschaft ein solches Refugium vor den als negativ gedeuteten Auswirkungen der Moderne geblieben sei. Da aber die Ressource Landschaft durch moderne Mittel wie die Eisenbahn erschlossen wurde und modernen Einrichtungen wie der Telegraph es Touristen ermöglichten, auch in der scheinbar unberührten Landschaft der Fränkischen Schweiz von den „Segnungen“ der Moderne zu profitieren, sei die Moderne selbst an der Schaffung von Erholungsmöglichkeiten von ihren Auswirkungen beteiligt gewesen.

Ähnliches konstatiert Rosenbaum für den Kurort Bad Reichenhall, der in der Tourismuswerbung in erster Linie mit den drei Kategorien Natur, Modernität und Kosmopolitismus beworben wurde. Bad Reichenhall habe sich eben gerade nicht als Gegenort zur modernen Welt positioniert, sondern als Raum, in dem Moderne und Tradition, Heimat und kosmopolitisches Flair, Natur und Kultur harmonisch miteinander verbunden seien. Damit wurde Bad Reichenhall nicht nur zu einem Kurort, an dem körperliche Gebrechen therapiert werden konnten, sondern ein Sinnbild für ein harmonisches Verhältnis von Stadt und Land.

Die Gültigkeit seiner These will der Autor auch an zwei Beispielen des Stadttourismus illustrieren. In einer weiteren Fallstudie beschäftigt sich Rosenbaum deshalb mit der Förderung des Tourismus in der Stadt Augsburg zwischen 1891 und dem Ende der Weimarer Republik. Dabei zeigt sich, dass Augsburg nicht nur seine historische Altstadt als touristische Ressource nutzte, sondern auch seine Eigenschaften als Stadt mit einer blühenden Industrie. Dies wertet Rosenbaum als Bestätigung seiner These der im Tourismus „geerdeten Moderne“.

Die letzte Fallstudie beschäftigt sich mit München und Nürnberg als touristischen Städten im Nationalsozialismus. Beide Städte hatten eine besondere Bedeutung für die nationalsozialistische Herrschaft, die sie wiederum auch zu touristischen Anziehungspunkten für in- und ausländische Reisende machte. Nürnberg sei dabei aber nicht nur die Stadt der Reichsparteitage gewesen, sondern auch ein Ort symbolischer Bedeutung mit Bezug zur Vergangenheit. Für Rosenbaum

ein Beleg dafür, dass seine These der „grounded modernity“ auch für die Zeit des Nationalsozialismus Gültigkeit beanspruchen kann. München als sogenannte „Hauptstadt der Bewegung“ dient als abschließendes Beispiel zur Illustration dieser These. Insbesondere der durch die Nationalsozialisten am deutlichsten umgestaltete Königsplatz wurde zum Anziehungspunkt von Touristen, deren Zahl während der NS-Zeit in München bedeutend anstieg. Doch sei München im Nationalsozialismus eben nicht nur wegen der direkt für das Regime zentralen Orte aufgesucht worden. Auch etwa das Oktoberfest wurde als traditionelles Aushängeschild zu einer touristischen Ressource und stand damit für bayerische Fröhlich- und Gemütlichkeit.

Zweifellos bietet das Buch einige interessante Einblicke in die Art und Weise, wie sich Touristenorte und Städte in Bayern im Verlauf des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts selbst darstellten. Das Buch weist aber auch deutliche Schwächen auf. So wird erstens nicht begründet, warum die These der „grounded modernity“ am Fallbeispiel Bayerns belegt werden soll, wenn, wie der Autor selbst einräumt, auch in anderen Tourismusregionen ähnliche Konzepte in der Tourismuswerbung anzutreffen sind. Zweitens bleibt die Untersuchung weitgehend kontextlos. Zwar streut Rosenbaum, gestützt auf lokalthistorische Darstellungen, immer auch die konkreten Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Tourismus in den untersuchten Orten ein. Doch eine Integration des Tourismus in breitere gesellschaftliche und politische Wandlungsprozesse bleibt weitgehend aus. In dieser Hinsicht ist die Fallstudie zum Nationalsozialismus noch am besten gelungen, weil hier der politische Kontext sehr deutlich in die Analyse miteinbezogen wird. Drittens bleibt der Untersuchungszeitraum weitgehend unbegründet. Angesichts der Relevanz, die der Tourismus nach dem Zweiten Weltkrieg für Bayern erlangte, ist es geradezu bedauernswert, dass die Studie mit dem Nationalsozialismus abbricht. Viertens ist die These der „grounded modernity“ im Kern eine metahistorische. Die ihr innewohnende Dialektik des Tourismus als Flucht aus der Moderne und Therapie der Auswirkungen der Moderne, die zugleich aber wiederum selbst auf die Moderne rekurren, erinnert stark an Hans Magnus Enzensbergers Tourismustheorie, ohne dass dies im Verlauf der Untersuchung wirklich explizit gemacht wird. Gegen diese These lässt sich empirisch gesehen wenig einwenden. Zugleich verstellt sie als Vorannahme aber den Blick auf historischen

Wandel, da sie einen Bogen spannt von den frühen Romantikern bis zur Zeit des Nationalsozialismus und damit eine Kontinuität suggeriert, ohne die sich ereignenden Wandlungsprozesse gegen diese Annahme abzuwägen.

Kempton (Allgäu)

Moritz Glaser

Zwischen Rezeption und Partizipation

Björkén-Nyberg, Cecilia: The Player Piano and the Edwardian Novel, 222 S., Ashgate, Farnham 2015.

1877 erfand Thomas Alva Edison die Tonaufnahme. 1911 folgte die erste Rundfunkübertragung aus der New Yorker Metropolitan Opera. 1927 schließlich erschien „The Jazz Singer“ als erster Tonfilm. Drei mediale Zäsuren, die noch heute unseren Umgang mit Musik massiv prägen. Genau zwischen diesen Ereignissen von epochemachender Bedeutung erlebte eine vierte musikalische Wiedergabetechnik ihre Blütezeit, die heute nur noch Spezialisten und Liebhabern von Kuriositätenkabinetten ein Begriff ist: Die Reproduktionsklaviere, auf Englisch Player Pianos oder Pianolas genannt. Letzteres der Name einer führenden frühen Marke, der sich wie Tempo, Tesa oder Tipp-Ex zum Synonym für eine ganze Produktart verselbstständigte.

Die Reproduktionsklaviertechnologie entwickelte sich schrittweise seit Mitte des 19. Jahrhunderts. Im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts erfreuten sich dergleichen Musikapparaturen enormer Beliebtheit. Dann wurden sie ab Ende des 1920er Jahre im Zuge der Weltwirtschaftskrise und der zeitgleichen raschen technischen Verbesserung von Tonträgern, Rundfunk und Tonfilm verdrängt.

Arthur Ord-Hume beschreibt in seinem Artikel „Player Piano“ in der englischsprachigen Standardmusikenzyklopädie „New Grove Dictionary of Music and Musicians“ eindrücklich die Dimension des Erfolgs: 2,5 Millionen dieser Instrumente wurden allein in den USA zwischen 1900 und 1930 verkauft. Das Verhältnis der international produzierten Klaviere gegenüber Player Pianos betrug 1900 171.000 zu 6.000 Stück. 1925 hat sich das Verhältnis auf 136.000 zu 169.000 gewandelt. London alleine zählte 52 Hersteller von Player Pianos. Diese waren zu einem festen Bestandteil des musikalischen Alltags geworden.

Gerade für Musikhistoriker sind Arbeiten für Reproduktionsklavier wichtige Quellen. Komponisten wie Igor Strawinsky schrieben Werke hierfür. Im Fall anderer Komponisten wie Gustav Mahler sind Einspielungen für Reproduktionsklavier oftmals die einzigen akustischen Zeugnisse, die erhalten blieben. (Für viele weltberühmte Pianisten gilt dasselbe.) Mahler etwa spielte einige seiner Sinfoniesätze und Lieder für das Welte-Mignon-Klavier ein. Dieses funktionierte über Notenrollen, die mit Lochstreifen arbeiteten. Hiermit wurde nicht nur das Spiel eines Pianisten, etwa Mahlers, dokumentiert. Man konnte dieses hinterher durch entsprechende Technik auf letztlich dennoch konventionell mit Seitenanschlag arbeitenden Abspielklavieren als Klaviermusik wieder hörbar machen. Andere Techniken nutzen Aufsätze, welche die Tasten eines Klaviers anstelle eines Menschen drückten. So vielfältig waren die Lösungen, dass das Ringen um technische Standardisierungen ein Hauptmerkmal der Technikgeschichte des Player Pianos war.

Die schwedische Anglistin Cecilia Björkén-Nyberg widmet sich nun diesem musikhistorisch gut erforschten Phänomen aus einem anderen, gleichfalls sehr produktiven Blickwinkel. Björkén-Nyberg interessiert sich für die Wirkung des Player Pianos' als Kulturtechnik in einer bestimmten Zeit und nutzt englischsprachige Literatur jener Ära als Rezeptions- und Reflexionsraum, in welchem sie dieser Wirkung nachspürt.

Eine dezidiert interdisziplinäre Studie, die ihre verschiedenen disziplinären Gegenstände und Diskurse informiert zu balancieren weiß. Eine dichte, dabei nicht allzu umfangreiche Arbeit mit einem Haupttext von 184 Seiten, sparsam an Abbildungen und Fußnoten, gegliedert in vier gleichstarke Kapitel („Storing Music in Edwardian Fiction“, „The Engineer“, „The Performer“ und „The Composer“) plus komprimierter Einleitung (samt Methodendiskussion und Forschungsstand), kurzer Conclusio und umfanglicher Bibliographie.

Björkén-Nybergs Kernkorpus an literarischen Werken wird dabei bereits im vorangestellten Abkürzungsverzeichnis benannt: „Christian Thal“ (1902, M. E. Francis), „Melomaniacs“ (1902, James Hunecker), „The Challoners“ (1904, E. F. Benson), „Maurice Guest“ (1908, Ethel Richardson aka Henry Handel Richardson), „A Room with a View“ (1908, E. M. Forster), „Howards End“ (1910, E. M. Forster), „Zuleika

Dobson“ (1911, Max Beerbohm), „Maurice“ (1913–14, E. M. Forster), „Sinister Street“ (1913–14, Compton Mackenzie) und „Pointed Roofs“ (1915, Dorothy Richardson).

Der Korpus umfasst nicht nur britische (einschließlich damals noch irische Unabhängigkeit jenseits des Nordens 1921) Autorinnen und Autoren, sondern auch australische (1907 Dominionsstatus, 1931 auch außenpolitisch unabhängig) und amerikanische. Allgemein bekannte Klassiker wie Forsters „Howards End“ und „A Room with a View“ finden sich neben Werken, die eher unter Kennern noch Bekanntheit genießen. Diese Disparität stellt eine Herausforderung für den Leser da, am Ende aber kein hinderliches Problem, da Björkén-Nyberg keine umfassende Literaturkritik schreibt, sondern eine Kulturtechnik verfolgt, wie sie in der Literatur ihrer Zeit aufgegriffen wurde. Das erlaubt es ihr, sich dem literarischen Korpus punktueller zu nähern, als es sonst angezeigt wäre. Und gestattet dem Leser, Gewinn an ihrem Buch zu haben, ohne alle literarischen Vorlagen gelesen zu haben.

Zugleich ermöglicht der gewählte Zugriff auf das Thema über zeitgenössische literarische Rezeption eine Annäherung an die ästhetische und soziale Erfahrung (mit den Schwerpunkten Gender und soziale Klasse in Björkén-Nybergs Analyse), welche die Reproduktionsklaviere gestatteten. Denn die Autorinnen und Autoren, die Björkén-Nyberg zugrunde legt, basieren ihre Fiktionen auf etwas, das in ihrer eigenen Lebenswelt omnipräsent, ja Alltagskultur und Teil ihres eigenen Erfahrungsraums war – anders als für Björkén-Nybergs Leser heute.

Nachdem das erste Kapitel sich eher medientheoretischen Fragen widmet, nähern sich die folgenden beiden Kapitel aus verschiedenen Richtungen den Irritationen an, die vor allem die technisch reproduzierbare, vermeintlich ‚perfekte‘ pianistische Virtuosität nach sich zog, insbesondere für den Status von Pianisten. Am spannendsten ist jedoch das abschließende vierte Kapitel. Dort zeigt sich, dass die Reproduktionsklaviertechnologien und ihre intensive Rezeption zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht nur Gegenstände von historischem, musikwissenschaftlichem und literaturwissenschaftlichem Interesse sind, wie Björkén-Nybergs ebenso kurzweiliges wie materialreiches Buch gleichfalls deutlich macht. Die Reproduktionsklaviertechnologie, so zeigt Björkén-Nyberg, war mehr als ein frühes, rasch überholtes Speicher- und Wiedergabeverfahren für Musik. Vielmehr war die

Grenze zwischen Reproduktion, Interpretation und Komposition bei genauem Hinsehen schon vor hundert Jahren durchlässig. Björkén-Nyberg erläutert, dass es den Nutzern der Reproduktionsklavier technisch möglich war, Geschwindigkeit und Lautstärke der Wiedergabe zu beeinflussen – und damit in einer Weise in die Ästhetik des Hörbaren einzugreifen, die auch heute noch viele kreative Strategien der Nutzung fremder Musik mittels *sound sampling*, etwa im Remix-Bereich, bestimmt. Und eben auch die Schriftstellerinnen und Schriftsteller jener Ära als Faszinosum für ihre fiktiven Charaktere interessierte.

Der Wunsch, Instrumentalmusik ohne die in jahrelanger Arbeit gewonnene Virtuosität professioneller Musiker, aber auf demselben akustischen Niveau und mit eigenem kreativem Spielraum erzeugen zu können, ein Wunsch, der sich im Erfolg und der Faszination der Reproduktionsklaviere widerspiegelt, ist also ein durch und durch aktuelles Phänomen. Der Siegeszug des *sound sampling* in den vergangenen 30 Jahren in weiten Teilen der Populärmusik wird von derselben Sehnsucht wesentlich mitgetragen, die den Siegeszug des Reproduktionsklaviers mittrug. Spektakuläre Fälle wie das 2003 veröffentlichte „Grey Album“ von Brian Burton alias DJ Danger Mouse bezeugen, dass virtuose, weithin als originell beurteilte Musik mittels dieser technischen Hilfsmittels geschaffen werden kann, ohne dass auch nur ein verarbeiteter Ton selbst verfasst und aufgenommen wurde. Den Gedanken einer „democratization of music“ (S. 2) durch Technik, den Björkén-Nyberg von Beginn an aufgreift, findet man in diesem Zusammenhang auch heutzutage immer wieder prominent ins Feld geführt. Verfechter des *sound sampling* greifen ihn auf im Widerstreit zu einem Urheberrecht, das in diesem Punkt bar aller Verschiedenartigkeit der Normsysteme in allen westlichen Rechtsordnungen äußerst restriktiv angelegt ist. Demokratisierung – gemeint ist der Abbau von Zugangshürden zu Musikproduktion durch Technik – soll Freiheit für diese digitale Kulturtechnik des Adaptierens rechtfertigen, so das umstrittene Argument. So macht Björkén-Nybergs Arbeit eine hohe Aktualität der untergegangenen Kultur der Reproduktionsklaviere deutlich – indem sie zeigt, dass diese Technologien eben mehr als das Reproduzieren von Musik erlaubten.

Dortmund

Frédéric Döhl

Urbane Konsumlandschaften

Prinz, Michael (Hrsg.): Die vielen Gesichter des Konsums. Westfalen, Deutschland und die USA 1850–2000, 295 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2016.

Der von Michael Prinz herausgegebene Sammelband „Die vielen Gesichter des Konsums“ beleuchtet Facetten des Einkaufens und der Innenstadtgestaltung über einen breiten historischen Zeitraum (1850–2000), wobei sich der geographische Fokus von Westfalen über Deutschland bis in die USA erstreckt. Eines der Hauptziele des Bandes ist es, die Rolle der USA als wichtigstes Modell für die Konsumgesellschaft in Deutschland kritisch zu hinterfragen.

Die Beiträge zeigen, dass sich die Blicke aus Deutschland vor allem nach Skandinavien und in die europäischen Nachbarländer richteten, wie zum Beispiel im Falle der Konsumgenossenschaften oder bei Modellen zur Regulierung des Alkoholkonsums. Auch Jan Logemann weist in seinem Beitrag über urbane Einkaufsräume die These einer Amerikanisierung der deutschen Einkaufswelten zurück. Vielmehr habe es einen multidirektionalen Diskurs gegeben, wobei sich der Beitrag fast ausschließlich auf Westdeutschland und die USA bezieht. Zwar sahen deutsche Stadtplaner in den USA ein Vorbild, bewerteten aber nach Studienreisen die US-amerikanischen Stadtzentren als ein abschreckendes Beispiel. Ähnlich argumentiert auch Lydia Langner in ihrem Beitrag über den Wissenstransfer im deutschen Einzelhandel. Ein wichtiges Segment deutscher Einzelhändler lehnte den US-amerikanischen Massenkonsum in den 1950er Jahren als Modell ab. Stattdessen sorgte ein Interaktionsprozess zwischen europäischen Experten für die Integration von Elementen aus Schweden, Großbritannien und der Schweiz. Der Aufstieg der Supermärkte und Lebensmitteldiscounter erfolgte dagegen erst in den 1960er Jahren. Parallel dazu wandelten sich auch die deutschen Innenstädte: Bis in die frühen 1970er Jahre entstanden in Deutschland über 200 Fußgängerzonen, die bis heute das Gesicht vieler Stadtzentren prägen, so auch im westfälischen Lippstadt. Obwohl die dortige Fußgängerzone zwar lange als ein Vorbild galt, bewertet sie der Stadtplaner Bernd Neuhoff in seinem Aufsatz kritisch, da der Fokus auf das Zentrum andere Teile der Stadt benachteiligt habe. Neben den vielfältigen Fallstudien über das urbane Einkaufen, enthält der Sammelband

auch einen Beitrag zum ländlichen Konsum: Die Volkskundlerin Ira Spieker zeigt am Beispiel des Ortes Atteln auf, welche Produkte in ländlichen Räumen um 1900 verfügbar waren und welche Produktwelten die lokalen Konsumenten über das Medium des Kataloges erreichten.

Des Weiteren befasst sich der Band mit Debatten über die Periodisierung des Konsums in der deutschen Geschichte. Neuere Forschungen siedeln den Beginn einer Konsumgesellschaft bereits im Kaiserreich an. Deshalb sei es notwendig, so Prinz in der Einleitung, nach anderen Referenzpunkten als den USA Ausschau zu halten. Die Historikerin Heidrun Homburg wertet in ihrem Beitrag dazu die Beobachtungen deutscher Reisender aus Paris und London im 18. und 19. Jahrhundert aus, die fasziniert von der Praxis des Shoppings und den vielfältigen Einkaufsangeboten berichteten. Dagegen blieb der Handel in den deutschen Staaten durch den Fortbestand des Gewerberechts stärker reguliert und spielte sich vor allem auf den Märkten ab. Frühe Initiativen für Kaufhäuser schafften es nicht, genügend Rückhalt und Investoren zu gewinnen. Trotzdem argumentiert Homburg, dass die Transformation urbaner Räume im 19. Jahrhundert wichtige Voraussetzungen für die Ausweitung des Konsums schuf, wie zum Beispiel durch die Etablierung von Promenaden. Allerdings beschränkte sich die Nutzung vermutlich auf ein kleines Segment der damaligen Oberschichten, was die Autorin nicht thematisiert.

Schließlich beschäftigen sich mehrere Beiträge mit der Entwicklung des Konsums in der Weimarer Republik, wobei ein inhaltlicher Fokus auf den Debatten über den Alkoholkonsum liegt. Thomas Welskopp vergleicht die Situation in den USA und im Deutschen Reich und regt dazu an verstärkt die Alkoholkonsumkultur in Kneipen in die historische Analyse einzubeziehen. Claudius Torp hingegen beleuchtet die Debatten über eine Begrenzung des Alkoholkonsums in den Jahren der Weimarer Republik. Auch hier richteten sich die Blicke sowohl in die USA als auch nach Skandinavien. Dagegen erweitert Karl Ditt die Perspektive auf den Konsum von Luxusgütern und Haushaltsgeräten in Deutschland und Großbritannien, wobei er besonders die unterschiedliche Gas- und Elektrizitätsversorgung als einen wichtigen Einflussfaktor sieht. Darüber hinaus sorgten Ratenzahlungsmodelle, die bessere Wirtschaftslage und die Kampagnen von Frauenorganisationen für eine schnellere Technisierung der britischen Haushalte. Schließlich

setzt sich Michael Prinz mit Konsumskepsis bei einer Gruppe nicht-nationalsozialistischer Ökonomen in den 1940er Jahren auseinander. Deren Konzeptionen für die Nachkriegsgesellschaft waren stark von den Krisenerfahrungen der 1920er und 1930er Jahre geprägt, im Zuge derer eine Debatte über Möglichkeiten zur Selbstversorgung und neue Stadt-Land-Beziehungen entbrannte.

Leserinnen und Leser, die sich für die Veränderung von Einkaufspraktiken und urbanen Konsumlandschaften interessieren, finden in dem Band interessante Fallbeispiele aus den letzten zwei Jahrhunderten. Allerdings fehlt einigen Beiträgen der Blick über den lokalen Tellerrand hinaus, so dass die Beispiele vereinzelt wirken. Weitergehende Schlussfolgerungen zur Rolle lokaler Stadtentwicklung und daraus resultierenden Konsumpraktiken in Westfalen hätten den Band sicher bereichert.

Bern

Christiane Berth

Moderne deutsche Agrargeschichte

Mahlerwein, Gunter: Grundzüge der Agrargeschichte, Bd. 3: Die Moderne (1880–2010), 230 S., Böhlau, Köln u. a. 2016.

Das hier zu besprechende Buch ist der dritte Teil der von Stefan Brakensiek, Rolf Kießling, Werner Troßbach und Clemens Zimmermann herausgegebenen dreibändigen „Grundzüge der Agrargeschichte“. Der Autor Gunter Mahlerwein, Mitglied im Vorstand der Gesellschaft für Agrargeschichte, behandelt den durch rasante Entwicklungen, vielfältige Zäsuren und einen insgesamt erheblichen Bedeutungsverlust des agrarischen Sektors gekennzeichneten Zeitraum von 1880 bis 2010. Das Buch ist ausgesprochen originell gegliedert: nicht, wie hätte erwartet werden können, chronologisch nach den Entwicklungsetappen der deutschen Landwirtschaft, sondern nach den Produktionsfaktoren Boden, Kapital, Arbeit und Wissen. Innerhalb dieser Punkte geht der Autor dann chronologisch vor. Anschließend folgt ein kurzer Überblick über die Ertragssteigerungen. Die letzten vier Kapitel nehmen den Agrarmarkt, die Agrarpolitik, globale Verflechtungen und demographische Entwicklungen in den Blick. Der Autor möchte dabei in seinen Untersuchungen in besonderem Maße von der Perspektive der

in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen ausgehen.

Auffallend ist, dass die einzelnen Kapitel einen sehr unterschiedlichen Umfang aufweisen. Allein die ersten beiden Hauptkapitel zum Boden und zum Kapital machen mehr als die Hälfte des Textteils aus. Aus Platzgründen können die Ergebnisse der Arbeit hier nicht näher referiert, wohl aber die Hauptpunkte der Arbeit vorgestellt werden.

Das erste Hauptkapitel zum „Boden“ informiert unter anderem über die heterogenen Bodenqualitäten in Deutschland, verschiedene Maßnahmen zur Neulandgewinnung, die Betriebsgrößenstruktur, Besitzrechte und Besitztransfer sowie Bodennutzung und Veränderungen im Anbaugeschehen. Insgesamt war es im 20. Jahrhundert nicht mehr möglich, die Bodenverluste durch Siedlungstätigkeit mithilfe von Neulandgewinnung auszugleichen. Aktuelle Entwicklungen gehen dahin, den Boden nicht nur für die Erzeugung von Nahrungsmitteln, sondern als Basis zur Energieproduktion zu nutzen.

Das folgende, dem „Kapital“ gewidmete Kapitel ist am umfangreichsten ausgefallen. Es untersucht unter anderem die Bautätigkeit auf dem Land, die Mechanisierung, Elektrifizierung und Motorisierung der Landwirtschaft, die zahlen- und leistungsmäßige Entwicklung des Viehbestandes, Saatgutzüchtungen und Düngemittelverbrauch, den Ausbau des chemischen Pflanzenschutzes sowie die Entwicklung der landwirtschaftlichen Einkommen.

Das Kapitel zur „Arbeit“ geht auf die familieneigenen und familienfremden landwirtschaftlichen Arbeitskräfte und ihre Arbeitsbeziehungen ein. Mittlerweile ist nur noch ein Bruchteil der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt. Der Punkt „Wissen“ analysiert die Produktion und den Transfer von Wissen unter anderem anhand der Institutionalisierung der Agrarforschung und des landwirtschaftlichen Schulwesens. Auch die Entwicklung einer ökologisch orientierten Landwirtschaft hat hier ihren Platz.

Die kontinuierliche Leistungssteigerung der Landwirtschaft im Untersuchungszeitraum wird auf drei Seiten an den „Ertragssteigerungen“ am Beispiel der Hektarerträge von Roggen, Weizen und Kartoffeln sowie an der Milchleistung der Kühe und der Legeleistung der Hennen verdeutlicht. Wenn das Buch überhaupt Wünsche offen lässt, hätte man sich allenfalls hier weitere Beispiele gewünscht.

Daran schließen sich Betrachtungen zum „Agrarmarkt“ an. Hier geht es dem Autor um Veränderungen im Konsumverhalten der Bevölkerung ebenso wie um die Vermarktung der Agrarprodukte auf dem deutschen Binnenmarkt und die Einbeziehung der deutschen Landwirtschaft in den Weltagrarmarkt. Auch das verarbeitende Gewerbe und der Einzelhandel, der einen jahrzehntelangen Konzentrationsprozess durchlaufen hat, kommen nicht zu kurz.

Das Kapitel zur „Agrarpolitik“ konzentriert sich auf die verschiedenen im Laufe der Zeit unternommenen agrarpolitischen Maßnahmen, unter denen insbesondere Agrarsubventionen einen immer noch aktuellen Dauerbrenner darstellen, und auf den Einfluss agrarischer Interessensverbände auf den politischen Entscheidungsprozess.

„Globale Verflechtungen“ werden auf nur zwei Seiten abgehandelt und hätten vielleicht auch in andere Kapitel eingearbeitet werden können. Das letzte Kapitel zur „Demografie der ländlichen Gesellschaft“ untersucht die Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Raum, Wanderungsprozesse zwischen Land und Stadt sowie die Veränderungen in der dörflichen Struktur, etwa durch den Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen nach 1945, und neuere Tendenzen der Suburbanisierung.

Gunter Mahlerwein hat ein ungemein faktenreiches Buch vorgelegt, das multiperspektivisch Strukturen und Entwicklungen des ländlichen Raumes einfängt. An alles ist in diesem gediegenen Überblickswerk gedacht, das für den Untersuchungszeitraum die Erkenntnisse früherer Arbeiten (etwa Alois Seidl, „Deutsche Agrargeschichte“, 2014) gründlich erweitert und vertieft: Nicht nur agrarwirtschaftliche und agrargeschichtliche, sondern etwa auch wissenschaftliche, soziologische, geographische und demographische Entwicklungen im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, im Nationalsozialismus, in der Bundesrepublik und der DDR sowie in den Jahren seit 1990 werden aufgezeigt. Dabei macht der Autor immer wieder auch auf die regionalen Unterschiede, etwa zwischen dem gutsbetrieblich strukturierten Nordosten und dem kleinbäuerlich dominierten Südwesten, aufmerksam. Es gibt keine größeren Lücken: Kaninchen, Kartoffeln, Klee und Kunstdünger spielen ebenso eine Rolle wie Maisanbau, Meliorationen, Milchkühe und Motorpflüge. Das Buch, für das dem Autor großer Dank abzustatten ist, bietet damit eine Vielzahl an Anknüpfungsmöglichkeiten für weiterführende agrarhistorische

Untersuchungen zur modernen deutschen Agrargeschichte.

Rostock

Mario Niemann

Außenpolitik und Globalisierung

Buzan, Barry/Lawson, George: The Global Transformation. History, Modernity and the Making of International Relations, 421 S., Cambridge UP, Cambridge 2015.

Was das Buch verspricht, ist nicht weniger als eine neue Perspektive auf die internationalen Beziehungen der vergangenen 200 Jahre, die im besten Sinne des Wortes global ist und gleichzeitig fundamentale Umbrüche in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik einbezieht, um außenpolitisches Handeln in der Moderne zu erklären. Damit legen die beiden Autoren, Barry Buzan, emeritierter Professor für internationale Beziehungen an der London School of Economics, und sein jüngerer Kollege George Lawson, sehr hohe Maßstäbe an, denen sie – das sei schon vorweg gesagt – mehr als gerecht werden. Mehr insofern, als sie, vom langen 19. Jahrhundert ausgehend, nicht nur das 20. Jahrhundert analysieren, sondern in den letzten Kapiteln auch aktuelle Fragen des internationalen Systems aufgreifen und in ihrem weit gesteckten Rahmen behandeln.

Vieles, was Buzan und Lawson in ihrem Band schreiben, erscheint auf den ersten Blick bekannt und selbstverständlich. Dass es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen Rüstungswettlauf der europäischen Mächte gab, dass sich Außenpolitik nur angemessen analysieren lässt, wenn man ihre ökonomischen, sozialen und politischen Grundlagen berücksichtigt, und dass alles mit allem zusammenhängt, wussten wir irgendwie schon längst. Das Verdienst des Bandes ist es, diese komplexen Zusammenhänge mit einer strengen Systematik zu erschließen und verständlich zu machen.

Buzans und Lawsons Kernthesen seien hier nur knapp zusammengefasst. 1) Die Industrialisierung und die sie begleitenden Prozesse in Gesellschaft, Politik und Kultur lösten im 19. Jahrhundert eine fundamentale Neuordnung des internationalen Systems aus, deren Auswirkungen bis heute spürbar sind. Damit wurden erstmals alle Weltregionen in einen globalen Kommunikations- und Interaktionsraum

einbezogen und dessen Normen unterworfen. 2) Aufgrund des Entwicklungsvorsprungs der frühen Industriestaaten in Europa und Nordamerika und der Nutzung militärischer Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen und ökonomischen Interessen hatte die Globalisierung im Zeitalter des Imperialismus eine wachsende Ungleichheit zwischen den westlichen Staaten und allen anderen Ländern zur Folge. Legitimiert wurde diese Differenz mit dem Anspruch auf zivilisatorische und rassische Überlegenheit. 3) Während sich in der neuen imperialistischen Weltordnung für die Mächte im Zentrum internationale Konventionen etablierten, die zum großen Teil über das 20. Jahrhundert hinaus bis heute nachwirken, galten im Umgang mit der Peripherie einseitige Spielregeln, die die ungehemmte Durchsetzung von Macht- und Handelsinteressen garantierten. 4) Nachdem es an der Wende zum 20. Jahrhundert bereits Japan gelungen war, in den Kreis der imperialen Großmächte aufzuschließen, begannen erst nach dem Zweiten Weltkrieg eine umfassende Entkolonialisierung und eine ökonomische Aufholjagd einiger Staaten an der Peripherie. Diese Emanzipation war jedoch nur um den Preis zu haben, die von den Großmächten gesetzten Standards internationalen Zusammenlebens – Marktwirtschaft, Freihandel, Anerkennung des Völkerrechts und der etablierten internationalen Organisationen – zu akzeptieren. 5) Erst mit dem Ende der Blockkonfrontation im Kalten Krieg löste ein dezentrales und multipolares globales System das Zeitalter der Supermächte ab. Dieses ist bestimmt von der wachsenden Bedeutung regionaler Zusammenschlüsse wie der EU, der Ablösung des Szenarios eines totalen Krieges der Nuklearstaaten durch asymmetrische Kriege und terroristische Anschläge, der abnehmenden Bedeutung ideologischer Gegensätze im Zuge einer globalen Durchsetzung des Kapitalismus. Diese geht aber weder mit einer Abnahme globaler sozialer Ungleichheit noch mit einem Sieg der westlichen Demokratie einher, sondern lässt ganz verschiedene Spielarten politischer Systeme mit unterschiedlichen Wertordnungen zu. Während die etablierten internationalen Konfliktregulierungsmechanismen von allen beteiligten Mächten anerkannt werden, weil sie die Funktionstüchtigkeit des globalen Finanzkapitalismus garantieren, sorgen politisch oder religiös motivierte antiwestliche Ressentiments in der dezentralen globalen Staatenwelt dafür, dass – im westlichen Verständnis universelle – Prinzipien wie die Menschenrechte infrage gestellt werden.

Auch wenn Buzan und Lawson sehr überzeugend argumentieren, dass die tiefgreifenden Umbrüche im 19. Jahrhundert von grundlegender Bedeutung für das Verständnis der internationalen Beziehungen sind, ist ihre Darstellung doch von großer aktueller Relevanz, wenn man beispielsweise an das Aufkommen neuer Regionalmächte und die aufkommende Rivalität der USA und der Volksrepublik China im Pazifik, die Rolle der EU nach dem Brexit oder die politischen Konflikte um die zunehmenden internationalen Flüchtlingsströme denkt. Nicht jede Leserin oder jeder Leser wird allen Ergebnissen und Prognosen zustimmen. Auf jeden Fall verdient es aber große Anerkennung, dass die beiden Autoren konsequent historisch argumentieren und damit vorschnellen Analogien den Wind aus den Segeln nehmen. Sie sprechen zwar vom Zeitalter der globalen Transformation, meinen damit aber gerade eine Zeit rasanter Beschleunigung und fundamentalen Wandels auf allen Ebenen, durch die sich die Bedingungen internationalen Agierens immer wieder neu konstituierten.

Trotz der beeindruckenden Fülle an interessanten Details ist Buzans und Lawsons Band keine Globalgeschichte der letzten 200 Jahre. Das wäre auf 333 Textseiten auch kaum möglich gewesen. Indem sie aber ein außerordentlich vielschichtiges Panorama der Globalisierung seit den französischen Revolutionskriegen und dem Beginn der Industrialisierung an der Wende zum 19. Jahrhunderts zeichnen, entwerfen sie ein mehrdimensionales Koordinatensystem, das allen zukünftigen globalgeschichtlichen Forschungen eine ausgezeichnete Orientierung bietet, aber auch sehr hohe Ansprüche stellt.

Potsdam

Thomas Schaarschmidt

19. JAHRHUNDERT

Große Personen im 19. Jahrhundert

Gamper, Michael/Kleeberg, Ingrid (Hrsg.): Grösse. Zur Medien- und Konzeptgeschichte personaler Macht im langen 19. Jahrhundert, 349 S., Chronos, Zürich 2015.

Das ‚große Individuum‘ hat bis heute seinen festen Platz auf den medialen Bühnen. Man denke etwa an die Inszenierung des russischen

Präsidenten als ‚starker Mann‘, der Tiger zu bändigen vermag, oder an das US-amerikanische Staatsoberhaupt, das lässig in Talkshows über den Washingtoner Alltag plaudert. Zu den ‚großen Individuen‘ gehören gegenwärtig auch die ‚Superstars‘ aller möglichen Felder, seien es Musik, Film oder Sport. Wie die politisch Aktiven verfügen sie meist über eigene PR-Abteilungen, denen die Produktion und Pflege eines bestimmten Images obliegt. Diese Formen des ‚großen Individuums‘ sind aufs Engste mit den derzeitigen Medienkonstellationen verknüpft. Für das Phänomen als solches gilt dies nicht: Auch in der Vergangenheit gab es spezifische Konstruktionen des ‚großen Individuums‘.

Michael Gamper und Ingrid Kleeberg widmen sich diesem Gegenstand in dem vorliegenden Sammelband. Sie fokussieren auf das ‚große Individuum‘ im langen 19. Jahrhundert, wobei sie insbesondere auf dessen „Formen der Inszenierung, der Repräsentation und der medialen Übertragung“ (S. 7) abzielen. Das 19. Jahrhundert reicht dabei von den 1760ern bis in die 1930er. Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Zeit um 1800, die die Herausgebenden als eine konjunkturelle Hochphase des Phänomens kennzeichnen. Der knappen Einleitung folgen sechzehn Beiträge, deren Verfasserinnen und Verfasser verschiedenen Fachdisziplinen angehören. Vertreten sind die Geschichts-, Kunst- und Literaturwissenschaft; auf der Letzteren liegt dabei das Schwergewicht innerhalb des Bandes. Daher verwundert auch nicht, dass die meisten Aufsätze ihr Material aus der deutschsprachigen Belletristik beziehen, um sich der zeitgenössischen Konstruktion des ‚großen Individuums‘ anzunähern oder einzelne Facetten dessen näher auszuleuchten. Bisweilen finden auch andere Medien Beachtung, darunter Filme, Bilder und sogar Tabakdosen.

Die Anordnung der Beiträge erfolgt thematisch über drei Sektionen, die die einzelnen Aufsätze aber nur lose zusammenbinden: Zunächst liegt der Schwerpunkt auf die Darstellung und Repräsentation ‚großer Individuen‘ im Allgemeinen, danach geht es um eine Charakterisierung besonderer ‚großer Individuen‘ und schließlich darum, wie diese untergehen oder wiederkehren. Es liegt in der Natur einer kurzen Rezension, nicht alle Beiträge eines Sammelbandes gleichgewichtig berücksichtigen zu können. Daher folgt hier eine Auswahl, die die Breite des Bandes möglichst adäquat abbilden soll. (Sie folgt sicher auch den Interessen des Rezensenten, der Historiker ist.)

Aus der ersten Sektion sind insbesondere die Beiträge Marian Füssels, Ingrid Kleebergs und Michael Gampers hervorzuheben. Ersterer zeigt am Beispiel Friedrich II. von Preußen, wie sich die mediale Konstruktion eines ‚großen Individuums‘ in der *longue durée* ausgestalten konnte. Die Wirkmacht des Mythos ‚Friedrich der Große‘, so Füssel, steigerte sich durch eine ausgeprägte Intermedialität bereits bestehender Bild- und Textmotive, die zugleich Kupferstiche und Postkarten einschloss. Ingrid Kleeberg befasst sich am Beispiel der Schriften Josias Ludwig Goschs mit dem Wandel des ‚großen Individuums‘ als Konzept, das sich um 1800 deutlich erweiterte. Fortan integrierte es nicht nur Feldherren und Staatsmänner, sondern vor allem „Ideenproduzenten“, also Wissenschaftler und Künstler. Mehr noch, sie bildeten nun die Fixpunkte für Größe und Wohlstand eines Gemeinwesens. Kleeberg deutet hier das Konzept der Imaginärpolitik an, das Michael Gamper in seinem Beitrag weiter entfaltet. Das ‚große Individuum‘ sei demnach ein Instrument, um soziale oder politische Einheiten zu formen: „Imaginärpolitik bemächtigt sich des individuellen Körpers der Vielen über die Einbildungskraft und erzeugt damit phantasmatisch organisierte kollektive Körper“ (S. 68). In Anlehnung an Michel Foucault ergänze sie damit, so Gamper, Bio- und Symbolpolitik. Er erprobt das Konzept anhand Friedrich Schillers Wallenstein-Trilogie.

Diese bereits sehr anregenden Überlegungen bereichern eine ganze Reihe weiterer Aufsätze. Deren Inhalt kann hier nur angedeutet werden: Tobias Schlechtriemen plädiert für eine Poetologie der Soziologie, nachdem er am Beispiel Auguste Comte gezeigt hat, wie jener seine theoretischen Konzeptionen permanent mit Selbstbeschreibungen verband, in denen er sich als ‚großes Individuum‘ konzeptualisierte. Robert Suter unternimmt einen Perspektivwechsel und skizziert, wie der ‚große Mann‘ zum erstrebenswerten Leitbild vieler ‚kleiner Männer‘ wurde. Lucas Marco Gisi zeichnet anhand von Carl Peters nach, wie sich um 1900 die Figur des ‚Kolonialhelden‘ medial konstituierte und welche Imaginationsräume sie Zeitgenossen ermöglichte. Bemerkenswert sind auch die Ausführungen von Martina Süess und Eva Horn, die sich mit der Konzeptualisierung ‚großer Frauen‘ auseinandersetzen: Beide kommen zu dem Schluss, dass diese für den Gesamtdiskurs essenziell war, weil nur hier bestimmte Aspekte von ‚Größe‘ verhandelt werden konnten, sei es die vollkommene und damit sexuelle Unterwerfung des Subjektes (Süess) oder

die Eigenschaften der Führerfigur als „Medium sozialer Affekte und Dynamiken“ (Horn, S. 214).

Insgesamt ist den Herausgebenden ein stimmig komponierter Sammelband gelungen, der viele stimulierende Gedanken und Perspektiven zum Gegenstand enthält. Besonders hervorzuheben ist das spannende Konzept der Imaginärpolitik, dem ein rasches Aufgreifen in der Forschung zu wünschen ist. Vermisst hat der Rezensent indes ein stärkeres Einbinden des Gegenstandes ‚personale Größe‘ in Forschungsfelder, die zumindest in dem Dunstkreis des Sujets liegen und derzeit (teilweise) auch Konjunktur haben. Zu nennen ist die Heldenforschung, die zwar in einigen Aufsätzen angedeutet wird (Gisi, Haas), aber keinen expliziten Bezug erhält. Der Forschungsstrang zum *stardom* findet keine, der große Bereich der Erinnerungskultur erstaunlicherweise kaum Erwähnung. Daran lassen sich bereits Anknüpfungspunkte für eine künftige Erforschung des Themas erkennen, die zudem unbedingt ländervergleichende Perspektiven einschließen sollte. Denn es kam beim Rezensenten die Frage auf, wie sich die Konstruktion des ‚großen Individuums‘ außerhalb des deutschsprachigen Raumes ausgestaltete. Dieser Befund kann den positiven Gesamteindruck jedoch nicht schmälern, sondern – im Gegenteil – steigert die Vorfreude auf kommende Forschung zum Thema.

Göttingen

Robert Bernsee

The Origins of the Catch-Phrase

Vincent, David: I Hope I Don't Intrude. Privacy and Its Dilemmas in Nineteenth-Century Britain, 368 pp., Oxford UP, Oxford and others 2015.

The ‘catch-phrase’ is integral to the idiom of British popular culture. With its origins in music hall, and the popular theatrical tradition of the eighteenth and early nineteenth-centuries, the catch-phrase was a hardy perennial that survived into the golden age of variety, inter-war cinema and the post-1945 entertainment culture of British seaside resorts. Enjoying a final flowering amongst the comics who performed in the working-men’s clubs of the 1950s and 1960s, and leaving a lasting footprint in the ‘Carry On’ films, the catch-phrase created a resilient and personal bond between the audience and performers, the comic and his foils. An ephemeral aspect of

popular culture, most catch-phrases have lost their meaning for a modern-day audience. The inter-war comic, Sandy Powell’s periodic cries of ‘can you hear me mother?’, divorced from their original context in an early-twentieth century British domestic environment, make little sense. The delivery by Dan Leno, late Victorian Britain’s most popular music hall entertainer, of the line ‘here we are again’, convulsed the nineteenth-century audience in ways that remain impermeable to the modern-day historian. Shouted out by the audience at his arrival on stage, the popularity of this catch-phrase is attested to by its frequent quotation in the satirical magazines and popular print culture of the period where it was placed in the mouths of politicians and monarchs. Yet the precise meaning carried by this phrase and its role in the negotiation between performer and audience remains elusive.

Given the omni-present nature of the catch-phrase, and its centrality to British popular culture, a study of the social and cultural context of one of nineteenth-century Britain’s most famous catch-phrases, ‘I hope I don’t intrude’ is to be welcomed. In a lively and authoritative study, David Vincent’s book restores the catch-phrase (and the today little-known theatrical character of Paul Pry) to its social and cultural context. Vincent is well qualified to undertake this task. A British cultural historian of many decades’ standing, Vincent has written widely on the intersections between literacy, popular reading matter, performance and working-class autobiography. In this wide-ranging book, he applies his skills forensically to an examination of Paul Pry and his catch-phrase in a study that ranges widely across theatre history and popular entertainment culture in nineteenth-century Britain. This catch-phrase, it turns out, opens the door on a complex interlocking world of contemporary themes, identities and ideas that found their outlet in the very vocal and visual performances of Pry. Unusually, for figures in British popular culture, it is possible to date the origins of Paul Pry and his catch-phrase precisely. Pry was the creation of the dramatist, John Poole, appearing for the first time at the Haymarket theatre, on 13 September 1823. A minor character who unashamedly snooped on his fellows, usually with detrimental consequences for his own well-being, Pry was an unlikely comic hit. Thereafter, this inquisitive and vaguely annoying figure became a constant in theatrical performances into the Edwardian period and beyond.

At the height of his popularity, the figure of Pry became a fixture, immortalised in popular ceramics, in engravings, on buttons and snuff boxes, on pub signs, and in the names of ships. Vincent also notes the export of Pry to the settler colonies, where he bequeathed his name to a pub on Sussex Street, Sydney in 1839. Historians of literary trends will recognise here an overlap with the literary crazes that surrounded Charles Dickens' "Pickwick Papers" and Pierce Egan's "Tom and Jerry". Indeed, appropriately enough, Pry appeared both as a character and a participant observer in Egan's "Book of Sports" in 1832. In short, this was a fluid and endlessly adaptable character able to appeal to a number of different and unrelated milieu. Asking the question why, Vincent's book seeks to disentangle the appeal of this enigmatic figure and restore meaning to his presence. Probing the surviving texts from the myriad theatrical productions in which he appeared, Vincent depicts Pry as an emblem of the intrusive. His inappropriate interventions at a time when cultures of privacy were developing in Britain, made him an icon of the bumbling, the inept, and the unwanted, to comic effect. For Vincent, Pry stood at the interstices of the older popular entertainment culture of the Regency, and the mid-nineteenth century period that saw an increasing encroachment by the state into the everyday lives of its citizenry. These were the years that saw the introduction of the 1834 Poor Law Amendment Act, the new police, and the attempted regulation of the streets and the itinerant vendors that inhabited them, notably at the time of the 1822 Vagrancy Act. As Vincent points out, Pry was a figure that typified the emerging tensions between public and private space, and the new cultures of privacy and control. A hapless ingénue, as well as an inveterate nosey parker, forever peeking through keyholes, Pry exemplified the illicit delights to be gained from seeking out private knowledge, and the sometimes unfortunate consequences that resulted from the success of those efforts. At times of particular resentment against state intrusion Pry was often held up as an example of interfering civil servants and politicians. In 1844, at the time of the controversy surrounding the opening of the private correspondence of the émigré radical, Giuseppe Mazzini, by the government, the Home Secretary, Sir James Graham, was satirised in the popular press as a bumbling and interfering Paul Pry.

Vincent multiplies examples of Pry's presence throughout the nineteenth-century, charting the

character's retreat into obscurity as basic state functions became more accepted. In its analysis of popular theatre, print culture, and satire this is an impressive volume, reclaiming a forgotten period in British popular culture, and demonstrating the rich benefits to be gained from cultural perspectives on popular traditions and pastimes.

Sheffield

Antony Taylor

20. JAHRHUNDERT

Militärische Diskurse

Jaun, Rudolf u. a. (Hrsg.): An der Front und hinter der Front/Au front et à l'arrière. Der Erste Weltkrieg und seine Gefechtsfelder/La Première Guerre mondiale et ses champs de bataille, 318 S., hier + jetzt, Baden 2015.

Die im Band vorgelegten Beiträge einer internationalen Tagung der Schweizerischen Vereinigung für Militärgeschichte und der Militärakademie an der ETH Zürich gruppieren sich um die Frage nach militärischen Wandlungsprozessen und Erfahrungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit. Der von den Herausgebern Rudolf Jaun, Michael M. Olsansky und Adrian Wettstein einleitend knapp formulierte Ansatz, militärisches Denken und Entwicklungstendenzen der Kriegführung epochal einzubetten (S. 11), erfolgt im europäischen Vergleich. Mit Ausnahme von Stig Försters Beitrag zu weltweiten Dimensionen und Wirkungen des global vernetzten militärischen Konflikts konzentriert sich der prominent besetzte Band auf Gefechtsfelder und militärische Diskurse in (West-)Europa.

Knapp die Hälfte des Bandes widmet sich dem Wandel von Streitkräften und Kampfführung 1914–1918. Erfahrungen Schweizer Offiziere beim Besuch von Kriegsschauplätzen (Michael M. Olsansky) werden hier ebenso dargestellt wie sozialstrukturelle Konstanten der britischen Streitkräftestruktur (Ian F.W. Beckett) oder strukturelle Defizite militärischer Rekrutierung und Ausbildung in der k.u.k. Armee (Günther Kronenbitter). Den extremen Anpassungsdruck, dem militärische Doktrinen, operative Planung und Taktik ausgesetzt waren, betonen die Beiträge von Georges-Henri Soutou, Dimitry Queloz und Gerhard P. Groß. Für die französische Armee

konstatiert Queloz eine aufgrund massiven Problemdrucks bis 1918 radikale Transformation (S. 93) und erfolgreiche operative wie taktische Adaption, die auf beschleunigter Verarbeitung von Fronterfahrungen auf allen militärischen Ebenen basierte. Groß verweist dagegen in seiner Analyse des operativen Denkens aller deutschen Heeresleitungen auf ein Festhalten an Grundprinzipien (Bewegung, Konzentration, Offensive, Entscheidung), das bis 1918 an den militärischen Realitäten scheiterte (S. 111f.). Überzeugend argumentiert hier eine ‚klassische‘ Militärgeschichte, die den Blick immer wieder auf eine extreme militärische Dynamik, besonders auf die immensen Herausforderungen durch Masse und Technik lenkt (Soutou, S. 29f.).

Gleiches gilt für die Beiträge zur militärischen Verarbeitung von Kriegserfahrungen ab 1918. Thematisiert werden auch die realitätsverleugnenden Dolchstoßdiskurse deutscher (Michael Epkenhans) wie österreichischer Offiziere (Martin Schmitz). Im Zentrum stehen allerdings „‚Kriegslehren‘ europäischer Armeen“ (S. 156–240). Gleich fünf Beiträge spannen dabei einen weiten Bogen, der von ‚Kriegslehren‘ in Deutschland (Markus Pöhlmann) und Frankreich (Adrian Wettstein), über Kriegsbilder und -diskurse in der Schweiz (Michael M. Olsansky) und den Niederlanden (Wim Klinkert) bis zur Verarbeitung von Weltkriegserfahrungen im britischen Nachrichtendienst (Sönke Neitzel) reicht. Worin sich diese sehr unterschiedlichen Analysen zur Erstarung der französischen Militärdoktrin nach 1918 (Wettstein, insbesondere S. 217ff.), zum (auch durch Versailles) dynamisierten militärischen Diskussionsprozess in Deutschland sowie zur ebenso unterschiedlichen wie kontroversen Verarbeitung von Kriegserfahrungen in zwei neutralen Staaten dann doch berühren, ist vor allem ein Punkt: der überall erkennbaren Unsicherheit, welche Schlüsse aus der traumatischen Erfahrung eines technisierten und zugleich erstarrten Massenkriegs überhaupt zu ziehen seien. Sie durchzieht den deutschen Diskurs um ein technisch hochqualifiziertes, mobiles Massenheer (Pöhlmann, S. 162–165) ebenso wie die Kriegsanalysen Schweizer Offiziere (Olsansky, S. 177) oder die tief gespaltene niederländische Diskussion, wie Verteidigung in einem zukünftigen Krieg überhaupt noch zu organisieren sei (Klinkert, S. 196–202).

Die Schwierigkeiten militärischer Analyse und Prognostik im Umfeld des Weltkrieges transnational aufzuzeigen, ist ein Verdienst des

Bandes. Der zweite liegt darin, den Blick auf Kriegserfahrungen der Neutralen, besonders der Schweiz zu lenken. Damit beginnt sich nicht nur eine Lücke in der Weltkriegsforschung zu schließen. Wie Béatrice Ziegler in ihrer Analyse zur Geschichtspolitik in der Schweiz nach 1918 betont, fördert der Blick auf den europäisch vernetzten „Kleinstaat im totalen Krieg“ auch überraschende Parallelen und neue Anregungen für transnational orientierte Forschung zu Tage (Ziegler, S. 274f.). Sie selbst exemplifiziert dies an der Schweizer Erinnerungskultur, die Praktiken der Kriegführenden gleichsam imitierte, und vor allem am Schweizer Narrativ „geistiger Landesverteidigung“, das Militärs und Konservative nach 1918 ebenso erfolgreich wie nachhaltig durchsetzten (S. 281–287). Hier, wie in den weiteren drei Beiträgen zur Schweiz, wird historiographisch Neuland betreten.

Kritisch anzumerken bleibt dennoch die in verschiedene Richtungen zerfasernde Konzeption des Bandes. So verliert sich etwa Roger Chickerings Diskussion zu Totalisierungsprozessen abseits der Schlachtfelder in der Reihe gefechtsfeldorientierter Analysen zur Kriegszeit. Insgesamt disparat wirkt der letzte Themenblock „Kriegserinnerung“. In nur einem Beitrag zu den Denkmalskulturen in Frankreich und Deutschland (Gerd Krumeich) ist das komplexe Feld gesellschaftlicher Kriegserinnerung eben nicht adäquat abzubilden. Ebenso wenig kann Roman Rossfelds ebenfalls hier subsumierte innovative Darstellung Schweizer Kriegsmaterialtransporte die Bedeutung kriegsökonomischer Entwicklungen angemessen einbinden. Eine konsequente Beschränkung auf Wandlungsprozesse und Diskurse innerhalb militärischer Systeme und Gruppen wäre angesichts der Fülle neuer Forschungssynthesen zum Ersten Weltkrieg überzeugender gewesen.

Düsseldorf

Uta Hinz

Kibbo Kift

Ross, Cathy/Bennett, Oliver: Designing Utopia. John Hargrave and the Kibbo Kift, 192 S., Tauris, London/New York 2015.

Pollen, Annebella: The Kindred of the Kibbo Kift. Intellectual Barbarians, 228 S., Donlon, London 2015.

Die britische Jugendbewegung Kibbo Kift wurde 1920 von John Hargrave (1894–1982) gegründet, der zuvor in der Pfadfinderbewegung aktiv war. Wie die Pfadfinder sind auch die Kibbo Kift eine Bewegung, die sich durch Naturverbundenheit auszeichnet, jedoch gibt es auffällige Unterschiede im Habitus: Während die militärischen Ursprünge der Boy Scouts an den Uniformen erkennbar sind, gemahnt das Outfit der Kibbo Kift an indianische, keltische oder angelsächsische Stämme; ergänzt um Kutten, die an mittelalterliche Mönche denken lassen. Die Bewegung wendet sich gegen den industriellen und urbanen Alltag der Moderne, sie steht für pazifistische Ideale ein und zielt auf eine geistige Erneuerung des Gemeinwesens im Zeichen der Brüderlichkeit. Der Anknüpfung an heterogene Stammestradi-tionen entspricht es, dass nationale Identität in erster Linie als eine Sache des Willens und des Bekenntnisses aufgefasst wird; die Verheißung lautet, dass die Menschheit sich harmonisch in einer großen Völkerfamilie zusammenfinden kann. Wer die Initiationsrituale der Kibbo Kift durchläuft, darf sich als Pionier dieser Völkerfamilie verstehen.

In den beiden Darstellungen von Pollen sowie von Ross und Bennett wird die Entwicklung dieser Jugendbewegung in den 1920er und 1930er Jahren rekonstruiert. Beide Darstellungen rücken die Person des charismatischen Gründers der Bewegung an den Anfang, gehen dann auf deren Organisationsprozess und die Rollenverteilung in der Gefolgschaft ein und widmen sich ausgiebig ihrer Symbolik und ihren Zeremonien. Stärker noch als Pollen behandeln Ross und Bennett den Wandel, der dazu führt, dass im Laufe der 1930er Jahre aus der Jugendbewegung eine politische Partei wird: Die Kibbo Kift werden zu Green Shirts und zur Social Credit Party. Damit verschiebt sich der Fokus nicht nur auf die Welt der Erwachsenen, es kommt auch dazu, dass nun doch Uniformen und Aufmärsche mit militärischem Gepräge das Bild beherrschen.

Die Green Shirts und die Social Credit Party bleiben ohne nennenswerten Einfluss und verschwinden im Kontext des Zweiten Weltkrieges von der politischen Bildfläche. Auch die Kibbo Kift sind nie zu einer Massenbewegung geworden und halten weder beim Zulauf noch bei der Langlebigkeit den Vergleich zur Pfadfinderbewegung aus. Gleichwohl lohnt sich die Lektüre der beiden Bücher, weil hier ein Kapitel der Zivilisationskritik des 20. Jahrhunderts ergänzt

wird: Beide Darstellungen werfen Licht auf die Vorgeschichte der Ökologiebewegung und die Genealogie von Entwürfen einer „alternativen Gesellschaft“. Dabei tritt eine Form von politischer Romantik hervor, bei der das Insistieren auf persönliche Selbstbestimmung unversehens in die Forderung nach korporativer Geschlossenheit umschlägt. Die von Hargrave in zahlreichen Schriften ausformulierte Vision ist von messianischen Anklängen nicht frei; das Pathos der charismatischen Führung verträgt keinen Widerspruch. Es gibt hier nur die Alternative, sich entweder der Gefolgschaft zu verschreiben oder aber auszutreten.

Diese Gefolgschaft ist in erster Linie als Männerbund organisiert: Mädchen und Frauen sind zwar willkommen, bleiben aber von Führungsaufgaben weitgehend ausgeschlossen. Hargrave verfiert ein Rollenmodell, das in dem Glauben an eine naturbedingte Arbeitsteilung der Geschlechter verwurzelt ist. Indes sollen beide Geschlechter gegen die Verweichlichung der Zivilisation durch Askese und Sport ankämpfen. Das Bogenschießen wird als eine Disziplin hochgehalten, bei der es sowohl um körperliche als auch geistige Fitness geht.

Beide Darstellungen nutzen einen reichhaltigen Fundus an Textquellen, um das Selbstverständnis von Hargrave und seiner Gefolgschaft herauszuarbeiten. Nicht minder wichtig sind indes zahlreiche Fotografien, die die Zeremonien und Artefakte der Jugendbewegung veranschaulichen: Zum einen wird hier die Versammlung unter freiem Himmel als soziales Schlüsselereignis deutlich; zum anderen der Anspruch, die kulturelle Erneuerung durch künstlerische Kreativität voranzutreiben. Die Jugendbewegung versteht sich auch als ästhetische Bewegung, die einem Schönheitsideal verpflichtet ist, das primitive Ursprünge mit der Formensprache des Jugendstils verbindet. Der Anspruch auf Ganzheitlichkeit wird dadurch abgerundet, dass neben Sport und Kunst auch die Wissenschaft hochgehalten wird: Pollen greift im Titel ihres Buches das gespaltene Verhältnis zur Moderne durch die Selbstkennzeichnung der Kibbo Kift als „intellectual barbarians“ auf. Der Bewegung ist ein Eklektizismus eigen, der rationale und primitive Elemente so miteinander verschmelzen will, dass daraus ein neues Zeitalter entsteht. Der Eklektizismus setzt sich bei der Umgestaltung zu den Green Shirts und der Social Credit Party fort: Einerseits wird hier auf bäuerliche und handwerkliche Bodenständigkeit gesetzt, andererseits aber die

Abschaffung des Finanzkapitals durch ein Kreditsystem beschworen, das von einer Elite von Mathematikern zum Wohl des Volkes verwaltet werden soll; hinter der antikapitalistischen Utopie kommt eine technokratische Ambition zum Vorschein. Es spricht für die Stärke der britischen Demokratie, dass diese Ambition nur eine Randnotiz der Geschichte geblieben ist.

Beide Darstellungen betonen, dass die Kibbo Kift trotz ihrer Kurzlebigkeit einen wichtigen praktischen Kommentar zur Krise der modernen Gesellschaft abgegeben haben. Es zeigt sich allerdings, dass dieser Kommentar selbst von den Widersprüchen der modernen Gesellschaft durchsetzt ist – und dies gerade bei der Beschwörung, diese Gesellschaft durch einen radikalen Neuanfang zu verlassen.

Windisch

Carsten Quesel

Reden über die Republik

Gerber, Stefan: Pragmatismus und Kulturkritik. Politikbegründung und politische Kommunikation im Katholizismus der Weimarer Republik (1918–1925), 418 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2016.

Über die Rolle des politischen Katholizismus in der Weimarer Republik wurde schon viel geschrieben und auch umgekehrt – über die Bedeutung der Republik für den Katholizismus der Zeit existieren bereits einige Studien. Nun wird das Untersuchungsfeld durch Stefan Gerbers 2013 eingereichte und 2016 bei Schöningh veröffentlichte Habilitationsschrift ergänzt und erweitert. Auf knapp 350 Textseiten gibt Gerber einen dicht gedrängten Überblick über Ideen und Diskurse des politischen Katholizismus in den ersten Jahren der Republik. Dabei fokussiert er auf zwei Elemente: Eine weltanschauliche Fundierung der Debatte auf der Phrase vom „Boden der Tatsachen“ mithin des „Pragmatismus“ und zweitens auf die Rolle und Erklärung der „Tat“ der Revolution und die Versuche einer Rechtfertigung der aus diesem Bruch mit der bestehenden Ordnung hervorgegangenen Republik.

Methodisch möchte er seine Studie als „ideen- und diskursgeschichtliche Untersuchung“ (S. 12) verstanden wissen, die in Abgrenzung zu Michel Foucault den „Sprechhandlungswillen der Sprecher“ (S. 13) ernst nehmen und damit die

von ihm untersuchte Kommunikation weder als politische Handlung noch als davon unabhängige Färbung politischer Strukturen betrachte. Vielmehr beschreibt Gerber die Suche nach einem „weltanschaulichen Substrat“ (S. 31) in der Zentrums-Partei, das sowohl notwendige Bedingung für politisches Handeln darstellt als auch Mobilisierung ermöglicht.

Seine Spurensuche im politischen Diskurs der frühen 1920er Jahre gliedert Gerber in vier Hauptteile. Nach einer Einleitung, welche die Arbeit kontextualisiert, den eben skizzierten methodischen Rahmen absteckt und Forschungsstand sowie Quellenlage beurteilt und dabei auf eine beeindruckende Anzahl publizierter und auch nichtpublizierter Quellen verweisen kann, folgen die drei Kernteile der Arbeit, die sich mit jeweils einem der eingangs vorgestellten Thesen zur Schwerpunktsetzung von Kommunikation im politischen Katholizismus beschäftigen. Es geht Gerber im Folgenden um „Pragmatismus als politische Kultur: Die ‚Boden-Formel‘“ (S. 33–128), „Revolutionsereignis und Politikbegründung“ (S. 129–298) und „Politischer Pragmatismus als ‚katholische Weltanschauung‘“ (S. 299–340). Abgerundet werden die Ausführungen durch eine knappe, pointierte und gut formulierte Zusammenfassung sowie ein beeindruckendes Quellen- und Literaturverzeichnis, das auf über 50 Seiten von der akribischen Arbeit des Autors zeugt.

In Gerbers empirischem Teil nimmt er die Leser mit auf eine detaillierte Reise durch die katholische Publizistik der frühen 1920er Jahre. Dabei verweist er immer wieder auf von ihm besonders geschätzte Gewährsleute, wie etwa den Jesuitenpater Max Pribilla. Es gelingt ihm aber auch weitere bekannte und unbekannte Autoren zum Belegen seiner Kernthesen anzuführen. So kann Gerber tatsächlich die immer wiederkehrende Phraseologie vom „Boden der Tatsachen“ eindrücklich nachweisen. Zudem findet er zahlreiche Belege für Versuche, die eigentlich als Gegensatz zur „Ordnung“ stehende Revolutions-„Tat“ 1918 als zwar verwerflich, die daraus hervorgehende Republik aber als legitimes Konstrukt zu bezeichnen. Der pragmatische Umgang mit dem Status quo und der damit einhergehende Versuch der Publizisten katholische Politik in den neuen Zusammenhang der Republik zu betten, wird somit sowohl als Weltanschauung als auch tatsächlicher Hintergrund politischen Handelns deutlich. Pragmatismus- und Tat-Begriff gehen dabei eine interessante Symbiose ein, welche – so Gerber im Ausblick – ab Mitte der 1920er Jahre

konsequenterweise von einem Selbstbild der „schöpferischen Mitte“ abgelöst wird. Dies sei als Versuch zu verstehen, konservative und republikanische Vorstellungen zu versöhnen (S. 335ff.)

Bei einem diskursgeschichtlichen Untersuchungsdesign scheint die Darstellung des Materials in sehr ausufernden Paraphrasierungen und Zitaten kaum zu verhindern. Dadurch lässt die Studie bisweilen aber einen klaren kategorischen Fokus vermissen. Das Lesen des ansprechenden und anregenden Buches wird durch nicht immer klare Gewichtung der einzelnen Publikationen und Autoren zueinander und fehlende Fokussierung auf zentrale Passagen erschwert. Doch erscheint dies vielmehr eine immanente Problematik diskursgeschichtlicher Untersuchungen, weniger eine spezifische Kritik an Gerbers Studie. Kritisch anzumerken ist allenfalls der etwas zu unkritische Schwerpunkt auf einer *intellectual history*, die wenig bis keine Exkurse in Schriften des politischen oder kirchlichen Alltags – etwa Memos von Ministern oder Predigten – beinhaltet, was eine Bestätigung der These vom Pragmatismus als Weltanschauung noch schlüssiger hätte erscheinen lassen.

Insgesamt kann Stefan Gerber einen wichtigen, akribisch recherchierten Beitrag zur öffentlichen Kommunikation des politischen Katholizismus und seiner Form in den frühen 1920er Jahren in die Forschungsdebatte einbringen, der insbesondere durch seine eindrucksvoll belegte These vom Pragmatismus als Weltanschauung Erklärungspotenzial für die politische Kultur der Weimarer Republik als Gesamtheit bereithält.

Darmstadt

Volker Köhler

Katholische Studentenvereine

Roethler, Jeremy Stephen: *Germany's Catholic Fraternities and the Weimar Republic*, 231 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2016.

Das zu rezensierende Buch ist die Veröffentlichung der Dissertation des US-Historikers Jeremy S. Roethler. Wie bereits der Titel klar erkennen lässt, thematisiert der Autor in seinem Werk die Geschichte der katholischen Studentenvereine (KSV) während der Weimarer Republik. Die Geschichtsschreibung der Studenten ist noch lückenhaft, sodass man kann diese Publikation nur begrüßen kann.

Roethler verteidigt in der Einführung zwei sich ergänzende Hypothesen, die er in seiner Arbeit beweisen will: 1) Im Gegenteil zur vorherrschenden Meinung in der Geschichtsschreibung sei die „katholische Identität“ der deutschen Katholiken während der Weimarer Republik – und besonders die der Mitglieder der KSV – nicht „residual“ sondern „evolving, dynamic and imminent“ (S. 10). 2) Mit dieser „katholischen Identität“ artikuliere sich ein Patriotismus, der weder „to redeem their supposed national inferiority complex“ noch „to impress or appease German nationalists, including, ultimately, the National Socialists“ ausgedrückt wurde (S. 11), sondern „echt und ehrlich“ gewesen sei. Diese zwei Hypothesen erklären laut Roethler sodann das erstrangige Engagement der CDU-Politiker, die während der Weimarer Republik KSV-Mitglieder waren, für den Wiederaufbau Deutschlands nach 1945 – sowohl „physically“ als auch „psychically“ (ebd.).

Im ersten Kapitel konzentriert sich der Autor auf den Platz der KSV in der deutschen Studentenschaft und auf die Frage des akademischen Antikatholizismus am Anfang des 20. Jahrhunderts. Das zweite Kapitel ist trotz seines Namens „Catholic Fraternities at War“ keine Erzählung der Kriegserlebnisse katholischer Studenten, sondern eine „Analyse“ der Nekrologien der im Krieg gestorbenen KSV-Mitglieder. Leider zeigt Roethler keine kritische Distanz zu diesen Ehre- und Frömmigkeits-„Zertifikaten“, was seine Auswertung schwächt.

Ab dem dritten Kapitel nimmt der Autor sein Thema wirklich in Angriff. Viele Fragen werden thematisiert, unter anderem: der Platz der KSV innerhalb der Studentenschaft; die schwere finanzielle Lage und schwierigen Lebensbedingungen; Republik und Demokratie (die laut Roethlers Einschätzung im dritten Kapitel besser von den katholischen als von den anderen Studenten akzeptiert wurden, was er später stark differenziert); politisches Engagement (auch in antirepublikanischen Gruppen) und Denken; die Stellung zum Zentrum (Kap. 3) und zum Nationalsozialismus (Kap. 6) – in beiden Fällen wurde keine einheitliche Antwort gefunden. Zwischendurch werden theologische Betrachtungen (v. a. zu Thomas von Aquin) angeführt, ohne dass die Rezeption des Denkens Aquins eingehend analysiert wird; auch nicht im fünften Kapitel, in dem Roethler das Selbstbewusstsein und die Weltanschauung der katholischen Studenten behandelt.

Im letzten Kapitel studiert Roethler die NS- und Nachkriegszeit. Wenn die katholische Kirche und manche KSV vor 1933 die Mitgliedschaft in der NSDAP verboten, wurde dieses Verbot schon ab März beziehungsweise April 1933 abgeschafft. Hier sind mehrere Texte zu Gunsten Hitlers zitiert, ohne dass man die allgemeine Position der katholischen Studenten versteht. Beispiele von CDU-Politikern und katholischen Geistlichen (u. a. J. Ratzinger/Benedikt XVI.), die Mitglieder einer KSV waren, sollen hingegen den „Revival“ (S. 166) letzterer und die Teilnahme ihrer Mitglieder am Wiederaufbau Deutschlands nach 1945 illustrieren. Hier macht der Historiker einen Schritt heraus aus seiner Disziplin und versucht ein positives Bild von der nach 1947 wiedergegründeten KSV zu zeichnen.

Zusätzlich zu der bereits geäußerten Kritik ist es nötig einige fragliche Punkte eingehend zu diskutieren, weil sie die Problematik des gesamten Buches illustrieren. Im Vorwort möchte Roethler dem Leser erklären, dass er unter dem englischen Begriff „fraternity“ mehrere Arten von Studentenorganisationen sammelt – was lobenswert ist. Er macht aber viele Ungenauigkeiten und Fehler. So schreibt er beispielsweise: „The older Corps [...] used the abbreviated appellation ‚SC‘ (Senioren-Convent) at the end of their names, as in, the ‚Kösener SC‘“ (S. XI). Jedes Corps hieß beziehungsweise heißt „Corps ‚X‘ zu ‚Name der Stadt‘“ (z. B. Corps Borussia zu Bonn). Ein SC ist die Vereinigung mehrerer Corps einer einzelnen Universität (es gibt den Bonner SC, usw.) und der Kösener SC ist der älteste Nationalverband der Corps. Roethler erforscht grundsätzlich nicht die lokalen Vereine, sondern die drei nationalen Verbände der katholischen Verbindungen: Der CV, der KV und der Unitas. An sich ist das kein Problem: Es wird jedoch nicht begründet und der Unterschied zwischen Verbänden und lokalen Verbindungen wird nicht erklärt.

Der Autor ist allgemein in seinen Aufführungen ungenau. So findet man in der Einführung Sätze wie: „First allowed to enter German universities at the beginning of the 20th century, Catholic women [...]“ (S. 6). Ein Leser, der die Studentengeschichte des vorigen Jahrhunderts nicht kennt, könnte damit verstehen, dass es *nur* katholische Frauen waren, die am Anfang des 20. Jahrhunderts an der Universität akzeptiert wurden, während es in Wirklichkeit doch *alle* Frauen sind, die sich ab 1900 (in Baden, später in den anderen Bundesstaaten) offiziell immatrikulieren durften. Die kurze und

einführende Beschreibung des Funktionierens der drei Verbände ist nicht unrichtig, aber ungenau und Roethler erwähnt nie, dass diese Aspekte (Farbentragen, Rituale, Veröffentlichung einer Zeitschrift, usw.) allgemein das Leben vieler Studentenorganisationen prägten. Das gilt auch für die durch das NS-Regime erzwungene Auflösung der Katholischen Verbindungen: Alle Studentenorganisationen mussten sich auflösen. Dennoch könnte man nach der Lektüre des Buchs denken, dass nur die katholischen vom NS-Regime verfolgt wurden (S. 8, 163ff.).

Auch finden sich einige sprachliche Missverständnisse beziehungsweise „Halbverständnisse“: „Leibbursch: a term of high endearment. Leib literally means body. Bursch translates directly to lad, but is here equivalent to fraternity brother“ (Anm. 6, S. 183). Diese Definition vergisst die zentrale Autoritätsdimension. Ein Leibbursch ist der „Pate“ eines Fuchses, das heißt eines neuen Mitglieds. Letzterer war seinem Leibbursch unterstellt, bis er als ordentliches Mitglied (Bursch) anerkannt wurde.

Eine weitere Schwäche von Roethlers Buch ist die mangelnde Berücksichtigung der Literatur. Zahlreiche wissenschaftliche Bücher zum Thema Studenten während der Weimarer Republik gibt es nicht, dennoch sind zum Beispiel die wichtigen Werke Anselm Fausts zum Nationalsozialistischen Studentenbund (2 Bde., 1973), Michael Katers zur Studentenschaft und Rechtsradikalismus (1975) oder, um jüngere Arbeiten zu zitieren, die Forschungen Sonja Levens (v. a. ihr Buch „Elite, Männlichkeit und Krieg“, 2006) nicht angeführt. Die Arbeit von Christopher Dowes zu den katholischen Studierenden des Kaiserreichs (2006) wird ebenfalls nicht vom Autor erwähnt.

Roethler hat sich auf veröffentlichte Quellen beschränkt. Beschränken scheint das passende Wort, da man nur eine geringe Anzahl von Büchern, Broschüren und Zeitschriftenaufsätze (v. a. aus den „Akademischen Monatsblättern“ des KV und der „Academia“ des CV) in der vom Autor verwendeten primären Literatur zählt. Er hat keinen Archivbestand (von Vereinen, der Universitäten etc.) bearbeitet. Viele seiner Ausführungen, die auf dem Boden allgemeiner Ideen bleiben, hätten dank einer solchen Forschung vermutlich konkreter werden können.

Diese Kritik soll weder eine Gelehrtenpolemik noch eine Liste von „Besserwisser-Details“ sein. Die komplizierte Welt der deutschen Studenten hat Roethler aber nicht genug erforscht, was seine Hypothesen und Behauptungen

zum Teil schwächt und dazu führt, dass sie nur oberflächlich bleiben. Letztlich erklären die angeführten Kritikpunkte, wieso Roethlers zwei einführende Hypothesen keine klare Bestätigung finden.

Paris/Heidelberg

Antonin Dubois

The Battle for Leadership

Jones, Larry Eugene: Hitler Versus Hindenburg. The 1932 Presidential Elections and the End of the Weimar Republic, 425 pp., Cambridge UP, Cambridge 2016.

The fact that Hindenburg and Hitler faced each other in the 1932-election campaign over the presidency has slipped out of the academic focus: This is probably due to the more dramatic events in early 1933. Larry Eugene Jones' book shows the importance of the presidential elections and illustrates how the two rounds fragmented national conservative right-wing politics in 1932. By using the presidential elections as his focus point, Jones develops a tapestry of political bargaining and intrigue, negotiating and decision-making that allows a deep insight into the state of the political right in the last year of the Weimar Republic. His study also does a great job in reminding us of a key political strategy pursued by the National Socialists: The Nazi leadership did not believe that they could win the battle for the highest political office of the Weimar Republic but aimed at presenting Adolf Hitler as political alternative on a nation-wide level. In so doing, they hoped to raise Hitler's political profile for the future with their eyes firmly on the Länder elections, especially in Prussia, that followed the battle for the presidency.

Larry Eugen Jones places the presidential elections within efforts to widen the appeal of right-wing politics in order to include the forces on the political extreme. The failure of reaching this unity weakened the National Conservatives and strengthened the National Socialists. Jones shows that this fragmentation, and eventual disintegration, of the political right began well before the 1932-elections and partly reflected the disappointment of the political right with Hindenburg since he had become president in 1925. The fact that Hindenburg, however unwillingly, became the consensus candidate for those supporting

Weimar democracy, exemplified the frictions on the political right.

Divided into ten chapters, the book starts with an introduction of the two main protagonists Hindenburg and Hitler (Chapter One). Chapter Two concentrates on the power bargaining that brought Brüning the chancellorship and on his difficulties of dealing with the economic situation in 1930. Jones demonstrates how keen Hindenburg and his entourage were on shifting the Brüning cabinet to the right. Chapter Three takes us deeper into national conservative power struggles. Even though the so-called Harzburg Front was meant to demonstrate unity of the different currents within the political right, it hardly concealed the fractions between the moderate National Conservatives, the Nazis and right-wing grass root organisations like the 'Stahlhelm'. In fact, Jones outlines over the following three chapters (Four, Five and Six) how the fragile unity of Harzburg publicly evaporated. He also shows that there was no consensus on the political right regarding the future type of government of the country. In the end, Hindenburg, Hitler and the leader of the 'Stahlhem' Theodor Duesterberg were running for the first round of the election. This constellation allowed Hitler to present himself as standing for those who had been disappointed by the Brüning government and did not want to vote for Hindenburg because the democratic forces backed the Reich president's bid for a second term. National conservatives who were uneasy voting for the Nazi leader and did not want to support the same candidate as the Social Democrats could opt for Duesterberg. Chapters Seven, Eight and Nine focus on the two presidential elections including the campaigning, the shifting support in the two election rounds and the messages conveyed. The tenth and final chapter looks beyond the presidential elections by examining the Länder elections that followed shortly afterwards. The rise of the Nazi party at the expense of the bourgeois parties was exactly the result the National Socialists had hoped to achieve after the presidential elections had already weakened the political right.

Jones' meticulous archival research provides a wealth of material for this study and his knowledge of the sources and the archives is impressive. At points, the very precise re-constructions of committee meetings, letter correspondence or private conversations become a bit tiring and cloud a more vivid image that could have been painted of those on the German Right involved

in the political bargaining in 1932. A greater exploration of what recent studies on the cultural history of politics in Weimar Germany could offer, would have been beneficial to examine the political framework in which these individuals felt they were acting and what they expected of the future. The choice between Hindenburg and Hitler was also a choice between the past and the future. Works with a focus on political culture, future expectations, crisis concepts and national conservative grass root level would have fitted nicely here. Despite this criticism, the book offers a very knowledgeable and authoritative account of events leading up to the presidential elections, the election campaigns and its consequences for the political landscape in Germany. It is an important study for those interested in the dramatic final year of the Weimar Republic and, particularly, for its examination of right-wing politics in this time period.

Colchester

Nadine Rossol

Zum Volksgemeinschaftskonzept

Schyga, Peter: Über die Volksgemeinschaft der Deutschen. Begriff und historische Wirklichkeit jenseits historiografischer Gegenwartsmoden, 197 S., Nomos, Baden-Baden 2015.

Der Begriff der ‚Volksgemeinschaft‘ hat in der NS-Forschung seit mehr als einem Jahrzehnt die Rolle eines Leitbegriffes zur Entschlüsselung des nationalsozialistischen Herrschafts- und Zustimmungssystems erhalten. Mittlerweile haben sich internationale wissenschaftliche Tagungen und regionale Forschungsprojekte der empirischen Überprüfung der Mechanismen der NS-Diktatur aus der Perspektive des Volksgemeinschaftskonzepts und der Frage nach dem tatsächlichen Ausmaß, den Formen und Motiven der Zustimmung von Teilen der deutschen Gesellschaft zur NS-Diktatur sowie der analytischen Tragfähigkeit des Volksgemeinschaftskonzepts angenommen. Das hat allerdings nur wenig an der fortdauernden Kritik dieses Erklärungsansatzes geändert, dem vor allem die unkritische Übernahme eines nationalsozialistischen Mythos oder Propagandabegriffes vorgehalten wurde, der wenig mit der sozialen Realität des NS-Regimes zu tun habe.

Mit der Studie des Politikwissenschaftlers Peter Schyga meldet sich eine andere kritische

Stimme zu Wort, die in der Rezeption des Volksgemeinschaftsbegriffes ebenfalls eine „historiografische Gegenwartsmode“ sieht. Schygas Auseinandersetzung mit „Begriff und historische Wirklichkeit“ orientiert sich allerdings an älteren, vor allem soziologischen und ideologiekritischen Ansätzen, die in die „Tiefen der NS-Volksgemeinschaft“ (S. 11) einzudringen versuchten, jedoch „versandeten“. Dazu zählt er neben den Studien von Franz Neumann, die in der Tat nur sehr zögerlich rezipiert wurden, die seines Mentors Gerhard Schäfer.

Um dessen systemkritische Studien wieder aus der Vergessenheit zu holen und zu einer gesellschaftstheoretischen Unterfütterung der aktuellen, vorwiegend empirisch angelegten Studien zur Wirkungsweise der NS-Volksgemeinschaftsverheißung zu nutzen, will er unter Berufung auf die Konzepte von Max Weber, Franz Neumann und eben Gerhard Schäfer nach den „sozialen Schubkräften“, das heißt den „materiellen und ideologischen Elementen“ fragen, die den „Vorstellungen und der Realität einer deutschen Volksgemeinschaft“ zugrunde liegen (S. 22). Im Mittelpunkt seiner Re-Interpretation sollen darum die für die Analyse einer kapitalistischen Gesellschaft zentralen Begriffe von „Gewalt, Herrschaft, Arbeit, Ideologie und politische Religion“ (ebd.) stehen. Dazu werden in jedem Abschnitt ausführlich die einschlägigen Thesen der genannten Theoretiker referiert und mit eigenen Beobachtungen zur Regional- beziehungsweise Lokalgeschichte der NS-Bewegung/NS-Herrschaft in Braunschweig sowie der Harz-Region verbunden. Über die Verknüpfung mit den aktuellen Studien zur Wirkungsgeschichte der NS-Volksgemeinschaftsverheißung wird dabei wenig ausgesagt.

Als Fazit seiner Darstellung, die nach den genannten Kriterien gegliedert ist, stellt der Verfasser fest, dass sich die Parole von der ‚Volksgemeinschaft‘ auf ihren ideologischen Kern reduzieren lasse, der in einer „gefühlten Rassengemeinschaft“ bestehe und auf einer völkisch-imperialen Ideologietradition basiere (S. 125). Die Deutschen verstanden sich damit in einer Gegnerschaft zu einer Gesellschaft, „wie sie in der Moderne als Zusammenschluss Gleicher zum Aufbau und der Pflege eines Gemeinwesens in diskursiver Auseinandersetzung entwickelt“ (ebd.) worden sei. Dass mit dieser Form eines Antimodernismus gerade die Gesellschaftsgeschichte des NS-Regimes nicht ausreichend beschrieben werden, steht schon seit längerer

Zeit außer Frage; auch für diejenigen Autoren, die der zugespitzten und von Schyga vehement abgelehnten Charakterisierung der deutschen Gesellschaft als einer „Leistungsgesellschaft“ durch Hans-Ulrich Wehler nicht unbedingt folgen würden.

Mit der Erfindung der Arbeit als einer „germanoanthropologischen Kategorie“ (S. 125) hätten, so urteilt Schyga abschließend, die NS-Ideologen eine Gemeinschaft jenseits aller Klassengegensätze versprochen. Welche Wirkungs- und Legitimationsmechanismen davon ausgingen, wird jedoch nicht weiter behandelt.

Viele Thesen des Verfassers sind vor dem Hintergrund einer langen Geschichte der ideologiegeschichtlich orientierten NS-Forschung nicht neu und sicherlich auch nicht falsch. Aber sie greifen dennoch zu kurz. So wird das soziale Profil der NS-Bewegung in seiner Heterogenität nur unzureichend erfasst; es werden vielmehr ältere Erklärungen, wie der Hinweis auf „deklassierte Mittelschichten“ oder ein „Lumpenproletariat“ als soziale Basis zustimmend herangezogen, mit den sozialistische Autoren schon in der Zwischenkriegszeit das neuartige Phänomen der NS-Massenbewegung zu erklären versuchten und dabei die für die Arbeiterbewegung durchaus bedrohlichen Mobilisierungsstrategien der NSDAP verkannt hatten. Dass die SPD in der Weimarer Republik ihrerseits durch die Verwendung des verführerischen, aber nach dem Urteil des Verfassers durch und durch kontaminierten Volksgemeinschaftsbegriffs ihrerseits zu der Verwirrung der „Massen“ beigetragen hat, darf dann auch als Argument nicht fehlen. Warum es aber ausführlich in einem längeren Exkurs dargestellt wird, bleibt ein Problem des Verfassers (und des Lektors). Die Rezeption neuerer sozialgeschichtlicher Forschungen zur Resonanz volksgemeinschaftlicher Verheißungen in unterschiedlichen sozialen Milieus wäre sicherlich weiterführender gewesen. Schließlich soll durch den unreflektierten Rückgriff auf das auch in der aktuellen Forschungsdiskussion als sehr problematisch verstandene Konzept der „politischen Religion“, das vor allem von Eric Voegelin in den späten 1930er Jahren entwickelt wurde, die Opfer- und Glaubensbereitschaft der „kleinen PG's“ erklärt werden. Sicherlich hatten auch die eschatologischen Heilsversprechen, die die NS-Inszenierungen prägten, vor allem in der Aufstiegs- und ihren Machtsicherungsphase der NSDAP Anteil an der Zustimmungsbereitschaft von Teilen einer in sozialer Angst lebender Massengesellschaft;

doch eine solche Aussage übersieht unter anderem die Wirkung der Verlockungs- und Belohnungsaspekte der NS-Sozialpolitik und sie lässt den Entwicklungsfaktor der Politik des Regimes außer Acht.

Diese und andere Ungereimtheiten, die den Aussagewert einiger durchaus zustimmungsfähiger Beobachtungen mindern, verweisen auf das Grundproblem der Arbeit, die mehr den Charakter eines Essays hat: Der Verfasser entwickelt keine stringente Fragestellung oder Gliederung und kommt durch Exkurse auch immer wieder vom Thema ab. Dass die Studie dann völlig abrupt, ohne eine Schlussbetrachtung endet, gehört zu diesen Ungereimtheiten. Einen weiterführenden Beitrag zu der wissenschaftlichen Debatte um die Tragfähigkeit und Erkenntnisleistung des Volksgemeinschaftskonzeptes bietet die Studie jedenfalls nicht.

Münster

Hans-Ulrich Thamer

Justiz und Volksgemeinschaft

Schoenmakers, Christine: „Die Belange der Volksgemeinschaft erfordern...“. Rechtspraxis und Selbstverständnis von Bremer Juristen im „Dritten Reich“, 498 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2015.

Über den Nutzen von „Volksgemeinschaft“ als Analysemodell für ein besseres Verständnis der NS-Gesellschaft ist in den letzten Jahren viel diskutiert worden. Gesellschaftliche In- und Exklusionsprozesse wurden in der Folge aus unterschiedlichen Perspektiven einer (neuen) Betrachtung unterzogen. Christine Schoenmakers fragt in ihrer geschichtswissenschaftlichen Dissertation nun, inwieweit das von Michael Wildt und anderen geprägte Modell neue Erkenntnisse zum Agieren der (Straf-)Justiz liefern kann. Unter dem Strich kommt sie zu einigen Erklärungsansätzen, die die recht gut aufgestellte Forschung zur NS-Justiz an manchen Punkten bereichern.

Konkret geht es Schoenmakers darum, „die Wirkung der nationalsozialistischen Volksgemeinschafts-ideologie auf der Ebene sozialer Alltagspraxis“ (S. 47) nachzuvollziehen. Ihr Fallbeispiel der Bremer Justiz betrachtet die Autorin hierfür auf drei Feldern.

In einem ersten Schritt gilt der Blick der Rechtsprechung. Die Gerichtssäle waren jene

Orte, an denen die Richter mit jedem Urteil die Außengrenzen der „Volksgemeinschaft“ definierten. Offene Straftatbestände und weite Ermessensspielräume versetzten sie in die Lage, diese Grenzziehung flexibel und angepasst an den sich wandelnden NS-Gegner- und Volksgemeinschaftsbegriff zu handhaben. Die sorgfältig recherchierten Befunde zur Bremer Rechtsprechung bestätigen hierbei einmal mehr die bereits bekannten Grundzüge der NS-Strafjustiz, die sich durch eine stete Radikalisierung der Spruchpraxis und eine zunehmende Entgrenzung der justiziellen Verfolgung kennzeichnete.

Neue Akzente setzt die Studie in diesem ersten Teil, indem sie nach der vom Regime intendierten Erziehungsfunktion der Rechtsprechung fragt. Anhand von prägnanten Beispielen – etwa der Arbeit der Justizpressestellen – wird vor Augen geführt, dass die Justiz neben der Strafverfolgung auch immer das Ziel verfolgte, im Gerichtssaal und darüber hinaus ein bestimmtes Bild von „Volksgemeinschaft“ zu präsentieren und die öffentliche Zustimmung zur Ausgrenzung von „Gemeinschaftsfremden“ zu steigern. Der Gerichtssaal fungierte somit auch als „Theaterbühne“ zur öffentlichen „Manifestation einer ‚Volksgemeinschaft‘“ (S. 110) und die Verhandlung als „politisches Lehrstück“ (S. 155). Die auf der Hand liegende Frage nach der Reichweite dieses Erziehungsanspruchs bleibt jedoch weitgehend offen, was jedoch primär dem Mangel an entsprechenden Quellen geschuldet ist – ein Problem, das sich grundsätzlich bei der Frage nach der gesellschaftlichen Rezeption von Rechtsprechung stellt.

Im zweiten Teil der Studie wendet sich die Autorin den Akteuren der Bremer Strafjustiz zu, den Richtern und in Abstrichen den Staats- und Rechtsanwälten. Leitend ist dabei die Frage nach den Gründen ihres im ersten Teil der Studie konstatierten bereitwilligen Mitmachens. Die angeführten biografischen Beispiele führen einmal mehr eine Gemengelage von Zwang und Druck auf der einen sowie Akzeptanz und Zustimmung auf der anderen Seite vor Augen, wobei die Autorin letzteres als relevanter einstuft. Eine ihrer schlüssig entfalteten Thesen ist es, dass vor allem die propagierte Utopie einer „Volksgemeinschaft“ die Juristen generationenübergreifend ansprach und somit Bindekraft entfaltete. In ihrer bewusst offen und vage gehaltenen Form bot sie Raum für ganz unterschiedliche Erwartungen, Wünsche oder Projektionen. So verhielt sie für die Frontkämpfergeneration eine

Restauration alter Gewissheiten und eine nationale Regeneration, während die jüngeren Juristen mit „Volksgemeinschaft“ Aufbruch und die Idee einer Jugendbewegung verbanden. Mit dem vagen Begriff der „Volksgemeinschaft“ ließ sich so ideal eine Zielgruppenpolitik betreiben, da er allen alles versprach, wobei er insbesondere bei den Juristen einen bestimmten „Nerv getroffen zu haben“ (S. 183) schien. Deutlich wird zudem, dass die Zustimmung zum Regime Dissens und politische Konflikte im Alltag nicht ausschloss. Da letztere sich jedoch primär auf die Durchsetzung lokaler und individueller Interessen bezogen, stellten sie die grundsätzliche Bejahung des Regimes und den Glauben an seine Verheißungen nicht infrage.

Den Karrierewegen und dem Fortwirken der NS-Ideologie nach 1945 ist der abschließende dritte Teil der Studie gewidmet. Die Darstellung der Entnazifizierung und strafrechtlichen Ahnung von NS-Verbrechen bestätigen einmal mehr die bekannten Entwicklungen. Die erkennbare „Restauration langlebiger personeller Strukturen“ (S. 347) kennzeichnen Bremen nicht als Sonderfall, sondern vielmehr als typisch. Eine fortwährende Wirkmacht der Vorstellung einer „Volksgemeinschaft“ macht die Autorin vor allem bei der Frage nach der individuellen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit aus, wobei die Befunde an dieser Stelle ein wenig gezwungen wirken. So blieb die „Volksgemeinschaft“ nicht nur ein erklärender Bezugspunkt in der Rückschau auf die NS-Zeit. Vielmehr beförderte die Volksgemeinschaftsideologie nach 1945 die Überzeugung, moralisch richtig gehandelt zu haben, da der Ausschluss von „Gemeinschaftsfremden“ in ihrer Logik nicht als barbarisch, sondern als nachvollziehbar und notwendig erschien.

Abschließend lässt sich sagen, dass die vorliegende Studie zur Bremer Justiz in den meisten Punkten die bekannten Befunde zur NS-Justiz bestätigt. Der Mehrwert des Analysemodells „Volksgemeinschaft“ lässt sich weniger mit Blick auf die Rechtsprechung, sondern in erster Linie bei der Analyse von Motivlagen der handelnden Akteure ausmachen – einem Feld, das sich erfahrungsgemäß jedoch schwer empirisch fassen lässt und Kreativität bei der Quellenrecherche voraussetzt. Dass es sich lohnt, sich dieser mühsamen Aufgabe zu stellen, hat Christine Schoenmakers mit ihrer Studie beeindruckend aufgezeigt.

Weimar

Michael Löffelsender

Gefangen im NS-Zuchthaus Brandenburg

Ansorg, Leonore: Politische Häftlinge im nationalsozialistischen Strafvollzug. Das Zuchthaus Brandenburg-Görde, 555 S., Metropol, Berlin 2015.

Das Zuchthaus Brandenburg-Görden ist ein in den letzten Jahren umfassend erforschtes Gefängnis. Nach Sylvia de Pasquales (Leiterin der Gedenkstätten Brandenburg an der Havel) bereits 2013 veröffentlichter Dissertation „Zwischen Resozialisierung und ‚Ausmerze‘. Strafvollzug in Brandenburg an der Havel (1920–1945)“ hat nun Leonore Ansorg ihre Studie über „Politische Häftlinge im Strafvollzug der DDR. Die Strafvollzugsanstalt Brandenburg“ um eine Publikation zur NS-Zeit ergänzt. Bereits vor vier Jahrzehnten erfolgte in der DDR die Veröffentlichung „Gesprengte Fesseln. Ein Bericht über den antifaschistischen Widerstand und die Geschichte der illegalen Parteiorganisation der KPD im Zuchthaus Brandenburg-Goerden von 1933 bis 1945“ von den ehemaligen Häftlingen Max Frenzel, Wilhelm Thiele und Artur Mannbar (1975). Als Korrektiv zu dieser einseitigen Darstellung ist das von Walter Uhlmann (ebenfalls ehemaliger Gefangener) herausgegebene Buch „Sterben um zu leben. Politische Gefangene im Zuchthaus Brandenburg-Görden 1933–1945“ (1983) erschienen. Angesichts dieser vorliegenden Schriften erscheint es schwer, wesentlich neues über politische Gefangene in Brandenburg-Görden herauszufinden.

In der Einleitung weist Ansorg auf die bereits „nach der Befreiung“ (S. 9) gegründete „Arbeitsgemeinschaft der ehemaligen politischen Häftlinge des Zuchthaus Brandenburg-Görden“ hin, die zunehmend von SED-Mitgliedern dominiert wurde. Hier erfolgte die Stilisierung des Zuchthaus zum „Symbol des kommunistischen Widerstands“ (ebd.). Das Engagement des ehemaligen politischen Häftlings Walter Hammer und das von ihm konzipierte Forschungsinstitut Brandenburg beim Landesarchiv Potsdam konnten dagegen wenig ausrichten, bis Hammer 1950 „fluchtartig die DDR verließ“ (S. 13). „Das von ihm gesammelte umfangreiche Quellenmaterial wurde auseinandergerissen und auf verschiedene Archive verteilt, manches davon kam abhanden“ (ebd.). Bis zu seinem Tod 1966 hat Hammer weiterhin geforscht. Das „Archiv Walter Hammer“ befindet sich heute im Institut für Zeitgeschichte

in München. Weitere Archivalien befinden sich im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, im Bundesarchiv Berlin (insbesondere: „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“) und weiteren Archiven.

Angesichts der hier kurz angedeuteten schwierigen Ausgangslage hat sich Ansorg „speziell auf die Situation der politischen Häftlinge [...] fokussiert“ (S. 16). Sie beschreibt ausführlich die Haftbedingungen (Aufnahme, Unterkunft, Ernährung, medizinische Versorgung, Arbeit, Tagesablauf, Strafen, Umerziehung und die Rolle der kriminellen Häftlinge). Die Historikerin erinnert relativ detailliert an die „rassistische Ausgrenzung jüdischer Gefangener“ (S. 152–165) und stellt dazu fest: „Insgesamt waren jüdische Gefangene eher Diskriminierungen und verbalen Attacken ausgesetzt als nichtjüdische deutsche Gefangene“ (S. 165).

Das Buch informiert dann weiter über die Lage der politischen Häftlinge vor und nach Beginn des Zweiten Weltkrieges und das Zuchthaus als Hinrichtungsstätte. Das Kapitel V über die „Häftlingsgesellschaft der Politischen in Brandenburg-Görden“ (S. 325–479) ist als das Kernstück der Studie anzusehen. Danach hat es unterschiedliche Gruppen politischer Gefangener gegeben: Neben einer Majorität kommunistischer Häftlinge und einigen sozialdemokratischen Gefangenen ist der Anteil der Inhaftierten aus kleinen politischen Gruppen bemerkenswert: Leninbund, Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, trotzkistische Gruppierungen. „Zu der prozentualen Zusammensetzung der politischen Gefangenen gibt es jedoch keine statistischen Angaben“ (S. 328). Ansorg konstatiert – für den Rezensenten in der formulierten Absolutheit wenig überzeugend – ein „Gemeinschaftsgefühl unter politischen Häftlingen des gegenseitigen Beistands“ (S. 368).

Begleitet wird das Kapitel von drei Exkursen über die politischen Häftlinge Olav Brennhovd (evangelischer Pastor aus Norwegen), Erich Honecker und Robert Havemann sowie – anknüpfend an die Rolle der Funktionshäftlinge – Kurzbiografien von Gefangenen in Häftlingsfunktionen. Zum Thema „Illegaler Widerstand und die Rolle der KPD-Organisation“ (S. 428–451) fasst Ansorg – auch nicht vollständig überzeugend – resümierend zusammen, „dass es im Zuchthaus einen breiten Widerstand von politischen Häftlingen gegeben hat, die sich gegenseitig Halt gaben, Informationen austauschten, mit Lebensmitteln

unterstützten und auf vielfältige Weise Solidarität übten“ (S. 451). Andererseits stellt sie durchaus politische Differenzen fest: „Nach wie vor sah ein Teil der Kommunisten vor allem ihre Aufgabe darin, Sozialdemokraten und ihnen nahestehende Gesinnungsgenossen ihren Standpunkt zu oktroyieren und nicht etwa in einem gemeinsamen Lernprozess zu treten“ (S. 470). Über diese und andere aus den Erinnerungsberichten von Häftlingen heraus gefilterten und andere mögliche Interpretationen ließe sich sicherlich diskutieren, so auch über die Relevanz des folgenden Satzes: „Der Kommunist Walter Hochmuth führte mit dem Sozialdemokraten Gustav Dahrendorf, der im Herbst 1944 ins Zuchthaus Brandenburg kam, Gespräche über die Verschmelzung zu einer Arbeiterpartei“ (S. 478).

Abschließend stellt Ansorg die letzten Tage, die Befreiung und die Auflösung des Zuchthauses dar und setzt sich mit der „Mythenbildung über die Selbstbefreiung des Zuchthauses unter Führung der kommunistischen Parteiorganisation“ (S. 481) auseinander: „Selbstbefreiung im Sinne von Widerstandshandlungen fand nicht statt. Aber es ist das Verdienst der politischen Gefangenen und ihres Gefangenenausschusses, dass die Übergabe des Zuchthauses an die Rote Armee gewaltfrei und ohne eigene Verluste erfolgte, worauf sie sich im Illegalen lange vorbereitet hatten“ (S. 521).

In dem Ausblick „Politische Gefangene im Zuchthaus Brandenburg nach 1945“ (S. 523–530) wird auf die Geschichte des Gefängnisses in der Verantwortung des Ministeriums der Justiz des Landes Brandenburg und des Innenministeriums der DDR bis zur Unterstellung unter das Ministerium der Justiz des neuen Bundeslandes Brandenburg hingewiesen.

Auch wenn die Arbeit nicht in Gänze Zustimmung findet, bietet die auf breiter Quellengrundlage basierende voluminöse Studie eine Fülle von Diskussionsanreizen.

Berlin/Potsdam

Kurt Schilde

Identität und Geschlecht im Holocaust

Graf, Margret: Erinnerung erschreiben. Gender-Differenz in Texten von Auschwitz-Überlebenden, 287 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2015.

Weder die Vernichtungsstrategien der Nazis noch die Erinnerungen der Opfer waren geschlechtsneutral. Trotzdem hat die Holocaustforschung die analytische Kategorie *gender* bislang nur wenig genutzt. Margret Grafs Untersuchung von autobiografischen Texten von jüdischen Holocaustüberlebenden versucht diese Forschungslücke zu schließen, indem sie der Frage nachgeht, wie weibliche und männliche Überlebende den nationalsozialistischen Terror, der auf die Vernichtung ihrer Identität abzielte, erlebten und erinnerten. Der Studie gelingt es überzeugend, die zentrale Rolle des Geschlechts als Referenzrahmen für das Erinnern herauszuarbeiten und liefert so den Beleg, dass es keine Identität außerhalb von Geschlechterkategorien gibt.

Basierend auf der Analyse von 100 autobiografischen Texten von jüdischen Überlebenden des KZ Auschwitz-Birkenau untersucht die Autorin in drei Kapiteln, wie *gender* beziehungsweise der Prozess des *doing gender* mit den Kategorien Körper, Sexualität und Identität zusammenwirken. Das erste Kapitel, das sich dem Körper widmet, analysiert wie Überlebende rituelle Schlüsselmomente des KZs, wie das Kahlscheren oder die Tätowierung der Häftlingsnummer, erlebten und erinnerten. Aufbauend auf Judith Butlers These, dass die Geschlechtsidentität Produkt des Zusammenspiels beziehungsweise der „Zwangsordnung“ von *sex*, *gender*, (*heterosexual*) *desire* (S. 119) ist, zeigt die Autorin, was passiert, wenn einer dieser Aspekte gestört wird. Anders als viele männliche Inhaftierte erlebten Frauen die Kahlrasur als traumatische Erfahrung: Der Verlust des weiblichen Haares – eines traditionell wichtigen Weiblichkeitssymbols – erschütterte die (geschlechtliche) Identität der Frauen nachhaltig.

Das zweite Kapitel nimmt den Aspekt der Sexualität in den Blick, den das nationalsozialistische Lager-System mittels rigider Geschlechtertrennung und systematischem Aushungern zu unterdrücken suchte. Da die (hetero-)sexuelle Orientierung nach Butler ein Grundelement der geschlechtlichen Zwangsordnung und damit der geschlechtlichen Identität bildet(e), ist die Frage, wie sich die Inhaftierten unter den Bedingungen des Lagers ihrer Heterosexualität versicherten, von immenser Bedeutung. Graf beleuchtet die Frage der Akzeptanz der Homosexualität im Lager sowie das lange tabuisierte Thema des KZ-Bordells, dem sie unter dem Titel „Puppenhäuser“ auch ein kurzes Schlusskapitel widmet. Ihre Analyse illustriert eindrücklich die perverse Logik des KZ-Systems, das einerseits die

sexuelle Identität der KZ-Insassen radikal zu zerstören suchte, andererseits einzelne Frauen zur Prostitution zwang. Allein auf den Körper reduziert, verlor dieser jedoch seine identitätsstiftende Wirkung für die weiblichen Inhaftierten.

Das dritte Kapitel schließlich erörtert wie KZ-Überlebende in ihren autobiografischen Texten auf die versuchte Demontage ihrer Identität reagierten. Im Fokus steht die Eintätowierung der Nummer, mit dem die Nationalsozialisten die Identität der Inhaftierten auszulöschen versuchten – vergeblich, denn die Häftlinge behaupteten sich gegen die Entindividualisierung auf vielfältige Weise.

Die Argumentation ist reflektiert und theoretisch gut fundiert. Allerdings hat die intensive Auseinandersetzung mit Judith Butlers radikal-konstruktivistischen Geschlechtertheorien den Nachteil, dass interessante Fallbeispiele in die Fußnoten verbannt und fruchtbare andere geschlechtertheoretische Ansätze vernachlässigt werden. Zwar erwähnt die Autorin Raewyn Connells Konzept der männlichen Hegemonie, lässt es aber ungenutzt, um die Funktion und Wirkungsweise männlicher Hierarchien für die Konstruktion männlicher Identitäten zu beleuchten und ihre Anwendbarkeit auf Weiblichkeit zu überprüfen. Die Äußerungen Primo Levis zu den ‚Saloniki-Juden‘, die er als stark und unbeugsam und somit als ‚echte‘ Männer als ihm überlegen schildert, oder auch seine Überraschung angesichts nackter alter Männer, deren Anblick er als bürgerlicher Mann nicht gewohnt war, können nur verstanden werden, wenn Männlichkeit im Plural gedacht und die Rolle von klassen- oder regionalspezifischen Vorstellungen von Männlichkeit in den Blick genommen werden. Auch das Beispiel der SS-Mannschaften, welche völlig geschwächte französische Gefangenen zu einem Besuch im KZ-Bordell zwangen, um sich an ihrer Unfähigkeit den Geschlechtsakt zu vollziehen zu weiden, hätte von Connells Überlegungen zum Verhältnis von Macht und Männlichkeiten profitiert.

Die starke Fokussierung auf Butlers Theorien beeinträchtigt außerdem die Lesbarkeit des Buches und erschwert einem breiteren Publikum den Zugang zu diesem interessanten Thema. Wo sich die Autorin von Butlers Einfluss freischwimmt und mehr auf die Überzeugungskraft ihrer eigenen Überlegungen vertraut, gewinnt der Text deutlich. Dies illustriert etwa die spannende Diskussion des Phänomens der ‚Muselmänner‘ – jener KZ-Insassen, die sich in einem so elendigen körperlichen Zustand befanden, dass sie rein äußerlich nicht

mehr als Männer oder Frauen zu erkennen waren und auf die Betrachter geschlechts- und damit auch identitätslos wirkten. Grafs Analyse der Reaktionen der Überlebenden auf die ‚Muselmänner‘ unterstreicht die Relevanz des Körpers für die geschlechtliche Identität. Wenn der Körper, durch Kahlrasur oder Aushungern, nicht mehr geschlechtlich eindeutig lesbar ist, löst dies tiefe Verunsicherung aus – sowohl bei der betroffenen Person, deren geschlechtliche Identität unsicher geworden ist, als auch bei den Betrachtern.

Als Leserin hätte ich mir von der Autorin weniger Butler'sche Theorielast und größere Sorgfalt in der Verwendung historischer Begriffe (etwa die Differenzierung zwischen Konzentrations- und Vernichtungslagern) gewünscht, vom Verlag ein gründlicheres Lektorat um sprachliche und grammatische Unschönheiten auszubügeln. Insgesamt aber ist der Autorin zu ihrer Arbeit zu gratulieren, denn sie erweitert Primo Levis' Frage „Ist das ein Mensch?“ um eine geschlechtliche Dimension und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Holocaustforschung.

Trondheim

Maria Fritsche

Gehen und/oder Bleiben?

Jünger, David: Jahre der Ungewissheit. Emigrationspläne deutscher Juden 1933–1938, 440 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2016.

Gehen oder Bleiben? Das war eine der grundlegenden Fragen, welche sich (nach nationalsozialistischer Definition als solche kategorisierte) Juden nach der ‚Machtergreifung‘ stellten. Gab es eine Zukunft in Deutschland? Oder sollte man das Land so schnell wie möglich verlassen? Eine aus heutiger Sicht leicht zu beantwortende Frage, welche auf ein äußerst komplexes Themenfeld verweist. Nicht selten wird hierbei (unterschwellig) ein wertendes und anachronistisches Urteil gesprochen: Wieso flohen die Verfolgten nicht früher vor dem Holocaust?

Nicht so bei David Jünger, zur Zeit Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum Jüdische Studien Berlin-Brandenburg und an der Freien Universität Berlin. In seinem Werk „Jahre der Ungewissheit“, einer überarbeiteten Version seiner am Simon-Dubnow-Institut entstandenen Dissertationsschrift aus dem Jahre 2013, betrachtet

er das Thema Emigration aus NS-Deutschland während der Jahre 1933 bis 1938 „aus der Perspektive einer noch offenen Entwicklung, einer noch unbekanntem Zukunft“ (S. 22). Sein Fokus liegt hierbei auf den „historischen Erfahrungen der Zeitgenossen“ (S. 23). Jünger geht in seinem Buch insofern auf die Frage nach, „welche Bedeutung das Thema Emigration in den individuellen und kollektiven Zukunftsplanungen besaß“ (S. 13) und auf welche Weise sich diese im Laufe der Zeit veränderten. Seine These ist, „dass sich die Strategien und Diskussionen der deutsch-jüdischen Politik [...] aus den zeitgenössischen Erfahrungsbeständen speisten: zum einen aus der jüdischen Geschichte [...] und zum anderen aus den historischen Erfahrungen mit jüdischer Migration, mit dem jüdischen Status in nationalstaatlichen Ordnungen und mit dem Verhältnis der Diasporajudenheiten zueinander“ (S. 24).

Jünger strukturiert seine Studie auf dreierlei Weise: (1) Zum einen geht er chronologisch vor, stets die Prozesshaftigkeit der Ereignisse betonend. In drei Hauptkapiteln schildert er in Zweijahresschritten (1933/34, 1935/36 und 1937/38) den Wandel in der Emigrationsdiskussion. (2) Zweitens prüft Jünger seine Fragestellung auf vier Ebenen. Auf einer ersten analysiert er öffentliche Debatten zur Emigrationsthematik, auf einer zweiten die Planung der kollektiven Emigration innerhalb jüdischer Institutionen. Die dritte Analyseebene umfasst die Emigrationspläne zur ‚Lösung der Judenfrage‘ als Grundlage für Verhandlungen mit dem NS-Regime. Auf der vierten Ebene untersucht der Verfasser individuelle Entscheidungsprozesse. (3) Eine dritte Art der Strukturierung nimmt der Autor anhand der Zugehörigkeit zu den unterschiedlichen jüdischen (politischen) Gruppierungen vor: den Liberalen, den Zionisten, den Orthodoxen und den Deutschnationalen.

Ausführlich schildert der Autor die Entscheidungsprozesse zur individuellen und kollektiven Emigration und die zahlreichen Faktoren, von denen diese abhängig waren. So etwa vom Selbstverständnis als Jude und/oder Deutscher oder von Fragen nach Selbstbesinnung und/oder -behauptung. Jünger konstatiert in seiner Studie einen Wandlungsprozess. Während man in den unmittelbar auf die ‚Machtergreifung‘ folgenden Monaten eher von einer Flucht (jüdisch-)politischer Gegner des Regimes ins Exil sprechen kann und weniger von jüdischer Emigration, wandelte sich die Fragestellung in den kommenden Jahren unter dem Eindruck

der zunehmenden Radikalität der antijüdischen Maßnahmen von einer individuellen Angelegenheit hin zu einem mehr oder weniger koordinierten, kollektiven Prozess. Divergierende politische und ideologische Positionen sowie die innerdeutsche und internationale politische Situation waren die Gründe dafür, dass die schließlich sogar auf internationaler Ebene geführten Verhandlungen letzten Endes scheiterten.

Jüngers Werk ist sehr ansprechend konzipiert und geschrieben. Gekonnt verbindet er die Darstellung der Ereignisse und Diskussionsthemen auf den unterschiedlichen Ebenen: vom Individuum, den unterschiedlichen Gruppierungen hin zu nationalen und internationalen Institutionen. Besonders die differenzierte Betrachtung der deutschen Zionisten fällt positiv auf. Zahlreiche Zitate und auch biographische Informationen konkretisieren die Schilderungen der komplexen Prozesse. Passive Opfer macht er zu handelnden Subjekten. Die Einbindung der politischen Geschichte rundet das Bild ab. Der Anhang ist umfangreich, das Abkürzungsverzeichnis und das Personenregister erleichtern die Lektüre. Die Vielfältigkeit des analysierten Quellenfundus (unter anderem Lebenserinnerungen, Korrespondenzen, Zeitungen, Akten deutscher Behörden und jüdischer Organisationen) überzeugt. Die Aspekte der Binnenmigration und der Kindertransporte finden hingegen nur am Rande Erwähnung. Ebenso die Gruppe der sogenannten ‚Ostjuden‘ und die Praxis der Emigration. Die Schilderung der Jahre 1937/38 sowie das Fazit fallen relativ knapp aus.

Gehen und/oder Bleiben? Jünger resümiert gegen Ende seines Buches, „dass die dichotome Frage von Gehen oder Bleiben nicht zu beantworten, dass sie vermutlich als solche falsch gestellt ist“ (S. 239). Die Geschichte der jüdischen Auswanderung aus dem nationalsozialistischen Deutschland ist äußerst vielschichtig, ist eine der Emigration und des Verweilens zugleich, des Wartens wie des Aushaltens, mitunter auch eine der Remigration. Jünger bietet einen tiefen Einblick in diese Thematik mit der Erkenntnis, dass sich allgemeingültige Aussagen kaum geben lassen. Fest steht, dass die Bedingungen zur Emigration im Laufe der Zeit immer schwieriger und die Betroffenen von der immer stärker zunehmenden Dynamik der Ereignisse überwältigt wurden. Das ‚Schicksalsjahr 1938‘ (Avraham Barkai) wurde bekanntermaßen zur Zäsur. Nach der ersten Fluchtwelle 1933 hatten bis zum Novemberpogrom jährlich etwa 20.000 bis

25.000 Juden Deutschland verlassen, nach dem Pogrom flüchteten innerhalb eines Jahres circa 100.000 Juden. 1941 wurde die Emigration vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik schließlich verboten. Vielen gelang die Flucht nicht mehr.

Darmstadt

Anja Pinkowsky

Jüdische Lebenswelten in Breslau

Friedla, Katharina: Juden in Breslau/Wrocław 1933–1949. Überlebensstrategien, Selbstbehauptung und Verfolgungserfahrungen, 552 S., Böhlau, Köln u. a. 2015.

Katharina Friedla widmet sich in ihrer Studie über Juden in Breslau/Wrocław zwischen 1933 und 1949 einem schwierigen Unterfangen. Handelt sie doch von jüdischen Breslauerinnen und Breslauern, die ihr Leben in zwei Staaten unter verschiedenen Regimen einrichten mussten – zunächst in Hitlers ‚Drittem Reich‘, dann im Volkspolen unter der „polnisch-sowjetischen Doppelherrschaft“ (S. 347).

1933 war Breslau die drittgrößte Jüdische Gemeinde in der Weimarer Republik, wobei zu den mehr als 20.000 jüdischen Breslauern auch über 2.000 Juden gehörten, die in Polen zur Welt gekommen waren. Von dem reichen Erbe der jüdischen Deutschen aus Breslau hat aufgrund des nationalsozialistischen Vernichtungswerks kaum etwas überdauert. Manche ihrer Personen und Einrichtungen sind daher völlig in Vergessenheit geraten. In der Bonner Republik schafften es die Erfahrungen der vertriebenen und ermordeten Juden – im Unterschied zu den Mitteilungen und Berichten der *nichtjüdischen* Vertriebenen aus Niederschlesien – nicht in die sich formierende Kollektiverinnerung. Auch in den wissenschaftlichen Diskursen ist der Bruch der 1930er und 1940er Jahre weitgehend ignoriert worden. Das Tagebuch des Zeitzeugen Willy Cohn (1888–1941), eines Historikers, wurde erst mit jahrzehntelanger Verzögerung publiziert; wie konsequent das Deutsche aus der heutigen deutsch-jüdischen Erinnerungskultur in Wrocław gelöscht ist, wird beispielsweise in der Info-Tafel für Cohn deutlich, welche an der Stelle seines Geburtshauses am Breslauer Ring aufgestellt wurde: Sie informiert nur in polnischer und englischer Sprache (Abbildung S. 440).

Die Untersuchung geht auf eine 2013 bei Heiko Haumann an der Universität Basel abgeschlossene Doktorarbeit zurück. Die Verfasserin hat eine Unmenge von Quellen in Polen, Israel und Deutschland herangezogen, die einschlägige Archivüberlieferung analysiert und greift zudem auf Selbstzeugnisse und Befragungen zahlreicher Beteiligter zurück; mehrere Dutzend lebensgeschichtliche Interviews hat sie selber durchgeführt. Friedla setzt ein mit einer Schilderung jüdischer Lebenswelten in den Jahren, als die staatliche Diffamierung und antijüdische Gewalt eskalierten und in die Austreibung und Ermordung der jüdischen Breslauer mündeten. Dabei geht es zum einen um deren Handlungsspielräume und Reaktionen auf die sich radikalisierende Verfolgung. Manche schufen sich Überlebensstrategien, um sich gegen die Widrigkeiten zu behaupten. Dies wiederum ging einher mit bestimmten Identitätskonstruktionen, denen die Verfasserin nachgeht. Bis 1940 sollte noch nahezu die Hälfte der jüdischen Breslauer im Land verbleiben. Nach Deportationen in die schlesischen Durchgangslager Tormersdorf, Grüssau und Riebnig folgte im November 1941 ein Todestransport Breslauer Juden nach Kaunas – unter ihnen die Chronisten Willy Cohn und Walter Tausk (*1890), deren Tagebuchaufzeichnungen glücklicherweise erhalten blieben. Tausende weitere wurden bis 1944 nach Izbica, Theresienstadt und Auschwitz in den Tod verschleppt. Bei Kriegsende hielten sich in der Stadt, zumeist im Verborgenen, nur noch einige jüdische Zwangsarbeiter und Ehepartner aus christlich-jüdischen Ehen auf. Mit dem Schicksal derjenigen, die solchen Verbindungen entstammten, beschäftigt sich Friedla in einem eigenen Kapitel (S. 299–321).

Zum anderen ergibt sich aus dem gewählten Zeitabschnitt, der eigentlich bis 1968 reicht, die Frage nach den Schnittstellen zwischen dem jüdischen Leben vor und nach dem Übergang der Stadt an Polen. Im Mittelpunkt steht somit zunächst die Lage der deutschen Juden in der kriegszerstörten Stadt. Für die wenigen zurückkehrenden Breslauer Juden, etwa anderthalb tausend, sollte ihre Heimatstadt sich vor ihren Augen weiterhin in eine fremde Stadt verwandeln, die sie bald verließen. Den Schwerpunkt bildet allerdings das Schicksal der aus der Sowjetunion und aus Polen eintreffenden Holocaust-Überlebenden, die sich hier als Flüchtlinge ansiedelten. Kurzzeitig beherbergte Breslau damals die zweitgrößte jüdische Gemeinde Nachkriegspolens mit bis zu 20.000 Angehörigen. Damit verbanden sich

große Hoffnungen auf einen Neuanfang in den Polen zugesprochenen Gebieten – der „Traum von der ‚jüdischen Autonomie‘“ (S. 363). Die Juden in Niederschlesien waren aber – wie anderswo im Land – in drei große Gruppen gespalten: Neben der Bereitschaft, sich eine neue Existenz aufgrund einer gewissen gesellschaftlichen und kulturellen Selbstbestimmung aufzubauen, überwog eine die rasche Ausreise befürwortende zionistische Bewegung, und schließlich gab es bei einer Minderheit die Überzeugung, dass die Beteiligung am Aufbau des sozialistischen Staates nur über die völlige Assimilierung zu erreichen sei. Doch von 1948 an ging es mit der kulturellen und politischen Selbstbestimmung der Juden in Polen ständig bergab. Wiederholt Zielscheibe von Anfeindungen, kehrten die meisten Menschen jüdischer Herkunft bis Ende der 1960er Jahre dem Land den Rücken. Sie distanzieren sich zu meist „von Identitätsmerkmalen wie Sprache und Nationalität, die sie mit Polen verbanden“ und begannen, „ihre Identität auf vielfältige Weise neu zu definieren“, indem sie sich den jüdischen Traditionen zuwandten (S. 422). Nahezu einziger Lichtblick nach diesem Verlust an ethnischer und kultureller Vielfalt war Jahre später der Wiederaufbau der zur Ruine verfallenen Synagoge „Zum Weißen Storch“, wo ein neues Gemeinde- und Kulturzentrum entstand – das nun freilich vorwiegend von Nichtjuden geschätzt und genutzt wird.

Friedla verknüpft gekonnt die mittlerweile von deutschen und polnischen Historiker_innen vergleichsweise intensiv erforschte jeweilige Lokalgeschichte mit individuellen Erinnerungen und Erfahrungen jüdischer Breslauer. Es gelingt ihr dabei, verschiedene Ansätze dieses Forschungsbereiches in einem kundigen Überblick zu verbinden, der das Ende einer beeindruckenden, auf dem Werk von mehreren Generationen fußenden deutsch-jüdischen städtischen Lebenswelt im Osten des Reiches vergegenwärtigt und zugleich die Anfangs- und Hochzeit der Breslauer polnisch-jüdischen Jahre miteinbezieht.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

Zur Anpassung durchaus bereit?

Königseder, Angelika: Walter de Gruyter. Ein Wissenschaftsverlag im Nationalsozialismus, 321 S., Mohr Siebeck, Tübingen 2016.

Nach den Publikationen über die Verlage Metzler, Springer, Bertelsmann, Reclam, Piper, Brockhaus, Oldenbourg und Beck über ihre Tätigkeit in der NS-Zeit liegt nun auch eine materialreiche wie informative Untersuchung über den Verlag Walter de Gruyter vor. Den Auftrag hat die 2006 gegründete gemeinnützige Walter de Gruyter Stiftung der Historikerin Angelika Königseder 2011 erteilt und den Zugang zum Archiv eröffnet.

Die Geschichte reicht über den Verlag Georg Reimer bis in das Jahr 1749 zurück. Der einstige Kohlegroßhändler und promovierte Germanist Walter de Gruyter (1862–1923) hatte den „Verlag der Romantik“ 1897 erworben, um Verleger zu werden. Durch systematische Zukäufe und Teilhaberschaften führte er die Verlagsbuchhandlung Guttentag (1898), den Karl I. Trübner Verlag (1906), die G.I. Göschen'sche Verlagshandlung (1912) und den Verlag Veit & Comp. (1912) in der boomenden Verlagshauptstadt Berlin zur „Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co“ zusammen. Diese boten nicht nur literarische Klassiker und schöngeistige Literatur an, sondern auch und vor allem medizinische, natur-, rechts-, staats- und sprachwissenschaftliche Werke. Nach der Übernahme von 77 Prozent der Anteile wurde das Unternehmen zum 1. Januar 1923 in „Verlag Walter de Gruyter & Co“ umbenannt. Nunmehr an der Spitze der deutschen Wissenschaftsverlage starb der Verleger überraschend am 5. September 1923; seine beiden Söhne waren im Krieg gefallen.

Sein Schwiegersohn Herbert Cram (1890–1967), diplomierter Maschinenbau-Ingenieur, wurde 1923 persönlich haftender Gesellschafter. Der junge Verleger konnte sich auf seine fünf erfahrenen Prokuristen aus den Teilverlagen stützen, setzte aber bald zielstrebig die Expansionspolitik seines Schwiegervaters fort: 1924 übernahm er den Deutschen Kunstverlag, 1927 den auf Altertums-, aber auch auf Sexualwissenschaften spezialisierten A. Marcus & E. Webers Verlag, 1928 den Verlag L. Friederichsen & Co für Geographie, Kolonial-, Wirtschafts- und Handelswissenschaften sowie zwei Berliner Spezialbuchhandlungen.

Crams Strategie war, alle wesentlichen Disziplinen in *einem* wissenschaftlichen Universalverlag zu vereinen. Königseder arbeitet anschaulich diese rasante Entwicklung des Familienunternehmens heraus, die auch nach 1933 fortgesetzt werden konnte: 1935 Kauf des Verlages Alfred Töpelmann, 1937 Technischer Verlag Moritz Krayn sowie die Therapeutische Registratur

Buchholtz & Co, 1938 Stilkes Rechtsbibliothek sowie 1939 zu 50 Prozent den J. Schweitzer Verlag. Mit diesen Erwerbungen – einige aus der Hand in Not geratener jüdischer Besitzer – stärkte er vor allem das juristische und (kriegswichtige) technische Programm.

Als Schwiegersohn und Treuhänder des Erbes seiner Ehefrau Clara, geboren de Gruyter, und ihrer Familie sah Cram seine Aufgabe darin, „die Firmenexistenz zu sichern und größtmögliche Gewinne zu erzielen“ (S. 300) – entsprechend seiner Devise: „Ich habe von meinem Schwiegervater einen Verlag und eine Druckerei übernommen; wenn ich selbst einmal abtrete, soll nicht weniger vorhanden sein“ (ebd.).

Aus den Quellen – so die Autorin – geht hervor, dass Cram die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten *nicht* begrüßte und auch nicht Parteigenosse wurde. Als „national-patriotisch gesinnter Konservativer“ unterstützte er aber „mindestens in Teilen die außenpolitischen Ziele der NSDAP“. Die „einfältigen Parolen der Partei und ihre feindselige Haltung gegenüber den Kirchen waren ihm jedoch zuwider“ (S. 35f.). Verwurzt im evangelischen Milieu von Berlin-Lichterfelde stand er später der „Bekennenden Kirche“ nahe. Einzig der in der Berliner Kulturverwaltung bestens vernetzte und 1939 in die Geschäftsleitung berufene Ministerialdirektor a. D. Dr. jur. Wolf Meinhard von Staa war Mitglied der NSDAP. Der einflussreiche Leiter der Juristischen Abteilung, Dr. jur. Alexander Elster (Guttentag), war Förderndes Mitglied der SS. Er und Dr. Gerhard Lüdtkke, Germanist und Leiter der Geisteswissenschaftlichen Abteilung (Trübner), gaben dem Verlag jahrzehntelang Gesicht und Profil (S. 34).

Auch nach dem Machtwechsel setzten Verleger und Abteilungsleiter das verlagsspezifische *networking* in Universitäten, Ministerien, Behörden und Partei-„Dienststellen“ fort, um Autoren und Herausgeber wissenschaftlicher Werke und Zeitschriften zu gewinnen und Aufträge zu akquirieren. Dabei wurde das Problem mit jüdischen Autoren frühzeitig und entschlossen durch Ausschluss „gelöst“. Königseder bringt eindrucksvolle Beispiele, so etwa den „Fall Sperber“ (S. 53ff.): Der Kölner Philologie-Professor Hans Sperber, eine „über jeden Zweifel erhabene wissenschaftliche Koryphäe“, sollte die „Oberleitung“ des geplanten Großprojektes „Trübners Deutsches Wörterbuch“ übernehmen, verlor jedoch im Frühjahr 1933 nicht nur seinen Lehrstuhl, sondern auch das Interesse seines Lektors Lüdtkke,

der im Oktober mitteilte, dass sich der Verlag „für den Kurs der Anpassung an die Nationalsozialisten entschieden hatte, um den wirtschaftlichen Erfolg des Projektes nicht zu gefährden“ (S. 58).

Im Vergleich zu belletristischen Häusern hatten es Wissenschaftsverlage im NS-Staat ungleich leichter. Dennoch – so die Autorin – haben Cram und seine Prokuristen die „ideologische Neuausrichtung von Staat und Gesellschaft akzeptiert“. Mit der Veröffentlichung von Gesetzestexten und Kommentaren sowie durch den Ausschluss jüdischer oder anderweitig missliebiger Autoren hat das Unternehmen „partizipiert und erheblich profitiert“, „ohne die Option, sich aus politischen Gründen aus der einen oder anderen Wissenschaftsdisziplin zurückzuziehen, auch nur zu diskutieren“ – was etwa für den juristischen Bereich des Springer Verlages nachweisbar ist (S. 299). Bemerkenswert ist, dass Herbert Cram den einstigen preußischen Kultusminister Adolf Grimme und den langjährigen Reichstagspräsidenten Paul Löbe (beide SPD und mit Berufsverbot belegt) als Korrektoren aufgenommen hat. Warum? Darüber schweigen die Quellen.

Königseder macht mit Recht darauf aufmerksam, dass die „Aufrechterhaltung der wissenschaftlichen Qualitätsansprüche bei gleichzeitiger Berücksichtigung der staatlichen und parteiamtlichen Erwartungen eine Gratwanderung war“ (S. 300) – aber: Der Verlag erwies sich als wenig risikofreudig. „Letztlich“, so die Autorin, „ordnete er das wissenschaftliche Niveau ohne Prüfung von zweifelsfrei vorhandenen Handlungsspielräumen der NS-Ideologie unter“ (ebd.). Umgekehrt nutzte der Verlag mit seinem Einsatz von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen die gegebenen Möglichkeiten, den kriegsbedingten Arbeitskräftemangel bei steigenden Aufträgen seitens der Wehrmacht auszugleichen.

Die Strategie ging auf. Seit der zweiten Hälfte der 1930er Jahre und während des Krieges konnten Umsatz und Gewinn beträchtlich gesteigert werden; 1943 wurde der Allzeitrekord erzielt. Als Fazit stellt Königseder – nach dem Vorgetragenen leider inkonsequent und ausweichend – fest: „De Gruyter bemühte sich [!] in der Regel [!], wissenschaftliche Standards aufrechtzuerhalten, aber zur Anpassung an die neuen Verhältnisse war man auch im Hause de Gruyter durchaus bereit“ (S. 302). „[D]urchaus“ bereit? Man war bereit, und zwar sehr!

Innsbruck

Walter H. Pehle

Transformationen eines Traumas

Berger, Stefan (Hrsg.): *Gewerkschaftsgeschichte als Erinnerungsgeschichte. Der 2. Mai 1933 in der gewerkschaftlichen Erinnerung und Positionierung*, 428 S., Klartext, Essen 2015.

„Anbiederung“ – „feige“ – „schamloseste Kapitulation“: Die gewerkschaftliche Niederlage von 1933 evozierte viele starke Urteile. Das Trauma der Zerschlagung durch das NS-Regime, oft festgemacht am Datum des 2. Mai 1933, war lange nur untergründig präsent, und erst seit den späten 1970er Jahren zeigten sich systematischere Versuche der ‚Aufarbeitung‘ (übrigens auch in der DDR). Die dieser Vergangenheit(=sbe-wältigung) gewidmete Bochumer Tagung des Jahres 2013 und der aus ihr entstandene Sammelband dokumentieren heutige Zugänge zu der Frage, ob und wie die Lektionen dieses scham-besetzten Vorgangs beherzigt sind. In fünf Abschnitten werden zentrale Persönlichkeiten, der Neuaufbau nach 1945 in Ost und West sowie die gewerkschaftliche Erinnerungspolitik in Bundesrepublik, der DDR und international untersucht. Im Kontrast zu einem etwas schlichten Vorwort gehen die versammelten Analysen deutlich über frühere Anrufungen des Gelernten – die Einheitsgewerkschaft und der Anti-Extremismus als einfache Lehren – hinaus.

Der Herausgeber arbeitet zunächst heraus, dass die Realgeschichte der dramatischen Monate von 1933 inzwischen gut erforscht ist, und legt den Akzent auf die dynamische Erinnerungsgeschichte. Unter anderem gehören die Ausgrenzung kommunistischer und anderer Minderheiten-Narrative, eine gewisse nationale Zentrierung und die anhaltende Vorliebe für korporatistische Gesellschaftsmodelle der Zwischenkriegszeit zu den diskussionsbedürftigen Fragen. Im Misstrauen gegen eine NS-anfällige Mitgliederbasis und in einer spezifischen politischen Prägung von Westemigranten stellen sich übrigens überraschende Parallelen zu Entwicklungen in der DDR heraus. Mythen und Dogmen der Bewältigungsversuche der letzten Jahrzehnte – wie beispielsweise die Übersetzung des „Einheits“-Wunsches in „Zentralismus“ oder „Neutralität“ – kommen ebenfalls zur Sprache.

Von den 23 Beiträgen des Bandes können hier nur einige stichwortartig aufgerufen werden: zum Beispiel die pflichtbewusste „Fortsetzungsarbeit“ Hans Böcklers, im klaren Bewusstsein

einer Gesamthaftung des deutschen Volks (Ulrich Borsdorf) und die selbstkritischen Reflexionen des Angestelltengewerkschafts-„Oligarchen“ Hans Gottfurcht (dargestellt von Ursula Bitzegeio). Wie recht verschiedene Deutungen der NS-Erfahrung (verkürzt: faschismustheoretische und totalitarismustheoretische) in der Neuordnungs-Debatten aufeinander prallten und wie Annäherung an liberal-pluralistische Ordnungskonzepte aussehen konnte, zeigt Julia Angster auf. Auch in SBZ und DDR war die „Einheitsstimmung“ nicht nur eine von oben induzierte, so Christoph Kleßmann. Und so irritierend es klingen mag: Die partielle Fortsetzung des Arbeitsfront-Zentralismus unter neuen Vorzeichen scheint ein gemeinsames Problem beider deutschen Nachkriegswege gewesen zu sein.

Nicht minder lesenswert sind die Studien zur britischen Zone und dem Zusammenspiel von Neuaufbau und Besatzungspolitik, zur Sonderentwicklung im Saarland, zu den Übergängen von kommunistischer Dominanz im FDGB zum reibungslosen Funktionieren einer „Massenorganisation“ und späten geschichtspolitischen Öffnungen. Für eine Reihe biografischer Skizzen, zum Beispiel zu dem KPD- und KPO-„Renegaten“ Kuno Bandel, über Viktor Agartz' Umgang mit den reformistischen „Teilerregenschaften“ und seine Marginalisierung oder über die DGB-Spitze der 1970er Jahre gilt das Gleiche. Weitere Themen sind unter anderem der Umgang mit NS-belasteten Funktionären, der gewerkschaftliche Wiederaufbau im Bergbau und die Relevanz des Gesamtthemas in der Bildungsarbeit.

Der Ertrag der Beiträge von Willy Buschak, Dieter Nelles und Stephan Stracke – mit dem Blick auf internationale Kontexte – muss hier ganz unzulässig gerafft werden: Die „deutsche Katastrophe“ und die „an Automatisierung grenzende Disziplin“ (so der Schweizer Gewerkschafter Schifferstein) von außen zu kommentieren, war für Sozialdemokraten und Kommunisten äußerst schwierig. Große Diskretion hinsichtlich des eigenen Widerstandes und der Mitverantwortung der eigenen Mitglieder-Basis blieb offenbar Karrierevoraussetzung in den Apparaten der 1950er und 1960er Jahre. Weitere Stichworte: die Anpassungstendenzen sozialdemokratischer Organisationen in den besetzten Ländern, ungewöhnliche ‚Koalitionen‘ zwischen der syndikalistischen Internationalen Transportarbeiter-Föderation, den Linksabspaltungen der SPD und dem amerikanischen Geheimdienst OSS, kurzlebige autonome Einheitsfrontversuche 1934/35 in Wuppertal,

das Thema „Verrat und Denunziation“ sowie die Prozesshaftigkeit der Zerschlagung gewerkschaftlicher Milieus.

Das Resümee von Knud Andresen hat für den ganzen Band Gültigkeit: Der 2. Mai 1933 ist – auch wegen des Abtretens einer Generation, in der sich Erleben mit diffusen Schuldgefühlen verbanden – kein Brennpunkt großer Kontroversen mehr, sondern ‚nur‘ ein Brennglas, anhand dessen auf eine differenzierte Entwicklung geblickt wird. „Es wird nicht mehr über eine als unabgeschlossen empfundene Geschichte verhandelt, sondern der 2. Mai ist heute vor allem Ausgangspunkt für die Verfolgungs- und Opfergeschichte der Gewerkschaften geworden“ (S. 243).

‚Lektionen‘ identitätsstiftender Qualität sind somit aus den Erfahrungen rund um den 2. Mai 1933 nicht mehr abzuleiten, auch Lehren für Umfang und Art heutiger politischer Gestaltungsansprüche wohl nicht, wenngleich ein Beitrag von Walther Müller-Jentsch explizit einen solchen Brückenschlag versucht. Doch werden in diesen wider Erwarten fesselnden Studien und Skizzen wichtige Differenzierungen einer Rezeptionsgeschichte sichtbar, die für Mentalitäten und Strategien lange prägend war. Und auch die Absagen an weiterhin lebendige Vereinfachungen, wie beispielsweise die simple Dichotomie von immobiler Führung und vermeintlich aktionsbereiten Massen, sind leider immer noch nicht überflüssig.

Essen

Norbert Reichling

Quo vadis, transatlantische Erinnerung?

Edwards, Sam: *Allies in Memory. World War II and the Politics of Transatlantic Commemoration*, c. 1941–2001, 308 S., Cambridge UP, Cambridge 2015.

Der im nationalen Rahmen betriebenen und hauptsächlich auf diesen Rahmen Bezug nehmenden Erinnerungsforschung ist bereits seit geraumer Zeit Übersättigung konstatiert worden. Dieser Befund hat zum einen eine Hinwendung zur Erforschung lokaler und regionaler Erinnerungen ausgelöst, zum anderen hat – besonders innerhalb Europas – die transnationale Betrachtung von Erinnerungen stark zugenommen. In diese Trends fügt sich auch die Studie von Sam Edwards, der an der Manchester Metropolitan University Amerikanische Geschichte lehrt, ein und

schreibt sie in anregender Weise fort. In seiner Untersuchung der Erinnerungskultur des Zweiten Weltkrieges, die sich vor allem auf Monumente und Erinnerungszeichen in East Anglia (England) und in der Normandie konzentriert, integriert er Akteure, Praktiken und Diskurse in einer transatlantischen Perspektive. Besonders im ersten Teil entsteht dabei eine mikrogeschichtliche Sicht auf die Geschichte des Kalten Krieges aus erinnerungsgeschichtlichem Blickwinkel – vor allem in den Abschnitten, die sich Frankreich widmen.

Der methodische Zugriff überzeugt durch seine konsequente Rückbindung an konkrete Akteure beziehungsweise Akteursgruppen, wodurch die Untersuchung die nötige Tiefenschärfe gewinnt. Erinnerungskultur wird dabei als widersprüchlicher, nicht selten von erfolgreichen Initiativen lokaler Akteure geprägter Prozess des ‚doing memory‘ sichtbar. Und Edwards benennt noch eine weitere wichtige erinnerungskulturelle Dynamik. Spezifische Erinnerungsformen gewinnen auf kollektiver Ebene vor allem dann breite und dauerhaft prägende Akzeptanz, wenn sie bereits im Umlauf befindliche Ideen integrieren und verdichten, wie er am Beispiel der D-Day-Gedenkansprache von Ronald Reagan am 6. Juni 1984 verdeutlicht (S. 194).

In den beiden Hauptteilen der Untersuchung, die chronologisch durch einen Korridor von Mitte bis Ende der 1960er Jahre unterteilt sind, entwickelt der Autor jeweils eine Hauptthese. Im ersten Zeitraum diente die Erinnerung der Bekräftigung und Rückversicherung transatlantischer Beziehungen in Zeiten des Kalten Krieges, in der die europäischen Beteiligten ihre nationalen Akzentuierungen zur Geltung brachten – die Diskursivierung der *special relationship* im englischen, die Kontinuität brüderlicher Beziehungen seit den revolutionären Zeiten im ausgehenden 18. Jahrhundert im französischen Fall. Im zweiten Zeitabschnitt sieht Edwards die erinnerungskulturelle Initiative eher einseitig auf die USA übergehend. In erinnerungspolitischer Absicht sollte seit den späten 1970er Jahren das Gedenken an den ‚Good War‘ die Folgeerscheinungen des Vietnamkrieges vergessen machen, während die alternden Veteranen des Zweiten Weltkrieges ihrer Erinnerung bleibenden Ausdruck verleihen wollten. Vor allem die letztere Ambition ging auch mit einer zunehmenden Kommerzialisierung des Gedenkens einher.

Positiv hervorzuheben ist, dass Edwards keine starre Trennung zwischen den Geltungsbereichen seiner Befunde postuliert, sondern einzelne

Elemente auch im jeweils anderen Zeitraum konstatiert und überdies die Kommerzialisierung von Erinnerung als durchlaufenden Grundtrend anspricht, der vereinzelt bereits in den späten 1940er Jahren zu beobachten ist. Das macht die generelle Schwierigkeit der Periodisierung von Erinnerungskulturen deutlich. Neben der politischen Funktionalität, der breiteren Diskursivierung von Erinnerungen und der räumlichen Spezifik des konkreten Gedenkens vor Ort spielt dabei immer auch eine generationelle Dynamik mit hinein, die Edwards im zweiten Teil des Buches stärker zur Geltung bringt. Innerhalb dieser Koordinaten entscheiden sich die Konjunkturverläufe von Erinnerungskulturen, die in Zukunft noch stärker vergleichend untersucht werden sollten.

Und so ertragreich die transatlantische Verflechtungs- und Vergleichsperspektive der Studie auch ist, gerät dem Autor die europäische Seite des Gedenkens stellenweise etwas aus dem Blick. So spielt es für die von Edwards konstatierte amerikanische Dominanz in der transatlantischen Erinnerungskultur seit den 1980er Jahren eine ebenso wichtige Rolle, dass sich Rang und Relevanz der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Europa nachhaltig und einschlägig verschieden von den USA wandelten. Neben dem breiteren erinnerungskulturellen Trend, der sich von den Helden ab- und den Opfern des Krieges zuwandte, wurde der Krieg als notwendige Vorbedingung für die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung nach 1945 reinterpretiert. Vor allem die in diesem Zusammenhang notwendige Aussöhnung mit Deutschland und dessen Rehabilitierung verschob die Akzente der erinnerungskulturellen Repräsentation des Zweiten Weltkrieges in Westeuropa deutlich. Dafür war East Anglia als Ausgangspunkt des Luftkrieges ein zunehmend ungeeigneter Erinnerungsraum, während das offizielle D-Day-Gedenken zunehmend von der EU-Perspektive überformt wurde.

Die amerikanische Dominanz im lokalen Gedenken wäre dann nicht mehr so sehr ein Beleg des Spannungsverhältnisses zur nationalen Ebene, als vielmehr Aufweis der Entstehung von Refugien der von Heldentum und patriotischer Gesinnung geprägten anglo- respektive franko-amerikanischen Tradition, die sich aus dem Zentrum des westeuropäischen Erinnerungsdiskurses hinausbewegten. Damit deuten sich auch Grenzen der Interpretierbarkeit von Befunden, die sich nur auf diese beiden Regionen beziehen, an.

Beide Regionen könnten allerdings ins Zentrum dieses Diskurses zurückkehren, wenn die zaghaften Ansätze von Gegenerinnerungen, die im Fall der Normandie angesprochen werden (S. 244), sich zu einem breiten Trend dialogischer kosmopolitischer Erinnerung – wie vom Autor in seinem Schlussplädoyer gefordert – ausweiten sollten. Trotz der Einwände hat Sam Edwards mit seinem Buch eindrucksvoll nachgewiesen, dass das Innovationspotenzial der Erinnerungsforschung noch längst nicht ausgereizt ist.

Taipeh

Christoph Thonfeld

Österreich und die Diktaturen Westeuropas

Müller, Stefan A./Schriffl, David/Skordos, Adamantios T.: Heimliche Freunde. Die Beziehungen Österreichs zu den Diktaturen Südeuropas nach 1945: Spanien, Portugal, Griechenland, 330 S., Böhlau, Köln u. a. 2016.

Die zeithistorische Forschung zu Demokratien und Diktaturen im Kalten Krieg hat sich lange Zeit mit dem Ost-West-Gegensatz beschäftigt. Das Verhältnis eines westlichen Staates zur DDR, der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten dominierte die Analyse bilateraler und internationaler Beziehungen der Nachkriegsjahrzehnte. Seit einigen Jahren entstehen zunehmend Werke, die die Beziehungen von Diktaturen und Demokratien innerhalb Westeuropas thematisieren. Stefan A. Müller, David Schriffl und Adamantios T. Skordos tun dies am Beispiel der Beziehungen Österreichs zu den iberischen Diktaturen Spanien und Portugal von 1945 bis in die 1970er Jahre sowie Griechenland zur Zeit der Militärjunta von 1967 bis 1974. Ziel des Buches ist es, eine bisher kaum erforschte Facette der Geschichte der Zweiten Republik zu beleuchten und Impulse für weitere Forschungen zu geben.

Das Buch besteht aus drei unabhängig voneinander lesbaren Teilen, in denen je ein Autor die Beziehungen zu einer Diktatur analysiert. Aufgrund der ähnlichen Länge decken die Kapitel zu Spanien und Portugal rund dreißig, das zu Griechenland nur sieben Jahre ab. Als Quellengrundlage dienen größtenteils Dokumente zur Politik- und Diplomatiegeschichte, vorwiegend aus österreichischen Archiven. Der Titel stellt den Begriff der Freundschaft ins Zentrum,

wie dies themenähnliche Studien getan haben, beispielsweise Birgit Aschmanns „Treue Freunde...?“ (1999) zu den diplomatischen Beziehungen zwischen Westdeutschland und Spanien in den Nachkriegsjahrzehnten oder António Muñoz Sánchez' „El amigo alemán“ (2012, „Der deutsche Freund“) zu Kontakten zwischen westdeutschen und spanischen Sozialisten. „Heimliche Freunde“ bezieht sich vor allem auf die Jahre unmittelbar nach Kriegsende, als einige österreichische Politiker informelle Kontakte zu Spanien und Portugal knüpften. Nachdem das Land im Staatsvertrag 1955 seine volle Souveränität erlangt hatte, nahm es diplomatische Beziehungen zu Spanien und Portugal auf, die nun in der Sprache der Diplomatie offiziell zu Freunden wurden.

Bei der Lektüre der drei Kapitel erschließen sich zahlreiche Gemeinsamkeiten, aufgrund der historischen Konstellation insbesondere zwischen den iberischen Diktaturen. Die Kapitel zu Spanien und Portugal gehen jeweils auf die Verschickungen österreichischer Kinder auf die Iberische Halbinsel zur Erholung nach dem Krieg ein, was gerade von Franco propagandistisch ausgewertet wurde. Auch der Aufbau diplomatischer Beziehungen, bei dem erst der Widerstand der Sowjetunion im Alliierten Rat überwunden werden musste, nimmt breiten Raum ein. Dazu kommen Personen, die für beide Länder zu Schlüsselfiguren wurden. Der ÖVP-Politiker Lujo Tončić-Sorinj trat 1952 für den Beitritt des international isolierten Spaniens zur UNESCO ein und warb für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Begründung: „Man kann das Regime ablehnen, man kann aber Spanien nicht übersehen“ (S. 50). In den 1960er Jahren setzte er als Außenminister teils gegen Widerstand aus den eigenen Behörden durch, dass Österreich in den Vereinten Nationen portugalfreundlich abstimmte, als das Regime dort wegen der Kolonialkriege zunehmend angegriffen wurde. Bruno Kreisky pflegte als Außenminister und Bundeskanzler eine pragmatische Politik gegenüber den Diktaturen, knüpfte hingegen während diverser Besuche auf Mallorca Kontakte mit der Opposition und unterstützte die spanischen Sozialisten beim Übergang zur Demokratie. Persönliche und zum Teil langjährige Beziehungen und Loyalitäten, die das Verhältnis zu den iberischen Ländern beeinflussten, spielten bezüglich der griechischen Diktatur kaum eine Rolle. Die Haltung sowohl der konservativen als auch der sozialdemokratischen Regierung war ambivalent und schwankte

zwischen einer Sympathie für die demokratische Opposition und einer pragmatischen Haltung gegenüber der Militärjunta: So nahmen unter der Regierung Kreisky die Wirtschaftsbeziehungen zu und ein Minister der Junta besuchte offiziell Österreich. Im Verhältnis zu den Diktaturen spielten jeweils verschiedene Interessen und Faktoren eine Rolle, gleichwohl konstatieren die Autoren eine einheitliche Tendenz der Wiener Politik: „Österreich vermied es stets, zu sehr als Kritiker der diktatorischen Regime in Erscheinung zu treten, schaffte es aber dennoch, bei deren Ende als Freund und Helfer der demokratischen Opposition sowie der neuen Machthaber dazustehen“ (S. 16).

Insgesamt bestätigt und erweitert die Studie Ergebnisse anderer Forschungen zu Beziehungen zwischen Diktaturen und Demokratien in Westeuropa: Für die iberischen Diktaturen sind das insbesondere die Bedeutung des Antikommunismus innerhalb rechtskonservativer Eliten und des Katholizismus als ideologischem Bindeglied zwischen unterschiedlichen Regierungsformen. Innerhalb der Sozialdemokratie kennzeichnete der Konflikt zwischen antidiktatorischer Gesinnung einerseits und einer pragmatischen Realpolitik gegenüber den Diktaturen andererseits die Haltung eines Bruno Kreisky ebenso wie die eines Willy Brandt. Auch bezüglich der griechischen Militärjunta entsprach Österreichs Diplomatie der der westeuropäischen Nachbarn, indem sie sich weder herzlich noch feindselig verhielt. Protest gegen das Regime der Obristen fand sich mehrheitlich in den Aktivitäten nichtstaatlicher oder privater Gruppierungen. All dies macht die Studie anhand einer Fülle von Quellen deutlich. Ihre Stärke liegt in der Erschließung von Inhalten und Material, nicht im Entwickeln eines neuartigen methodischen Zugriffs auf das Thema. Ihrem Anspruch, Interesse für ein bislang wenig erforschtes Feld österreichischer und europäischer Zeitgeschichte zu wecken und zu weiteren Forschungen anzuregen, wird sie in jedem Fall gerecht.

Basel

Patricia Hertel

Geschichte der Nachkriegs-SPD

Meyer, Kristina: Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945–1990, 549 S., Wallstein, Göttingen 2015.

Mitte 1947 beklagt Ludwig Bergsträsser beim SPD-Parteivorstand die „merkwürdige Tatsache“, dass allenthalben der militärische und bürgerliche Widerstand gewürdigt werde, demgegenüber vom „Widerstand der sozialdemokratischen Partei“ kaum die Rede sei. Solcher Tadel des Parteienhistorikers, selbst mit Denkschriften für Leuschner in den Widerstand eingewoben, besaß lange Zeit Gültigkeit. Und dies, obwohl die SPD im Widerstand gegen Hitler neben der KPD den höchsten Blutzoll erbracht hatte und mit Fug und Recht daraus die Legitimation ableiten konnte, die zweite Republik zu führen. Doch hielt man sich mit einer Thematisierung des Widerstandes zunächst zurück; selbst der Vorsitzende Schumacher verzichtete darauf, über seinen Leidensweg im KZ zu berichten. So musste Fritz Erler 1951 feststellen, es sei eine „Legende“ im Entstehen, die den Widerstand zur alleinigen Sache von konservativer Reaktion und christlichem Klerus mache.

Der Umgang der SPD mit der NS-Vergangenheit in der „alten Bundesrepublik“, also vor der Wiedervereinigung, ist Gegenstand von Kristina Meyers Studie, ihrer um die Jahre 1974 bis 1990 erweiterten Jenaer Dissertation, die sich dem Thema nur bis zum Ende der Ära Brandt gewidmet hatte. Sie nimmt zwei große Themenblöcke in den Blick: die Geschichte der Nachkriegs-SPD einerseits und die Geschichte vom Umgang der zweiten Republik mit der Hitler-Diktatur andererseits. Meyer kommt hierbei zu sechs thematischen Hauptkapiteln, die sich an den (partei-)politischen Zäsuren orientieren (1949, 1959, 1966, 1974, 1982 und 1990).

Die Erinnerung an die NS-Zeit hatte nicht nur eine historische Dimension, sondern fundierte immer aktuelles politisches Agieren, denn der Nationalsozialismus war zwar überwunden, doch seine Hinterlassenschaft drückte, ob es nun um die Entnazifizierung, die Bestrafung der Schuldigen, die Reintegration der Unbelasteten und (vermeintlich) gering Belasteten oder die Wiedergutmachung für die vom NS Verfeimten und Verfolgten ging. Selbst der Verweis auf den sozialdemokratischen Widerstand war für die SPD Argumentationswaffe gegen die Kollektivschuldthese, die – und hier schien die SPD nicht genau hingeschaut zu haben – von den westalliierten Besatzungsmächten in dieser apodiktischen Form nie propagiert wurde.

In der Folge übernahm die SPD mit der offenen Forderung nach einer Wiedergutmachung für die, denen Unrecht widerfahren war, eine Vorreiterrolle auf eben einem von der Öffentlichkeit

verdrängten Terrain und just in einer Zeit, als jeder dritte Westdeutsche sich selbst noch als „Antisemit“ bezeichnete. Meyer arbeitet deutlich den Widerspruch heraus, dass die SPD der Adenauer-Zeit einerseits mit hoher moralischer Legitimation sich als Fürsprecherin der Verfolgten profilierte, dabei unliebsamen Gesetzen eine Mehrheit verschaffte, andererseits aber auch um des inneren Friedens willen und unter dem Ziel der Versöhnung Maßnahmen zur Integration der „Mitläufer“ stützte. Denn wenn sie erfolgreich sein wollte, musste sie sich auch den einstigen NS-Parteigängern anbieten. Aber um das Maß an Zugeständnissen wurde gestritten, ging doch vieles den ehemals Verfolgten viel zu weit.

Merkwürdig zahn verhielt sich die Partei in den Parlamentsdebatten um die ‚131er‘; da wurde die Frage der Mittäterschaft nicht diskutiert, sondern nur die sozialen Folgen der Betroffenen. Es muss rückschauend zudem verwundern, dass die SPD nicht viel schärfer die personellen Kontinuitäten in der Ministerialbürokratie geißelte. Möglicherweise wollte sie dem Vorwurf der endlosen Nazi-Riecherei nicht neue Nahrung geben. Aber man stellte sich auch gegen die öffentliche Meinung: Sehnte sich die Mehrheit angesichts der anstehenden Verjährung von Mord nach einem Schlussstrich unter die justizielle Aufarbeitung des Nationalsozialismus, so versuchte die SPD, die Debatte in Gang zu bringen und die Regierung unter Druck zu setzen. Hierzu wurde sie auch von den Verfolgten in der eigenen Partei gedrängt.

Gerade an der Geschichte der Wertigkeit der „Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten“ (AvS) im Organisationsgeflecht der Partei lassen sich die Konjunkturen der sozialdemokratischen Geschichtsauseinandersetzung ablesen. So fühlte sich die AvS in ihren Anliegen von der Parteispitze nicht hinreichend unterstützt, unter anderem wurde ihr 1954 angestoßenes Projekt „Archiv der Märtyrer in unserer Partei“ auf Eis gelegt. Am Tiefpunkt bewegten sich die Beziehungen zwischen SPD-Führung und AvS nach dem Wechsel im Kanzleramt von Brandt, dem Mann des Widerstands und des Exils, zum Wehrmachtsoberleutnant Schmidt, der in der ersten Regierungserklärung den „Komplex der Kriegsfolgelasten“ als nahezu abgeschlossen bezeichnete. Die Revitalisierung der AvS um 1980 herum markierte eine Rückbesinnung auf den bislang marginalisierten sozialdemokratischen Widerstand. Das alles waren Anzeichen eines neuen, auch von der Friedrich-Ebert-Stiftung beförderten Geschichtsbewusstseins in der SPD, die mit der

1982 eingerichteten „Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD“ das lange vernachlässigte Terrain neu entdeckte, auch und gerade als Gegenpart zur Kohl'schen Geschichtspolitik.

Das alles wird in sich schlüssig, tiefgehend, mitunter jedoch ein wenig zu kleinteilig präsentiert. Allerdings: Wenn es auch um die Frage geht, wie die Partei mit der „Aufarbeitung der nationalsozialistischen Massenverbrechen“ umgegangen sei, so wäre der Frankfurter Auschwitz-Prozess stärker hervorzuheben gewesen, war dieser doch in erster Linie Verdienst des jüdisch-sozialdemokratischen Remigranten Fritz Bauer, und zwar in einer sozialdemokratischen Hochburg der Adenauer-Republik: im „Roten Hessen“ unter Ministerpräsident Zinn.

Gibt es etwas zu bemängeln? Da muss man sich schon auf die Ebene der kleinkrämerischen Besserwisserei begeben: So wurde unter dem Bestreben, die Verästelungen der Diskussionen flächendeckend zu erfassen, übersehen, dass es sich beim Heidelberger Karl Ebert, der sich auf dem SPD-Parteitag 1946 gegen die alliierte Säuberungspolitik als Ausfluss der Kollektivschuldthese wandte, um den jüngsten Sohn von Reichspräsident Ebert handelte. Seine Monita werden erklärlich, weil er selbst 1933 kurze Zeit in Haft gewesen war und sein ältester Bruder Friedrich jr. 1933 mehrere Monate im KZ gesessen hatte. Das Bild, das Ebert jr. beim Appell in Sachsenhausen zeigt, findet sich auf dem Umschlag. Die familiäre Erfahrung von Widerstand und Verfolgung ließ Karl Ebert (wie die gesamte SPD) gegen die Kollektivschuld auftreten.

Die kleinen Anmerkungen schmälern keineswegs den Wert des quellengesättigten und im Übrigen auch wegen des sprachstilistisch feinen Niveaus mit Genuss und Gewinn zu lesenden Bandes – insgesamt also ein wichtiges, zu Recht mit dem Willy-Brandt-Preis für Zeitgeschichte 2015 ausgezeichnetes Werk zu den beiden oben genannten Feldern: der Geschichte der Nachkriegs-SPD und der bundesdeutschen Vergangenheitsbewältigung.

Neckarsteinach/Heidelberg Walter Mühlhausen

Mehr als soziale Tatsachen

Gajek, Eva Maria/Lorke, Christoph (Hrsg.): Soziale Ungleichheit im Visier. Wahrnehmung und Deutung von Armut und Reichtum seit

1945, 334 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2016.

Soziale Ungleichheit hat Konjunktur. Herrschten während der Nachkriegsjahrzehnte im kapitalistischen Westen wie im sozialistischen Osten unterschiedliche Varianten einer Leitvision vor, die den Abbau extremer innergesellschaftlicher Wohlstandsdisparitäten versprach, so hat sich der Trend seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert umgekehrt. Im Zeichen der beschleunigten Globalisierung und der Auflösung des Staatssozialismus ist die Schere zwischen Arm und Reich in der (post-)industriellen Welt wieder weiter aufgegangen – eine Entwicklung, die von vielen als bedrohlich empfunden wird. Die Beobachtung, dass die Debatten um soziale Ungleichheit jüngst in eine neue Phase getreten zu sein scheinen, nehmen auch die beiden Herausgeber des vorliegenden Tagungsbandes zum Ausgangspunkt ihrer einführenden Überlegungen. Mit den versammelten Aufsätzen verfolgen sie drei Absichten: Erstens wollen sie eine zeithistorische Ungleichheitsforschung vorantreiben, die nicht entweder Armut oder Reichtum isoliert in den Blick nimmt, sondern die beiden Pole der Wohlstandsskala zusammen denkt. Zweitens geht es ihnen darum, sowohl den Westen als auch das östliche Europa zu berücksichtigen, und zwar über die Umbruchphase um 1990 hinaus. Und drittens verfolgt der Band eine interdisziplinäre Stoßrichtung, allerdings unter dezidiert kulturwissenschaftlicher Perspektive: Ziel ist nicht die empirische Rekonstruktion sozialer Disparitäten von 1945 bis zur Gegenwart, sondern die Beleuchtung ihrer wandelbaren Wahrnehmungen und insbesondere ihrer medialen Repräsentationen.

Der Band ist in drei Blöcke gegliedert. Der erste Teil vereint fünf Aufsätze zur „alten“ Bundesrepublik und zu den USA, die für den Westen stehen. Lu Seegers schreibt über das normative Idealbild des Hamburger Unternehmers; Anne Kurr über die Rezeption der Fernsehserien „Dallas“ und „Denver Clan“ in der westdeutschen Öffentlichkeit; Rüdiger Schmidt über die „Mitte“ als gesellschaftliches Leitbild in der Bundesrepublik; Christian Johann über die populistische Mobilisierung der unteren Mittelklasse gegen die Armen im Kontext des US-amerikanischen *war on poverty* der 1960er Jahre; und Claudia Roesch über das Erklärungsmuster der *culture of poverty* in den Debatten um die Armut mexikanischstämmiger Familien in den USA, ebenfalls vor dem Hintergrund des *war on poverty* der 1960er Jahre.

Der zweite Teil fokussiert auf den Ostblock, wo die offizielle egalitäre Ideologie das tatsächliche Vorhandensein von sozialen Disparitäten in ganz anderer Weise als im Westen zu einem heiklen Problem machte. Jens Gieseke skizziert ost- und westdeutsche Bemühungen der 1970er und 1980er Jahre, die Meinungen der DDR-Bevölkerung darüber zu erkunden, wie es um die soziale Gerechtigkeit in ihrem Land bestellt sei; Patryk Wasiak spürt im einzigen englischsprachigen Beitrag des Bandes den Wandlungen des Unternehmerrimages im Polen der 1980er und 1990er Jahre nach; Anelia Kassabova demonstriert anhand eines Filmprojektes über das Schicksal unehelicher Heimkinder, auf welche Grenzen die visuelle Darstellung von Armut und Reichtum in der Volksrepublik Bulgarien stieß; und Tatiana Hofmann widmet sich dem sowjetischen Kampf gegen „Arbeitsverweigerer“, ein Konzept, das sowohl gegen Arme als auch gegen Reiche gewendet werden konnte.

Der dritte Teil gruppiert zunächst drei Beiträge, die individuelle Sinnkonstruktionen in das Zentrum rücken. Sabine Kittel interpretiert biographische Interviews mit ehemaligen DDR-Bürgern auf die Frage hin, wie soziale Gerechtigkeit zu Zeiten des Staatssozialismus erinnert wird; Kirsten Bönker verfolgt einen ähnlichen Ansatz bezüglich der rückblickenden Repräsentationen von Egalität in der späten Sowjetunion; und der gemeinschaftliche Aufsatz von Gertraud Koch und Bernd Jürgen Warneken analysiert Selbstdarstellungen von Obdachlosen im gegenwärtigen Deutschland. Der letzte Beitrag von Thomas Hecken schließlich, der nicht recht in die Sektion passen will, reflektiert aktuelle Tendenzen des demonstrativen Konsums unter den Superreichen.

Wie dieser knappe Überblick andeutet, decken die Aufsätze ein breites thematisches Spektrum ab, was es schwer macht, sie unter einem Gesamtfazit zusammenzufassen. Ein roter Faden, den die Herausgeber in der Einleitung hervorheben, nämlich die kontrastiven sozialen Imaginationen des Kalten Krieges, zieht sich nur durch einen Teil der Beiträge. Auch in ihrer Ausarbeitung unterscheiden sie sich stark. Detaillierten Fallstudien, wie jenen von Johann, Roesch oder Kassabova, stehen feuilletonistische Essays gegenüber, wie die von Schmidt oder Hecken. Mitunter hätte man sich eine sorgfältigere Redaktion gewünscht. So häufen sich in einzelnen Texten sprachlich-grammatikalische Fehler, die leicht hätten ausgebügelt werden können. In dem

vom Sujet her interessanten, argumentativ aber etwas diffusen Aufsatz von Hofmann fällt auf, dass der zentrale russische Begriff *tunejadtsy* in mindestens vier Schreib- respektive Transkriptionsvarianten vorkommt. Bei Bönker gibt ein doppelt angeführtes Zitat in abweichender Übersetzung Rätsel auf. Solche Nachlässigkeiten sind offenbar der Preis dafür, dass der Band weniger als anderthalb Jahre nach der Tagung, auf der er basiert, erschienen ist. Nichtsdestotrotz bietet er ein anregendes Kaleidoskop von Studien zu den Repräsentationen sozialer Ungleichheit seit der Mitte des 20. Jahrhunderts. Armut und Reichtum, so illustrieren die Beiträge, sind nicht allein soziale Tatsachen, die sich variabel ausgeprägt unter jedem politischen System finden. Sie unterliegen einem permanenten widersprüchlichen Ausdeutungsprozess, der auf die Wertekonstellationen einer Gesellschaft verweist und an dem die Kulturwissenschaften durch Deutung der Deutungen mehr oder weniger überzeugend mitwirken.

Trier

Beate Althammer

Auslandskorrespondenten in Moskau

Metger, Julia: Studio Moskau. Westdeutsche Korrespondenten im Kalten Krieg, 288 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2015.

Elf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nahmen in Moskau erstmals die ständigen westdeutschen Korrespondenten Gerd Ruge und Hermann Pörzgen ihre Arbeit auf. Ein Jahr zuvor war in Bonn bereits der sowjetische Journalist Pawel Naumow als dauerhafter sowjetischer Pressevertreter in der Bundesrepublik akkreditiert worden. Julia Metgers Studie nimmt diese westdeutschen Auslandskorrespondenten und ihre Berichterstattung während des Ost-West-Konfliktes in den Blick.

Zu den ersten Korrespondenten der bundesdeutschen Medien in Moskau gehörten Journalisten mit Sowjeterfahrungen. Als ausgesprochenes „Urgestein“ erwies sich Hermann Pörzgen. Der 1905 geborene Journalist hatte bereits von 1937 bis 1941 distanziert und mit ironischem Unterton aus Moskau für die Frankfurter Zeitung berichtet. Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Sommer 1941 kurzzeitig interniert, wechselte er zum

Auswärtigen Amt, wo er 1944 als Presseattaché der Botschaft in Sofia in sowjetische Kriegsgefangenschaft geriet. Erst im Oktober 1955 kehrte er, zusammen mit den letzten Kriegsgefangenen, nach Deutschland zurück, doch nur um kurze Zeit später erneut für die Frankfurter Zeitung in Moskau zu arbeiten. Hier avancierte er aufgrund seines reichen Erfahrungsschatzes alsbald zum Nestor und Doyen der dortigen Auslandskorrespondenten.

Mit dem später als Institution geltenden Gerd Ruge traf 1956 hingegen einer der jüngsten und unbefangenen Journalisten in Moskau ein. Der 1928 geborene Ruge arbeitete seit dem Kriegsende, das er als junger Soldat erlebt hatte, beim WDR als Auslandskorrespondent. 1955 war er mehrmals in die sowjetische Hauptstadt gereist, um sich dann für die Stelle eines ständigen Medienvertreters in der UdSSR zu bewerben. Anders als Pörzgen, der sich, als Journalist alter Schule, immer an die von der kommunistische Führung vorgegebenen Grenzen hielt, versuchte Ruge neue Wege zu gehen und testete immer wieder, wie weit er bei seiner Berichterstattung über die Realität des sowjetischen Sozialismus gegen konnte.

Als ständiges Ärgernis der Berichterstattung aus Moskau erwies sich die sowjetische Zensur. Bis 1961 mussten die westlichen Korrespondenten jegliche zu veröffentlichende Berichterstattung der Zensurbehörde vorlegen. Um zu verhindern, dass ungeprüfte Artikel das Land verließen, durften die Beiträge nur über das Zentrale Telegrafenamts in Moskau an die Heimatredaktionen gesendet werden.

Die Zensurkriterien, die die westlichen Journalisten nur erahnen konnten, da schriftliche Richtlinien nicht existierten, umfassten unter anderem militärische, staatliche und wirtschaftliche Geheimnisse, Unglücke und Unfälle, Zahlen zur Kriminalität, Berichte über Versorgungskrisen, in Ungnade gefallene Partei- und Staatsfunktionäre, problematische Aspekte der sowjetischen Geschichte et cetera. Mit besonderer Freude nahm deshalb das westliche Pressekorps in Moskau im März 1961 die Nachricht von der Abschaffung der sogenannten Vorzensur auf. Bald stellte sich jedoch heraus, dass dies nicht wirklich eine freie Berichterstattung bedeutete. Kritik in den sowjetischen Medien, Vorladungen zur Presseabteilung des Außenministeriums der UdSSR sowie Einschüchterungen durch den Geheimdienst KGB sorgten dafür, dass sich die bundesdeutschen Journalisten weitgehend an

die ungeschriebenen Gesetze der Berichterstattung aus Moskau hielten. Wer ihnen nicht folgen wollte, wurde schließlich, wie beispielweise der Frankfurter Rundschau-Korrespondent, Botho Kirsch, ausgewiesen.

Nachfolgend untersucht die Autorin, wie die ständigen Vertreter der westdeutschen Medien an ihre Informationen gelangten und über welche Nachrichtenquellen sie in der abgeschotteten sowjetischen Gesellschaft verfügten. Da offizielle Nachrichten zumeist nur gefiltert zu den Journalisten drangen, waren eigene Beobachtungen in dem fremden Land umso wichtiger. Doch auch hier blieben die bundesdeutschen Pressevertreter von ihren sowjetischen „Aufpassern“ aus dem Außenministerium abhängig, denn nur sie konnten Tickets, Gutscheine für Hotels et cetera besorgen, wenn die Journalisten die 40-Kilometer-Zone um Moskau verlassen wollten, in der sie sich frei bewegen durften. Trotzdem gelang es zahlreichen Korrespondenten ihren nach Informationen aus dem unbekanntem Land dürstenden Zuschauern, Lesern und Hörern einen Eindruck vom Alltagsleben in den Weiten der sowjetischen Provinz zu vermitteln.

Nachdem sie kenntnisreich das Alltagsleben der weitgehend separiert lebenden westlichen Pressevertreter schildert, zeigt Julia Metger am Beispiel von Heinz Lathe, wie einzelne Journalisten für die Knüpfung von politischen Kontakten genutzt wurden. Vor allem Egon Bahr setzte Ende der 1960er Jahre auf Lathe als direkten Kommunikationskanal zur sowjetischen Regierung, um nicht auf die als konservativ geltenden Diplomaten aus dem Auswärtigen Amt als Vermittler angewiesen zu sein. Auch unter Umgehung des sowjetischen Außenministeriums handelten die Regierungen in den folgenden Jahren so die wesentlichen Eckpunkte der neuen Ostpolitik aus. Nachfolgend nutzte auch Bundeskanzler Helmut Schmidt diesen „back channel“.

In ihren weiteren Kapiteln beschreibt die Autorin, wie die sowjetischen Dissidenten Anschluss an die westlichen Journalisten suchten, wobei sie belegt, dass die bundesdeutschen Reporter erst nach Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki ihre Zurückhaltung aufgaben, über die Opposition unter der sowjetischen Intelligenz zu berichten. Ein wesentliches Ergebnis der Neuen Ostpolitik für die journalistische Arbeit in Moskau war die Einrichtung ständiger Fernsehstudios von ARD und ZDF. Ab der Mitte 1970er und in den 1980er Jahren prägte eine gewisse Routine und Abklärtheit die Arbeit der in der Sowjetunion

tätigen westdeutschen Korrespondenten, die gleichwohl vielfältigen Einschränkungen und dem Druck der Selbstzensur unterlagen.

Mit ihrem Buch hat Julia Metger eine überaus empfehlenswerte, quellengesättigte und zudem gefällig lesbare Geschichte der westdeutschen Auslandskorrespondenten in Moskau – bislang ein Desiderat der Forschung – geschrieben, die sich zudem als spannender historischer Abriss des Kalten Krieges en miniature erweist.

Moskau

Matthias Uhl

Relikte des ostdeutschen Internationalismus

Slobodian, Quinn (Hrsg.): Comrades of Color. East Germany in the Cold War World, 334 S., Berghahn, Oxford/New York 2015.

„What remains of forty years of East German internationalism?“ (S. 9). Quinn Slobodian und seine zwölf Mitautoren lassen in dem Sammelband „Comrades of Color“ eine sehr differenzierte Auseinandersetzung mit dieser zentralen Fragestellung erkennen, die weggeht von dem, was man aus dem deutschen Wissenschaftsdiskurs zur DDR kennt. In dem Buch geht es nicht um Stasi oder Stacheldraht. Im Zentrum stehen die internationale Solidarität, (Anti-)Rassismus oder (Anti-)Imperialismus – allesamt Themen, die sich die DDR gut und gern auf die Fahnen schrieb und die vor allem in der Geschichtsschreibung im wiedervereinten Deutschland zusehends in Vergessenheit geraten. Die Autoren sind fast ausschließlich Historiker, die an US-amerikanischen Institutionen promoviert haben und arbeiten, teilweise mit deutschen Wurzeln. Vermutlich braucht es den Blick von außen, um sich diesem Kapitel der DDR-Geschichte ohne akademische Schwere und Vorverurteilung annähern zu können.

Aber nicht nur aus diesem Grund sind die Beiträge von Slobodian und seinen Mitstreitern äußerst lesenswert. „Comrades of Color“ besticht durch die vielen kleinen Erzählungen, die zum Teil anekdotischen Charakter haben, und gemeinsam mit den zahlreichen Abbildungen und Auszügen aus Briefen und Artikeln dem Buch eine Leichtigkeit verleihen, die man in der Fachliteratur oft vermisst.

Folgt man der Einleitung, dann machen drei zentrale Aspekte den Mehrwert des Buches aus:

Erstens bietet es eine repräsentative Auswahl an Beispielen, die Zeugnisse sind für die vielfältigen Beziehungen, die der ostdeutsche Staat zu Ländern in Nord- und Südamerika, Asien und Afrika zwischen 1949 und 1989 unterhielt. Die Beiträge, die größtenteils auf Archivrecherchen und ethnografischen Studien basieren, verdeutlichen zweitens, dass es nicht den *einen* Sozialismus gab, wie in der kapitalistischen Welt oft angenommen wird, sondern „varieties of world socialism“ (S. 3). Drittens und letztens wird mit dem Mythos des ostdeutschen Provinzialismus aufgeräumt. Für viele Menschen aus Ländern des globalen Südens waren die Bundesrepublik und die DDR ebenbürtig. Aus ihrer Perspektive verfügten beide deutsche Staaten über einen hohen Lebensstandard und technisches Know-how, beide waren Mitglied im Club der hochindustrialisierten Länder der Welt.

Verbindendes Element der zwölf Kapitel des Sammelbandes ist dabei der Begriff ‚race‘. Slobodian erklärt im ersten Kapitel die Widersprüchlichkeit, mit der in der DDR mit Rassismus umgegangen wurde. Offiziell gab es diesen nicht, denn im Sozialismus durfte es (ebenso wenig wie zwischen den Klassen) Unterschiede zwischen den Völkern und Ethnien geben. Gleichzeitig wurde auf Postern und Plakaten, etwa zu den III. Weltjugendfestspielen in Berlin im Jahr 1951, mit gängigen Klischees und Stereotypen gearbeitet, die Slobodian als ‚sozialistische Farbenlehre‘ bezeichnet: Die DDR „relied on skin color and other markers of phenotypic difference to create (overly) neat divisions between social groups within a technically nonhierarchical logic of race“ (S. 24). Auch wenn die meisten DDR-Bürger keinen oder nur wenig direkten Kontakt zu Menschen aus Afrika, Asien oder Amerika hatten, so spiegelte sich diese Ambivalenz dennoch auch im Alltag wider, wie viele der Beiträge in „Comrades of Color“ anschaulich zeigen: Auf der einen Seite steht der schwarze Mann, der es vor allem auf Sex mit blonden DDR-Bürgerinnen abgesehen hat; auf der anderen Seite die ehrliche Solidarität mit den Völkern des globalen Südens „struggling against invasion, occupation, and racialized oppression“ (S. 32).

Die darauffolgenden elf Kapitel gliedern sich in vier Teile. Zunächst geht es um das, was man heute unter dem Begriff ‚Entwicklungshilfe‘ versteht. Young-Sun Hong stellt in seinem Beitrag zum Beispiel das wichtigste Hilfsprogramm der DDR für Nordkorea vor: den Wiederaufbau der Stadt Hamhung, die während des Korea-Krieges komplett zerstört wurde. Gregory Witkowski widmet sich den ver-

schiedenen DDR-Spendensammlungen (etwa: Solidaritätsfond). Die anschließenden Kapitel werden unter dem Stichwort „ambivalent solidarities“ (S. 115) zusammengefasst. Simon Stevens gibt Einblicke in das Leben des südafrikanischen Journalisten und Schriftstellers William „Bloke“ Modisane, der auch einige Jahre in der DDR verbrachte und dort unter anderem eine eindeutig zweideutige Begegnung mit einer Kellnerin hatte (Sex gegen Heirat, damit er sie aus der DDR bringen möge – Modisane lehnte aber ab, so viel sei schon verraten). Sara Pugach berichtet über das Leben afrikanischer Studenten an der Karl-Marx-Universität in Leipzig und Katrina Hagen schreibt über Angela Davis, die US-amerikanische Friedenskämpferin mit den Locken, die gewiss in so einem Band nicht fehlen darf.

Im folgenden Abschnitt werden unter der Überschrift „socialist mirrors“ (S. 211) zwei Fallstudien zum DDR-Film präsentiert – zum einen zu den Berliner DEFA-Studios, zum anderen zu dem Film „Dschungelzeit“, eine ostdeutsch-vietnamesische Koproduktion aus dem Jahr 1988. Der letzte Abschnitt rundet das Buch perfekt ab: Wer wissen will, was von der DDR übrig bleibt oder geblieben ist, der findet spätestens hier eine Antwort. Christina Schwenkel erzählt am Beispiel des 2010 abgehaltenen ‚Deutschland-Jahres in Vietnam‘, wie sich die ehemaligen sozialistischen Bruderländer der DDR aufgrund diplomatischer Erwägungen mit Erinnerungsfeiern an die DDR zurückhalten, obwohl die ostdeutschen Solidaritätsaktionen vielen Menschen in diesen Staaten noch heute ein Begriff sind. Jennifer Ruth Hosek schildert zum Abschluss, wie die drei Filme „Good Bye, Lenin!“, „Das Leben der Anderen“ und „Barbara“ in Kuba rezipiert wurden. Den Beitrag schreibt sie im Wechsel mit dem 1960 geborenen afro-kubanischen Schriftsteller Victor Fowler Calzada, der über die Spuren der DDR in seiner Heimat nachdenkt. Fortsetzung folgt. Hoffentlich.

Brüssel

Anke Fiedler

Erfolgsgeschichte der Städtepartnerschaft

Filipová, Lucie: Erfüllte Hoffnung. Städtepartnerschaften als Instrument der deutsch-französischen Aussöhnung, 1950–2000, 409 S.,

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015 (tschech. 2013).

Städtepartnerschaften sind ein beliebtes Mittel zur Aussöhnung und Annäherung über Grenzen hinweg. Umso erstaunlicher, dass diese bislang in der historischen Forschung wenig berücksichtigt wurden. Offensichtlich haftet ihnen der Hautgout des Folkloristischen und damit eines zu vernachlässigenden Aspektes internationaler Geschichte an. Dabei sind durchaus andere Lesarten denkbar. So könnte man diese zur Außenpolitik auf kommunaler Ebene aufwerten oder als Beispiel für die Rolle zivilgesellschaftlichen Engagements für ein „Europa von unten“ untersuchen.

Die 2013 auf Tschechisch erschienene und nun in deutscher Übersetzung vorliegende Dissertation schreibt den Städtepartnerschaften eine „überaus wichtige Aufgabe“ (S. 369) für die deutsch-französische Annäherung zu. Das vielzitierte Diktum von der „Erbfeindschaft“ aufgreifend, untersucht Lucie Filipová die deutsch-französischen Städtepartnerschaften der Nachkriegszeit von den kleinen Anfängen in den 1950er Jahren bis zur Jahrtausendwende, an der die Zahl der Partnerschaften auf über 2.000 gestiegen ist. Die deutsch-französischen Kooperationen machen insgesamt den größten Teil aller Städtepartnerschaften aus. An ihnen lassen sich exemplarisch die unterschiedlichsten Dimensionen dieser Form transnationaler Zusammenarbeit aufzeigen. Die Arbeit legt den Fokus allerdings ausschließlich auf die bilaterale Ebene. Methodisch erhebt sie den Anspruch, sich zwischen Sozial- und transnationaler Geschichte zu bewegen. Handlungsleitend und die Darstellung strukturierend ist die unterstellte Korrelation zwischen der Ebene der politisch-diplomatischen Beziehungen und der kommunalen Zusammenarbeit.

Die Gliederung des Buches folgt den Phasen deutsch-französischer Beziehungen, die sich aus den politisch-diplomatischen Beziehungen ergeben. Die Kapitel sind nach einem sich wiederholenden Schema aufgebaut. Jedes Kapitel beginnt mit einer Darstellung dieser Beziehungsebene auf Grundlage der einschlägigen Forschungen. Insofern erfährt der Leser hier nur Altbekanntes über die Qualität der Beziehungen zwischen Adenauer/de Gaulle und aller folgenden *couples franco-allemands*. Interessanter wird es, wenn es um die zusammenfassende statistische Entwicklung der Städtepartnerschaften geht, die anschließend an konkreten Fallbeispielen mit

Inhalten gefüllt werden. Hier arbeitet die Autorin mit den Quellen insbesondere der Kommunalarchive. Die Auswahl der Beispiele soll eine größtmögliche Bandbreite liefern, von den frühen Kooperationen Mainz/Dijon, Duisburg/Calais und Calais/Wismar, über die Kleinstädte Kirkel/Mauléon, Brombachtal/La Rivière de Corps bis hin zu Bautzen/Dreux.

Die Kombination von quantitativen Quellen und qualitativen Aussagen ist sicherlich ein positiv hervorzuhebender Ansatz dieser Studie, ebenso die Betrachtung über die Epochenäsur 1989/90 hinweg sowie der Einbezug der „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen mit der DDR. Die beabsichtigte Verzahnung von staatlicher und gesellschaftlicher Ebene gelingt der Autorin allerdings nur bedingt. Die staatliche Ebene wird überbetont, die zur gesellschaftlichen Ebene herangezogenen Quellen sind eher begrenzt, durchaus disparat und nur bedingt aussagekräftig. Die angenommene Korrelation schließlich zwischen den Konjunkturen der diplomatischen Beziehungen und der Entwicklung der Städtepartnerschaften muss von Filipová selbst relativiert werden. Eine zentrale Erkenntnis der Untersuchung besteht darin, dass es im Prinzip nur einen begrenzten Zusammenhang gibt (S. 132).

Stattdessen lässt sich eine Eigendynamik der kommunalen Partnerschaften erkennen, die mitunter quer lag zu den Höhen und Tiefen der bilateralen Beziehungen. Hier wäre der Autorin ein wenig mehr Mut zu wünschen gewesen, das anfängliche Konzept zu überdenken und anderen, innovativeren Deutungsmustern Raum zu geben. Das Motiv der deutsch-französischen Aussöhnung verlor ja, wie zurecht festgestellt wurde, recht bald an Bedeutung, parallel dazu wurde verstärkt die europäische Dimension der Städtepartnerschaften in den Fokus gerückt. Der Rat der Gemeinden Europas als ein transnationales Organ der kommunalen Kooperation spielte hier eine zentrale Rolle, die eine stärkere Beachtung verdient hätte. Zugleich eröffneten sich ab 1990 mit dem Programm INTERREG zur Unterstützung grenzüberschreitender Zusammenarbeit in Europa neue Finanzierungsquellen, die die Handlungsspielräume sicherlich vergrößerten und zugleich die Themen der Kooperation beeinflussten. Hier wäre es eine Aufgabe für künftige Forschungen, die Europäisierung von Diskursen und Praktiken in den kommunalen Partnerschaften zu beleuchten.

Positiv hervorzuheben ist, dass die Studie interessante Einblicke in die konkrete Praxis der Städtepartnerschaften liefert, die insgesamt schwer auf einen Nenner zu bringen ist. So waren die Akteure oftmals zivilgesellschaftliche, häufig aber auch die Kommunalpolitiker selber. Mal ging es stärker um kulturelle Themen, mal um Sport oder Jugendaustausch, mitunter spielten ökonomische Interessen eine zentrale Rolle. Überdies stand und fiel die Kooperation häufig mit dem besonderen Engagement einer Person, nach deren Ableben oder Wegzug die Kooperation einschief. Auch erfahren wir vieles über die Faktoren, die für eine erfolgreiche Kooperation ausschlaggebend waren: Eine ähnliche Größe, Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur waren von Vorteil. Die Entfernungen durften nicht zu groß sein. Hinderlich wiederum waren die unterschiedlichen institutionell-administrativen Strukturen. Dennoch wertet Filipová die deutsch-französischen Städtepartnerschaften als eine Erfolgsgeschichte, die die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllt habe und für die Zukunft als Modell dienen könne. Angesichts der schiereren Zahl der kommunalen Kooperationen bietet sich hier noch sehr viel Gelegenheit für weitere Forschungen.

Duisburg-Essen

Claudia Hiepel

Immobilienpekulation revisited

Führer, Karl Christian: Die Stadt, das Geld und der Markt. Immobilienpekulation in der Bundesrepublik 1960–1985, 412 S., De Gruyter Oldenbourg, Berlin u. a. 2015.

„Spekulation“ ist bei der gegenwärtigen Furcht vor einer Immobilienblase wieder ein großes Thema. Tatsächlich sind Begriff und Inhalt ambivalent, was Nutzen, Moral, Selbst- und Fremdwahrnehmung angeht. Die Diskussion ist keineswegs neu. 1960 begann mit dem „Abbaugesetz“ Bundeswohnungsbauminister Paul Lückes die Liberalisierung des seit 1917 weitgehend bewirtschafteten Wohnungsmarktes. Nun, mit zunehmender Marktsättigung und wachsendem Wohlstand, artikulierte sich mehr und mehr Kritik: Die kapitalistische Verfügung über Grund und Boden beeinträchtigt das Wohl der Allgemeinheit. Profitgier, Spekulation hätten zu „Unwirtlichkeit der Städte“ geführt, wie Alexander Mitscherlich in einer einflussreichen psychoanalytisch inspirierte

Polemik („Anstiftung zum Unfrieden“, 1965) gegen den sozialen Wohnungsbau und dessen Monotonie sowie gegen das Eigenheim und bauliche individualistische Selbstdarstellung schrieb. Die Diskussion ebte Mitte der 1980er Jahre ab, lebte aber nach dem Zusammenbruch der DDR wieder auf.

Karl Christian Führer untersucht die damalige Kritik. Er fragt, wie berechtigt die Empörung über steigende Miet- und Grundstückspreise war, welche Konsequenzen „die“ Politik zog und welche Wirkungen die öffentlichen Eingriffe hatten. Dazu wertet er die zeitgenössische Publizistik, die wissenschaftliche Literatur sowie Archivalien aus dem Bundesarchiv und weiteren Archiven aus.

Die Darstellung ist in drei Themen gegliedert: zuerst der Handel mit Grund und Boden. Nach einem Rückblick auf die Debatten über die „Bodenspekulation“ seit dem Kaiserreich stellt Führer die Diskussionen der Nachkriegszeit dar. Er beschreibt die gegensätzlichen Einschätzungen: steigende Grundstückspreise als sozialer Skandal beziehungsweise als „völlig normale Marktreaktion“; ferner die Versuche „der“ Politik, die „Bodenspekulation“ in den Griff zu bekommen. Er sieht dies als eine Geschichte des Scheiterns und bewertet die steuerliche Privilegierung von Grundeigentum als „Liebesdienst“ der Politik.

Das zweite Kapitel ist dem Geschäft mit bebauten städtischen Grundstücken gewidmet: Abriss und Neubau, Modernisierung respektive Umwandlung in Eigentumswohnungen. Beispiele sind das Frankfurter Westend, der durchaus gewaltsame „Häuserkampf“. Diesen duldeten – mit Hinweis darauf, der „formale“ Eigentumsanspruch von „Großspekulanten“ sei geringzuschätzen – die Stadtspitze, wiewohl der „Häuserrat“ sie als „Gangstersyndikat“ beschimpfte (1973). Die Polizei verhielt sich gegenüber den Eigentümern unkooperativ, wurde dennoch von Hausbesetzern der Folter an verhafteten Demonstranten geziehen. Einer der geschädigten Eigentümer war Ignatz Bubis. „Wortführer unter den linken Hausbesetzern“ waren Joschka Fischer und David Cohn-Bendit (S. 152, 157ff.). Der Magistrat kaufte mit Steuergeldern Grundstücke auf, um gerichtsanhängige Verfahren „gütlich“ zu beenden (S. 169). Ferner bezieht Führer Stadtplanung und Hausbesetzungen in Hamburg beziehungsweise Westberlin („ein Fall sui generis“, S. 189) ein.

Der dritte Teil behandelt die Mieten. Ausgehend von Lückes Initiativen, die Wohnungszwangswirtschaft abzuschaffen und den

Wohnungssektor zu liberalisieren, stellt Führer die öffentlichen Debatten über den Wohnungsmarkt dar, fokussiert vornehmlich auf den Kölner Kaufmann Günter Kaußen, der 1984 rund 100.000 Wohnungen besaß („Miethai“, S. 361). Schlaglichtartig geht er auch auf die Vermietung an Gastarbeiter ein und auf die komplizierte, vielschichtige Materie von Mietrecht und Kündigungsschutz.

Die Studie – Ergebnis eines dreijährigen DFG-Projekts – zeigt, wie stark der Umgang mit Boden und Wohnung stets von miteinander verschränkten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Prozessen bestimmt war und ist, sodass man ihn nur dann angemessen analysieren und interpretieren kann, wenn man über die funktionalistische Sicht hinaus auch die historisch-kulturwissenschaftliche einbezieht. Das gelingt dem Autor eindrucksvoll. Er argumentiert, die Empörung über Spekulation im Bau- und Wohnungswesen sei nur vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung zu erklären: Langjährige Wohnraumbewirtschaftung und öffentliche Förderung hätten die Bevölkerung glauben gemacht, niedrige Mieten und stabile Wohnverhältnisse seien „sozial selbstverständlich und marktgerecht“ (S. 373). Mit Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft schufen sich Ängste Raum, die aus Vergegenwärtigung der Missstände vor dem Ersten Weltkrieg resultierten. Auf diesem Boden gedieh die Skandalisierung von „Spekulation“. Die Bevölkerung war nicht bereit, die Wohnung „wieder primär als ein normales Wirtschaftsgut zu sehen“ und Knappheitspreise zu bezahlen. Pfadabhängigkeit, soziale Besitzstände und Klientelpolitik der Parteien wirkten zusammen. Mitunter wird einem bei der Lektüre bange ob des Maßes an Opportunismus in der Politik, Selbsttäuschung der veröffentlichten Meinung und Selbstgerechtigkeit der (studentischen) Linken. Aber die These, man habe den „Spekulanten“ deshalb als sozialen Störenfried wahrgenommen, weil man dem „Ideal von Bewahrung“, von Stabilität des städtischen Lebens anhing (S. 372f.), verzeichnet linke Gesellschafts- und Kapitalismuskritik wohl doch, wengleich die Kritik nicht nur in „Vorwärts“ und „Spiegel“ zu finden war, sondern auch in „Welt“ und „Bild“.

Gleichwohl: Führers Untersuchung ist über die engeren wohnungs-, bau- und stadtgeschichtlichen Sachverhalte hinaus interessant und stimulierend, denn sie bezieht grundlegende Fragen der Be- und Überlastung des Sozialstaats

ein, leuchtet einschlägige Aushandlungsprozesse (und Versagen) der Politik aus und integriert kultur- und mentalitätsgeschichtliche Aspekte. Sie regt zu überfälligen Neubewertungen an und demonstriert, wie heterogen, ambivalent und häufig unzutreffend die zeitgenössische Kritik an der „Immobilienpekulation“ war.

Bonn

Günther Schulz

Protest mit Gefühl

Pilzweiger, Stefanie: Männlichkeit zwischen Gefühl und Revolution. Eine Emotionsgeschichte der bundesdeutschen 68er-Bewegung, 410 S., transcript, Bielefeld 2015.

Im Zentrum von Stefanie Pilzwegers Dissertationsschrift steht die These, dass es sich bei der „bundesdeutschen Oppositionsbewegung rund um das Jahr 1968 um eine maskulin codierte Protestbewegung gehandelt“ (S. 12) habe. In einer 20-seitigen Einleitung stellt die Autorin ihre Forschungsfrage vor und skizziert gelungen den Forschungsstand. Insbesondere möchte die Schrift herausarbeiten, „welche Emotionen in den späten 1960er Jahren der maskulinen Natur zu- oder abgesprochen wurden“ (ebd.). Der knappen Einleitung folgt auf über 60 Seiten der Themenabschnitt „Herangehensweise“, in dem Pilzweiger kenntnisreich die emotionsgeschichtlichen Theorieangebote referiert. Unter der „68er-Generation“ versteht sie zunächst „alle Jahrgänge der späten 1930er Jahre bis zum Beginn der 1950er Jahre“ (S. 59). Ihr Generationenbegriff ist in diesem Verständnis gleichbedeutend mit Alterskohorte. Wenige Seiten später wird die „68er-Generation“ neueren generationsgeschichtlichen Forschungen folgend wiederum als eine *imagined community* verstanden, die sich durch nachträgliche Zuschreibungen und sinnstiftende Erzählungen herausgebildet habe (vgl. S. 64f.). Trotz der langen Hinleitung bleibt das zugrunde liegende Generationenkonzept begrifflich unscharf und changiert zwischen Kohorte und Konstrukt; zumal die „68er-Bewegung“ auch mit der „68er-Generation“ gleichgesetzt wird. Zwar betont Pilzweiger die retrospektive Vermehrung dieser Generation, gleichzeitig macht sie eine generationelle Minderheit jedoch zum Abbild einer ganzen Alterskohorte. Die zweite Einleitung schließt mit der Geschichte des

SDS, der Kommune I und II, der Geschlechtsordnung in den späten 1960er Jahren sowie der Darlegung der Quellenauswahl. Insgesamt lässt sich fragen, ob die vorliegende Dissertationsschrift eine solch ausführliche Hinführung zum empirischen Teil benötigt. Einige Kürzungen, Straffungen und die Zusammenführung der beiden Einleitungen, die zusammen ein Viertel des Buchumfangs ausmachen, hätten der Arbeit gut zu Gesicht gestanden.

Der empirische Teil gliedert sich in neun Kapiteln mit den Überschriften: Utopie, Solidarität, Sprache des Protests, Provokation, Generationenkonflikte, Psychoanalyse, Sexualität, Gewalt sowie Scheitern. Auf Grundlage von Erinnerungsschriften ehemaliger Akteure wie Daniel Cohn-Bendit oder Peter Schneider berichtet die Autorin beispielsweise über den Zukunftsoptimismus oder die Gegenwarts kritik der „68er“. Anhand von zeitgenössischen Flugblättern rekapituliert Pilzweiger den Solidaritätsdiskurs innerhalb der „68er-Bewegung“ und arbeitet „Solidarität“ als einen zentralen Leit- und Wertbegriff heraus. Dass nicht nur Solidaritätsbekundungen dem Transport kollektiver Emotionen dienen, sondern auch humoristische Parolen und Ironie die Protestidentität mit ausgestalteten, zeigt das lesenswerte Kapitel zur Protestsprache. Im Folgenden geht die Arbeit unter Verwendung von Fotografien auf die provokanten Körper- und Protestinszenierungen ein, die der Kommunikation neuer Männlichkeitsbilder dienen. Mao-Look, lange Haare und Bärte sind für die Autorin die „Markenzeichen maskuliner Protestidentität“ (S. 194) und gleichzeitig zeitgebundene Bekennnisse zur „68er-Bewegung“.

Im fünften Kapitel bedient sich die Autorin des Generationenkonfliktnarratives, welches zahlreiche Erzählungen über „1968“ bestimmt. Die Gefühlswelt der nachgeborenen „68er“ gegenüber einer im Nationalsozialismus verstrickten Eltern generation beschreibt sie unter anderem als eine Mischung aus Misstrauen, Scham und moralischer Überlegenheit. Die quellenbasierte Argumentation folgt größtenteils den autobiographischen Erinnerungsschriften; somit lässt Pilzweiger die Chance, das gängige Konfliktnarrativ zu durchbrechen oder kritisch zu hinterfragen, ungenützt. Wie andere Studien gezeigt haben, waren die späten 1960er Jahren nicht nur durch den Konflikt, sondern auch durch Kooperation und Konsens zwischen unterschiedlichen Alterskohorten geprägt – bei gleichzeitigen intragenerationellen Auseinandersetzungen.

In Bezug auf das Thema Sex und „68er-Bewegung“ konstatiert die Arbeit, dass häufig Gefühle wie Scham oder Eifersucht einer offenen Sexualität gegenüberstanden. Insgesamt gesehen, sei die emotionale Kultur der Bewegung durch „erhebliche Konflikte in der Sexual- und Geschlechterordnung erschüttert“ worden (S. 285). Dass so mancher „68er“-Akteur ein ambivalentes Verhältnis zur Gewalt hatte, zeigt die Studie im vorletzten Kapitel: Einerseits lehnte man militärische Gewalt und den bundesrepublikanischen Wehrdienst ab, andererseits sympathisierte man mit südamerikanischen Guerillakämpfern. Als emotionale Gemeinschaft teilten die Protestierenden nach dem Tod von Benno Ohnesorg und dem Attentat auf Rudi Dutschke die Furcht, „als Mitglied einer verfolgten Minderheit Opfer eines Gewaltverbrechens zu werden“ (S. 309). Diese Wahrnehmung, gepaart mit Gefühlen wie Hass und Wut, war schließlich die emotionale Grundlage, um eigene Gewaltanwendungen zu rechtfertigen. Die „68er“-Gefühlswelt schließt Pilzweiger mit dem Scheitern der Protestbewegung, der Erschöpfung und dem Stagnationsgefühl, welches sich unter den Protestierenden breitgemacht hatte.

Es ist das Verdienst dieser Studie, die Gefühlskultur einiger Protestakteure systematisch erschlossen zu haben. Angesichts der formulierten Forschungsfrage ist die intensive Verwendung retrospektiver Erinnerungsschriften, aus denen man im Grunde mehr über den nachträglich mit „1968“ verknüpften Emotionshaushalt erfährt, als über die Emotionsgeschichte der bundesdeutschen Protestbewegung selbst, überraschend. Problematisch ist, dass Pilzweiger aus retrospektiven Selbstinszenierungen und Erinnerungsnarrativen einzelner Akteure altersspezifische Erfahrungs- und Emotionshaushalte in den späten 1960er Jahren ableitet. Dennoch lädt die Arbeit dazu ein, den komplexen Emotionshaushalt männlicher Protestakteure zu entdecken.

Heidelberg

Martin Stallmann

The Sexual Revolution Revisited

Bänziger, Peter-Paul et al. (Eds.): Sexuelle Revolution? Sexualitätsgeschichte im deutschsprachigen Raum seit den 1960er Jahren, 376 pp., transcript, Bielefeld 2015.

Over the past two decades, the historiography on sexuality in Germany post-Second World War has expanded significantly. There is general agreement amongst historians about the dramatic changes in sexual morality and behaviour, particularly during the 1960s and 1970s. The interpretation of these changes, commonly described with the term ‘sexual revolution’, though, are a matter of debate. Initially, most authors argued for a process of liberalisation that would have taken place in West Germany during the post-war years and cumulated during the second half of the 1960s. More recently, however, some historians suggested a different interpretation. They propose not to describe these changes in linear developmental terms such as ‘conservative’ or ‘prudish’ on the one hand, and ‘liberalised’ or ‘progressive’ on the other, but to understand them as historically contingent. Based on a Foucauldian approach, they emphasise processes of medialisation, normalisation, politicisation, therapeuticisation, emotionalisation, and economisation of sexuality, a significant pluralisation of sexual identities, and the mediation of negotiation strategies for sex and neoliberal governance technologies for the management of the self. Taken together, these processes fundamentally changed the sex dispositive during the second half of the twentieth century.

This anthology is a major contribution to such a Foucault-inspired reinterpretation of the ‘sexual revolution’ that is most welcome. In their introduction, the four co-editors make a strong case for the place of sexualities, bodies and identities in Germany’s post-war history. Their reinterpretation not only rejects the recent popular bashing of the 68-movement, but also criticises interpretations of the changes of Germany during the 1960s and 1970s as liberalisation, democratisation, secularisation, individualisation and pluralisation that are widespread in the general historiography. The introduction is followed by 14 contributions which all respond to this theoretical framework and cover a wide range of aspects of sexuality, identities, and bodies – I can highlight only a few chapters here.

Franz X. Eder’s concise survey provides readers with a nuanced contextualisation of the historical place of what he calls the ‘long history of the “sexual revolution” in West Germany’ (p. 25). He rightly emphasises the role that the media played in accelerating the changes of sexual behaviour and morality during the 1960s which, he maintains, had already begun

much earlier. Rather than conceptualising these changes as a short 'revolution' (mid-1960s to mid-1970s) one should see them as part of a longer process stretching from the late 1940s up to the mid-1980s when AIDS brought about new changes to the processes of sexualisation. Hence, Eder understands the 'sexual revolution' as a part of the longer process of the 'dressing of the modern individual' in the context of 'the sex' (p. 51). Dagmar Herzog's concluding observations about the ambiguities of the 'sexual revolution', the fragility of sexual identities, and constantly changing moral norms then positions the German developments in a wider context of West European developments.

Rather than understanding pornography as inherently titillating, Pascal Eitler reconstructs the historically contingent circumstances that make specific images been seen as erotically exciting. The question to be asked is who is supposed to be titillated when, by what, and in what manner. From this perspective, lust appears as a result of a specific cultural understanding of sex which is also mediated through pornography.

Imke Schmicke argues that second wave feminism, by questioning gender roles and demanding the right of self-determination for women over their bodies, not only contributed to the politicisation of sexuality but, at the same time, through self-help and self-awareness groups, also to the individualisation of sexuality with biopolitical imperative subsequently shifting towards women's self-responsibility for their bodies.

The complexities of the reinterpretation of the 'sexual revolution' become obvious in Benno Gammerl's chapter. By analysing formations of homosexual identities as processes of flexible normalisation of homosexuality with persisting elements of rigid norms, Gammerl concludes, on the one hand, that notions like 'liberalisation' or 'emancipation' are misleading because the normalisation of homosexual identities produced itself new norms. On the other hand, though, the continuation of rigid norms requires a combination of narratives of emancipation with those of normalisation rather than plainly replacing the former with the latter.

Similar arguments are presented throughout this very coherent volume in chapters on sex education (Christin Sager), sex toys and consumerism (Elizabeth Heineman and Stefanie Duttweiler), debates about contraception in the Catholic Church (Eva-Maria Silies), the therapeuticisation of sexuality (Nina Verheyen), the construction of

'sexy bodies' in advertising and beauty industry (Otto Penz), the normalisation of sex in old age (Annika Wellmann-Stühling), the medialisation of AIDS and safer sex (Magdalena Beljan), and a very timely chapter on the discourse about children's sexuality and the paedosexual movement (Jens Elberfeld).

In contrast to what the subtitle suggests, and this is my main criticism, the volume is focussed on West Germany with some articles also addressing other German-speaking countries such as Austria and Switzerland, at least to some extent; however, nothing at all is said about similar changes in sexual behaviour and morality in East Germany which Josie McLellan and Mark Fenemore, for instance, have explored in their outstanding work. This is a missed opportunity. Looking at the case of communist East Germany would have allowed a very interesting comparative perspective. However, no historian writing about sexuality in West Germany during the second half of the twentieth century should ignore this essential and innovative anthology.

Durham

Lutz Sauerteig

Standardwerk zur US-Menschenrechtsgeschichte

Keys, Barbara J.: Reclaiming American Virtue. The Human Rights Revolution of the 1970s, 368 S., Harvard UP, Cambridge, MA/London 2014.

Die Entstehung der Menschenrechte im Kontext der internationalen Beziehungen und auch in Bezug auf die US-amerikanische Außenpolitik ist ein wohl etabliertes Feld. Besonders in den letzten Jahren sind entscheidende Impulse von Historiker_innen wie Samuel Moyn („The Last Utopia. Human Rights in History“, 2010), Sarah Snyder („Human Rights Activism and the End of the Cold War“, 2011) und William M. Schmidli („The Fate of Freedom Elsewhere“, 2013) gekommen. Doch fügt die Untersuchung Barbara Keys dem Feld neue Aspekte hinzu und wartet auch mit neuen Ergebnissen auf.

Zunächst liest sich das Narrativ Keys' vertraut. In den 1970er Jahren wandte sich die US-amerikanische Außenpolitik den Menschenrechten mit Verve zu. Dies war das Ergebnis einer Reihe von tiefgreifenden Veränderungen

wie dem Kampf der *African Americans* um Gleichberechtigung und dem militärischen und ethischen Desaster des Vietnamkrieges. Die Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik und die zunehmende Ablehnung der an nackten Machtinteressen orientierten Außenpolitik Henry Kissingers durch den Kongress taten ein Übriges. Hinzu kamen die Rolle der NGOs und die ideologischen Enttäuschungen in der Post-Vietnam-Ära, die den Menschenrechten den Status einer Ersatzutopie verschafften. Die Menschenrechtsdebatte entfaltete sich in zwei Lagern, den Konservativen, die vor allem sowjetische Menschenrechtsverletzungen anprangerten (in Westdeutschland äußerte sich dies in einer violenten Kampagne um die Rechte von psychisch Kranken in Anstalten der Sowjetunion, die sich nahtlos in die Antipsychiatriedebatte der Jahre einfügte) und der Anheizung des Antikommunismus in westlichen Gesellschaften diene. Für die Liberalen und Linken diene die Debatte zu einer Distanzierung von den Übergriffen der Vietnam-Ära und den autoritären Regimen, mit denen die USA kooperierten.

Doch weicht dieses Narrativ Keys' in einigen zentralen Stellen vom Master Narrative ab. Zum einen beschäftigt sich die Autorin vor allem mit dem Menschenrechtsdiskurs der Linken. Sie bemerkt, dass der Ausdruck „Menschenrechte“ (*human rights*) in der Debatte selten verwendet wurde und dass stattdessen in der Regel politische Rechte und Bürgerrechte (*civil liberties/civil rights*) thematisiert wurden. Zwei Veränderungen beförderten diese Debatte ins Feld der Außenpolitik: Die Verschiebung des schwarzen Befreiungskampfes in ökonomische und kulturelle Bereiche und das Trauma des Vietnamkrieges. Für Keys war die Bürgerrechtsbewegung nicht die Quelle der Bewegung für Menschenrechte, obwohl viele der AktivistInnen der Bewegung aus den Reihen ehemaliger Bürgerrechtler_innen stammten. Andersherum wird für sie ein Schuh daraus: Nur weil die Bürgerrechtsbewegung nicht mehr im Mittelpunkt des Interesses stand, konnte sich der Diskurs um Menschenrechte erst entfalten. „Only as civil rights problems faded from the national agenda could Americans credibly invest human rights with a different meaning. [...] When the movement came, it would be less about extending the battles of the sixties than about declaring them over and searching for foreign rather than homegrown monsters to slay“ (S. 47). Um diesen Bruch zu verdeutlichen, betont Keys die Diskontinuitäten zwischen beiden Bewegungen.

Dazu zählen die Wendung zu internationalen und transnationalen Problemen, die Tatsache, dass der Kampf gegen den Vietnamkrieg nicht in der Sprache der Menschenrechte gefasst war, sondern auf die Auswirkungen des Krieges auf die amerikanische Bevölkerung, und die politische Breite des Menschenrechtsdiskurses, der ja auch Vertreter des antikommunistischen konservativen Lagers umfasste. Präsident Jimmy Carter nutzte diese Diversität aus, um seine Menschenrechtspolitik als einen konsensuellen Ansatz aller Lager zu propagieren. Er musste aber erfahren, dass wenn Linke und Rechte „Menschenrechte“ adressierten, sie jeweils etwas ganz anderes meinten.

Ein weiterer Punkt, in dem sich Keys (wohl-tuend) abhebt, ist die Diskussion der emotionalen Seite des Kampfes um Menschenrechte. Dies ist wohl der neueren Debatte um die Geschichte der Gefühle und Affekte zu verdanken. Auch hier nimmt der Vietnamkrieg eine wichtige Rolle ein. Während der Präsidentschaftswahl von 1972 ließ der Kandidat der Demokraten George McGovern verlauten, Amerikaner_innen sollten sich wegen des Vietnamkrieges und der in ihm begangenen Brutalität schuldig fühlen. Das Ergebnis war ein Triumph für den Republikaner Richard M. Nixon, weil die meisten Amerikaner sich nicht schuldig fühlen wollten (S. 72). Der kluge und keineswegs naive Jimmy Carter verstand die Botschaft und behauptete in einer Art von „domestic psychotherapy“ im Wahlkampf von 1976, „human rights were about being proud again, standing tall, feeling good“ (S. 267). Sie waren sein Gegengift zu Schuldgefühlen und Schande.

Keys steuert eine weitere wichtige Beobachtung bei: Der Kampf um Menschenrechte der 1970er Jahre war vor allem eine Introspektion, eine Selbstversicherung und nicht etwa ein Kreuzzug zur Rettung der Menschheit. Dieser Umstand hilft es auch, die Chronologie der Bewegung besser zu verstehen und ihre Nonlinearität zu begreifen. Es handelte sich nämlich nicht um eine mit Franklin D. Roosevelt begonnene teleologische Bewegung, die im Kalten Krieg unterbrochen und dann wieder aufgenommen wurde. Vielmehr schlägt Keys vor, die innere Mechanik der Bewegung genauer zu untersuchen, um zu verstehen, wie aus der Dynamik von Aktivist_innen, Außenpolitikern, Kongress und Weißem Haus und nach Entstehung von Amnesty International sich eine Dynamik entwickelte, die in Gesetzgebungsprojekten mündete. Besonders Amnesty International wird nicht als eine linke

monolithische NGO porträtiert, vielmehr legt Keys die inneren Konflikte offen und weist nach, wie die Gründung der Human Rights Watch 1978 die Diskussion intensiviert. Alles das ist gut belegt und plausibel argumentiert.

Die 65 Seiten umfassende Bibliographie und die zahlreichen Verweise auf amerikanische Archivbestände belegen, wie umfassend die Verfasserin recherchiert hat. Im verwendeten Material finden sich Bestände wie das Archiv der ACLU, von Amnesty International, der Nachlass verschiedener Politiker in der Hoover Institution (Stanford), an der Yale University, verschiedenen Präsidentenbibliotheken und den Papieren aus Regierungsbürokratien. Dieses Buch wird auf absehbare Zeit der Standard zur Geschichte der Menschenrechte in den USA bleiben.

Köln

Norbert Finzsch

Internationale Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges

Kemper, Claudia: Medizin gegen den Kalten Krieg. Ärzte in der anti-atomaren Friedensbewegung der 1980er Jahre, 476 S., Wallstein, Göttingen 2016.

Vor dem Hintergrund des sogenannten ‚Zweiten Kalten Krieges‘ organisierten sich Ärzte in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in anderen europäischen und außereuropäischen Nationen in Aktionsgruppen, um gegen die von ihnen als lebensbedrohlich wahrgenommene Gefahr eines Atomkrieges zu protestieren und selbigen zu verhindern. Im Jahre 1980 führten diese Proteste zur Gründung der Internationalen Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges (International Physicians for the Prevention of Nuclear War; IPPNW) durch US-amerikanische und sowjetische Mediziner. Ab 1982 firmierten dann auch die bis dato in einer Reihe lokaler und regionaler Gruppen in der Bundesrepublik organisierten Mediziner unter dem Banner einer bundesdeutschen IPPNW-Sektion. Ethisch-moralisch durch ihren Schwur auf den Hippokratischen Eid legitimiert, sahen sich die IPPNW, deren Mitglieder sich aus den Reihen einer „unpolitischen Profession“ rekrutierten, als eine Expertenorganisation. Aus dieser Selbstperzeption leitete sich, so die IPPNW, ihr gesellschaftlicher Auftrag ab, sowohl die Öffentlichkeit als auch

politische Entscheidungsträger über die antizipierten medizinischen Folgen eines mit Kernwaffen geführten Krieges aufzuklären. Diese Aufklärungsarbeit sollte dann ein breites Problembewusstsein schaffen, welches wiederum Regierungen in aller Welt dazu veranlassen sollte, sich aktiv für die atomare Abrüstung einzusetzen, um so das Wettrüsten der Supermächte zu beenden und den Kalten Krieg zu entschärfen.

Claudia Kempers Monografie „Medizin gegen den Kalten Krieg. Ärzte in der anti-atomaren Friedensbewegung der 1980er Jahre“, eine überarbeitete Fassung ihrer Habilitationsschrift, beschäftigt sich im Kern mit der bundesdeutschen Sektion der IPPNW im Zeitraum ab der Gründung der internationalen Dachorganisation in den Vereinigten Staaten 1980 über die Gründung der bundesdeutschen Sektion 1982 bis hin zum IPPNW-Weltkongress in Köln im Jahre 1986, den die bundesdeutsche IPPNW-Gruppe organisierte. Dabei beschränkt die Autorin ihren Blick aber nicht nur auf die bundesdeutsche Sektion, sondern bezieht Entwicklungen innerhalb der internationalen Dachorganisation sowie ihres US-amerikanischen Ablegers, den Physicians for Social Responsibility, und der IPPNW-Gruppe in der DDR mit in ihre Betrachtung ein. „Da die Studie als Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte angelegt ist“, rechtfertigt Kemper ihre Vorgehensweise, „stehen zum einen die inländischen Bedingungen für die Entwicklung einzelner Organisationsteile im Mittelpunkt und zum anderen der Austausch zwischen diesen Teilen“ (S. 68). Und das erscheint durchaus plausibel.

„Medizin gegen den Kalten Krieg“ ist in eine Einleitung sowie fünf Teile untergliedert. In der Einleitung führt die Autorin die Leserinnen und Leser in das Thema, vor allem im weiteren Kontext des ‚Zweiten Kalten Krieges‘, ein und zeigt Lacunae in der bestehenden Forschung zum Kalten Krieg auf, derer sich die vorliegende Untersuchung zum Teil annimmt. Der erste Abschnitt dient der ‚Vermessung des Themas: Methodik, Forschungsfelder und Akteure‘ und ist in weitere vier Unterkapitel unterteilt, die logisch aufeinander aufbauen. Aus heuristischen Gründen beginnt dieser Teil mit einer Einführung in das transnationale IPPNW-Netzwerk, insbesondere vor dem Hintergrund seiner Legitimation als „moralischer Instanz“ und „Expertenorganisation“, die sich selbst in Abgrenzung von der größeren Anti-Atomwaffenmassenbewegung

als „unpolitisch“ ansah. Dabei betont Kemper, dass es sich bei den IPPNW um „ein soziales und epistemisches Phänomen“ (S. 19) handele. Hilfreich ist in diesem Unterkapitel die Einbettung der IPPNW-Aktivitäten in größere moralisch-ethische Fragen des Ärzteberufes sowie der Rolle von Ärzten als Experten. Der daran anschließende Abschnitt verortet die Aktivitäten der IPPNW im Hinblick auf die breitere Friedensbewegung der 1980er Jahre. Im folgenden Unterkapitel geht es um die IPPNW im Rahmen von Nichtregierungsorganisationen, bevor das abschließende Unterkapitel Aufbau und Struktur des Buches erläutert.

Der zweite Teil behandelt „Die gesellschaftliche Dimension der Ärztebewegung“ und führt die Leserschaft in zentrale Diskussionsfelder ein, die für ein Verständnis des Aktivismus der IPPNW unabdingbar sind. Zum einen geht es in diesem Teil um relevante „Diskussionen im Gesundheits- und Medizinbereich“ wie etwa Entwicklungen innerhalb des bundesdeutschen und US-amerikanischen Gesundheitswesens, die von Relevanz für die Arbeit der IPPNW waren. Zum anderen stehen aber auch präventivmedizinische und psychotherapeutische Ansätze im Fokus, die eine wichtige Basis der IPPNW-Aktivitäten, besonders ihrer Methodik, darstellten. Erwähnenswert ist in diesem Abschnitt die Analyse zum Verständnis von NS-Vergangenheit und Medizin, das – keinesfalls unerwartet – einen hohen Stellenwert innerhalb der bundesdeutschen IPPNW-Sektion einnahm.

Im dritten Teil geht es um die Gründungsphase sowohl der IPPNW-Dachorganisation als auch ihres Ablegers in der Bundesrepublik im Zeitraum von 1980 bis 1984. Dabei stellt Kemper die IPPNW aber keineswegs als eine homogene Organisation dar. Der bundesdeutsche Ableger etwa „entstand aus zwei Strömungen, die innerhalb der Sektion präsent blieben und voneinander profitierten bzw. miteinander konfigurierten“ (S. 172). Neben einer Gruppe angesehener Mediziner um Ulrich Gottstein und Karl Bonhoeffer, die oft im Duktus der Bostoner IPPNW-Zentrale agierten, gab es eine weitere Gruppe um Aktivisten wie Till Bastian, in der noch stärker die lokalen und regionalen Wurzeln der bundesdeutschen Sektion nachwirkten.

Der vierte Hauptteil widmet sich dann den „Grenzen der internationalen Friedensidee im Kalten Krieg“ im Zeitraum von der Gründung der IPPNW-Dachorganisation bis zum Kölner IPPNW-Weltkongress 1986. In diesem Abschnitt

des Buches ist gerade das Unterkapitel „Nähe und Distanz“ erwähnenswert, problematisiert es doch am Beispiel zentraler Bereiche wie Gender, der Gründung einer IPPNW-Sektion in der DDR oder Kompetenzstreitigkeiten unter europäischen IPPNW-Ablegern die Heterogenität derart transnational angelegter Netzwerke. „In der Friedensbewegung hob die europäische bzw. westdeutsche Selbstverständigung nicht nur auf kulturelle und institutionelle Unterschiede zu den USA ab, sondern integrierte auch Genderkonstrukte“, wie Kemper zeigt, „die den dichotomischen Charakter des Westbündnisses hervorheben sollten“ (S. 338). Und dieses Beispiel verdeutlicht zugleich eine Stärke der vorliegenden Untersuchung, die in der durchgehenden Konzeptionalisierung und Kontextualisierung der IPPNW-Aktivitäten und Kampagnen liegt. Die Autorin hält dies auch konsequent im abschließenden fünften Teil durch, in dem sie die wesentlichen Befunde ihrer Untersuchung in den weiteren Zusammenhang der bundesdeutschen Sozialgeschichte der 1980er Jahre stellt und ein illuminierendes Fazit zieht.

Neben dieser großen interpretatorischen Stärke, liefert Kemper aber auch die erste umfassende Auswertung des Quellenbestandes der bundesdeutschen Sektion der IPPNW. Darüber hinaus wertete die Hamburger Historikerin Unterlagen der US-amerikanischen Physicians for Social Responsibility sowie den IPPNW in Archiven in den Vereinigten Staaten aus. Gerade in der Verbindung von umfassender empirischer Archivarbeit sowie der rigorosen Konzeptionalisierung und Kontextualisierung des Themas liegt die Stärke der vorliegenden Untersuchung. Obwohl der zeitliche Rahmen der Untersuchung von 1980 bis 1986 schlüssig ist, wäre eine Berücksichtigung des IPPNW-Weltkongresses in Moskau 1987 wünschenswert gewesen. So sanktionierte die internationale Dachorganisation dort ihre Entwicklung von einer *single-issue* in eine *multi-issue campaign*, die sich nun ebenso mit Fragen nicht-nuklearer Massenvernichtungswaffen oder von Entwicklungshilfe in der ‚Dritten Welt‘ befasste. Dies ist aber ein eher geringfügiger Kritikpunkt, der keinesfalls den sehr positiven Gesamteindruck von „Medizin gegen den Kalten Krieg“ schmälern sollte. So leistet Claudia Kemper mit ihrer Monografie einen wichtigen Beitrag zur Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland sowie der historischen Friedensforschung.

Swansea

Christoph Laucht

Endlichkeit ist nicht das Ende

Bihrer, Andreas/Franke-Schwenk, Anja/Stein, Tine (Hrsg.): Endlichkeit. Zur Vergänglichkeit und Begrenztheit von Mensch, Natur und Gesellschaft, 357 S., transcript, Bielefeld 2016.

Dieser Sammelband, der die Ergebnisse des Kieler Projektkollegs „Erfahrung und Umgang mit Endlichkeit“ (2012–2015) vorstellt, ist von dem Anspruch geleitet, verschiedene Formen der Erfahrung von Endlichkeit zu beleuchten. Drei Modi der Endlichkeit – Vergänglichkeit, Begrenztheit, Transformation – werden in Bezug zum Menschen selbst, zur natürlichen Welt und zur sozialen Welt gesetzt. Während zunächst der Begriff der Endlichkeit als das Faktum, „dass etwas oder jemand – seien dies Dinge, Strukturen, Prozesse oder Personen – in Zeit und Raum ein Ende haben“ (S. 9) sehr weit gefasst wird, wird er im Weiteren zum „universellen Reflexionsraum“ erhoben, „in dem individuelle und kollektive Perspektiven eingeschlossen sind, Materielles wie Ideelles, Zeit und Raum umgriffen sind“ (S. 10); ergänzt durch die normative Frage, wie mit Endlichkeit umgegangen werden soll.

Die Erfahrung und der Umgang mit Endlichkeit sind, so die These, zentrale Kategorien dieser Reflexionen. Erfahrung wird als „Aneignung von Wirklichkeit unter der Prämisse einer Verschränkung von eigener Wahrnehmung und (gesellschaftlich vermitteltem) Deutungshorizont“ (S. 13) verstanden. Mit der Kategorie des Umgangs soll die „praktische Konstitution von Sinnhaftigkeit“ (S. 14), die Übersetzung von Erfahrung in soziale Praktiken erfasst werden, deren Vielfalt im Band offenkundig wird. Die Beiträge sind, den Endlichkeits-Bezügen auf Mensch, Natur und soziale Welt entsprechend, in drei Blöcke gegliedert.

I. Endlichkeit als Grenzerfahrung kann sinnkonstitutiv sein, so Thomas Rentsch. „Es zeigt sich: Was wir *nicht* können, ermöglicht gerade lebensweltlichen Sinn“ (S. 48, Hervorhebung im Original). Weil Menschen die Endlichkeit ihrer Vermögen erst im intersubjektiven („interexistentiellen“) Verhältnis erkennen, ist dies die Voraussetzung einer sinnhaften Endlichkeitserfahrung. Markus Saur weist einen positiven Zug der Einsicht in die Endlichkeit der menschlichen Erkenntnis auf: Gelassenheit und das Ziel eines gelungenen Lebens im Rahmen der menschlichen

Möglichkeiten sind die Folge. Dass sich apokalyptische und endzeitliche Denkmuster auf die Erfahrung der Endlichkeit auswirken und diese verändern, stellt Manfred Jakobowski-Tiessen heraus. Apokalyptik könne sogar hoffnungsvoll wirken, nämlich das Bild eines zukünftigen „neue[n] Himmel[s] und eine[r] neue[n] Erde“ (S. 111) heraufbeschwören.

II. Im ökologischen politischen Denken der 1970/80er Jahre jedoch wurde die krisenhafte Erfahrung der ökologischen Endlichkeit direkt mit der Erfahrung der Endlichkeit der Menschheit verknüpft, wie Tine Stein zeigt. Autoren wie Rudolf Bahro und Hans Jonas plädierten für eine „Rettung der menschlichen Seele“ (S. 208) durch eine nachhaltige Wende. Heutzutage ist vor allem die Verleugnung der Endlichkeit ein Problem, wie Jörn Lamla diskutiert. Er zeigt auf, dass „in die Institutionen der Moderne sowie insbesondere in den Alltag des Konsums ein starkes Gegenprogramm zur Erfahrung von Endlichkeit eingeschrieben ist“ (S. 234). Exzessiver Konsum funktioniere nur, wenn ökonomische Knappheit zwar erlebt, zugleich aber durch das Angebot überwunden werde. So manifestiere sich die Unzugänglichkeit der Erfahrung ökologischer Grenzen. Ganz konkret formuliert Konrad Ott die Notwendigkeit, die ethische Frage nach einem guten Umgang mit der Begrenztheit der Natur in einen gesellschaftstheoretischen Rahmen zu stellen. Die Trias des Endlichkeitsbezugs auf Mensch, Natur und soziale Welt wird durch seine Perspektive, dass „Naturverhältnisse immer auch gesellschaftliche Verhältnisse“ (S. 159) sind, vollständig eingefangen. Ob die Postwachstumsgesellschaft dann wirklich eine hegelianisch inspirierte sein wird, bleibt eine spannende Frage.

III. Die Relativität der Endlichkeit wird im Modus der Transformation besonders deutlich. Maria Grewe benennt verschiedene Praktiken des Umgangs mit der Ding-Endlichkeit: entsorgen, konservieren und reparieren. Sie stellt heraus, dass Endlichkeit auch durch soziale Bewertung entsteht – im negativen Fall ist die Mode eines Dinges ‚zu Ende‘, im positiven wird das Herausögern der Ding-Endlichkeit, zum Beispiel durch Reparatur, „kollektiv überhöht und mit Bedeutung aufgeladen“ (S. 343). Die „Überwindung der Endlichkeit personengebundener Herrschaft“ (S. 288) ist ein ganz anderes Beispiel für die Relativität der Endlichkeit. Franziska Hormuth untersucht Memoria-Strategien, die durch die „öffentliche Inszenierung der Ahnen“ für eine „Allgegenwärtigkeit“ der Verstorbenen sorgte

und deren Einfluss noch nach dem Tod sicherte (S. 280). Die resultierende „Verschränkung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ (S. 284) ist eine bemerkenswerte Form des Umgangs mit Endlichkeit. In Form des Wandels sozialer Konfigurationen gedacht, kann sich der Umgang mit Endlichkeit als kulturelle Ressource und politische Lösung erweisen, so Silke Göttisch-Elten. Kulturkritik, aber auch die Aneignung und Umformung von Kulturgütern, können eine mögliche Reaktion auf die Destabilisierung sozialer Zusammenhänge sein.

Der Band versammelt ein breites disziplinäres Spektrum und kann zu Recht beanspruchen, vielfältige Bereiche des ‚universellen Reflexionsraums‘ der Endlichkeit beleuchtet zu haben. Die Vielgestaltigkeit der Reflexionen, die zwischen komplexer Deutung von und (alltags-)praktischem Umgang mit Endlichkeit variieren, bringt auch die Tiefe dieses Raumes gut zur Geltung. Dabei hätte der Begriff des Umgangs durch eine heideggersche Lesart noch verstärkt werden können: Dass Menschen erst im Umgang mit etwas, im Kontext eines Zusammenhangs, auf eine bestimmte Weise sein können, der Umgang also auf ihr Dasein in der Welt zurückverweist, kann zwar in den Beiträgen erahnt werden, wird aber nicht expliziert. Was die bestimmte Weise des (endlichen) Daseins ausmacht, ist jedoch klar geworden: Ein tätiger Umgang mit den Erfahrungen, die in der natürlichen wie der sozialen Welt gemacht werden.

Frankfurt a. M. Katia Henriette Backhaus

Recht und Mitgefühl

Harbou, Frederik von: Empathie als Element einer rekonstruktiven Theorie der Menschenrechte, 393 S., Nomos, Baden-Baden 2014.

Wenn die Frage gestellt wird, welche Rolle Gefühl und Erfahrung bei der Erschließung moralischer Normen haben können, bewegt man sich auf einem weiten Feld. Es ist eine, wenn nicht *die* Leitfrage des ethischen Diskurses der Moderne, die bis heute kontrovers erörtert wird. Längst wurden gegenüber den Optionen der Protagonisten wie David Hume („moral sentiments“) und Arthur Schopenhauer (Mitleid als Grund der Ethik) eine Vielfalt differenzierter Positionen entwickelt, die zum Ziel haben, die Rolle vernünftiger Reflexion

mit der vermeintlichen Autorität subjektiver Erfahrung zu vermitteln. Dabei ist zu unterscheiden, ob sich der Beitrag von Gefühl und Erfahrung vor allem darauf bezieht, wie der ethisch-moralische Geltungsanspruch zustande kommt, oder ob beide Kategorien für die inhaltlich-materiale Entfaltung dieses Geltungsanspruchs herangezogen werden.

Frederik von Harbous Studie reiht sich in diese Debattenlage ein und muss sich in ihr bewähren. Sein Fokus sind die Menschenrechte. Das ist deshalb von besonderem Interesse, weil rechtliche und moralische Dimension im Menschenrechtsethos eng miteinander verknüpft sind: Ohne moralischen Gehalt ließe sich die rechtliche Normierung dieser Ansprüche kaum aufrechterhalten; die rechtliche Normierung hingegen macht mit einem moralischen Anspruch „ernst“ und versucht ihn systematisch umzusetzen.

Wohlthuend ist zunächst, dass der Autor die Reichweite seines Erklärungsversuchs begrenzt: Er möchte nicht Empathie und Mitgefühl als einzigen und exklusiven Grund der Menschenrechte behaupten, sondern lediglich deren systematischen Ort in einem Gesamtverständnis dieser Rechte erhellen. Um dies zu bewerkstelligen, wählt er einen weiten Fokus: Philosophie- und literaturgeschichtliche Verortungen des Phänomens der „Empathie“ folgen auf begriffs- und religionsgeschichtliche Auseinandersetzungen; Psychologie und Psychiatrie werden ebenso konsultiert wie auch die Neurowissenschaften, bevor sich die Erörterung nach hundertfünfzig Seiten einem zweiten Schlüsselbegriff zuwendet, dem der Moral. Auch hier erfolgen ausführliche Sondierungen zum Begriff, seiner Historie und den möglichen Verknüpfungen von Moral und Empathie, um als Zwischenergebnis festzuhalten: Empathie ist zwar notwendig, aber nicht hinreichend für die Begründung und Erschließung von Moral.

Im dritten Hauptteil wird dann die Relevanz der Empathie für die Menschenrechte diskutiert. Die Argumentationskette ist folgende: Menschenrechte lassen sich gar nicht anders verstehen als über ihren wesentlich moralischen Gehalt. Es sind moralische Ansprüche, die in Rechtsform gegossen sind. Als moralische Ansprüche implizieren sie eine altruistische Motivation, die über die gängigen vertrags- und vernunfttheoretischen Modelle der Menschenrechtsbegründung nicht vollständig eingeholt werden kann. Der Bedeutungsgehalt der Menschenrechte bleibt also unterbelichtet, wenn nicht mit dem Element der Empathie diese altruistische Dimension

hinzutrate. „Die in ihren Grundstrukturen angeborene Empathiefähigkeit aber beruht auf einem kortikalen Resonanzmechanismus, welcher aller Wahrscheinlichkeit wesentlich durch sog. Spiegelneuronen gebildet wird“ (S. 359).

Die Studie muss differenziert bewertet werden: Auf der „Haben-Seite“ steht ohne Frage ihre breit angelegte Herangehensweise. Die einzelnen Fächerperspektiven werden sachkundig und stringent eingeführt. Man gewinnt den Eindruck, dass hier wirklich interdisziplinär gelernt werden soll, um eine spätere Synthese plausibel zu machen. Zudem darf man nie außer Acht lassen, dass ein Jurist spricht. Jede eng geführte rechtliche „Dogmatik“ wird von vornherein ausgeschlossen. Der Autor legt mit der Anlage der Arbeit ein nuanciertes, komplexes Verständnis davon an den Tag, wie rechtswissenschaftliche Erkenntnis zustande kommen kann – nicht über die innerrechtlich begriffliche Deduktion, sondern über den Dialog des Rechts mit anderen Perspektiven des Weltverstehens. Der legitime und notwendige Ort des Rechts wird dann greifbar: Es ist das Nadelöhr, durch das die mit der Vielfalt der Perspektiven ermittelten Geltungsansprüche (idealtypisch in Form der Menschenrechte) passieren müssen, sollen sie Verbindlichkeit erlangen und damit für Menschen zu real erlebbarer Wirklichkeit werden. Recht ist so etwas wie das modellierende Relais moralischer Ansprüche, aber nicht die Quelle ihrer thematischen Bedeutung. Die Studie von Harbous artikuliert auf beeindruckende Weise ein solches Rechtsverständnis. Sie hat damit auch einen Wert für das interdisziplinäre Gespräch, weil sie von Seiten des Rechts eine Brücke zu den Kultur- und Sozialwissenschaften schlägt.

Auf der anderen Seite birgt die mit der offenen Hermeneutik einhergehende Breite des Zugangs auch Gefahren, die der Autor nicht vollständig im Griff hat. Zunächst überrascht der ungebrochene anthropologische Naturalismus, wenn aus der neuronal feststellbaren Grundlage der Empathiefähigkeit *tout court* Aussagen über die „Natur des Menschen“ und gegen kulturrelativistische Positionen abgeleitet werden. Das Verständnis von Kultur und Natur ist so jedenfalls nicht in ausreichender Komplexität reflektiert und es bleibt ein schaler Beigeschmack ob solcher theoretischer „Abkürzungen“.

Auch auf die Frage, was denn der systematisch originäre Ertrag der Gedankenführung insgesamt ist, bleibt der Autor am Ende Antworten schuldig. Zwar lässt sich mit der Studie

untermauern, dass ohne die Dimension der Empathie moralische Forderungen mit universalem Charakter nicht kohärent erhoben werden können und dass dies gerade für die Menschenrechte von Belang ist, welche als Instrumente moralischer Universalisierung verstanden werden können. Aber diese Feststellung bleibt unverbunden im Raum stehen. Weder schließt von Harbou damit an eine bedürfnisorientierte Begründung der Menschenrechte im Sinne Martha Nussbaums an, was der Sache nach durchaus möglich wäre, noch führt er eine Diskussion zum systematischen Verhältnis von Theorie und Praxis sowie dem Stellenwert empirischer Sachverhalte bei der Frage normativer Geltung. Vielleicht wäre das auch zu viel verlangt für eine rechtswissenschaftliche Arbeit. So verbleibt der Eindruck einer reichhaltigen und gekonnt vorgetragenen Sammlung unterschiedlicher Aspekte zum Thema Empathie, welche vor allem als Dokument der rechtswissenschaftlichen Selbstvergewisserung zur Erklärung der Menschenrechte Aussagekraft entwickelt.

Fribourg

Daniel Bogner

In Verteidigung des Funktionalismus

Czerwick, Edwin: Funktionalismus. Konturen eines Erklärungsprogramms, 232 S., Mohr Siebeck, Tübingen 2015.

Funktionen sind „dauerhafte Einrichtungen zur Lösung der Probleme von Systemen“ (S. 203), so einer der bilanzierenden Sätze aus Edwin Czerwicks vorliegendem Band mit dem schlichten Titel „Funktionalismus“. Der Autor verfolgt mit dem Band erstens das Ziel, herauszuarbeiten, was Funktionalismus bedeutet und zweitens „nach Möglichkeiten zu suchen, den Funktionalismus als Erklärungsprogramm weiter zu entwickeln“ (S. 7).

Der erste Teil des Bandes beantwortet ausgehend von den wissenschaftstheoretischen Grundlagen des Funktionalismus (S. 13–50) die Frage nach der Bedeutung entlang der ‚Spielarten‘ des Funktionalismus (S. 51–88) und der verschiedenen Formen funktionaler Erklärungen, die sich daraus ableiten (S. 89–136). Damit zeichnet er ein sehr differenziertes Bild des oft als monolithisch wahrgenommenen Theoriestranges. Dies geschieht in Abgrenzung zu naturwissenschaftlich,

kausal-logisch und deduktiv-nomologisch orientierten Erklärungsansätzen in den Sozialwissenschaften. Dabei werden soziologische Ansätze in der Tradition von Talcott Parsons, Robert Merton und Niklas Luhmann ebenso beleuchtet wie biologische und sozialanthropologische Ansätze. Einen zentralen Teil bildet dabei die Auseinandersetzung mit politikwissenschaftlichen Spielarten des Funktionalismus bei Gabriel Almond, David Easton und Karl W. Deutsch. Dabei stellt Czerwick heraus, dass die Rezeption funktionalistischer Ansätze in der Politikwissenschaft nicht zu einer Entwicklung eines spezifisch politikwissenschaftlichen Ansatzes geführt habe (S. 77), obwohl funktionalistische Herangehensweisen gerade hier besonderes Potenzial entwickeln könnten. Die Schnittstellen zu anderen Erklärungsformen erachtet Czerwick dabei als besondere Stärke, wie er in Kapitel 4 (S. 89–136) detailliert darlegt. Dabei unterscheidet er funktional-kausale, konsequenz-funktionale, teleologisch-funktionale, intentional-funktionale, evolutionär-funktionale, dispositionale, äquivalenz-funktionale und Systemkapazitäten-Ansätze und zeigt deren spezifisches Erklärungspotenzial auf.

Czerwick argumentiert auf der Basis dieser Differenzierung, dass dem Funktionalismus „der Status einer wissenschaftlichen Erklärung nicht von vorneherein und apodiktisch abgesprochen werden“ (S. 135) dürfe. Dies belegt er anhand der detaillierten Darstellung der Potenziale und Logiken der unterschiedlichen funktionalistischen Ansätze. Diese wiesen zudem jenseits ihrer Spezifika zwei zentrale Gemeinsamkeiten auf, welche die Anschlussfähigkeit an andere Strategien der Erklärung, wie etwa die stark von den Naturwissenschaften geprägte deduktiv-nomologische Position ermöglichten, ohne auf diese reduziert werden zu können: erstens ihr Rückbezug auf „Ursachen, Wirkungen sowie Ziele und Zwecke“ (S. 134) und zweitens die Notwendigkeit der Einbindung kausaler Erklärungen (ebd.).

Basierend auf der detaillierten Differenzierung funktionalistischer Ansätze und Erklärungsweisen weist Czerwick einige zentrale Kritiken am Funktionalismus als zu undifferenziert zurück und kritisiert im Gegenzug die Kritik. Dies trifft etwa Jon Elsters Radikalkritik, dass funktionalistische Erklärungen immer auf kausale oder intentionale Erklärungen reduzierbar seien (S. 137). Zentrale Kritikpunkte werden systematisch diskutiert und mögliche Strategien des Umgangs damit skizziert. So etwa, dass es weniger darum gehen könne, funktionale Gesetze zu suchen, sondern darum,

„durch funktionale Analysen wissenschaftliche Erklärungen zu gewinnen [...], die der Komplexität sozialer Gegebenheiten gerecht werden“ (S. 139).

Der zweite, kleinere Teil des vorliegenden Bandes beschäftigt sich in den Kapiteln 6 (S. 153–170) und 7 (S. 171–200) mit Perspektiven der Weiterentwicklung des „Funktionalismus als wissenschaftliches Forschungsprogramm“, in dessen Zentrum der Funktionsbegriff als „Selektions-, Beobachtungs-, Beschreibungs- und Erklärungs-begriff“ (S. 149) steht. Dabei geht Czerwick von der Existenz raumzeitlich relativ stabiler sozialer Systeme und einer Ergänzung linearer durch nichtlineare Kausalität aus und formuliert einen Anforderungskatalog an funktionalistische Forschungsprogramme, der unter anderem einen Zuwachs an explanatorischem Potenzial, Erfolge bei der Widerlegung von Anomalien und der Prognose neuer Ereignisse sowie die Konsistenz theoretischer Aussagen enthält (S. 167–170). In Kapitel 7 entwickelt er sodann ein Mehrebenenmodell funktionaler Erklärungen und funktionaler Theorien. Eine funktionale Erklärung beruhe dann „auf Ursachen, Wirkungen, Mechanismen, Zielen und Zwecken sowie den zwischen diesen bestehenden kausalen Beziehungen innerhalb eines konkreten Systems unter gleichzeitiger Berücksichtigung einer Reihe von Kontextvariablen“ (S. 187).

Edwin Czerwick legt mit „Funktionalismus“ eine ebenso überzeugende wie systematische Programmschrift für einen neuen, kritisch reflektierten und erweiterten sozialwissenschaftlichen Funktionalismus vor. Er schließt damit eine Lücke in der theoretischen und methodologischen Auseinandersetzung mit funktionalistischen Ansätzen, die seit den frühen Schriften von David Easton, Gabriel Almond oder Karl W. Deutsch in der Politikwissenschaft kaum mehr geführt wurde. Dabei überzeugt vor allem die systematische Darstellung und Abgrenzung der unterschiedlichen Spielarten funktionalistischer Ansätze und Erklärungsvarianten. In Verteidigung des Funktionalismus zeigt Czerwick Stärken, Schwächen und mögliche Anwendungsgebiete auf, ohne bei aller merklichen Sympathie für die Denkrichtung die kritische Distanz zu verlieren. Man muss funktionalistische Ansätze und Erklärungen weder mögen noch sie verwenden, aber die Lektüre des Bandes ist allen und insbesondere den an naturwissenschaftlichen Standards orientierten politikwissenschaftlich Forschenden als Weiterbildung nur zu empfehlen!

Tübingen

Rolf Frankenberger

Demokratische Körperinszenierungen

Diehl, Paula: Das Symbolische, das Imaginäre und die Demokratie. Eine Theorie politischer Repräsentation, 387 S., Nomos, Baden-Baden 2015.

„Die Wahrheit hinter Trumps Haaren ist eines der größten Rätsel der Präsidentschaftskampagne“, schrieb ein Boulevardblatt kürzlich über den amerikanischen Wahlkampf. Sich darüber zu mokieren, fällt leicht. Warum dieses Rätsel aber auch ein Gegenstand der Forschung sein sollte, erklärt die Berliner Politikwissenschaftlerin Paula Diehl überzeugend in ihrem Buch „Das Symbolische, das Imaginäre und die Demokratie“. Allerdings muss der Leser Ausdauer mitbringen. Die Verfasserin holt weit aus und entwirft zunächst eine umfassende Theorie des Imaginären und der symbolischen Repräsentation. Während diese ersten Kapitel vor allem ein theoretisch interessiertes Publikum ansprechen, finden sich im zweiten Teil etliche Bezüge zu aktuellen empirischen Forschungen über politisch-mediale Inszenierungen und Bilderwelten.

Die Theoriebildung begibt sich gleich zu Anfang in luftige Abstraktionshöhen. Von Cornelius Castoriadis übernimmt Diehl den schillernden Begriff des „Imaginären“. Damit bezeichnet sie eine Tiefenebene, die „die Entstehung von ‚Wirklichkeitskonstruktionen‘“ erst ermögliche – eine Gesamtheit von „Bildern, Symbolen, Vorstellungen und sogar Emotionen“, von denen alles politische Leben zehre (S. 81). Jede symbolische Repräsentation bediene sich aus diesem Fundus, wirke aber zugleich performativ zurück auf das Imaginäre, indem sie dessen „schöpferische Seite [...] mobilisiert“ (S. 89). So habe zum Beispiel Willy Brandts berühmter Kniefall in Warschau maßgeblich dazu beigetragen, neue Vorstellungen der eigenen Gesellschaft in Deutschland zu etablieren.

Im zweiten Schritt wird die Argumentation geschichtlich geerdet. Dazu setzt sich die Autorin unter anderem mit Ernst Kantorowicz („Die zwei Körper des Königs“, 1957), mit dem fiktiven Staatskörper bei Thomas Hobbes oder der Enthauptung von Ludwig XVI. auseinander. Das hat den Zweck, den historischen Unterschied zwischen vordemokratischen Vorstellungen von Verkörperung und demokratischen Symbolen herauszuarbeiten. Während bei ersteren die Macht mit dem Körper des Monarchen zusammengefallen sei, könne der demokratische Repräsentant

immer nur als Symbol auf etwas, das er nicht ist, verweisen. Da in der Demokratie niemand die Macht dauerhaft für sich beanspruchen darf, könne das Objekt dieses Verweises nur das (im Imaginären angesiedelte) Prinzip der Volkssouveränität selbst sein. Hier rekurriert die Autorin auf Claude Leforts bekanntes Bild, demzufolge in der Demokratie der Ort der Macht notwendig leer bleibe: „Will der politische Repräsentant Legitimität erreichen, muss er permanent darauf hinweisen, dass nicht er die Macht verkörpert, sondern dass der eigentliche Machtinhaber das Volk ist“ (S. 249). Ob wir den sperrigen Begriff des Imaginären benötigen, um diesen Gedanken fruchtbar zu machen, sei dahingestellt.

In den letzten Kapiteln kommen die empirischen Körper und Inszenierungen lebender Politikerinnen und Politiker zur Sprache: Symbolische Prozesse müssen durch Repräsentantenkörper performativ aktiviert werden. Hier entsteht Diehl zufolge ein Dilemma: Idealerweise würde der Repräsentant zum bloßen Interpreten und Symbol der Volkssouveränität werden. Zugleich hat jeder Politiker einen Körper mit besonderen Merkmalen: Geschlecht, Hautfarbe, Habitus et cetera. Darauf kann mit unterschiedlichen Strategien reagiert werden. So neutralisiere Angela Merkel ihre Weiblichkeit durch Kleidung und Auftreten, während Barack Obama durch eine Inszenierung seines Körpers als „hybrid“ (S. 342) versuche, die Spaltung der Gesellschaft in Schwarz und Weiß symbolisch zu überwinden. Im letzteren Fall handelt es sich um eine demokratieverstärkende Inszenierung. Aber auch das Gegenteil kann eintreten. Vor allem Silvio Berlusconi dient der Autorin als Negativbeispiel: Seine Selbstinszenierung bediente primär eine Unterhaltungslogik und destabilisierte so die symbolische Logik der demokratischen Repräsentation (S. 281). Ähnliches dürfte heute wohl für den medialen Zirkus rund um die Frisur von Donald Trump gelten.

Es gelingt Diehl, ein theoretisch anspruchsvolles und empirisch fruchtbares Modell symbolischer Repräsentation zu liefern. Sie korrigiert dabei eine Reihe alter Missverständnisse, wenn sie einerseits (gegen rationalistische Auffassungen) auf die unvermeidlich symbolische und körperliche Seite von Repräsentationsprozessen hinweist, andererseits aber die Differenz der Verkörperungs- zur Verweislogik herausstellt. Die demokratische Variante symbolischer Repräsentation hat demnach stets das Potenzial, selbstreflexiv zu werden – wenn zum Beispiel Obama auf Lincolns Bibel schwört und so einem auf den

ersten Blick religiös geprägten Ritual eine zweite, demokratische Ebene verleiht.

Der Preis für die theoretische Geschlossenheit und Kohärenz des Modells ist eine gewisse Einseitigkeit der Perspektive. Symbolische Repräsentation ist für Diehl durchweg auf das „Ganze“ bezogen, auf das, was die „politische Ordnung zusammenhält“ (S. 303). Die prosaische Seite von Repräsentation – als Kanal politischer Teilhabe, Interessenaggregation und Konflikt-aushandlung – wird ausgespart. Aber benutzen Politiker Symbole nicht auch, um Gegensätze zu konturieren? Um Anhänger für partikulare Ziele zu mobilisieren und Hegemonieansprüche zu formulieren – oder zu konterkarieren? Die Auftritte von Yanis Varoufakis mit Lederjacke und Motorrad etwa signalisierten zunächst Opposition: Hier ist jemand, der euer Spardiktat nicht mitmacht. Konflikte nehmen in Diehls Überlegungen aber nur wenig Raum ein. Dabei war für ihren wichtigsten Stichwortgeber, Claude Lefort, durchaus noch zentral, dass die Demokratie Zusammenhalt gerade dadurch schafft, dass sie Spaltungen und Gegensätze sichtbar macht. Erst im Streit erfahre man sich als Teil desselben Gemeinwesens. Dieses Erbe fließt in Diehls Argumentation leider kaum ein.

Trotzdem sei das Buch jedem, der sich mit Theorien symbolischer Repräsentation und der Selbstinszenierung von Politikern beschäftigt, nachdrücklich empfohlen. Man liest es auch da, wo man widersprechen möchte, mit Gewinn.

Trier

Michel Dormal

Zur aktuellen Transformation der Demokratie

Demirović, Alex (Hrsg.): Transformation der Demokratie – demokratische Transformation, 300 S., Westfälisches Dampfboot, Münster 2016.

Begriffe und Thesen der neueren Transformationsforschung aufgreifend, hat der Berliner Politikwissenschaftler Alex Demirović soeben einen Sammelband vorgelegt, der sich mit den gegenwärtigen Umbrüchen westlicher Demokratien befasst. Die 15 gut lesbaren Beiträge gehen auf eine frühere Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung (2014) zurück, greifen nun jedoch in teils aktualisierter Fassung eine Reihe gegensätzlicher

Phänomene auf. Entsprechend weckt der Titel des Buches negative, wie positive Assoziationen: Im Verständnis des Herausgebers ist mit der Bezeichnung „Transformation der Demokratie“ anknüpfend an Johannes Agnoli (1990) einerseits eine sich rückentwickelnde, blockierte Erosion demokratischer Entscheidungsfindung gemeint. Andererseits zählen auch positive Tendenzen, wie eine erneuerte politische Kultur, eine verstärkte Protest- und Widerstandsbereitschaft, die wachsende Anerkennung der Menschenrechte, eine erhöhte Bildungsbeteiligung sowie die deutliche Ablehnung rechtsextremer Bestrebungen, dazu (Vorwort, S. 7f.).

Zunächst jedoch durchzieht nahezu sämtliche Beiträge eine Krisendiagnose. Dazu gehört etwa, die heutige Situation als „vielfältigen Krisenprozess“ (Demirović, S. 8) zu beschreiben, bei der sich die Symptome einer ökologischen Umweltkrise („Carbonkrise“) mit denjenigen einer ökonomischen Öl- oder Finanzkrise überlagerten und so in ihren negativen Auswirkungen gegenseitig steigerten. Da diese „multiple Krise“ (Markus Wissen, S. 61) bislang ungelöst geblieben sei, so eine übergreifende These des Buches, führten die Probleme nun zu einer formidablen Krise der repräsentativen Demokratie mit all ihren Folgen, wie Politikverdrossenheit, Wutbürgertum und Rechtspopulismus.

Zur zentralen Kategorie avanciert bei dieser Art der Krisendiagnose der Begriff des Autoritarismus: Mario Candeias (S. 9–13) erläutert die Merkmale eines europaweit sich ausbreitenden „autoritären Neoliberalismus“; John Kannankulam (S. 35–47) problematisiert einen staatlicherseits praktizierten „autoritären Etatismus“; Alex Demirović selbst spricht am Ende (S. 278–302) von wachsenden „autoritären Tendenzen“. Und stets ist mit „autoritär“ eine ausufernde Exekutivlastigkeit liberal-demokratischer Ordnungen gemeint sowie der verstärkte Rückgriff auf kontrollierende, ja repressive Regierungs- und Verwaltungsformen.

Angesichts der Krise der repräsentativen Demokratie und des zunehmenden Autoritarismus loten drei Beiträge (Lutz Brangsch; Andreas Eis; Thomas Wagner) die derzeitigen Chancen „direkter Demokratie“ und computergestützter Partizipations- und Beteiligungsverfahren aus (S. 84–134). Zwei weitere Beiträge (Birgit Sauer; Katrin Meyer) eröffnen eine feministische Sicht auf Demokratie und Volkssouveränität (S. 156–200). Hinzu tritt die demokratietheoretische Neulektüre der Werke von Hannah Arendt

(Dirk Jörke, S. 201–223), Walter Benjamin (Isabell Lorey, S. 265–277) oder der Schriften des Jakobinismus (Axel Rüdiger, S. 224–248). Nicht zuletzt erfolgt eine historische Bilanz bisheriger Konzepte der „sozialen Demokratie“ (David Salomon, S. 248–264).

Stark wird das Buch immer dann, wenn neo-marxistische Standpunkte bezogen und diese mit Einsichten der neueren Transformationsforschung verknüpft werden – sei es, um die Erfahrungen des „Arabischen Frühlings“ zu berücksichtigen, oder die Probleme des Nord-Süd-Konflikts oder die mit den *postcolonial studies* prominent gewordenen Perspektiven der „Subalternen“. So zeichnet sich quer zu den Beiträgen ein neues Vokabular ab, mit dem die Umbruchprozesse westlicher Demokratien auf neue Weise beschrieben und kritisiert werden können.

Exemplarisch sind solche Inspirationen spürbar, wenn es darum geht, das gewohnte Spektrum demokratischer Beteiligungs- und Protestformen zu erweitern. Neben „Ökodörfern“ (Frank Fischer, S. 67–83) und Demonstrationen werden dann auch Aufstände oder die Besetzung von öffentlichen Parks („Occupy“) und Plätzen zum Thema.

Durchaus kreativ kann die neo-marxistisch inspirierte Kritik an der Gegenwart sogar zu einer Neubenennung unserer politischen Ordnung führen. In der Folge ist dann – anknüpfend an Ingolfur Blühdorn (2013) – kritisch von einer wenig wertegebundenen, entpolitisierten „simulativen Demokratie“ (Markus Wissen, S. 60–61) die Rede. Oder von einem „global agierenden kommunikativen Kapitalismus“, in dem sich die neue „Wissensarbeiterklasse“ der zwar gut Gebildeten, aber prekär Beschäftigten digital vernetzt und zu einem global revoltierenden „Cyberiat“ heranwachse (Jodi Dean, S. 135–155).

So kreativ die Neuerfindung von Begriffen oder die ungewohnte Kombination ansonsten divergierender Forschungsansätze im vorliegenden Sammelband auch ist, all das hat offenbar seinen Preis. Will man genauer wissen, wie die „Transformation der Demokratie“ derzeit konkret vor sich geht, so gibt das Buch darauf keine eindeutige Antwort. Vieles bleibt heterogen, manches inkohärent. Vielleicht ist dies angesichts der Dynamik heutiger Umbrüche auch nicht anders zu erwarten.

Wirklich störend ist es allerdings, wenn ein an sich aufschlussreicher Beitrag, wie der von Jodi Dean, in einen polemischen Gestus überwechselt, etwa um die Medien pauschal zu

„Mainstreammedien“ zu erklären oder Klassenkampf dramatisierend als „Krieg“ zu bezeichnen (S. 135–138, 151).

Ganz sachlich unternimmt am Schluss Alex Demirović (S. 278–302) den Versuch, die mitunter weit auseinander driftenden Befunde programmatisch zu ordnen. Hatten sich zuvor schon mehrere Autoren mit Colin Crouch (2008) befasst, so greift Demirović hier die These von der „Postdemokratie“ erneut auf. Statt die Demokratie zu verabschieden, gehe es eher darum, ihr Potenzial unter den Bedingungen von Globalisierung und Digitalisierung neu zu ermessen. Dabei gelte es, sich einen kritischen Blick zu bewahren, aber auch die optimistische Sicht auf neue zivilgesellschaftliche Partizipations- und Protestformen und damit auf die Chance einer kraftvollen „Mitsprache der Subalternen“ (S. 289). Doch wer ist damit im heutigen globalen Norden konkret gemeint?

Berlin

Brigitte Kerchner

Das Ende der Hyperstabilität?

Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, 230 S., Springer VS, Wiesbaden 2016.

Decker, Frank: Parteiendemokratie im Wandel. Beiträge zur Theorie und Empirie, 264 S., Nomos, Baden-Baden 2015.

Die Parteiendemokratie in der Bundesrepublik Deutschland hat in den vergangenen 70 Jahren eine, in mancher Hinsicht, beispielhafte, beinahe lehrbuchartige Entwicklung durchgemacht. Das war nach dem Scheitern der ersten Republik 1933 alles andere als selbstverständlich. Im Rückblick ist der Aussage von Fritz René Allemann „Bonn ist nicht Weimar“ (1956) daher im vollen Umfang zuzustimmen. Die Fehler der Väter im Jahr 1918, wurden zu Erfahrungen, einem Memento bei den Müttern und Vätern des Grundgesetzes (GG) und damit im Prozess der Schaffung einer wehrhaften Demokratie. Im Parteienwettbewerb wurde über die 5-Prozent-Hürde eine Konzentration sichergestellt, die die Erreichung klarer Mehrheitsverhältnisse ‚trotz‘ des (personalisierten) Verhältniswahlrechtes sicherstellte. Mit Artikel 21 GG erhielten die

Parteien nicht nur Verfassungsrang, sondern ebenfalls eine Aufgabenbeschreibung: „(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei“. Über das Parteien- und das Parteienfinanzierungsgesetz wurde die Rollenbeschreibung vertieft und die Unabhängigkeit von externen Einflüssen gewährleistet. In der langen Linie führten diese und andere Faktoren zu einer Konzentrierung auf zunächst drei Parteien (CDU/CSU, FDP und SPD) bis fast zum Ende der 1970er Jahre. Mit den (Bündnis-)Grünen und der ostdeutschen Linkspartei kamen nur zwei Akteure hinzu, welche sich tatsächlich etablieren konnten. Diese Genese war nicht dem Fehlen anderer Parteiprojekte geschuldet, allein auf Bundesebene gab es eine deutlich dreistellige Zahl an Bewerberinnen über die Jahre, einzig das System und seine „Spieler“ waren derart repräsentativ und responsiv bei gleichzeitig relativ hohen Einstiegshürden, dass es als hyperstabil im internationalen Vergleich beschrieben werden kann.

Nach dem Ende des Blockgegensatzes und mit der Wiedervereinigung sind eine Reihe von Aspekten wirkmächtig geworden, die diesen Effekt möglicherweise mittel- und langfristig aufweichen. Zu denken wäre an die Globalisierung, Digitalisierung, Integration der Nationalstaaten in ein supranationales Gefüge – zumindest in Europa, die EU – sowie die zahlreichen „Post“-Phänomene. Der inzwischen als temporärer, Hype induzierter, aber durchaus für die Gesellschaft themenrelevante Aufstieg der Piratenpartei sowie die seit 2013 stattfindende, sukzessive Etablierung der Alternative für Deutschland (AfD), können als Indikatoren eines Endes der Hyperstabilität gewertet werden. Mit denen in dieser Rezension besprochenen Bänden liegen neue Überlegungen zu dem übergeordneten Phänomen wie zu der rechtspopulistisch agierenden Partei vor.

Frank Decker, Professor für Politische Wissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, hat sich in einer großen Bandbreite von Arbeiten mit der Entwicklung des Parteiensystems auseinandergesetzt. Mit dieser Monographie legt er eine essenzielle Gegenwartsanalyse zum derzeit stattfindenden Wandel der Parteiendemokratie in der Bundesrepublik vor. Es handelt sich dabei um eine Aktualisierung des Bandes „Parteien und Parteiensysteme in Deutschland“ aus dem Jahr 2011 (S. 7). Tatsächlich wurde die theoretische Fundierung mit einer Begriffsklärung, der epistemologischen

Rahmung der Entwicklung von demokratischen Systemen als Parteiensystemen sowie mit einem Rekurs auf Otto Kirchheimers Verständnis der „Catch-All Party“ substanziell erweitert. Die Einbeziehung des Klassikers und weiterer Autoren, wie unter anderem Richard Katz und Peter Mair, zeigt, dass die gegenwärtige Kritik an der Rolle und mehr noch dem Habitus moderner Parteien in westlichen Gesellschaften – zu denken wäre hier an das Repräsentationsdefizit respektive die Unattraktivität für junge Menschen oder neuen Mitglieder allgemein – verhältnismäßig alt ist (S. 58–61). In dieser Feststellung ist der Grundtenor des Bandes zu hören. Decker stellt die Frage nach den nötigen Veränderungen eines lange Zeit sehr erfolgreichen und stabilen Systems vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen.

Im zweiten Teil nimmt der Autor die Parteiendemokratie der Bundesrepublik nach der Bundestagswahl 2013 in den Blick. Nach einer Skizze der Ausgangslage folgen Ausführungen zu den aktuell im Bundestag vertretenen Parteien (CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE und SPD). Anschließend betrachtet er wie im Fazit seines Beitrages, in dem von Alexander Häusler herausgegebenen Sammelband, die Stellung und Perspektive von AfD und FDP. Nach der Radikalisierung der Rechtspopulisten unterstreicht der Autor, dass auf der Nachfrageseite möglicherweise genug Potenzial ist, sodass beide Akteure fortbestehen könnten (S. 230–233).

Abgeschlossen wird die Publikation von einem Kapitel zur „Reform der Mitgliederpartei“. Hier greift Decker seine oben angesprochene Grundfrage auf. Sein Urteil zeigt, dass in der Entwicklung des deutschen Parteiensystems ein wichtiger Punkt erreicht ist. Das Modell der Mitgliederpartei – wie es lange als Ideal betrachtet wurde – scheint an Grenzen zu stoßen, wenn auf der einen Seite, mit beinahe allen Mitteln, neue Aktive geworben werden sollen, auf der anderen Seite im Mikrokosmos der Partei respektive der parteiinternen Willensbildung die Basis nur eine sehr überschaubare Rolle spielt (S. 257).

Trotz des Aufbaus auf einem Vorwerk hinterlässt der ansonsten gut zusammengestellte Band einen Patchwork-Eindruck. Diese Wahrnehmung entsteht aus der Tatsache, dass beinahe alle Kapitel bereits an anderer Stelle veröffentlicht wurden (S. 7) und dass es kein einheitliches Literaturverzeichnis gibt, sondern jeweils eines am Kapitelende mit den hieraus natürlicherweise entstehenden Redundanzen. Darüber hinaus wäre ein theoretischer Bezug zu der Arbeit aus dem

Jahr 2013 von Holger Onken „Parteiensystem im Wandel. Deutschland, Großbritannien, die Niederlande und Österreich im Vergleich“ oder besser noch eine direkte Anknüpfung aus der Sicht des Rezensenten wünschenswert gewesen.

Der Herausgeber des Sammelbandes zur AfD, Alexander Häusler, kann als Pionier der wissenschaftlichen Beobachtung der Partei gelten. Bereits 2013 legte er eine umfangreiche Studie für die Heinrich-Böll-Stiftung vor, welche Materialien und Deutungen für die vertiefte Auseinandersetzung bereitstellte. Mit der vorliegenden Publikation ging es darum, „den bisherigen wissenschaftlichen Forschungsstand zur AfD zusammenzutragen und zu reflektieren und zudem neue Forschungsaufgaben und offene Fragen zu formulieren und zu erörtern“ (S. 2). Basis dieser Betrachtungen war eine Fachtagung die vom Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf (FORENA) am 19. Februar 2015 veranstaltet wurde.

Die Band ist neben Einleitung und abschließenden Bemerkungen in sechs Teile unterteilt: 1.) Parteipolitische Einordnung, 2.) Außenpolitische Positionierungen, 3.) Familien- und geschlechterpolitische Vorstellungen, 4.) AfD, PEGIDA und Muslimfeindlichkeit, 5.) Neurechte Einflüsse und 6.) Landespolitischer Einblick. Insgesamt gibt es 16 Beiträge von 15 Autorinnen und Autoren.

Den Anfang macht Frank Decker mit einem Blick des vergleichenden Parteienforschers auf die AfD. Mithilfe der Frage nach der ideologischen Ausrichtung und Programmatik, ihrer Entstehung, der Organisationsstruktur, der Zusammensetzung der Anhängerschaft und der Zielorientierung im politischen System untersucht der Autor die Partei (S. 9–20). Decker kommt zu dem Ergebnis, dass von der internen Ausrichtung beziehungsweise der Art der Wähleransprache der Partei nicht nur ihr zukünftiger Erfolg, sondern auch das Fortbestehen der FDP abhängen könnte (S. 21f.). David Bebnowski knüpft an diese Ausführungen insofern an, als dass er das Changieren der Partei zwischen Wirtschaftsliberalismus und Rechtspopulismus – besonders unter dem ehemaligen Bundessprecher Bernd Lucke – zum Anlass nimmt, aufzuzeigen, das Erstere der „Ankerpunkt“ des Zweiten sei (S. 31).

Im zweiten Teil führen Marcel Lewandowsky und Dieter Plehwe diesen Gedanken fort, wenn sie die Verteidigungs- respektive außenpolitische Dimension der AfD skizzieren. In gewisser Weise lassen sich diese gleichzeitig als Autoritäten

zugeneigt, auf nationale Identität, nicht selten unter dem Schlagwort Subsidiarität subsumierbare, ausgerichtete Wagenburgmentalität beschreiben.

Die Teile drei, mit Beiträgen von Jasmin Siri, Andreas Kemper und Ulli Jentsch sowie vier, gestellt durch Felix Korsch, Naime Çakir und Jonas Fedders, befassen sich mit zwei sehr spezifischen mehr oder weniger starken Strömungen in der Partei. Es zeigt sich, dass unter einem kleinsten gemeinsamen Nenner, der die Personen im Protestvehikel AfD vereint hat, zahlreiche zum Teil ambivalente Positionen vertreten werden. Diese sind im Regelfall nicht für die Gesamtpartei repräsentativ und haben bisher beispielsweise die Verabschiedung eines Vollprogramms behindert.

Der fünfte Teil lässt sich ebenfalls in dem gerade beschriebenen subsumieren. Allerdings beschäftigen sich die Beiträge von Hellmut Kellersohn zum Einfluss der Neuen Rechten und Anna-Lena Herkenhoffs Ausführungen über die Jugendorganisation der AfD mit einer hintergründigen Frage: Inwieweit ist die AfD das Podium, der parlamentarische Arm einer (extrem) rechten Bewegung. Einfluss und Unterwanderung sind in diesem Zusammenhang prominente Überlegungen, die zu diesem Zeitpunkt zwar Indizien erbringen, aber noch weit von einer konklusiven Feststellung dieses Umstandes entfernt sind.

Vor dem Ausblick des Herausgebers auf die AfD im Wahljahr 2016 präsentieren Christoph Kopke und Alexander Lorenz einen Einblick in die brandenburgische Fraktion der Partei. An der parlamentarischen Performanz soll sich die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Partei aufbauen. Hier halten die Autoren fest „lauter Chef, blasse Fraktion“ (S. 228). Gerade dieser letzte Teil wäre ausbaufähig. Die Fraktionen in Sachsen sowie Thüringen sind genauso lange im Amt und durch ihre Führungsfiguren, Frauke Petry und Björn Höcke, ebenso relevant.

Insgesamt bietet der Sammelband auf rund 250 Seiten einen guten Überblick über ein weiterhin wissenschaftlich viel beobachtetes und in sich bewegtes Parteiprojekt. Über die in den einzelnen Aufsätzen angegebene Literatur lässt sich ohne weiteres der Forschungsstand einschließlich 2015 erschließen.

Beide Bände stellen eine klare Bereicherung der wissenschaftlichen Diskussion dar. Dabei ist naturgemäß der Sammelband zur AfD mit einer verhältnismäßig geringeren Halbwertszeit für ein gesellschaftlich sehr relevantes Thema ausgestattet. Das Forschungsobjekt ist möglicherweise (noch) zu ‚unruhig‘, um sinnvoll in

diesem Publikationsformat erfasst zu werden. Die Ist-Stands-Beschreibung hat aber ohnedies ihre Berechtigung. Die Monographie von Frank Decker entwickelt ein Thema weiter, welches bisher in Deutschland beinahe ausschließlich auf einem akademischen Level von Bedeutung war. Mit der Aufweichung der Hyperstabilität wird die Bundesrepublik eher keine Verdoppelung der Anzahl der im Bundestag vertretenen Parteien erleben, wie mehrere skandinavische Staaten 1973, aber Deckers Ausführungen bieten theoriegeleitete Überlegungen an auf die Forschende, Studierende und Interessierte durchaus zurückkommen können, vielleicht sogar sollten.

Rostock

Christian Nestler

Nationale Identität aus einer empirischen Perspektive

McCrone, David/Bechhofer, Frank: Understanding National Identity, 238 S., Cambridge UP, Cambridge 2015.

David McCrone und Frank Bechhofer, Sozialwissenschaftler der Universität Edinburgh, legen mit diesem Buch eine Zusammenfassung ihrer langjährigen qualitativ wie quantitativ orientierten Forschungen zu nationaler Identität vor. Auf der Basis einer größeren Anzahl empirischer Studien aus den letzten 15 Jahren ziehen sie ein Resümee, das für den politischen Diskurs aber auch für die Fachdisziplinen anregend sein dürfte. Ungeachtet aller Überlegungen und Wünsche zu einem geeinten Europa und zur Überwindung nationaler Engstirnigkeit sehen McCrone und Bechhofer die Bedeutung nicht schwinden, die die nationale Identität für uns als Einzelne habe. Im Gegenteil werde es immer Situationen geben, in denen wir uns über die Zugehörigkeit zu einer Nation definieren oder in denen uns dieser Teil unserer sozialen Identität zugeschrieben würde. Unter welchen Umständen es dazu kommt, belegen die Verfasser an Verhalten und Einstellungen von Engländern und Schotten, das sie in der Grenzregion im Norden der britischen Insel im Detail genauso wie durch Umfragen in Großbritannien insgesamt erfassten.

Im Hinblick auf die kaum noch zu überschauende Anzahl an Publikationen zu Nation, Nationalismus und Patriotismus machen McCrone und Bechhofer darauf aufmerksam, dass die Frage in den Hintergrund rücke, was nationale

Identität sei, wie sie konstruiert werde. Stattdessen gehe es in den normativ geprägten und emotional aufgeladenen Auseinandersetzungen zumeist über den ‚richtigen‘ Umgang mit der Nation sowie über Zusammenhänge zwischen Einstellungen zur Eigengruppe und Fremdgruppenabwertung. Wie aber wird nationale Identität hergestellt und welche Bedeutung nimmt sie in unserem Alltag ein? Dieser Punkt ist der Fokus des zu besprechenden Buches. Darin folgen die Autoren Michael Billig (1995). Banal sei nationale Identität, weil wir uns üblicherweise keine Gedanken über sie machten, sie im Lebensalltag irrelevant erscheine. Wir besäßen sie, sofern sie im Reisepass verzeichnet sei. Und genau diese Selbstverständlichkeit nahmen die schottischen Forscher zum Anlass, Befragte um deren Definition von nationaler Identität zu bitten. Zudem konfrontierten sie die Befragten mit Situationen, in denen die Zuschreibung zu einer nationalen Gruppe salient wird. Auf diese Weise wird erkennbar, wie nationale Identität hervortritt und warum es zu Abgrenzungen kommt.

Die Verfasser präsentieren zum Einstieg bewusst keinen theoretischen Rahmen. Sie befassen sich weder mit der Definition von Nation noch mit der von nationaler Identität, weil objektive Faktoren – außer der Staatsbürgerschaft – nicht existieren und weil diese mit den subjektiven Zuschreibungen zu einer Nation im Widerspruch zueinander stehen (können). Als Heuristik wird angenommen, Sozialstruktur und soziales Handeln stünden hinsichtlich nationaler Identität in einer Wechselbeziehung zueinander: Selbstverständlich bestimmen Strukturen darüber mit, wer wir sind; doch ebenso verfügen wir über Freiheitsgrade bei der Festlegung dessen, wie wir uns selbst sehen, auch wenn unser Wille nicht vollständig frei ist. Auf dieser Basis verstehen McCrone und Bechhofer nationale Identität als Resultat konkreter Handlungen, als da sind die Art, wie das eigene Selbst präsentiert wird, wie Ansprüche an das Selbst oder die Eigengruppe ebenso wie Gegenansprüche formuliert werden. Das Forschungsinteresse richtet sich somit auf die Kriterien, mittels derer die Individuen ihre nationale Identität herstellen, die aber zugleich von anderen anerkannt sein müssen.

In sechs Kapiteln werden die empirischen Ergebnisse vorgestellt. Im allgemeinen Überblick wird deutlich, auf welche Weise sich die Bewohner der britischen Inseln voneinander unterscheiden. Ist für die ganz große Mehrheit der Schotten klar, wer sie sind, sehen sich Engländer zunächst als Briten, hat die staatliche Vorrang vor der

nationalen Identität. Bemerkenswert: Diese Einschätzungen sind unabhängig vom Nationalstolz. Beiderseits der Grenze sind mehr als 60% der Schotten wie der Engländer in ähnlichem Maße stolz darauf sowohl Mitglied ihrer Nation als auch Brite zu sein. Hinsichtlich dessen, was Stolz bedeutet, ist von Interesse, dass lokale und regionale Identitäten für Befragte in beiden Landesteilen weit vor der nationalen oder staatlichen in Bezug auf ihre Bedeutsamkeit rangieren und dass die nationale Identität eher als Faktum betrachtet wird, denn mit Affekten zusammenhängt.

Differenzen zwischen beiden Landesteilen zeigen sich, wenn in Leitfadenterviews nach den Gründen gefragt wird, warum sich jemand einer Nationalität zugehörig fühlt. Können Personen mit schottischem Hintergrund sehr präzise benennen, warum sie sich diese Identität zuschreiben, bleiben Engländer eher vage, definieren sich tendenziell darüber, sie seien nicht die Anderen. Interessanterweise sind es auch die Engländer, die, über die Zeit betrachtet, auf das schottische Unabhängigkeitsreferendum im Gegensatz zu den Schotten mit stärkerer nationaler Identifikation reagieren.

Anregend ist auch Kapitel 4, das vielsagend mit „Debatable lands“ überschrieben ist und Erkenntnisse von Lokalstudien präsentiert, die in und um Berwick-upon-Tweed als Grenzort durchgeführt wurden. Spielt die Grenze im Lebensalltag eher keine Rolle, kommt ihr in besonderen Situationen, wie etwa der Wahl des Krankenhauses für die Geburt eines Kindes, Bedeutung zu. Erst recht wird nationale Identität wichtig, wenn unter Bezug auf sie Ansprüche erhoben werden. So betonen Berwickers, speziell die Bewohner der alten Kernstadt, ihre lokale Identität – ohne die nationale abzulehnen –, weil sie wissen, dass die Schotten nördlich des Tweed sie als Engländer sehen, letztere sie wiederum aus historischen Gründen als Schotten titulieren. Es sind gerade diese Passagen des Buches, die belegen, was Konstruktion von nationaler Identität heißt, unter welchen Bedingungen sie aktualisiert wird sowie wann und warum der aus ihr resultierenden Zuschreibung ausgewichen, die lokale Identität gewählt wird. Festgemacht wird sie an der Herkunft der Familie wie auch der Nutzung des Dialekts. Ungeachtet dieser individuellen Entscheidungen ist der Einfluss institutioneller Faktoren nicht zu leugnen. Will sich ein Paar, das von hüben wie drüben stammt, trauen lassen, sind sie schnell mit Problemen konfrontiert, die aus unterschiedlichen rechtlichen Regelungen resultieren, die sie darauf stoßen, dass sie in zwei Nationen leben.

Die Forscher untersuchen auch Aspekte von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Allerdings geht es weniger um die Wechselwirkung zwischen Eigen- und Fremdgruppenwahrnehmung, als um die Identitätsansprüche, die Personen erheben oder von denen erwartet wird, dass sie zurückgewiesen werden. Sehen Engländer wie Schotten keinen Widerspruch darin, sich jeweils als solche zu definieren, und beruht die Unterscheidung zwischen ihnen insbesondere auf der Erkennbarkeit des genutzten Akzents, trifft dies für Migranten und deren Abkömmlinge nicht zu. Sie definieren sich ausschließlich als Briten, weil sie wissen, der Anspruch, etwa Engländer zu sein, würde ihnen nicht zugestanden werden. McCrone und Bechhofer sehen keine andere Möglichkeit, dies als eine Reaktion auf Rassismus einzuordnen, auch wenn daraus nicht automatisch auf entsprechendes Handeln geschlossen werden könne.

Das Buch macht deutlich, dass nationale Identität einem Referenzrahmen entspricht, bei dem die Handelnden in der Regel das Nationale auf kulturelle Eigenheiten zurückführen. Deshalb sollten wir bezüglich Patriotismus darauf verzichten, Staatsbürgerschaft mit nationaler Identität gleichzusetzen. Und was die Konkurrenz der verschiedenen sozialen Identitäten betrifft, folgt aus der Stärke von der einen nicht die Schwächung der anderen. Stattdessen wird eine solche Identität üblicherweise unter je spezifischen Umständen salient. Im Hinblick auf die politische Situation in Großbritannien belegen die Verfasser zudem, dass das Gefühl von Zugehörigkeit nicht notwendig in politische Forderungen wie etwa der zur Unabhängigkeit mündet. Diese Schlussfolgerung wäre allerdings nach den jüngsten Entwicklungen mit dem Brexit-Votum erneut zu untersuchen.

Als Resümee ist der vorgelegte Band allen uneingeschränkt zu empfehlen, die sich mit nationaler Identität wie auch mit Großbritannien beschäftigen. Die Autoren weiten unseren Blick auf das soziale Handeln, durch das nationale Identität erst geschaffen wird.

Passau

Horst-Alfred Heinrich

Proeuropäische EU-Kritik

Balibar, Étienne: Europa. Krise und Ende?, 271 S., Westfälisches Dampfboot, Münster 2016 (franz. 2016).

Krisen sind Gelegenheiten der öffentlichen Intervention. Intellektuellen eröffnen sie die Chance, aber ohne jegliche Garantie, die vorherrschenden Weltansichten und Diskurse infrage zu stellen oder zumindest zu verschieben. Die im vorliegenden Band versammelten, zwischen Mai 2010 und Oktober 2015 geschriebenen Interventionen sind demzufolge als Versuch zu interpretieren, die Möglichkeiten eines demokratischen Neubeginns in Europa auszuloten.

Als politischer Philosoph nähert sich Étienne Balibar dieser Aufgabe auf einem hohen Reflexions- und Abstraktionsniveau. Dieses ist einerseits der durch ihn mitbegründeten Denktradition des strukturalen Marxismus geschuldet, andererseits aber auch dem Bemühen, den Verlauf der europäischen Krisen hintergründig, das heißt mit Blick auf die prägenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie die darin eingelagerten Widersprüche, zu rekonstruieren. Diese Herangehensweise unterscheidet sich deutlich von herkömmlichen Analysen, die sich zumeist auf das institutionelle Setting oder die makroökonomischen Ungleichgewichte beziehen. Balibar interessiert sich hingegen für den sozialen Charakter der EU und die gesellschaftlichen Zwischenräume, das heißt für die Arenen, in denen sich die Krisen und Widersprüche der europäischen Integration öffentlich artikulieren. Dies wird auch daran deutlich, dass er den sozialen und politischen Kämpfen, Fragen der demokratischen Souveränität, populistischen Diskursen sowie alternativen Ideen und Handlungsoptionen besondere Aufmerksamkeit schenkt.

Konkret gliedert sich der Band in fünf Teile mit jeweils spezifischen thematischen Schwerpunktsetzungen. Im ersten Teil, dem Vorwort und der Ouvertüre, erläutert Balibar, warum es seines Erachtens erforderlich ist, in der EU eine Debatte über einen Föderalismus neuer Art zu beginnen, insbesondere über die „Erneuerung der Demokratie im europäischen Raum“ (S. 39). Im zweiten Teil („Interventionen (2010–2014): Die beiden Wege“) wird dieser Gedanke anschließend vertieft. Balibar führt aus, dass die ungleiche Entwicklung in der EU, vor allem die hierarchische Struktur der Zentrum-Peripherie-Beziehungen, und die im Zuge der Krise beobachteten Tendenzen einer technokratisch-autoritären Entdemokratisierung – Balibar verweist zum Beispiel auf die zentrale Rolle der EZB im europäischen Krisenmanagement (S. 95) – einen demokratischen Erneuerungsprozess sehr dringlich machen. Im dritten Teil („Nationalismus, Grenzen und Migrationen“) wird diese

Perspektive in einen erweiterten Kontext gestellt. So zeugen für Balibar auch das Erstarken populistischer Kräfte, die spezifische politische Artikulation der nationalen und der sozialen Frage sowie die Krise des europäischen Grenz- und Migrationsregimes davon, dass die kriseninduzierte Erschütterung des europäischen Gemeinwesens sehr grundlegend ist und über die gewohnten Pfade der politisch-institutionellen Regulierung hinaus weist.

Nach diesen krisen- und zeitdiagnostischen Ausführungen zur Lage in der europäischen Union wendet sich Balibar im vierten Teil des Buches („Die Zukunft der BürgerInnenschaft in Europa“) der Frage zu, wie der zuvor eingeforderte Neubeginn und Pfadwechsel strategisch konzeptualisiert werden kann. Gegen die „Revolution von oben“, die das praktizierte Krisenmanagement charakterisiert, knüpft er an die von Jürgen Habermas unterbreitete Perspektive einer post-nationalen Demokratie an, setzt dabei aber spezifische Akzente: zum einen, indem er eine sozialintegrative und sozialökologische Transformation der kapitalistischen Reproduktionsmuster einfordert; und zum anderen, indem er – gegen die „große Koalition“ der politischen Mitte“ (S. 175) – die jenseits des Nationalstaats zu entwickelnden Formen demokratischer Kontrolle und Partizipation durch konfliktuelle Elemente angereichert sehen will (S. 154f.). Die Stärkung der konfliktuellen Elemente stellt für ihn nicht nur ein wichtiges Medium gegen die voranschreitende Entdemokratisierung auf der europäischen wie der nationalen Ebene dar. Sie fördert auch die soziale Konstruktion eines europäischen Demos und damit einen Prozess, der eine weitgehende Vergemeinschaftung der Politik unter Einschluss steuerpolitischer Fragen legitimieren kann.

Im abschließenden Teil („Abschluss: Der 13. Juli 2015 – und was kommt danach?“) erläutert Balibar in einem mit Sandro Mezzadra und Frieder Otto Wolf gemeinsam verfassten Text, inwiefern sich die zuvor identifizierten Entwicklungen, Probleme und Widersprüche im Fall der Regierungsübernahme von Syriza in Griechenland zugespitzt haben. Der Band endet mit zehn programmatischen Thesen – unter anderem zur Notwendigkeit eines grundlegenden Wandels, zur Etablierung einer Transferunion, zur transnational-demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte und zur Revitalisierung eines demokratischen „Souveränismus“ – und einer retrospektiven Reflexion der vorhergehenden

Überlegungen angesichts des auflebenden Rechtspopulismus.

Die hier nur sehr knapp zusammengefassten Ausführungen sollten deutlich gemacht haben, dass in dem Buch von Étienne Balibar zentrale Eckpunkte einer proeuropäischen EU-Kritik entfaltet werden. Die Überlegungen sind – bei allen Verweisen auf die Empirie des europäischen Krisenmanagements – vornehmlich konzeptionell angelegt. Im Kontrast zur mitunter recht eingefahrenen Europa-Debatte liefert Balibar viele analytische und auch programmatische Inspirationen. Allerdings ist die Argumentation im Bemühen um Systematisierung zuweilen etwas umständlich und auf einem recht hohen Abstraktionsniveau angesiedelt. Wie die Anregungen zu konkretisieren sind, bleibt daher häufig den Lesern überlassen.

Tübingen

Hans-Jürgen Bieling

Europa im freien Fall

Milev, Yana (Hrsg.): Europa im freien Fall. Orientierung in einem neuen Kalten Krieg, 141 S., Turia + Kant, Wien/Berlin 2016.

Die Gemeinsamkeit der in diesem Band versammelten Beiträge besteht in dem Versuch, die russische Position in der sich spätestens seit 2014 erneuernden Ost-West-Konfrontation verständlich zu machen. Gemeinsam ist ebenfalls die Perspektive des machtpolitischen Realismus, die geopolitische Argumentationsweise und bei den beiden deutschen Autoren (Herfried Münkler, Peter Sloterdijk) darüber hinaus ein gewisser Antiamerikanismus, der bei den beiden hochrangigen und mit der politischen Spitze gut vernetzten russischen Autoren (Ruslan Grinberg, Boris Shmelev) durch eine nüchterne Sicht auf die beidseitigen Interessen ersetzt wird.

Der gemeinsame Beitrag von Grinberg und Shmelev ist herausragend durch seine denkschriftartige Differenziertheit. Die Aufnahme der osteuropäischen Länder in die EU wird, anders als in der medialen russischen Propaganda, als die rationalste Variante zur Stärkung der Stabilität auf dem europäischen Kontinent angesehen. Die NATO-Osterweiterung wird als deren organische Ergänzung zu einer europäischen beziehungsweise euroatlantischen Sicherheits- und Stabilitätszone eingeordnet. Von dieser Ausgangsbasis

diagnostizieren die beiden Autoren, dass es rein theoretisch im russischen Interessen hätte gelegen sein können, als europäischer Staat Bestandteil dieser Stabilitätszone zu werden. Dazu kam es jedoch nicht, weil EU-Beitritte und Nato-Osterweiterung ohne Berücksichtigung anderer russischer Interessen vollzogen worden seien und Russland trotz G8 nie wirklich Eingang in den Klub gefunden habe. Auf der russischen Seite stehen dagegen das Festhalten an einem eigenen Großmachtanspruch und der Unwille, sich in Europa aufzulösen. Diese Wahrung der Identität des heutigen Russlands und die Selbsterhaltung als Machtzentrum mussten notwendigerweise zu der aktuellen geopolitischen Konfrontation mit dem Westen führen. Gereiztheit und Misstrauen haben sich aufgestaut und schließlich in der Ukraine-Krise konfrontativen Charakter angenommen.

Auch kulturell sind die Differenzen gewachsen. Die beiden Autoren sprechen von einer Dechristianisierung Europas, der in Russland ein Erstarren des Staates, eine neue Ideologie des Staatsnationalismus und parallel dazu ein Wiedererstarren der Kirche gegenüberstehen. Die nach Meinung von Grinberg und Shmelev gescheiterte europäische Multikulturalismus- und Migrationspolitik führt bei den westlichen Eliten zur Suche nach einem äußeren Feind – eine Rolle, die traditionell Russland zugewiesen wurde. Als potenzielle entgegengewirkende Kraft sehen sie das neue gemeinsame Feindbild des islamischen Fundamentalismus, demgegenüber eine beidseitige Kooperationsbereitschaft bestehe. Das reiche aber nicht aus, weil von russischer Seite der tiefere Konfliktgrund in einer Art verdecktem Energiekrieg gesehen wird, das heißt in dem Versuch der EU, sich stärker von russischen Energielieferung unabhängig zu machen. Grinberg/Shmelev beklagen, dass sich diese Konfrontation ungünstig auf die internationale Positionierung Russlands auswirkt, das Modernisierungstempo des Landes verlangsamt und die Bedingungen für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft erschweren. Sie empfehlen die Suche nach Kompromissen, sehen aber, dass derzeit keine Klarheit darüber besteht, wie dies machbar sein könnte. Aus diesem Grund richten sie in einer Art geopolitischen Melancholie den Blick nach Osten – auf eine eurasische Wirtschaftsunion mit Weißrussland, Kirgisistan und Kasachstan sowie auf eine dichtere Interaktion mit China. Sie spekulieren ganz traditionalistisch, dass eine zukünftige geopolitische Schlacht zwischen dem Westen und China um die Kontrolle von Rohstoffquellen ausbrechen

könnte. Russland und die postsowjetischen Staaten könnten den Ausgang beeinflussen, je nachdem, auf welche Seite sie sich schlagen. Beide sehen in der Ausweitung der „Shanghai 5“, einer 1996 gegründeten Kooperation zwischen China, Russland, Kasachstan, Tadschikistan und Kirgisistan zur Lösung von Grenzproblemen, einen möglichen Ansatz, zumal neuerdings Indien, Pakistan, Iran und die Mongolei Beobachter entsandt haben und gerne Vollmitglieder werden würde. Die russischen Strategen empfehlen, gemeinsam mit China die Führung zu behalten und Indien eher auf Distanz zu halten. Eine gesamteuropäische Kooperation dagegen wird nach dieser Analyse allenfalls erst zukünftigen Generationen von Politikern möglich sein, weil die Basis des Misstrauens, des Informationskrieges, der Sanktionen und Gegensanktionen sowie das neue Rüstungsrennen dagegen stehen.

Dieser Beitrag gibt einen wichtigen Einblick in die kühle und keineswegs vordergründig ideologische Denkweise der russischen akademischen Politikelite. Dahinter stehen dann allerdings doch Ideologeme zweiten Grades wie das geostrategische Machtdenken, das so unverfälscht im Westen nur von wenigen vertreten wird. Der Beitrag von Herfried Münkler allerdings weist methodologisch in eine ganz ähnliche Richtung. Deutschland müsse sich als Macht der Mitte verstehen und somit größere Distanz zum atlantischen Westen halten. Eine Stabilisierung der Ukraine sei ohnehin nur in Kooperation mit Russland möglich. Ansonsten seien immer noch die Nationalstaaten und deren gouvernementale Kooperation stärker als die Institutionen der EU. Deutschland müsse sich dem neuen Bedeutungszuwachs als Macht der Mitte stellen, also auch wieder eine stärkere prägende Rolle einnehmen.

Peter Sloterdijk bringt den machtpolitischen Realismus in seinem nur neun Seiten umfassenden Beitrag in schärfster, bei Carl Schmitt entlehnter Zuspitzung auf den Punkt: Er wirft Deutschland eine friedfertige Unterwürfigkeit gegenüber den USA vor: „Letztlich geht es stets um die fast protestfreie Unterwerfung des tötungsunwilligen Vasallen unter das Diktat des tötungsfähigen Souveräns“ (S. 37, wiederholt S. 43f., dazu noch falsch zitiert in der Einleitung Yana Milev, S. 13). Europa sei nicht mehr souveränitätsbegabt. Der Westen sei gespalten an der Linie US-Militarismus versus Euro-Pazifismus, und die Übermacht der amerikanischen Datentechnologie sei längst mehr als eine Nebenfront im amerikanischen Krieg gegen den Rest der Welt.

Es ist durchaus beruhigend, dass die beiden russischen Autoren einer solchen überaufgeregten USA-Schelte ganz und gar nicht folgen, sondern die USA nur als einen wesentlichen Machtfaktor der weltweiten Geopolitik ansehen, mit dem man sich arrangieren muss – wie mit allen anderen Mächten auch.

Göttingen

Walter Reese-Schäfer

Zur Bedeutung von Hobbes für die Geschichte der politischen Theorie der Internationalen Beziehungen

Christov, Theodore: Before Anarchy. Hobbes and His Critics in Modern International Thought, 308 S., Cambridge UP, Cambridge 2016.

Mit der Studie „Before Anarchy“ wird die Bedeutung von Thomas Hobbes für die Geschichte der politischen Theorie der Internationalen Beziehungen eindrucksvoll dargestellt. Theodore Christov kritisiert, durchaus zutreffend, in seiner Studie die sogenannte *realist theory* der Internationalen Beziehungen, die Hobbes' Naturzustand unzulässig verkürzt habe. Neu ist diese Kritik nicht, aber Christovs detaillierte Analyse zeigt einmal mehr, wie kontrovers Hobbes' Naturzustand nach wie vor diskutiert wird. Das Buch gliedert sich in zwei Teile. Der erste Teil, auf den ich hier aus Platzgründen vornehmlich eingehen werde, analysiert Hobbes' Bedeutung für die Theorie der Internationalen Beziehungen und der zweite Teil diskutiert exemplarisch die Rezeption von Hobbes anhand von Samuel von Pufendorf (Kap. 5 und 6), Jean-Jacques Rousseau (Kap. 7) und Emer de Vattel (Kap. 8).

Zutreffend wird von Christov hervorgehoben, dass die konstatierte Rechtlosigkeit des menschlichen Naturzustandes ausdrücklich auch für das Verhältnis der Staaten untereinander gelte. Er spitzt diese Behauptung zu, indem er erklärt: „[T]he international domain [...] is itself the state of nature in the most original and actual sense“ (S. 113). Da es auch für die Staaten keine unabhängige Schiedsinstanz gibt und sie in ihrem Verhältnis zueinander Richter in eigener Sache bleiben, besteht die Konfliktlage zwischen den Staaten ebenso wie zwischen den Menschen im Naturzustand. Ohne eine übergeordnete unabhängige Instanz können diese Konflikte nur nach dem Recht des Stärkeren gelöst werden. Christov würdigt in seiner Studie die Bedeutung

der Hobbes'schen Naturgesetze nicht genügend. Denn wenn Hobbes sagt, dass der Naturzustand dem zwischenstaatlichen Verhältnis entspreche, dann heißt dies implizit auch, dass die vernunftrechtlichen Gebote des Naturzustandes auch auf das Völkerrecht Anwendung finden. Es war Hobbes' feste Überzeugung, dass die Gebote der rechten Vernunft allein nicht ausreichten, um einen gesicherten Rechtsfrieden zu garantieren. Dies war, wie Hobbes nicht müde wurde zu betonen, erst durch die Stiftung einer mit Zwangsrechten bewehrten Staatsgewalt möglich. Die von Hobbes entwickelten natürlichen Gesetze, wie etwa den Frieden zu suchen oder Verträge zu halten, können als notwendige Voraussetzungen für die Ordnung einer Staatengemeinschaft gelesen werden. Freilich zieht Hobbes auf der zwischenstaatlichen Ebene nicht die Konsequenzen, die er auf der staatsrechtlichen durch die Stiftung eines Souveräns gezogen hatte. Die Bedeutung der natürlichen Gesetze für das Verhältnis zwischen den souveränen Staaten ist aber unübersehbar. Auf diesen wichtigen Aspekt geht Christov in seiner Studie leider nur cursorisch ein (vgl. S. 113ff.). Andererseits wird von Christov der Verpflichtungscharakter der Naturgesetze überschätzt (vgl. S. 126), hier wäre eine Auseinandersetzung mit Howard Warrenders Studie angemessen gewesen.

Für Hobbes wird der Verpflichtungscharakter der natürlichen Gesetze durch die fehlende Sicherheit auch im Hinblick auf die internationalen Beziehungen aus den gleichen Gründen und mit gleicher Konsequenz eingeschränkt. Man sollte ihr Potenzial als Regelungsmechanismus für die zwischenstaatlichen Verhältnisse aber auch nicht leichtfertig abtun oder voreilig unterschätzen, auch wenn die Souveränitätslehre von Hobbes dazu verleitet. Konzeptionell dient ihm der Naturzustand – und darin besteht gerade eine seiner bedeutendsten rechtsphilosophischen Leistungen – als begründungstheoretischer Nachweis, dass ein staatliches Gewaltmonopol zur Garantie von Frieden und Sicherheit zwingend notwendig ist. Eben die Konsequenz des den Staat stiftenden Vertragsschlusses wird man aber für die internationale Ebene nicht ziehen können. Bereits bei Hobbes zeigt sich, dass jedes Völkerrecht unauflöslich mit der Souveränitätsfrage verschränkt ist. Christov schlägt in seiner Untersuchung aber einen anderen Weg ein, denn er versucht den Nachweis zu erbringen, dass der Hobbes'sche Naturzustand auch innerhalb des Staates noch

präsent sei: „[N]ature and sovereignty [...] resemble each other much more closely than the sharp contrast between the savage *Libertas* and the civilised *Imperium* in *De Cive*'s frontispiece may lead us to believe“ (S. 85, Hervorhebung im Original). Der fundamentale strukturelle Unterschied von Naturzustand und souveränem Staat gerät so aber aus dem Blick.

Die problematische Grundlage, auf der Christov die *realist theory* zu widerlegen sucht, ist also in der Behauptung zu sehen, Hobbes sei letztlich in seinem Naturzustandsszenario gerade nicht davon ausgegangen, dass Anarchie die natürlich gegebene Situation der Menschen im Naturzustand gewesen sei. Die Familienstruktur, die durchaus bereits Kooperation und Bündnisse im Naturzustand aufweise, sei mit den internationalen Beziehungen vergleichbar. In beiden Fällen sei bereits ein nicht zu übersehendes Niveau an Stabilität gegeben: „Armed peace is the universal requirement of all sovereigns and serves as the practical foundation for Hobbes's international theory“ (S. 132). Christov ist hier in seiner Interpretation begrifflich ungenau. Entspricht „armed peace“ doch viel eher der Hobbes'schen Definition des Krieges, so dass man von bewaffnetem *Frieden* nach Hobbes besser nicht sprechen sollte: „*Krieg* besteht nicht nur in Schlachten oder Kampfhandlungen, [...] sondern in der bekannten Bereitschaft dazu während der ganzen Zeit, in der man sich des Gegenteils nicht sicher sein kann. Jede andere Zeit ist *Frieden*. Deshalb trifft alles, was Kriegszeiten mit sich bringen, auch auf die Zeit zu, während der die Menschen keine andere Sicherheit als diejenige haben, die ihnen ihre eigene Stärke und Erfindungskraft bieten“ („*Leviathan*“, Kap. 13, S. 96, Hervorhebung im Original).

Christov versucht die Souveränitätstheorie von Hobbes zu relativieren. Aber die Grenze eines effektiven, rechtlich durchsetzbaren Völkerrechts verlief genau dort, wo der Staat nicht bereit war, seine ihm eigentümliche Souveränitätsrechte an eine diesem übergeordnete Instanz zu übertragen. Das wurde bereits von dem Abbé Saint-Pierre ausführlich erörtert. Ohne den Begriff zu verwenden, kommt Christovs alternative Interpretation der Doktrin der *balance of power* nahe. Hier hätte man sich, durchaus auch im Anschluss an den Abbé Saint-Pierre, eine detailliertere Diskussion und mehr Problembewusstsein gewünscht.

Zuzustimmen ist Christov hingegen, wenn er darauf verweist, dass zwischen dem individuellen

und staatlichen Naturzustand nach Hobbes auch ein entscheidender Unterschied besteht, der bis heute als der maßgebliche Grund auszumachen ist, warum souveräne Staaten es vorziehen, ihre Souveränität nicht vorbehaltlos auf der zwischenstaatlichen Ebene zu delegieren. Denn, so Hobbes im „Leviathan“, der Staat als Friedenswahrer garantiere intern Sicherheit und daraus resultierend wirtschaftliche Prosperität. Zugleich bedeutet für Hobbes die Gleichheit des Naturzustandes, dass die Staaten, wenn sie einander als Feinde gegenüberstehen, zwar nicht unbedingt an Stärke ebenbürtig sind – die Analogie zu den Menschen im Naturzustand stößt hier an eine weitere Grenze – wohl aber kann zwischen ihnen kein Staat moralisch oder juristisch diskriminiert werden. Jeder Staat hat ein Recht zum Kriege und ist im Kriegsfall dem Feind moralisch und juristisch als gleichwertig zu betrachten. Damit löst Hobbes sich von der scholastischen Theorie des gerechten Krieges (*bellum iustum*) – hier hätte man sich erneut gewünscht, dass Christov diesen Aspekt in seine Analyse aufgenommen hätte.

Hobbes hatte nicht die Existenz eines Völkerrechts geleugnet, sondern dessen Garantie und die Möglichkeit seiner rechtlichen Durchsetzung. Von Hobbes wird bereits die grundsätzliche Problematik aufgezeigt, dass bei der Beibehaltung der Souveränität der einzelnen Staaten ein wirksames Völkerrecht nicht realisierbar ist. Die argumentative Stringenz und Stärke der von Hobbes entwickelten Souveränitätstheorie, deren begründungstheoretisches Fundament er in seiner spezifischen Naturzustandslehre geleistet hatte, bildeten daher für jeden Denker, der sich mit der Problematik von Souveränität und Völkerrecht auseinandersetzte, den geradezu unvermeidbaren Ausgangspunkt aller weiteren Überlegungen.

Der zweite Teil von Christovs Studie widmet sich der Rezeption von Hobbes anhand von drei Fallstudien. Hier werden wichtige Gesichtspunkte diskutiert, anhand deren Christov aufzuzeigen versucht, wie Pufendorf, Rousseau und Vattel die Theorie von Hobbes weiterentwickelten. Aber auch hier ergeben sich im Detail Ungenauigkeiten in der Argumentationsführung. So hat Pufendorf zum Beispiel mit seiner Idee eines Staatensystems ausdrücklich auf Hobbes (vgl. „Leviathan“, Kap. 22) rekurriert. Die Idee von regulären und irregulären Staaten, wie sie für die Souveränitätsdiskussion Pufendorfs in seiner Reichsverfassungsschrift (*Severinus de Monzambano*) zentral war, verdankt sich nach Pufendorfs

eigenem Bekunden ausdrücklich Hobbes. Das ist alles seit über dreißig Jahren ausführlich in der Forschung diskutiert worden und die knappen Ausführungen bei Christov (S. 190–196) bleiben hinter dem seit Langem erreichten Forschungsstand zurück.

Die Akzente, die in „Before Anarchy“ gesetzt werden, mag man aus den hier angeführten Gründen nicht immer bereit sein zu teilen, bergen sie doch die Gefahr, wesentliche Aspekte (insbesondere die Bedeutung der Naturgesetze für die Internationalen Beziehungen und die Souveränitätstheorie) von Hobbes' Rechtsphilosophie auszublenzen. Insgesamt kann man die vorgelegte Studie aber nur begrüßen. Die Interpretation von Hobbes und die Rezeption seiner Lehre, gerade auch hinsichtlich der Internationalen Beziehungen, werden kontrovers bleiben. Hier so etwas wie eine herrschende Lehre formulieren oder gar durchsetzen zu wollen, wäre angesichts des Reichtums und der Vielschichtigkeit der Hobbes'schen Argumente verfehlt. „Before Anarchy“ setzt die Diskussion, wie Hobbes treffend in den Kanon der politischen Theorien einzuordnen ist, trotz mancher Unzulänglichkeiten zumeist originell und kenntnisreich fort und dürfte die weitere Forschung inspirieren.

London

Peter Schröder

„Doing good“? Humanitäre Kooperationen

Heins, Volker M./Koddenbrock, Kai/Unrau, Christine (Hrsg.): *Humanitarianism and Challenges of Cooperation*, 230 S., Routledge, London/New York 2016.

Es gibt im 21. Jahrhundert einen steigenden Bedarf nach humanitärer Hilfe für Menschen, die durch Kriege oder Naturkatastrophen bedroht sind. Doch ist dies nicht die einzige aktuelle Herausforderung für humanitäre Organisationen. Sie sind selbst einem Wandel ihrer Umwelt unterworfen, der sie vor weitere Probleme stellt. Die westlichen NGOs teilen sich das Feld mittlerweile mit anderen Akteuren, die sich neben den klassischen Geberstaaten und westlich geprägten humanitären NGOs den gewaltigen Aufgaben stellen: „neue“ Geber wie China, islamische NGOs oder private Militärfirmen. Oftmals zeigt sich, dass diese Akteure gar nicht so neu sind,

doch wird ihre Rolle zunehmend anerkannt und damit werden sie in den Augen der klassischen Geber und humanitären Organisationen vor allem zu möglichen Kooperationspartnern. Diese neue Konstellation verlangt nach einer eigenen Betrachtung und Reflexion, denn sie könnte bereits bestehende Probleme – wie die Instrumentalisierung humanitärer Hilfe für politische Zwecke – weiter verstärken. Im Zentrum dieses im Kontext des Käte-Hamburger-Kollegs Duisburg und des Essener Kulturwissenschaftlichen Instituts herausgegebenen Sammelbandes steht damit die hochaktuelle Frage, wie Kooperation zwischen humanitären Akteuren gelingen kann.

Kooperation scheint ein Schlüssel für eine bessere humanitäre Hilfe zu sein, die auch angesichts von Instrumentalisierung und Politisierung, kulturellen Spannungen, moralischen Dilemmata und steigenden Gefahren für humanitäre Helfer_innen bestehen kann. Die Herausgeber_innen beschreiben in der programmatischen Einleitung jedoch ein Paradoxon. Diese Trends, die Kooperation einerseits erforderlich machen, verhindern sie gleichzeitig (S. 8). Es stellt sich für die humanitäre Hilfe daher die drängende Frage, wie dieser Situation zu begegnen ist: in der Praxis, aber auch theoretisch.

Zunächst wird im Band ein zentraler Aufsatz von Thomas G. Weiss, einem renommierten US-amerikanischen Politikwissenschaftler, der viel zu Internationalen Organisationen, *global governance* und Humanitarismus schreibt, erfreulich kontrovers diskutiert. Weiss beschreibt, wie die gegenwärtige humanitäre Kultur durch „militarization, politicization, and marketization“ in Bedrängnis geraten ist. Humanitäre Organisationen müssten sich daher substanziell verändern, indem sie basierend auf sozialwissenschaftlicher Forschung lernen, wie sie die Effekte ihres Handelns besser einschätzen und kontrollieren können (S. 28, 31). David Chandler plädiert hingegen dafür, Prozesse in den Gesellschaften, die von Kriegen und Katastrophen betroffen sind, nicht-interventionistisch zu unterstützen (S. 46). Dennis Dijkzeul und Dorothea Hilhorst wenden ein, dass auch ein evidenz-basierter Ansatz und eine konsequentialistische Ethik instrumentalisiert werden könnten und dass Weiss' Ansatz daher keine Lösung für das Problem der Instrumentalisierung humanitärer Hilfe sei (S. 54).

In weiteren Beiträgen des Bandes wird deutlich, dass es in der humanitären Hilfe nicht nur um die Linderung von Not und die Bedürfnisse von Menschen in Katastrophensituationen

geht, sondern erschreckend viel auch um ökonomische Prozesse und Macht. Antonio Donini deckt die inhärente Kolonialität humanitärer Hilfe auf (S. 73). Kai Koddenbrock erklärt, dass das Feld der humanitären Organisationen seit den 1990er Jahren rapide wächst und mit immer mehr Ressourcen ausgestattet wird, weil humanitäre Organisationen ökonomischen Motiven folgen und den Gebern gegenüber Probleme verschleiern (S. 86). Kerstin B. Sandvik fragt, wie das humanitäre System für zukünftige Aufgaben „stronger, faster, and better“ werden kann (S. 97).

Teil II des Bandes zeigt die daraus resultierenden Kooperationsprobleme an recht unterschiedlichen konkreten Fällen auf, wobei das letzte Kapitel zum UN Sicherheitsrat auf den Internationalen Strafgerichtshof und die *responsibility to protect* vom bisherigen thematischen Fokus auf humanitäre Hilfe abweicht und sich nicht wirklich einpasst. Andere Beiträge befassen sich mit humanitärer Hilfe, die dezidiert religiös motiviert, oder aber zumindest in das Spannungsfeld zwischen Islam und Christentum eingebettet ist (Charlotte Walker-Said, Mathis Danelzik und Mayke Kaag). Mayke Kaag legt zum Beispiel die Vielfalt der humanitären NGOs offen und beschreibt, wie die Kooperation zwischen islamischen und westlichen (christlichen und säkularen) Organisationen durch Spannungen und Vorurteile besonders erschwert wird. Die Kooperation mit „neuen“ Akteuren, wie dem aufstrebenden Geberstaat China (Hannah Bianca Krebs) oder auch privaten Militärfirmen (Andrea Schneider/Jutta Joachim) wird als notwendig, aber auch problematisch beschrieben. Diese Akteure bieten Geld, Zugang zu bestimmten Gebieten oder Sicherheit, verbinden aber auch neue Ideale mit humanitärer Arbeit und führen daher zu einem Identitätswandel humanitärer Organisationen, wobei sich nicht eindeutig nachvollziehen lässt, was die Identität von so vielfältigen humanitären Organisationen genau ausmacht und wohin sie sich wandelt.

Dass sich humanitäre Organisationen verändern, scheint jedoch eine Voraussetzung für gelingende Kooperation auch mit „neuen“ Akteuren zu sein. Doch wandelt sich das humanitäre System nur schwerfällig und widerwillig, denn die Bekenntnis zu bislang zentralen, identitätsstiftenden Normen wie Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit verhindert das. Vieles deutet darauf hin, dass diese Normen zu allgemein und unspezifisch sind und zudem gar nicht die Realität treffen. Die Aufgabe besteht daher darin, ein

geeigneteres Koordinatensystem zu finden, an dem sich humanitäre Organisationen vielfältigster Art orientieren können.

Das Band wirft somit durch seine Vielfältigkeit und die Informiertheit der einzelnen Beiträge interessante Fragen auf. Etwas auf der Strecke bleibt dabei die Ausarbeitung des konzeptionellen Rahmens. Die Beiträge benennen die unterschiedlichsten Dinge als Kooperation oder Kooperationsproblem. Doch fehlt, bis auf einige sehr knappe Sätze in der Einleitung (S. 2), eine Definition und Konzeptualisierung dieses Begriffes und seiner Unterscheidung zu Koordination oder Kohärenz. Wünschenswert sind daher weitere Veröffentlichungen zum Thema, die sich tiefgreifender und systematischer mit diesem zentralen Konzept und auch seinem Zusammenhang mit Wandel und identitätsstiftenden Normen befasst.

Frankfurt a. M.

Charlotte Dany

Der lange Marsch des Universalismus

Mungiu-Pippidi, Alina: The Quest for Good Governance. How Societies Develop Control of Corruption, 314 S., Cambridge UP, Cambridge 2015.

Korruptionsbekämpfung steht seit über zwanzig Jahren auf der Agenda zahlreicher internationaler Organisationen und NGOs und war in seiner akademischen Behandlung vor allem ein Thema für die Rechts- beziehungsweise Verwaltungswissenschaft und die Ökonomie. Alina Mungiu-Pippidis „The Quest für Good Governance. How Societies Develop Control of Corruption“ ist ein Beispiel für die gelungene Öffnung des Themas für die Politikwissenschaft und die (politische) Soziologie. Die Kernaussage des Werkes ist, dass gelingende Korruptionsbekämpfung ein inkrementeller, endogener und pfadabhängiger Prozess sei und die Nichtbeachtung dieser Faktoren meist zu ihrem Scheitern führe.

Diese Argumente werden schrittweise in insgesamt acht Kapiteln entfaltet. Im ersten Kapitel wird Korruption zunächst als Sammelbegriff für diverse partikularistische Verteilungsmechanismen wie Bestechung, Patronage oder Klientelismus eingeführt. Aufbauend auf diesem breiten Korruptionsbegriff zeigt die Autorin, dass in den meisten Regionen der Welt solche Praktiken der

primäre Verteilungsmodus sind und insofern auch nicht als Abweichungen von einer Norm, sondern meist die Norm sozialen Handelns selbst bilden. Korruptionsbekämpfung muss daher als holistischer Prozess der Umwandlung eines primär partikularistischen zu einem primär universalistischen Verteilungsmodus von Gütern verstanden werden.

Im zweiten Kapitel beschreibt die Autorin mittels zahlreicher quantitativer Vergleichsuntersuchungen, dass es in den letzten 20 Jahren sehr wenige Erfolgsgeschichten in Sachen Korruptionsbekämpfung gab. Die Gruppe der primär universalistisch orientierten Gesellschaften ist mit einigen wenigen Ausnahmen weitestgehend gleich geblieben (Westeuropa, Nordamerika, Australien, Neuseeland). Partikularistische Verteilungsprozesse verfestigen sich also meist zu einem sehr stabilen Machtgleichgewicht, das durch freie Wahlen, Presse- und Meinungsfreiheit und rein formale Gesetzgebung allein nicht tangiert wird.

Wie es vor allem westlichen Staaten gelang, diese Stabilität partikularistischer Verteilungsmodi zu durchbrechen, ist das Thema des historisch argumentierenden dritten Kapitels des Buches. Anhand zahlreicher historischer Beispiele (norditalienische Stadtstaaten der Renaissance, absolutistische Monarchien des 17. und 18. Jahrhunderts) wird gezeigt, dass die Entstehung von Institutionen zur Durchsetzung ethischen Universalismus oft unbeabsichtigt war. Idealtypisch für diese Entwicklung ist Dänemark, dessen meritokratische Verwaltung vor allem auf mehrere verlorene Kriege und die damit einhergehende Entmachtung der Aristokratie zurückgeht.

Im vierten Kapitel entwirft die Autorin ein generelles Gleichgewichtsmodell der Korruptionskontrolle. Die Funktion dieses Modells besteht darin, einen Mittelweg zwischen einem historisch-deterministischen Pessimismus (Entwicklungsstaaten seien dazu verdammt, partikularistisch organisiert zu bleiben) und einem naiven institutionalistischen Optimismus (Partikularismus ließe sich durch den Import westlicher Institutionen beseitigen) zu finden. Kernaussage dabei ist, dass ein stabiles partikularistisches Verteilungssystem zugunsten eines ethischen Universalismus destabilisiert werden könne, wenn es gelinge, diejenigen Gruppen zu stärken, die vom jeweiligen Verteilungssystem nicht profitieren. Dass dafür vor allem kontextspezifische Lösungen vonnöten sind, wird im fünften Kapitel gezeigt, das sich mit den wenigen Staaten

beschäftigt, die in den letzten zwanzig Jahren signifikante Fortschritte in der Korruptionsbekämpfung gemacht haben (Chile, Uruguay, Estland, Botswana, Taiwan, Südkorea und Georgien).

Die Rolle der Zivilgesellschaft und der Massenmedien in der Durchsetzung universalistischer Prinzipien wird im sechsten Kapitel besprochen, wobei die Grundaussage ist, dass zivilgesellschaftliche Akteure, um als „watchdogs“ zu agieren, mitgliederstark und lokal verankert sein müssen und Massenmedien nicht selbst einer partikularistischen Logik entsprechend berichten dürfen. Das siebte Kapitel beschäftigt sich mit der Rolle internationaler Organisationen in der Korruptionsbekämpfung und kommt zu einem ernüchternden Ergebnis – deren Engagement hat, statistisch gesehen, sehr wenig Einfluss auf die Kontrolle von korrupten Praktiken. Das achte und letzte Kapitel umreißt die wichtigsten Ergebnisse für die Entwicklung von *policies* der Korruptionsbekämpfung, vor allem die Stärkung derjenigen Akteure, die als „change agents“ kollektiv handeln können sowie eine größere Sensibilität für lokale Machtverhältnisse aufseiten internationaler Akteure der Korruptionsbekämpfung.

Die große Stärke des Buches ist dessen analytischer Realismus, insbesondere wenn Partikularismus als der Normalfall sozialen Handelns beschrieben, der meist wirkungslose Formalismus westlicher Institutionen im Rest der Welt aufgezeigt und die Ineffektivität der globalen Antikorruptionsindustrie aufgedeckt werden. Diese Phänomene sind aus der Sicht der politischen Soziologie zwar nicht neu, werden aber mit einer methodologischen Genauigkeit nachgezeichnet, die in diesem Feld äußerst selten ist. Herauszuheben sind insbesondere die historischen Fallanalysen gelungener Korruptionsbekämpfung, die vermutlich davon profitiert hätten, wenn man einigen von ihnen mehr Raum zugestanden hätte. Etwas uneinheitlich ist die Darstellung der gegenwärtig erfolgreichen Beispiele von Korruptionsbekämpfung, denn es entsteht der Eindruck, dass in jedem der beschriebenen Fälle eine sehr spezifische Kombination von lokalen Faktoren universalistische Verteilungsprinzipien beförderte. Dieser Schluss ist auch naheliegend, wenn man den lokalen Machtgleichgewichten große Bedeutung beimisst sowie standardisierten und meist simplifizierenden Lösungen skeptisch gegenübersteht. Der Preis für diesen Realismus ist, dass einheitliche Rezepte für Korruptionsbekämpfung im Grunde nicht formuliert werden können oder sich in sehr allgemeinen Empfehlungen erschöpfen.

Für die politische Soziologie ist das Buch methodologisch und für die Politikwissenschaft durch seinen Realitätssinn ein großer Gewinn. Die Praxis der Korruptionsbekämpfung wird das Buch vermutlich ernüchtert zurücklassen.

Osnabrück

Fran Osrecki

Brücken schlagen

Esders, Stefan/Schuppert, Gunnar Folke: Mittelalterliches Regieren in der Moderne oder Modernes Regieren im Mittelalter?, 291 S., Nomos, Baden-Baden 2015.

Der Band versucht, wie bereits an der wissenschaftlichen Herkunft der beiden Ko-Autoren deutlich wird, eine Brücke zu schlagen zwischen staats- und verwaltungswissenschaftlichen Forschungen zu Räumen begrenzter Staatlichkeit der Gegenwart einerseits und geschichtswissenschaftlichen Untersuchungen über Formen des Regierens im Mittelalter andererseits. Ausgangspunkt war die Überlegung, wie die Autoren in ihrem Vorwort schreiben, dass es „aufschlussreiche Parallelen“ der Staatlichkeit zwischen diesen beiden Bereichen gibt. Damit gehen die Autoren ein Experiment ein, denn der Vergleich von politischen Systemen und Regierungsformen, zwischen denen mehr als ein Jahrtausend liegt, ist sicher mehr als gewagt, kann aber durchaus auch die Forschung stimulieren und zu neuen Einsichten führen.

Der Band ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil gibt Gunnar Folke Schuppert einen „Versuch in vergleichender Governanceforschung“, im zweiten Teil geht Stefan Esders näher auf Regieren und Staatlichkeit im Mittelalter ein. Der erste Teil liefert einen weiten und instruktiven Überblick über die gegenwärtige *governance*-Forschung. *Governance* in Räumen begrenzter Staatlichkeit, wie auch der Titel des gleichnamigen DFG-Sonderforschungsbereichs nahe legt, aus dessen Forschungen der Band entstand, ist ein zentrales Thema politik- und staatswissenschaftlicher Forschung seit den 1990er Jahren, aber verstärkt seit der Jahrhundertwende. Wer einen detaillierten Einblick in den Stand der mittlerweile sehr verzweigten Forschung sucht, dem werden ausführliche „Lesefrüchte“ (Schuppert) geliefert. Dabei schlägt Schuppert den Bogen von der Reflexion über die Anwendung moderner

Begriffe auf mittelalterliche Herrschaftssysteme bis zur Diskussion über die Analyse begrenzter Staatlichkeit in der Moderne. Als besonders aufschlussreich erweisen sich insbesondere die Abschnitte, die eine Verbindung von Geschichtsanalyse und moderner Begrifflichkeit herstellen. Formelles und informelles Regieren, personale und transpersonale Herrschaft, Rechtsetzung und Rechtdurchsetzung, Klientelismus sowie das Aufkommen von Warlords kennzeichnen demnach Regieren im Mittelalter auf spezifische Weise. Leider werden die Ausführungen nicht hinreichend vertieft, sondern geben eher Impulse zum Nachdenken und Weiterforschen. Darüber hinaus stören die recht ausführlich wiedergegebenen Originalzitate anderer Autoren sowie umfangreiche, oft nicht näher erläuterte Tabellen den Lesefluss. Zudem nimmt der Autor zu selten selbst Stellung; vielmehr spricht er durch die vorgestellten Autoren zum Leser, ohne dass eine vertiefte Einordnung oder Bewertung erfolgt. Gerne hätte man mehr vom Autor selbst, einem renommierten und profunden Kenner auf dem Gebiet der *governance*-Forschung, der hier ungewöhnlich zurückhaltend agiert, gelesen.

Der zweite Teil, verfasst von Stefan Esders, geht stärker auf die Anwendung des *governance*-Paradigmas zur Generierung neuer Erkenntnisse über mittelalterliches Regieren ein. Was zunächst als Programm formuliert wird – Fragen der Legitimation und Leistungsfähigkeit politischer Ordnungssysteme, Formen der Handlungskoordination, Wahrnehmung bestimmter Funktionen und Bereitstellung von Kollektivgütern – wird im Anschluss eingelöst. Dabei zeigt er, wie die Besonderheiten mittelalterlicher Staatlichkeit, wie personalisierte Konfliktlösungsmechanismen, die ritualisierte Setzung von Recht und eine weitgehend selbstregulativen Gemeinschaft, deren wichtigste Akteure kooperativ verflochten waren und auf Konsens orientierten, Regieren in Räumen mit begrenzten institutionellen Kapazitäten ermöglichte. Ergänzt werden die modernen Begrifflichkeiten jedoch mit zeitgenössischen Termini, wie Ehre, Treue, Eid, Vasallität, Bann und Lehen, die eine stark zeit- und kontextgebundene Bedeutung aufweisen. Doch insbesondere bei der Untersuchung der Herrschaftsbeziehungen wird deutlich, dass es elastische und wandelbare Formen des Zusammenspiels von öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Prinzipien wohl auch schon im Mittelalter schon gegeben hat. Sicherheit, Wohlfahrt, Legitimität, die bekannten Typen

der Staatlichkeit der modernen *governance*-Forschung, spielten auch im Mittelalter eine bedeutende Rolle bei der Etablierung von Herrschaftssystemen. Zudem wird deutlich, dass Epochen niemals abgeschlossen sind, sondern in kreativer Weise bereits vorhandene Konzepte, Ideen und Institutionen aufgegriffen werden, um sie nach eigenen Vorstellungen umzugestalten. *Governance* eignet sich auch deshalb als moderner Analysebegriff zur Untersuchung längst vergangener Zeiträume, um diese Transformationen herauszuarbeiten und die spezifischen epochalen Veränderungen sichtbar zu machen.

Insgesamt handelt es sich bei dem Band um ein interessantes und fruchtbringendes Wagnis, *governance*-Formen in sehr unterschiedlichen Systemen und Epochen zu vergleichen. Der Band regt an, sich vertieft mit dem Gegenstand auseinanderzusetzen und stimuliert als Brückenschlag zwischen unterschiedlichen Disziplinen hoffentlich weitere wissenschaftliche Forschungen zu dieser spannenden Thematik.

Jena

Olaf Leiße

Neue Formen der politischen Partizipation

Mittag, Jürgen/Winterberg, Lars/Bitzegeio, Ursula (Hrsg.): Der politische Mensch. Akteure gesellschaftlicher Partizipation im Übergang zum 21. Jahrhundert, 464 S., Dietz Nachf., Bonn 2016.

Ausgehend von der Feststellung, dass das System der repräsentativen und eliten-zentrierten Demokratie gegenwärtig unter erheblichem Druck steht, widmet sich der Sammelband einem politisch und gesellschaftlich hochaktuellen Themenkomplex – nämlich den neuen Formen der politischen Partizipation.

Als zentrale Herausforderungen bestehender Demokratien werden derzeit das immer weiter abnehmende Vertrauen in formelle Institutionen, die starken Mitgliederverluste der Parteien sowie ein zunehmend distanzierteres Verhältnis zwischen Bürgern und ihren Vertretern einerseits und wachsende unkonventionelle Partizipation und Massenproteste gegen Regierungspolitik andererseits gesehen. Wenngleich die Institutionen des repräsentativen Systems zunehmend an Legitimationskraft verlieren, sind diese für eine

wirksame demokratische Entscheidungsfindung und -umsetzung weiterhin erforderlich. Die repräsentative Demokratie stellt also nicht das Ende der demokratischen Entwicklung dar. Innerhalb der etablierten Demokratien findet ein Umdenken in Richtung auf innovative Szenarien, sprich auf mehr Beteiligung von Bürgern an politischen Prozessen statt.

Auf der Grundlage von Colin Crouchs Ausführungen zur Postdemokratie, ist für den Sammelband die folgende Fragestellung leitend: Inwieweit ist „gesellschaftspolitisches Handeln bei der Gestaltung individueller und kollektiver Lebenswelten im Übergang zum 21. Jahrhundert möglich und durch welche Aktivitäten und Ausdrucksformen“ (S. 21) ist dieses gesellschaftspolitische Handeln gekennzeichnet?

Es ist zweifellos eine besondere Stärke des vorgelegten Bandes, dass die Beiträge in insgesamt fünf Analyseebenen eingebettet sind: Auf der ersten Analyseebene (postdemokratischer Kontext) diskutiert Marcel Solar die durchaus noch ausbaufähige Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit traditioneller Akteure und Formen politischer Beteiligung. Manfred Wannöfel und Mark Esteban Palomo sehen in zivilgesellschaftlichen Kooperationen einen vielversprechenden Weg, der durch eine ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung hervorgerufenen tiefen gesellschaftlichen Spaltung politisch zu begegnen. Grischa Frederik Bertram erörtert postdemokratische Potenziale städtischer Proteste und Initiativen, wobei der verantwortungsvolle Umgang mit dieser ‚neuen‘ Macht der Bürger_innen im Mittelpunkt steht. Sigrid Kannengießer hebt die enormen Vernetzungspotenziale gegenwärtiger politischer Bewegungen hervor; konstatiert aber gleichzeitig eine immanente Ungleichheit dieser stark mediatisierten und translokalen Form von Vergemeinschaftung.

Auf der zweiten Analyseebene (Kommunikation und Manipulation) offeriert Karin Priester einen Überblick über Manipulationsstrategien in der Demokratie, die vor allem in ihrer subtilen Form gefährlich sind. Für Martin Mertens ist Populismus verstanden als Strategie der politischen Öffentlichkeitsarbeit ein tragfähiges Konzept zum Abbau der gesellschaftlich weit verbreiteten politischen Apathie. Katharina Oerder diskutiert die theoretischen und empirischen Stärken politischer Fertigkeiten in gesellschaftlichen Kommunikationszusammenhängen. Christian Bauer fordert ein stärkeres medienkritisches Denken, das einerseits Vertrauen in die Politik erhöhen

und andererseits einer Entpolitisierung weiter Teile der Bevölkerung entgegenwirken könne.

Auf der dritten Analyseebene (Organisation und Beteiligung) analysiert Marco Althaus den gesellschaftlichen Widerstand gegen Großprojekte, der durchaus positive Auswirkungen auf das Gemeinwohl und die Aktivierung beziehungsweise Politisierung von Bürgern habe. Dass zivilgesellschaftliche Formen der Interessenvertretung in Vereinen und Verbänden auf lokaler Politikenebene sowohl formell als auch informell Einfluss ausüben könnten, zeigt Andrea Walter in ihrem Beitrag auf. Am Beispiel des „Community Organizing“ zeigt Sven Gramstadt die Potenziale jenseits etablierter Beteiligungsformen insbesondere hinsichtlich der diskursiven Einbindung von Bürgern. Am Beispiel Island stärkt Julia Tiemann die Vorteile der digitalen Bürgerbeteiligung, die die Autorin vor allem in der Effizienz und in der Benutzerfreundlichkeit sieht.

Auf der vierten Analyseebene (Engagement und Protest) zeigt Sigrid Baringhorst Ambivalenzen von Protestaktivitäten im *social web* auf: Verstärktes politisches Engagement bei gleichzeitiger Privatisierung des Politischen. Katrin Bauer untersucht *smartmobs* und wie es diesen gelingt, bestehende Gemeinschaften und Identitäten zu festigen. Johannes Diesing diskutiert wie Flüchtlingsproteste gesellschaftliche Debatten initiieren. Juliane Stückrad schließlich widmet sich der Kultur des Unmuts und fordert darauf einzugehen; andernfalls werde Politikverdrossenheit eher gefördert statt verringert.

Die fünfte und letzte Analyseebene (traditionelle und innovative Ansätze politischen Handelns) eröffnet Anna-Lena Wilde-Krell mit Blick auf die Piratenpartei. Sie erörtert deren vorbildliche Partizipationsmöglichkeiten auf breiter Ebene. Sebastian Demel betont das Potenzial von Stiftern als zivilgesellschaftlichen Akteuren für die Qualität von Demokratie. Ina Dinter widmet sich der politischen Kunst. Allerdings fällt ihr Fazit eher nüchtern aus, indem sie die politische Wirkung von Künstlern beziehungsweise von Kunst im Allgemeinen infrage stellt. Als politischer Autor und Literaturwissenschaftler beschließt Enno Stahl den Band mit einer Aufforderung zu sozialem respektive gesellschaftsbildendem Verhalten, der jedem Menschen innewohne.

Trotz dieser Fülle an empirischen Beispielen, Fragen und analytischen Zugängen lassen sich zwei Kritikpunkte an der programmatischen Ausrichtung des Sammelbandes formulieren: Der erste Punkt bezieht sich auf die fehlende

beziehungsweise divergierende räumliche Verortung. In der Gesamtschau des Bandes bleibt unklar, ob sich die theoretischen Ausführungen und empirischen Implikationen auf die nationale, sprich bundesdeutsche Ebene oder auf die europäische Ebene beziehen. Es hätte dem Sammelband gutgetan, diesbezüglich eine entsprechende Einordnung vorzunehmen.

Der zweite Kritikpunkt betrifft die theoretische Fundierung des Sammelbandes. So detail- und materialreich die einzelnen Texte verfasst sind, so blass bleibt auf der anderen Seite die Entwicklung theoretisch-konzeptioneller Figuren, die einem tieferen Verständnis des Zusammenwirkens von Partizipation und den politischen Menschen dienen könnten. Theoretische Ausgangsbasis ist lediglich der postdemokratische Ansatz von Colin Crouch, auf den sich – mehr oder weniger – alle Beiträge beziehen. Dazu gehört auch, dass der Sammelband über kein abschließendes Resümee der Herausgeber_innen verfügt, das abstrahiert von den einzelnen theoretischen und empirischen Beiträgen Gemeinsamkeiten sowie theoretische Leerstellen aufzeigen könnte.

Ungeachtet dieser Kritikpunkte bietet der Sammelband eine hervorragende Zusammenschau von Beiträgen mit Fokus auf die Akteure gesellschaftlicher und politischer Partizipation, die die politikwissenschaftliche Forschung in dem Themenfeld bereichern wird.

Frankfurt a. M.

Pamela Heß

Turbulent ist das neue pluralistisch

Margetts, Helen/John, Peter/Hale, Scott/Yasseri, Taha: Political Turbulence. How Social Media Shape Collective Action, 304 S., Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2016.

Unsere vielen kleinen Aktivitäten im *social web* können große „politische Turbulenzen“ nach sich ziehen, von Nachbarschafts-Kampagnen bis hin zu globalen Bewegungen wie der berühmten „Ice Bucket Challenge“, die 2014 auf Facebook eine virale Verbreitung erlebte. Gemeinsames Handeln kann eine große ungeplante Mobilisierungskraft auslösen, bis hin zu Revolutionen; so lautet der Befund von Helen Margetts, Peter John, Scott Hale und Taha Yasseri.

Dazu analysieren die Autoren viele Datensätze aus dem Internet und gleichen diese mit

tatsächlichen Weltereignissen ab. Gezeigt wird, wie unvorhersehbar die Aufschaukelungswellen sind. Gefragt wird, wie soziale Medien die Bürger darin beeinflussen, sich zu beteiligen und so kollektives Handeln auslösen. Dabei zeigen sich auch kuriose Resultate: So war die Online-Petition „Deport Justin Bieber and revoke his green card“ die zweiterfolgreichste Petition in den USA im Januar 2015 (273.968 Unterzeichner). Offensichtlich ein Scherz. Auf Platz 7 folgte „Pardon Edward Snowden“, 163.602 Unterzeichner). Diese Petitionen scheiterten meistens sehr schnell, so die Beobachtung, und das gemeinsame Handeln lässt nach.

Wie lässt sich das Mitmachen im *social web* überhaupt erklären? Die Autoren führen dazu die fünf wichtigsten Persönlichkeitsfaktoren an: Offenheit, Extraversion, Verträglichkeit und Neurotizismus (*openness, conscientiousness, extraversion, agreeableness, neuroticism*). Schüchtere und ängstliche Menschen meiden demnach eher eine Beteiligung als aggressive, ausgeglichene oder arbeitsame Persönlichkeiten. Das Ende der Mitgliedschaft und die neue Bedeutung der Individuen in vielfältigen Rollen werden konstatiert. Die Bedeutung von Anführern für eine Mobilisierung und Organisationen für Aufstände oder Revolutionen wird relativiert. Das zeigten beispielsweise die Verläufe der Besetzung des Gezi Parks in Istanbul (2013) und die Proteste in Brasilien im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2014.

Der Pluralismus bleibt aus Sicht der Autoren das angemessenste Modell dafür, eine „chaotische“, ungeordnete und „turbulente“ politische Welt in den Griff zu kriegen und zu erklären. Nach Robert Dahl und anderen klassischen Vertreter der Pluralismus-Theorie steht „Pluralismus“ für eine Gesellschaft, in der unterschiedliche Gruppen und Institutionen im Wettstreit stehen. Diese Vielfalt strukturiert das demokratische politische System. „Turbulente“ Politik ist nach diesem Verständnis *eo ipso* pluralistisch.

Turbulenzen können zu einem chaotischen System führen. Das klassische Beispiel für ein chaotisches System ist das Wetter. Kennzeichnend dafür sind Nicht-Linearität und Interkonnektivität. Wie chaotisch oder turbulent auch immer die Zukunft aussehen wird, drei große Herausforderungen des Pluralismus bleiben, so das Fazit der Autoren: Ungleichheit, staatliche Handlungsfähigkeit und das Problem kollektiven Handelns großer Gruppen. Angeregt wird eine Zusammenarbeit von Sozialwissenschaftlern mit

Mathematikern, Physikern und Lebenswissenschaftlern.

Der Anspruch der Autoren ist hoch gesteckt: Mit den großen Daten und unterschiedlichen Experimenten soll ein „Toolkit“ entwickelt werden können, um „demokratische Turbulenzen“ besser zu verstehen und sogar vorhersagen zu können. Dieses Versprechen wird nur bedingt eingelöst. Muss es aber auch nicht. Aus Sicht des Rezensenten können wir mit einer Verbindung der Theorie des kommunikativen Handelns mit postmodernen, reflexiven und kritischen Ansätzen der Dialektik von Vereinheitlichung und Fragmentierung im Web eher gerecht werden. Die Geschichte einer „Webgesellschaft“ (Gerald Fricke) lässt sich in vielen kleinen und vielfältigen Episoden und Abschnitten erzählen, aber kaum prognostizieren. Ungeordnet, gleichzeitig, diskontinuierlich, nicht linear, mit Beispielen und assoziativen Verknüpfungen, in wissenschaftlichen Aufsätzen und empirischen Forschungsberichten – und gleichermaßen auf Plattformen im Web oder mit satirischer Kurzprosa auf Twitter. Erzählen wir am besten Geschichten gelungener Zusammenarbeit in diesem, unseren Internet. Damit können wir keine Turbulenzen voraussagen, aber mit deren Auswirkungen besser umgehen.

Braunschweig

Gerald Fricke

Digitale Gespenster der Selbstoptimierung

Stalder, Felix: Kultur der Digitalität, 282 S., Suhrkamp, Berlin 2016.

Gespenster gehen um in der Welt – die Gespenster der Digitalität. Die Verhältnisse erweisen sich zunehmend als hybrid und die politischen Handlungsfelder sind vor neue Aufgaben gestellt, angesichts derer die oft zu hörenden Phrasen von der aufkommenden Digitalisierung als grobe Verkennung der Lage sich erweisen; es ist, als würde man das mittlerweile dunkle Stroh aus der letzten Ernte nochmals hell dreschen wollen. Die Entwicklungen hin zur Lage heute, in gerade noch als solchen erkenn- und benennbaren Bereichen wie Gesellschaft, Wirtschaft, Medien, Politik und Arbeit, haben ihren Ausgang vor mehr als hundert Jahren genommen, manche noch früher.

Gespenster gibt es, seit Menschen von ihnen erzählen. Üblicherweise werden sie als sehr einfach strukturiert und medial äußerst kundig überliefert. Zwischen diesen Erzählungen und den digitalen Verknüpfungen unserer Tage, dem „Internet“, kam das Medium des Films ins Laufen. Diesem eignet prototypisch etwas Gespensterhaftes, er ist bis zu den „Social Media“, die vor allem Kanäle sind, das eigentliche Medium direkter vermittelnder Fantasmen. Die nicht zur Restlosigkeit erkennbare Disparität des Wahrnehmungsdispositivs, mit all den Phänomenen und Entwicklungen – auch dafür steht hier der Begriff der ‚Gespenster‘ –, bleibt dann unterschwellig bestehen und wird nicht aufgeschlüsselt.

Doch: „Durch Algorithmen generierte Ordnungen sind ein konstitutiver Bestandteil der Kultur der Digitalität“. Es lässt sich an dieser Stelle endgültig nicht länger um den Gegenstand der Rezension herumkommen. Felix Stalder ist mit dem Band „Kultur der Digitalität“ ein ganz ausgezeichnetes Sach- und Fachbuch gelungen; es ist in seiner klugen Struktur und Rhythmik sehr lesbar und entwickelt ruhig eine umfassende Darstellung dessen, worum es beim heutigen Zustand der „Kultur“ – mithin „geteilter Bedeutung“ (S. 131), so Stalder – und dem Status ihrer „Digitalität“ geht. Es handelt sich um keine Kampfschrift, vielmehr um eine umfassende Arbeit, die anhand sehr tauglicher Beispiele die durchaus nicht einfach zu findenden Kerne des Aktualzustands der digitalen Bezugssysteme unserer Kultur herauschält.

Felix Stalders Begriffe von „Kultur“ und „Digitalität“ sind klug gewählt: „Als Kultur werden im Folgenden all jene Prozesse bezeichnet, in denen soziale Bedeutung, also die normative Dimension der Existenz, durch singuläre und kollektive Handlungen explizit oder implizit verhandelt und realisiert wird. [...] Mit anderen Worten, Kultur ist nicht symbolisches Beiwerk, kein einfacher Überbau, sondern sie ist handlungsleitend und gesellschaftsformend“ (S. 16). Stalder reklamiert – was nicht überraschen kann – hier eine „im weitesten Sinne poststrukturalistische Perspektive“ für sich, das heißt „Kultur wird als heterogen und hybrid konzipiert“ (S. 17). Die dafür notwendigen medialen Verbindungen von Menschen und Objekten sind jedoch aus Sicht des Verfassers Technologien der Relationalität, weshalb er den Aspekt der Materialität stets im Blick hat. Mit dem Begriff der „Digitalität“ bezeichnet Stalder nun „jenes Set von Relationen, das heute auf Basis der Infrastruktur digitaler Netzwerke in Produktion, Nutzung

und Transformation materieller und immaterieller Güter sowie in der Konstitution und Koordination persönlichen und kollektiven Handelns realisiert wird“ (S. 18).

Ausgehend von drei Hauptstränge begründet Stalder (in den Beispielen, Verweisen und Argumentationslinien auf den angloamerikanischen und europäischen Raum bezogen) die Möglichkeit, das scheinbar unfassbare Digitale als Bestandteil und zugleich Ausweis vergangener wie gegenwärtiger, potenziell auch zukünftiger Erscheinungen und Kulturäußerungen zu begreifen. Zunächst zeichnet er die „Wege in die Digitalität“ nach (die historischen Entwicklungen bis in die Krise der „Gutenberg-Galaxis“ und der Auflösung kultureller Geografien mit Zentrum und Peripherie hinein) – zuvor parataktisch für sich laufende und allenfalls parallel gesetzte Prozesse erweisen sich heute als miteinander verschränkt und in dieser hybriden Erscheinungsform kulturell dominant. In einem ganz hervorragenden zweiten Kapitel beschreibt Stalder die „Formen der Digitalität“ anhand von Referentialität, Gemeinschaftlichkeit und Algorithmizität – ausgehend von der Frage nach dem „Wie“ kultureller Praxis. Das dritte Kapitel stellt schließlich Überlegungen hinsichtlich der „Richtungen des Politischen in der Digitalität“ vor; Stalder sieht zum einen die gravierende Problematik einer postdemokratischen Gesellschaft, andererseits das massierte Aufkommen von *commons*, mittels derer er eine Möglichkeit zur Gestaltung von Zukunft sieht. Dass die postdemokratisch-kapitalistischen Zuschnitte letztlich gravierender sein könnten als die reichhaltigen Möglichkeiten der gemeinschaftlichen *commons*, wäre eine Umkehrung des Stalder'schen Befunds. Zwei klar auszumachende Gefahren benennt er dennoch, auch darin der Nüchternheit seiner Befunde angemessen: *Cloud software* und *sharing economy* stellen zwei kommerziell intensiv genutzte Bewegungen dar, die das Prinzip der *commons* ausnutzen und der Eigenverwertung zuführen. Die darin angelegte Aushöhlung des Prinzips der Gemeinschaftlichkeit ist kategorial.

Hierin liegt ein Problem von wesentlich politischem Gehalt: Wie geht die Menge der von der Digitalität und dem gegenwärtigen Stand der Kultur und ihrer Gesellschaften zwangsläufig erfassten Leute mit den Möglichkeiten und zugleich Einschränkungen der umfassenden Technologien um? Das Problem liegt, wie Stalder sieht, „nicht in den Algorithmen generell, sondern im spezifischen kapitalistisch-postdemokratischen Setting ihrer Implementierung“ (S. 233). Algorithmen

können per definitionem nicht neutral sein. Dass hinsichtlich Bewusstwerdung und widerständiger Eigendynamik wesentlich Bildungseliten handeln, die sich die neuen Möglichkeiten bis hin zu den Prinzipien der *commons* zu eigen machen, ist das klar benennbare, zusätzliche Problem. Denn die Digitalisierung erfasst zwar alle; aber nicht alle fassen die Digitalisierung. Sie werden folglich kaum an den Alternativen zur Postdemokratie partizipieren und sind den Settings der Manipulation in einer komitativen Sphäre zugeführt. Bücher wie das von Felix Stalder sind gerade vor diesem Hintergrund wesentlich.

Was nicht als eigenes Kapitel verhandelt wird, jedoch sehr deutlich dem Buch an vielen Stellen eingeschrieben ist, betrifft die Unsicherheit der digitalen Daten, die Möglichkeit der Manipulation und der Überwachung. Diese sind selbstverständlich einer Kultur der Digitalität eingelagert. Stalder zeichnet folglich sorgfältig die unterschiedlichen Aspekte nach und stellt anhand von Überwachungs- und Verkehrsleitsystemen, Googles PageRank und Facebooks Timelines wesentliche Fragen (etwa, wen Googles Stauwarnung wann wohin umleitet – und wen nicht), ohne sich dem Zwang hinzugeben, alle auch gleich zu beantworten.

In der strengen Ausrichtung des Buches auf den Kontext der Bedingungen von Digitalität liegt auch das Fehlen einer Diskussion darüber begründet, wie nicht in der Digitalität und ihren Optionen hinreichend ausgebildete Bevölkerungsgruppen unter den digitalen Bedingungen ihre kulturellen Formen wahrnehmen und weiterentwickeln, auch wenn Stalders Buch genug Anstöße und Referenzen dafür bietet. Die Bereiche des Urheberrechts mit all seinen Facetten kommen dabei nur am Rande vor (wenn, dann v. a. im Zusammenhang mit den *commons* und den Lizenzen neuen Zuschnitts), wiewohl die Auseinandersetzungen in diesen Materien mittlerweile beinahe kulturstiftende Eigendynamik gewannen. Das mag somit und angesichts der Vielzahl an ausschließlich darauf fixierten Studien der letzten Jahre überraschen, hat aber einen vom Verfasser klar deklarierten Grund: Stalder selbst veröffentlichte 2014 eine eigene Abhandlung dazu („Der Autor am Ende der Gutenberg Galaxis“).

Gespenster, so heißt es, erzählen etwas aus der Vergangenheit, bringen eine ungelöste Aufgabe in der Gegenwart erneut aufs Tapet. Die wesentliche Funktion scheint, dass aktiv Verdrängtes oder Vergessenes reiteriert wird. Daraus ergeben sich Irritationen, es entstehen Rätsel die

neu scheinen und doch nur alte sind; und mitunter soll der Rückgriff auf Vergangenes in der nunmehr gegenwärtigen Situation eine Möglichkeit der Lösung bieten. Das erweist sich auch als eine der Pointen von Stalders Buch, das mit Gespenstern und Geistern zwar nichts zu tun hat (auch wenn er sich etwa in der Mitte auf das hier im Eingangssatz angespielte „Kommunistische Manifest“ von Marx und Engels bezieht), jedoch umso deutlicher zeigt, wie manche längst abgelegten Debatten sich mit ungeahnter Vehemenz wieder positionieren, indem sie ins neue Kulturgefüge und seine Technologien sich nahezu zwingend einfügen lassen. An drei Beispielen – Bürokratie, Positivismus und Behaviorismus – wird das besonders deutlich.

Die von Stalder in die Zusammenhänge seines Buches gebrachte Bürokratie und ihre notwendigen Ordnungssysteme aus analogen Zeiten wurden zwar lange genug von profitorientierten Ideologien insbesondere der konservativen und neoliberalen Seite kritisiert, um sie entgegen aller real bestehenden Notwendigkeit für die Stabilität gesellschaftlicher und sozialer Rahmenbedingungen allgemein als überholt werten zu können. De facto sind sie jedoch in einer Art und Weise präsent – und gerade die Parteigänger der Abschaffung akzeptieren das klaglos –, wie sie kein Max Weber jemals für möglich gehalten oder gar anerkannt hätte. Algorithmen brauchen die Zuordnung, andernfalls funktionieren sie nicht. Und sie sind nicht neutral, sondern müssen entsprechend programmiert werden. Hier sind Ordnungssysteme, Formulare und Bürokratien völlig neuer und weitaus umspannenderer Weise am Werk als je zuvor – Stalder unterscheidet auch zwischen Informationsflut 1.0 und 2.0. Diese neuen Regime spielen jenem postdemokratischen Zustand ins Geläuf – in die ‚Schnittstelle‘ –, der sich in „Kultur der Digitalität“ wie folgt beschrieben findet: „Als ‚postdemokratisch‘ bezeichne ich daher all jene Entwicklungen – gleich wo sie stattfinden –, die zwar die Beteiligungsmöglichkeiten bewahren oder gar neue schaffen, zugleich aber Entscheidungskapazitäten auf Ebenen stärken, auf denen Mitbestimmung ausgeschlossen ist“ (S. 209). Nicht anders als mit der neuen (daten- und nicht faktenorientierten) Bürokratie verhält es sich mit Positivismus und Behaviorismus im nun neuen Gewand; ausschließlich über messbare

Reiz-Reaktions-Beziehungen lassen sich brauchbare Datenbanken aufbauen und lässt sich das kleine Big-Data-Glück pflegen. Es wird hier nie um den Einzelnen gehen, so sehr er das mit seinem halben Dutzend Accounts in Sozialmedien-Kanälen vermuten mag. Was die Algorithmen ihm vorschlagen und was er zu sehen bekommt, ist einem angewandten Daten-Behaviorismus geschuldet, der für Experimente ebenso offen ist wie für Manipulationen – und der umso erfolgreicher sein kann, als die neue Kultur s/eine digitale ist. Im Zusammentreffen der dafür notwendigen Technologien und bereits noch länger laufender gesellschaftlicher Prozesse „ist das eigentliche Subjekt der Kulturproduktion unter den Bedingungen der Digitalität nicht der Einzelne, sondern die nächstgrößere Einheit“ (S. 128).

Ein Resultat der Verbindung von Ordnungssystemen neuen Stils und vollem Körperdateneinsatz freut übrigens die Spieleindustrie ebenso wie die Versicherungskonzerne (und die Hightech-Giganten, die über die Endnutzengeräte, ihre online-Shops und die Datenzuordnung mehrfach daran verdienen): Hin zu einem Disziplinarregime, das direkt auf den Körper abzielt, ist es nur ein kleiner Schritt. Eine entwickelte Kultur der Digitalität wird somit in absehbarer Zeit auf die Verknüpfung der einschlägigen Daten von „Versicherungen, Krankenkassen, Behörden oder Arbeitgebern“ abstellen. Der Geist der Selbstoptimierung ist ein fremd-, ein digital bestimmter. Michel Foucault und Jeremy Bentham hätten das mit allem Recht spannend gefunden.

Felix Stalders „Kultur der Digitalität“ wird in den Handapparaten akademischer Einrichtungen einen wohlverdienten Platz finden. Einen Gewinn brächte jedenfalls bereits die erste Fußnote für eine mit Quellen operierende Wissenschaft in Zeiten der Digitalität: Hier begründet Stalder sehr klar, weshalb er bei online verfügbaren Quellen keine vollständige URL referenziert, sondern ausschließlich jene Angaben (Verfasser, Titel – zum Beispiel) bringt, die zum Auffinden erforderlich sind: „Das Internet ist keine Bibliothek, und Adressen [...] sind strukturell instabil“ (S. 7). Es ließe sich somit fortan ‚nach Stalder‘ zitieren.

Wien

Peter Plener